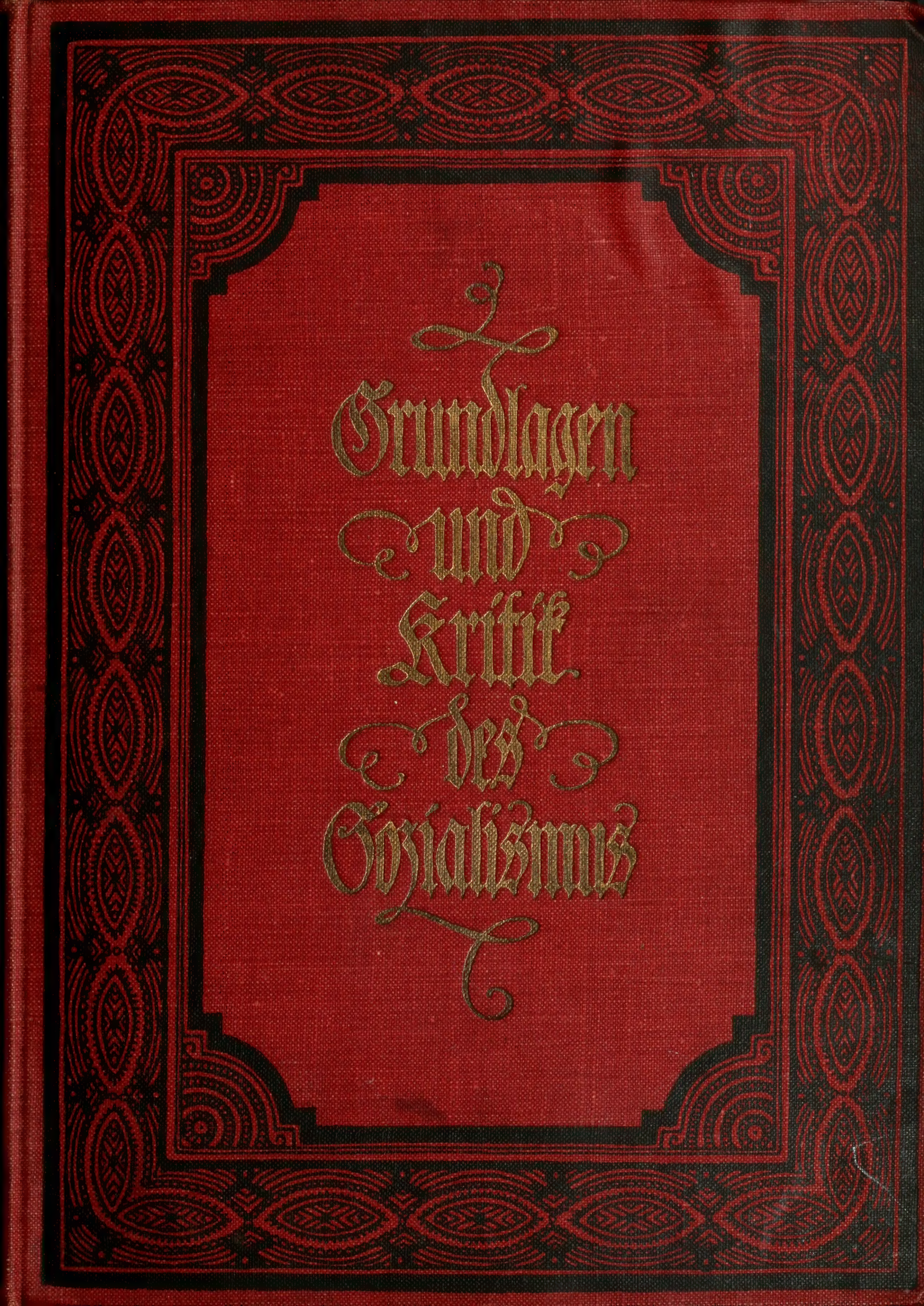
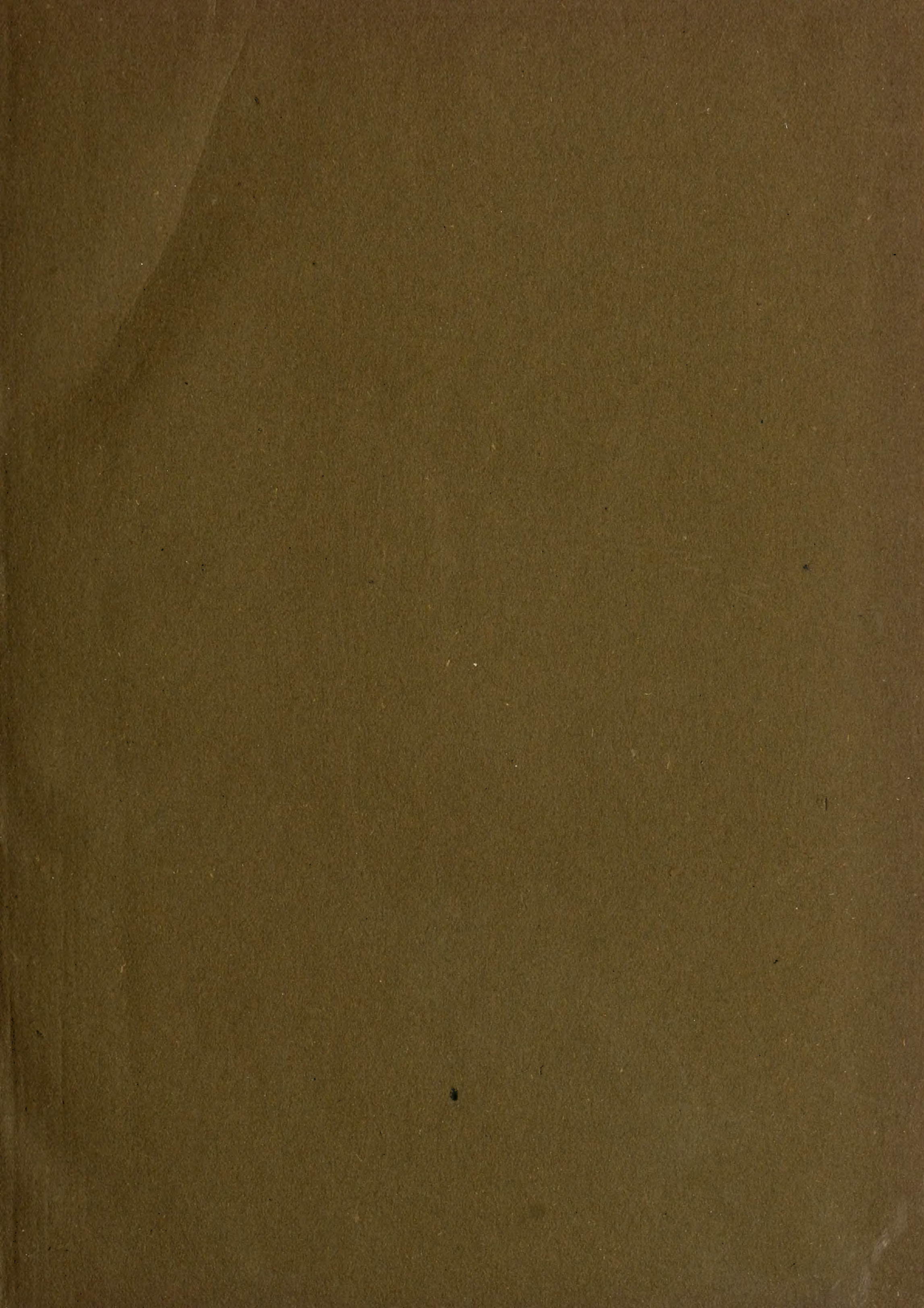

Grundlagen
und
Kritik
des
Sozialismus







Grundlagen und Kritik des Sozialismus

Zweiter Teil

Anthologie der Wissenschaften

Herausgegeben von

Dr. Friedrich Ramhorst

II. Band

Grundlagen und Kritik des Sozialismus

Askanischer Verlag Berlin
1919

Grundlagen und Kritik des Sozialismus

Bearbeitet von

Werner Sombart



Zweiter Teil

Askanischer Verlag Berlin
1919

Druck von F. E. Haag, Melle i. Hann.
Einband von C. Alb. Kindle in Berlin

Inhalt

Zweiter Teil

Programme

Kritik

Ferdinand Lassalle

1825—1864



Arbeiter-Programm

Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes

(Ein Vortrag, gehalten am 12. April 1862 in Berlin)
von
Ferdinand Lassalle

Meine Herren!

Aufgefordert, Ihnen einen Vortrag zu halten, habe ich geglaubt, am besten zu tun, wenn ich für denselben ein Thema wähle und auf streng wissenschaftliche Weise behandle, welches Sie seiner Natur nach besonders interessieren muß. Ich werde nämlich sprechen über den speziellen Zusammenhang, welcher stattfindet zwischen dem Charakter der gegenwärtigen Geschichtsperiode, in der wir uns befinden, und der Idee des Arbeiterstandes.

Ich habe bereits bemerkt, daß meine Behandlung des Themas eine rein wissenschaftliche sein wird.

Wahre Wissenschaftlichkeit aber besteht eben in nichts anderem als in einer völligen Klarheit und deshalb in einer völligen Voraussetzungslosigkeit des Denkens.

Wegen dieser gänzlichen Voraussetzungslosigkeit, mit welcher wir an unsern Gegenstand zu gehen haben, wird es im Verlauf sogar nötig sein, uns klar zu werden über das, was wir denn eigentlich unter „Arbeiter" oder „Arbeiterstand" verstehen. Denn nicht einmal hierüber dürfen wir uns einer Voraussetzung, als sei das etwas ganz Bekanntes, hingeben. Durchaus nicht! Die Sprache des gewöhnlichen Lebens verbindet vielmehr sehr häufig das eine Mal ganz andere und verschiedene Begriffe mit den Worten „Arbeiter" und „Arbeiterstand" als das andere Mal, und wir werden uns daher an seinem Orte zuvor darüber klar werden müssen, in welchem Sinne wir diese Benennung gebrauchen wollen.

Indes, hierzu ist in diesem Augenblicke noch nicht der Ort. Wir werden vielmehr zuvörderst diesen Vortrag mit einer anderen Frage beginnen müssen.

Mit folgender Frage nämlich: Der Arbeiterstand ist nur ein Stand unter den mehreren Ständen, welche die bürgerliche Gesellschaft zusammensetzen. Auch hat es zu jeder Zeit Arbeiter gegeben. Wie ist es hiernach nur möglich und welchen Sinn hat es, daß ein besonderer Zusammenhang stattfinden soll zwischen der Idee dieses einzelnen, bestimmten Standes und dem Prinzipe der besonderen Geschichtsperiode, in der wir leben?

Um dies zu verstehen, ist es erforderlich, einen Blick in die Geschichte zu werfen, in die Vergangenheit, meine Herren, welche, richtig verstanden, hier wie immer die Bedeutung der Gegenwart aufschließt und die Umrisse der Zukunft vorauszeigt.

Wir werden uns bei diesem Rückblick möglichst kurz fassen müssen, meine Herren, denn wir würden sonst Gefahr laufen, gar nicht zu dem eigentlichen Thema der Betrachtung in der kurzen Zeit, die uns zugemessen ist, zu gelangen.

Aber selbst auf diese Gefahr hin werden wir wenigstens irgendeinen solchen, wenn auch auf die allgemeinsten Umstände beschränkten Rückblick, wie flüchtig er auch sei, auf die Vergangenheit werfen müssen, um daraus den Sinn unserer Frage und unseres Themas zu verstehen.

Gehen wir also auf das Mittelalter zurück, so finden wir, daß in demselben sich auch damals bereits, wenn auch freilich lange nicht so ausgebildet wie heute, im ganzen dieselben Stände und Klassen der Bevölkerung vorfinden, welche heute die bürgerliche Gesellschaft zusammensetzen. Aber wir finden ferner, daß ein Stand und ein Element damals das herrschende ist —, nämlich der Grundbesitz.

Der Grundbesitz ist es, meine Herren, welcher im Mittelalter in jeder Hinsicht das Zepter führt, welcher sein spezifisches besonderes Gepräge allen Einrichtungen und dem ganzen Leben jener Zeit aufgedrückt hat; er ist es, der als das herrschende Prinzip jener Zeit ausgesprochen werden muß.

Der Grund davon, daß der Grundbesitz das herrschende Prinzip jener Zeit ist, ist ein sehr einfacher. Er liegt — wenigstens kann uns hier dieser Grund völlig genügen — in der ökonomischen, wirtschaftlichen Beschaffenheit des Mittelalters; in dem Zustande seiner Produktion. Der Handel war damals noch sehr wenig entwickelt; noch viel weniger die Industrie. Der Hauptreichtum jener Gesellschaft bestand vielmehr unendlich überwiegend in der Ackerbauproduktion.

Der bewegliche Besitz kam damals neben dem Besitze des Grund und Bodens sehr wenig in Betracht, und wie sehr dies der Fall war, kann Ihnen selbst das Privatrecht, welches immer einen sehr hellen Einblick in die ökonomischen Verhältnisse der Epochen gewährt, in denen es

entstanden ist, sehr deutlich zeigen. So erklärte z. B. das mittelalterliche Privatrecht in der Absicht, das Vermögen der Familien von Geschlecht zu Geschlecht fortzuerhalten und gegen Verschwendung zu schützen, das Familienvermögen oder „Eigen" für unveräußerlich ohne die Zustimmung der Erben. Aber unter diesem Familienvermögen oder dem „Eigen" werden ausdrücklich nur Grundstücke verstanden. Die Fahrnis dagegen, wie man damals das bewegliche Eigentum nannte, ist ohne Einwilligung der Erben veräußerlich. Und überhaupt wird im allgemeinen alle Fahrnis oder das bewegliche Eigentum vom altdeutschen Privatrecht nicht behandelt wie ein selbständiger, fortzeugender Vermögensstock, Kapital, sondern immer nur wie Früchte vom Grund und Boden, also z. B. wie die Jahresrente vom Boden, und dieser gleichgestellt. Als selbständiger, fortzeugender Vermögensstock wird damals regelmäßig nur der Grundbesitz behandelt. Es war daher diesem Zustande der Dinge nur höchst entsprechend und eine einfache Folge davon, daß der Grundbesitz — und diejenigen, welche ihn weit überwiegend in Händen hatten, also wie Ihnen bekannt sein wird, Adel und Geistlichkeit — den herrschenden Faktor jener Gesellschaft in jeder Hinsicht bildete.

Welche Institution des Mittelalters Sie auch betrachten mögen, tritt Ihnen immer von neuem diese Erscheinung entgegen.

Wir wollen uns begnügen, den Blick auf einige der wesentlichsten dieser Einrichtungen zu werfen, in welchen der Grundbesitz als das herrschende Prinzip zu Tage tritt.

So zuerst die durch ihn gegebene Organisation der öffentlichen Macht oder die Lehnsverfassung. Sie wissen, meine Herren, daß diese darin bestand, daß Könige, Fürsten und Herren anderen Herren und Rittern Grundstücke zur Benutzung abtraten, wogegen ihnen die Empfänger besonders die Heergefolge, das heißt: die Unterstützung ihrer Lehnsherren in den Kriegen oder Fehden derselben sowohl persönlich als mit ihren Mannschaften angeloben mußten.

So zweitens die Organisation des öffentlichen Rechts oder die Reichsverfassung. Auf den deutschen Reichstagen war der Fürstenstand und der große Grundbesitz der Reichsgrafenschaft und der Geistlichkeit vertreten. Die Städte selbst genossen nur dann dort Sitz und Stimme, wenn es ihnen gelungen war, das Privilegium einer freien Reichsstadt zu erwerben.

So drittens die Steuerfreiheit des großen Grundbesitzes. Es ist nämlich eine charakteristische und stets wiederkehrende Erscheinung, meine Herren, daß jeder herrschende privilegierte Stand stets die Lasten zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Wesens auf die unter-

drückten und nichtbesitzenden Klassen zurückzuwälzen sucht, in offener oder verschleierter, in direkter oder indirekter Form. Als Richelieu im Jahre 1641 sechs Millionen Franken von der Geistlichkeit als eine außerordentliche Steuer forderte, um den Bedürfnissen des Staats zu Hilfe zu kommen, gab diese durch den Mund des Erzbischofs von Sens die charakteristische Antwort: „L'usage ancien de l'Église pendant sa vigueur était que le peuple contribuait ses biens, la noblesse son sang, le clergé ses prières aux nécessités de l'Etat": „Der alte Brauch der Kirche während ihrer Blüte war, daß das Volk beisteuerte für die Bedürfnisse des Staates seine Güter, der Adel sein Blut, die Geistlichkeit ihre Gebete."

So viertens die soziale Geringschätzung, welche auf jeder andern Arbeit als etwa auf der Beschäftigung mit dem Grund und Boden lastete.

Industrielle Unternehmungen zu leiten, im Handel und den Gewerben Geld zu verdienen, galt für schimpflich und entehrend für die bevorrechtigten, herrschenden beiden Stände, Adel und Geistlichkeit, für welche nur aus dem Grundeigentum ihr Einkommen zu beziehen ehrenhaft erschien.

Diese vier großen und maßgebenden, den Grundcharakter einer Epoche bestimmenden Tatsachen reichen für unsere Betrachtung vollkommen aus, um zu zeigen, wie es in jener Zeitperiode der Grundbesitz war, welcher derselben überall sein Gepräge aufdrückte und das herrschende Prinzip derselben bildete.

Dies war so sehr der Fall, daß selbst die scheinbar vollständig revolutionäre Bewegung der Bauernkriege, die 1524 in Deutschland ausbrach und ganz Schwaben, Franken, den Elsaß, Westfalen und noch andere Teile Deutschlands umfaßte, innerlich noch durch und durch an diesem selben Prinzipe hing, in der Tat also eine reaktionäre Bewegung war, trotz ihres revolutionären Gebarens. Sie wissen, meine Herren, daß die Bauern damals die Burgen der Adligen niederbrannten, die Adligen selbst töteten, sie, was die damals übliche Form war, durch die Spieße laufen ließen. Und nichtsdestoweniger, trotz dieses äußern revolutionären Anstrichs, war die Bewegung innerlich von Grund aus reaktionär.

Denn die Wiedergeburt der staatlichen Verhältnisse, die deutsche Freiheit, welche die Bauern herstellen wollten, sollte nach ihnen darin bestehen, daß die besondere und bevorrechtete Zwischenstellung, welche die Fürsten zwischen Kaiser und Reich einnahmen, fortfallen und statt ihrer auf den deutschen Reichstagen nichts als der freie und unabhängige Grundbesitz, und zwar der bäuerliche und ritterliche — die beide bis dahin nicht vertreten waren — ebenso-

gut wie der eigene, unabhängige Grundbesitz der Adligen aller Art, also der Ritter, Grafen und der bisherigen Fürsten, ohne Rücksicht auf diese früheren Unterschiede, und wieder der adlige Grundbesitz seinerseits so gut wie der bäuerliche vertreten sein sollte.

Sie sehen also sofort, meine Herren, daß dieser Plan in letzter Instanz auf nichts anderes hinausläuft als auf eine nur konsequentere und gerechtere Durchführung des Prinzips, welches der damals eben sich zu Ende neigenden Epoche zu Grunde gelegen hatte, auf eine nur konsequentere, reinere und gerechtere Durchführung des Prinzips nämlich: der Grundbesitz solle das herrschende Element und die Bedingung sein, welche allein einen jeden zu einem Anteil an der Herrschaft über den Staat berechtige. Daß jeder einen solchen Anteil schon deshalb fordern könne, weil er Mensch, weil er ein vernünftiges Wesen sei, auch ohne jeden Grundbesitz — das fiel den Bauern nicht entfernt ein! Dazu waren die damaligen Verhältnisse noch nicht entwickelt, die damalige Gedankenbildung noch nicht revolutionär genug.

So war denn diese äußerlich mit so revolutionärer Entschiedenheit auftretende Bauernbewegung innerlich vollkommen reaktionär; d. h. sie stand, statt auf einem neuen revolutionären Prinzipe zu stehen, ohne es zu wissen, innerlich vielmehr durchaus auf dem Prinzipe des Alten, des Bestehenden, auf dem Prinzipe der damals gerade untergehenden Periode, und nur gerade deshalb, weil sie, während sie sich für revolutionär hielt, in der Tat reaktionär war, ging die Bauernbewegung zugrunde.

Es war hiernach damals sowohl der Bauern- als der Adelserhebung (Franz von Sickingen) gegenüber — welchen beiden das Prinzip gemeinschaftlich war, den Anteil an der Staatsherrschaft, noch konsequenter, als bis dahin der Fall, auf den Grundbesitz zu gründen — das emporstrebende Landesfürstentum, als von der Idee einer vom Grundeigentum unabhängigen Staatssouveränität getragen, als Vertreter einer von den Privatbesitzverhältnissen unabhängigen Staatsidee ein immerhin relativ berechtigtes und revolutionäres Moment — und dies eben war es, was ihm die Kraft zu seiner siegreichen Entwicklung und zur Unterdrückung der Bauern- und Adelsbewegung gab.

Ich habe bei diesem Punkt etwas nachdrücklich verweilt, meine Herren, einmal, um Ihnen die Vernünftigkeit und den Fortschritt der Freiheit in der geschichtlichen Entwicklung sogar an einem Beispiele, an welchem dies bei oberflächlicherer Betrachtung keineswegs einleuchtet, nachzuweisen; zweitens, weil die Geschichtschreiber noch weit davon entfernt sind, diesen reaktionären Charakter der Bauernbewegung und den lediglich

in ihm liegenden Grund ihres Mißlingens zu erkennen, vielmehr, durch den äußeren Anschein getäuscht, die Bauernkriege für eine wirklich revolutionäre Bewegung halten.

Drittens endlich deshalb, weil sich zu allen Zeiten dies Schauspiel häufig wiederholt, daß gedankenunklare Menschen — und hierzu, meine Herren, können die scheinbar Allergebildetsten, können Professoren gehören und gehören, wie uns die Paulskirche traurigen Angedenkens gezeigt hat, *vorzüglich* häufig dazu — in die ungeheure Täuschung verfallen, das, was nur der *konsequentere und reinere* Gedankenausdruck der eben *untergehenden* Zeitperiode und Welteinrichtung ist, für ein *neues revolutionäres* Prinzip zu halten.

Vor solchen nur in ihrer eigenen *Einbildung* revolutionären Männern und Richtungen möchte ich — denn es wird uns in der Zukunft daran ebensowenig fehlen, als es uns bisher in der Vergangenheit daran gefehlt hat — Sie warnen, meine Herren!

Es läßt sich daran zugleich der Trost knüpfen, daß die zahlreichen sofort oder binnen kurzer Zeit nach momentanem Gelingen wieder verunglückten Bewegungen, welche wir in der Geschichte finden und welche den wohlmeinenden, aber oberflächlichen Blick manchen Volksfreundes mit trüber Besorgnis erfüllen können, immer nur solche bloß in *ihrer Einbildung* revolutionäre Bewegungen waren.

Eine *wirklich* revolutionäre Bewegung, eine solche, die auf einem wahrhaft neuen Gedankenprinzipe steht, ist, wie sich der tiefere Denker zu seinem Trost aus der Geschichte zu beweisen vermag, noch *niemals* untergegangen, mindestens nicht auf die Dauer.

Ich kehre zu meinem Faden zurück.

Wenn die Bauernkriege nur in ihrer Einbildung revolutionär waren, so war dagegen damals *wirklich* und *wahrhaft revolutionär* der Fortschritt der Industrie, der bürgerlichen Produktion, der sich immer weiter entwickelnden Teilung der Arbeit und der hierdurch entstandene *Kapitalreichtum*, der sich ausschließlich in den Händen der Bourgeoisie aufhäufte, weil sie eben der Stand war, welcher sich der Produktion unterzog und deren Vorteile sich aneignete.

Man pflegt mit der Reformation, also mit dem Jahre 1517, das Ende des Mittelalters und den Anbruch der neueren Geschichte zu datieren.

In der Tat ist das in dem Sinne richtig, daß in den unmittelbar auf die Reformation folgenden zwei Jahrhunderten langsam, allmählich und unmerklich ein Umschwung eintritt, welcher das Aussehen der Gesellschaft von Grund aus verändert und in ihrem Herzen eine *Umwälzung* vollzieht, welche später im Jahre 1789 durch die französische Revolution nur *proklamiert*, nicht aber eigentlich *geschaffen* wird.

Worin dieser Umschwung bestand, fragen Sie?

In der *rechtlichen* Stellung des Adels hatte sich nichts geändert. *Rechtlich* waren Adel und Geistlichkeit die beiden herrschenden Stände, die Bourgeoisie der überall zurückgesetzte und unterdrückte Stand geblieben. Aber wenn sich *rechtlich* nichts geändert hatte, so war *faktisch*, war *tatsächlich* die Umänderung der Verhältnisse eine um so ungeheurere gewesen.

Durch die Erzeugung und Aufhäufung des Kapitalreichtums, des, im Gegensatze zum Grundeigentume, beweglichen Besitzes in den Händen der Bourgeoisie war der Adel in eine vollkommene Unbedeutendheit, ja bereits in wahre *Abhängigkeit* von dieser reich gewordenen Bourgeoisie herabgesunken. Bereits mußte er, wollte er sich irgend neben ihr halten, allen seinen Standesprinzipien abtrünnig werden und zu denselben Mitteln des industriellen Erwerbs zu greifen anfangen, welchen die Bourgeoisie ihren Reichtum und somit ihre tatsächliche Macht verdankte.

Schon die Komödien Molières, der zur Zeit Ludwigs XIV. lebte, zeigen uns — eine höchst interessante Erscheinung — den damaligen Adel die reiche Bourgeoisie verachtend und bei ihr schmarotzend zu gleicher Zeit.

Louis XIV. selbst, dieser stolzeste König, zieht bereits in seinem Schlosse zu Versailles den Hut und erniedrigt sich vor dem Juden Samuel Bernard, dem Rothschild der damaligen Epoche, um ihn zu einem Anlehen geneigt zu machen.

Als Law, der berühmte schottische Finanzmann, in Frankreich im Anfange des 18. Jahrhunderts die *Handelskompagnien* gebildet hatte, eine auf Aktien gegründete Gesellschaft, welche zur kommerziellen Ausbeutung der Mississippiufer, der Louisiana, Ostindiens usw. zusammengetreten war, war der Regent von Frankreich selbst unter ihren Direktoren — Mitglied einer Kaufmannsgesellschaft! Ja, der Regent sah sich genötigt, im August 1717 Edikte zu erlassen, in welchen verordnet wurde, daß die Adligen, ohne sich etwas zu vergeben, in den See- und Kriegsdienst dieser Handelskompagnien treten könnten! *Dahin* war also bereits damals der kriegerische und stolze Feudaladel Frankreichs gekommen, den bewaffneten Kommis für die industriellen und kommerziellen Unternehmungen der alle Weltteile durcheinander wühlenden Bourgeoisie zu machen.

Ganz entsprechend diesem Umschwunge hatte sich bereits damals ein *Materialismus* entwickelt, ein heißhungriges, gieriges Ringen nach Geld und Gut, dem alle sittlichen Ideen, ja, was bei den bevorrechteten Ständen leider in der Regel noch mehr sagen will, selbst alle Standesvorurteile feil waren. Unter demselben Regenten von Frankreich wird Graf Horn, einer der vornehmsten, mit den ersten Familien

Frankreichs, ja mit dem Regenten selbst verwandten Adligen, als gemeiner Raubmörder gerädert, und die Herzogin von Orleans, eine deutsche Prinzeß, schreibt in einem Briefe vom 29. November 1719, sechs der vornehmsten Damen hätten eines Tages dem vorhin erwähnten Law, der damals der gefeiertste und auch der beschäftigtste Mann in Frankreich war und dessen es sich infolgedessen sehr schwer war zu bemächtigen, in dem Hofe eines Gebäudes aufgepaßt, um ihn zu bewegen, ihnen von jenen von ihm gestifteten Aktien abzulassen, um die sich damals ganz Frankreich riß und die auf der Börse sechs- und achtmal so hoch und höher standen, als der Nominalpreis betrug, zu denen sie von Law ausgegeben worden waren. Law sei sehr beeilt gewesen, habe nicht hören wollen und habe endlich zu den Damen, die ihn nicht von der Stelle ließen, gesagt: „Meine Damen, ich bitte tausendmal um Verzeihung, aber wenn Sie mich nicht loslassen, so muß ich platzen, denn ich habe ein Bedürfnis, zu pissen, welches mir unmöglich ist, länger anzuhalten." Worauf ihm die sechs vornehmen Damen geantwortet: „Eh bien, monsieur, pissez pourvu que vous nous écoutiez." („Nun wohl, mein Herr, pissen Sie immerhin, wenn Sie uns nur anhören.") Und sie blieben in der Tat während dieses Aktes bei ihm stehen und trugen ihm ihr Anliegen vor.

Fragen Sie mich wiederum, welche Ursachen es gewesen waren, welche diese Entwicklung der Industrie und den dadurch hervorgerufenen Reichtum der Bourgeoisie ermöglicht hatten, so würde ich durch ein genaueres Eingehen auf dieselben weitaus den Zeitraum, den ich mir gestatten kann, überschreiten müssen. Nur kurz aufzählen kann ich Ihnen die allerwesentlichsten derselben: die Entdeckung Amerikas und der hierdurch auf die Produktion geübte unermeßliche Einfluß; der durch die Umschiffung des Kaps der Guten Hoffnung entdeckte Seeweg nach Ostindien, während früher aller Handel mit dem Orient und Indien den Landweg über Suez nehmen mußte; die Erfindung der Magnetnadel und des Kompasses, die hierdurch für allen Seehandel herbeigeführte größere Sicherheit, Schnelligkeit und Verminderung der Assekuranzprämie; die im Innern der Länder angelegten Wasserstraßen, die Kanäle und auch die Chausseen, welche durch die Verminderung der Transportkosten zahlreichen Produkten, die früher ihre Verteuerung durch den Transport nicht ertragen konnten, erst die Möglichkeit entfernteren Absatzes erschließen; die größere bürgerliche Sicherheit des Besitzes, die geordnete Justiz, die Erfindung des Pulvers und das infolge dieser Erfindung eingetretene Brechen der kriegerischen Feudalmacht des Adels durch das Königtum; die durch die Zerstörung der adligen Burgen und der selbständigen adligen Kriegsmacht wieder eingetretene Entlassung

ihrer Lanzenknechte und Reisigen, denen nun nichts übrig bleibt, als Aufnahme im mittelalterlichen Arbeitsatelier zu suchen —, alle diese Ereignisse ziehen an dem Triumphwagen der Bourgeosie!

Alle diese Ereignisse und noch viele andere, die man Ihnen aufzählen könnte, fassen sich inzwischen in die eine Wirkung zusammen: durch die Eröffnung großer débouchés, d. h. großer Absatzgebiete, und die damit verbundene Verminderung der Produktions- und Transportkosten, die Produktion in Masse, die Produktion für den Weltmarkt hervorzurufen; hierdurch wieder das Bedürfnis der billigen Produktion zu schaffen, welches wiederum nur durch eine immer weiter getriebene Teilung der Arbeit, das heißt durch eine immer vollständiger ausgeführte Zerlegung der Arbeit in ihre einfachsten mechanischen Operationen, befriedigt werden kann und hierdurch wiederum seinerseits eine Produktion in immer größerem Maßstabe hervorruft.

Wir stehen hier auf dem Boden der Wechselwirkungen, meine Herren! Jede dieser Tatsachen ruft die andere hervor, und diese andere wirkt wieder auf die erste zurück, erweitert und vergrößert ihren Umfang.

So wird es Ihnen klar sein, daß die Produktion eines Artikels in ungeheuren Massen, seine Produktion für den Weltmarkt, nur dann im allgemeinen leicht möglich ist, wenn sich die Produktionskosten dieses Artikels billig stellen und wenn auch der Transport desselben billig genug ist, um seinen Preis nicht erheblich zu verteuern. Denn die Produktion in ungeheuren Massen erfordert den Absatz en masse, und der massenhafte Absatz einer Ware läßt sich nur hervorrufen durch ihren billigen Preis, der sie einer sehr großen Anzahl von Käufern zugänglich macht. Die billigen Produktions- und Transportkosten einer Ware rufen also ihre Produktion auf großem Fuße, in großen Massen hervor. Umgekehrt wird Ihnen aber auch wieder sofort klar sein, daß die Produktion eines Artikels in großen Massen die Billigkeit desselben erzeugt und vermehrt. Ein Fabrikant, welcher z. B. zweimalhunderttausend Stück Kattun im Jahr absetzt, kann sowohl wegen der billigeren Beschaffung des Rohmaterials im großen, als weil sich sein Kapitalprofit und die Zinsen seiner gewerblichen Anlagen, Gebäude, Maschinen über eine so große Anzahl von Stücken verteilen, innerhalb gewisser Grenzen jedes Stück weit billiger geben als ein Fabrikant, der nur fünftausend solcher Stücke jährlich produziert. Die größere Billigkeit der Produktion führt also zur Produktion im großen, diese führt im allgemeinen wieder größere Billigkeit herbei, diese ruft wieder eine noch massenhaftere Produktion hervor, die wiederum eine noch größere Billigkeit erzeugt, und so fort.

Es verhält sich ganz ebenso in bezug auf die Teilung der

Arbeit, welche ihrerseits wieder die notwendige Voraussetzung der Produktion in Masse und der Billigkeit ist, und ohne welche weder Billigkeit noch Produktion in Masse möglich wäre.

Die Teilung der Arbeit, welche die Herstellung eines Produkts in eine große Anzahl ganz einfacher, oft rein mechanischer und verstandsloser Operationen zerlegt und für jede einzelne dieser Teiloperationen besondere Arbeiter anstellt, wäre gar nicht möglich ohne massenhafte Produktion dieser Artikel, wird also durch diese erst hervorgerufen und entwickelt. Umgekehrt führt diese Zerlegung der Arbeit in solche ganz einfache Operationen und Handgriffe weiter 1. zu einer immer größeren Billigkeit, 2. deshalb zu einer Produktion in immer größeren, riesenhaften Massen, zu einem immer mehr nicht auf diese und jene nahegelegene Absatzkreise, sondern auf den ganzen Weltmarkt berechneten Produktion und 3. hierdurch und durch die neuen Zerlegungen, die sich hierdurch bei den einzelnen Arbeitsoperationen anbringen lassen, wieder zu immer größeren Fortschritten in der Teilung der Arbeit selbst.

Durch die Reihe dieser Wechselwirkungen war allmählich eine totale Umänderung in der gesellschaftlichen Arbeit und somit in allen Lebensverhältnissen der Gesellschaft eingetreten.

Dieser Umschwung läßt sich in der Kürze am besten auf folgenden Gegensatz reduzieren:

Im früheren Mittelalter hatte man, da nur eine sehr geringe Anzahl von kostbaren Produkten die Teuerkeit des Transportes ertrug, produziert für das Bedürfnis der eigenen Lokalität und sehr beschränkter nahegelegener Absatzkreise, deren Bedürfnis eben deshalb ein bekanntes, festes und unschwankendes war. Das Bedürfnis oder die Nachfrage war der Produktion oder dem Angebote vorausgegangen und bildete die bekannte Richtschnur dafür. Oder mit anderen Worten: Die gesellschaftliche Produktion war vorherrschend eine handwerksmäßige gewesen. Denn dies ist eben im Unterschied von dem Fabrikations- oder Großbetrieb der Charakter des kleinen oder Handwerksbetriebs, daß entweder das Bedürfnis abgewartet wird, um zu produzieren, wie z. B. der Schneider meine Bestellung abwartet, um mir einen Rock zu machen, der Schlosser, um mir ein Schloß zu verfertigen, oder daß doch, wenn auch manche Gegenstände im voraus gearbeitet werden, sich im ganzen diese Vorausarbeit beschränkt auf ein Minimum des erfahrungsmäßig genau bekannten Bedürfnisses in der eigenen Lokalität und ihrer nächsten Nachbarschaft, wie z. B., wenn ein Klempner eine gewisse Anzahl von Lampen im voraus arbeitet, von denen er weiß, daß der städtische Bedarf sie bald absorbiert haben muß.

Die charakteristischen Eigenschaften einer vorherrschend in dieser Weise

produzierenden Gesellschaft, meine Herren, sind Armut oder doch nur eine bescheidene Wohlhabenheit und dagegen eine gewisse Festigkeit und Stabilität aller Verhältnisse.

Jetzt dagegen war allmählich durch die unablässige Wechselwirkung, die ich Ihnen geschildert habe, ein total entgegengesetzter Charakter der gesellschaftlichen Arbeit und damit aller Lebensverhältnisse eingetreten; schon war im *Keime* derselbe Charakter eingetreten, der *heute* in einer freilich ganz anders ausgebildeten, in einer riesenhaft entwickelten Weise die gesellschaftliche Arbeit kennzeichnet. In einer riesenhaften Entwicklung, die er *heute* hat, läßt sich dieser Charakter im Gegensatze zu dem früher geschilderten *also* kennzeichnen. Wenn früher das Bedürfnis vorausging dem Angebote, der Produktion, diese nach sich zog und bestimmte, ihre Richtschnur und ihr *bekanntes Maß* bildete, so geht jetzt die Produktion, das Angebot, dem Bedürfnis voraus und sucht dieses zu *erzwingen*. Es wird produziert nicht mehr für die Lokalität, nicht mehr für das bekannte Bedürfnis nahegelegener Absatzkreise, sondern für den *Weltmarkt*. Es wird produziert ins Weite und Allgemeine hinein, für alle Weltteile, für ein schlechthin unbekanntes und nicht zu bestimmendes Bedürfnis, und damit das Produkt sich das *Bedürfnis* nach ihm *erzwingen* kann, wird ihm eine *Waffe* mitgegeben, die *Billigkeit*. Die Billigkeit ist die Waffe des Produkts, mit der sich es einerseits den Käufer *erobert* und mit der es andererseits alle andern Waren derselben Art aus dem Felde schlägt, die gleichfalls auf den Käufer eindringen wollen, so daß in der Tat unter dem System der freien Konkurrenz ein jeder Produzent hoffen kann, wie riesenhafte Massen er auch produziere, für alle diese Absatz zu gewinnen, wenn es ihm nur gelingt, durch bessere Bewaffnung seiner Ware mit Billigkeit die Waren seiner Mitproduzenten kampfunfähig zu machen.

Der hervorstechende Charakter einer solchen Gesellschaft ist großer, unermeßlicher Reichtum, andererseits ein großes Schwanken aller Verhältnisse, eine fast beständige sorgenvolle Unsicherheit in der Lage der einzelnen, verbunden mit einer sehr verschiedenartigen Beteiligung der zur Produktion Mitwirkenden an dem Gewinne der Produktion.

So groß also, meine Herren, war der Umschwung gewesen, welchen die stille, revolutionäre, unterwühlende Tätigkeit der Industrie schon vor dem Ende des vorigen Jahrhunderts unmerklich in dem Herzen der Gesellschaft herbeigeführt hatte.

Wenn die Männer der Bauernkriege noch nicht gewagt hatten, auch nur einen andern *Gedanken* zu fassen als den, den Staat auf den *Grundbesitz* zu gründen, wenn sie noch nicht einmal in Gedanken sich von der Anschauung loszuwinden vermocht hatten, daß der *Grund*=

besitz das notwendig die Herrschaft über den Staat führende Element und die Teilnahme an diesem Besitze die Bedingung für die Teilnahme an dieser Herrschaft sei, so hatte es der stille, unmerklich revolutionierende Fortschritt der Industrie dahin gebracht, daß bereits lange vor Ende des vorigen Jahrhunderts der Grundbesitz zu einem seiner früheren Wichtigkeit verhältnismäßig *völlig* entkleideten Element geworden und neben der Entwicklung der neuen Produktionsweisen und der Reichtümer, die sie in ihrem Schoße barg und täglich aufhäufte, des immensen Einflusses, den sie dadurch über die ganze Bevölkerung und ihre Verhältnisse, sogar auf den zum großen Teil arm gewordenen Adel selbst ausübte, zu einer untergeordneten Stelle herabgesunken war.

Die Revolution war somit bereits in dem Innern der Gesellschaft, in den *tatsächlichen* Verhältnissen derselben eingetreten, lange ehe sie in Frankreich ausbrach, und es war nur noch erforderlich, diesen Umschwung auch zur *äußern Anerkennung* zu bringen, ihm *rechtliche Sanktion* zu geben.

Dies ist überhaupt bei *allen Revolutionen* der Fall, meine Herren! Man kann *nie* eine Revolution *machen*; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere *rechtliche Anerkennung* und *konsequente Durchführung* geben.

Eine Revolution *machen* wollen, ist die Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben.

Eben deshalb ist es ebenso unreif und ebenso kindisch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückdämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Hebammendienste beteiligen, den Vorwurf machen zu wollen, daß sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesetzsammlung übergehen.

Wie sich dies verhält und wie weit es hierin in der Zeit, von der ich spreche, bereits gekommen war, sehen Sie am besten an einer Tatsache, die ich noch erwähnen will.

Ich habe Ihnen vorhin von der Teilung der Arbeit gesprochen, deren Entwicklung darin besteht, jede Produktion in eine Reihe ganz einfacher, mechanischer und verstandloser Operationen zu zerlegen.

Indem diese Zerlegung immer weiter fortschreitet, entdeckt man endlich, daß sich diese einzelnen Operationen, da sie ganz einfach und verstandlos sind, ebensogut und besser auch von verstandlosen Faktoren vollbringen lassen, und so erfindet im Jahre 1775, also vierzehn Jahre

vor der französischen Revolution, Arkwright in England die erste Maschine, seine berühmte Baumwollenspinnmaschine.

Man kann sagen, daß diese Maschine an und für sich schon die Revolution nicht hervorbrachte, dazu geht ihr diese Erfindung, die überdies auch nicht augenblicklich in Frankreich eingeführt wurde, viel zu kurze Zeit vorher, sondern daß sie die bereits tatsächlich eingetretene, bereits vollzogene Revolution in sich verkörperte. Sie war selbst schon, so unschuldig sie aussah, diese Maschine, die lebendig gewordene Revolution.

Die Gründe hierfür sind einfach.

Sie werden von der Zunftverfassung gehört haben, in welcher sich die mittelalterliche Produktion bewegte.

Ich kann hier auf das Wesen der mittelalterlichen Zünfte so wenig eingehen wie auf dasjenige der seit der französischen Revolution überall an die Stelle der Zünfte getretenen freien Konkurrenz. Ich kann hier nur in Weise einer Versicherung die Tatsache hinstellen, daß das mittelalterliche Zunftwesen untrennbar mit den anderweitigen Einrichtungen des Mittelalters verbunden war. Kann ich Ihnen aber auch heute die Gründe dieser untrennbaren Verbindungen nicht klarlegen, so läßt sich die Tatsache selbst doch schon geschichtlich beweisen. Die Zünfte haben das ganze Mittelalter hindurch bis zur französischen Revolution gedauert. Schon im Jahre 1672 wird über ihre Aufhebung auf dem deutschen Reichstag verhandelt —, aber vergeblich. Ja schon im Jahre 1614 wird auf den französischen États généraux, den französischen Reichsständen, von der Bourgeoisie die Abschaffung der Zünfte, welche sie in der Produktion bereits überall beengten, verlangt. Ebenso vergeblich. Ja noch mehr, dreizehn Jahre vor der Revolution, im Jahre 1776, hebt ein reformierender Minister in Frankreich, der berühmte Turgot, die Zünfte auf. Aber die feudale, privilegierte Welt des Mittelalters erblickte sich, und mit vollkommenem Recht, in Todesgefahr, wenn ihr Lebensprinzip, das Privileg, nicht alle Klassen der Gesellschaft durchdränge, und so wird denn der König sechs Monate nach Aufhebung der Zünfte vermocht, sein Edikt zu widerrufen und die Zünfte wieder herzustellen. Erst die Revolution stürzte — diese aber auch an einem Tage durch den Bastillesturm —, was in Deutschland seit 1672, in Frankreich seit 1614, also seit fast *zwei Jahrhunderten*, auf legalem Wege vergeblich erstrebt worden war.

Sie ersehen daraus, meine Herren, daß, welche große Vorteile auch dem Reformieren auf legalem Wege zukommen, dieser doch wieder bei allen wichtigeren Punkten den einen großen Nachteil hat, von einer sich über ganze Jahrhunderte hin erstreckenden Ohnmacht zu sein, und andererseits, daß der revolutionäre Weg, mit wie unleugbaren Nachteilen er

auch verbunden ist, dafür den einen Vorteil hat, schnell und energisch zu einem praktischen Ziele zu führen.

Halten Sie nun, meine Herren, mit mir einen Augenblick die Tatsache fest, daß die Zünfte in einer untrennbaren Weise mit der gesamten gesellschaftlichen Einrichtung des Mittelalters verbunden waren, so ersehen Sie sofort, wie die erste Maschine, jene Baumwollenspinnmaschine, die Arkwright erfand, eine vollständige Umwälzung jener gesellschaftlichen Zustände bereits in sich enthielt.

Denn wie sollte die Produktion mit Maschine möglich sein unter der Zunftverfassung, bei welcher die Anzahl von Gesellen und Lehrlingen, welche ein Meister halten durfte, in jeder Lokalität gesetzlich bestimmt war? Oder wie sollte unter der Zunftverfassung, bei welcher die verschiedenen Arbeitszweige auf das genaueste gesetzlich voneinander abgegrenzt waren und jeder Meister nur einen derselben betreiben durfte, so daß z. B. die Schneider von Paris mit den Flickschneidern, die Nagelschmiede mit den Schlossern hundertjährige Prozesse führten, um die Grenzen zwischen ihren Gewerben festzustellen —, wie sollte unter einer solchen Zunftverfassung die Produktion mit einem Systeme von Maschinen möglich sein, welche vielmehr die Verbindung der verschiedenartigsten Arbeitsgattungen unter der Hand eines und desselben Kapitals erfordert?

Es war also dahin gekommen, daß die Produktion selbst durch ihre beständige schrittweise Vervollkommnung Produktionsinstrumente hervorgebracht hatte, welche den bestehenden Zustand der Dinge in die Luft sprengen mußten, Produktionsinstrumente und Produktionsweisen, welche in diesem Zustande keinen Platz und Entwicklungsraum mehr finden konnten.

In diesem Sinne, sagte ich, war die erste Maschine bereits an und für sich eine Revolution, denn sie trug in ihren Kämmen und Rädern, so wenig ihr dies auch bei der äußerlichen Betrachtung anzusehen gewesen wäre, bereits im Keime den ganzen auf die freie Konkurrenz gebauten neuen Zustand der Gesellschaft in sich, der sich mit der Kraft und Notwendigkeit des Lebens aus diesem Keime entwickeln mußte.

Und so mag es, wenn ich nicht sehr irre, auch heute sein, meine Herren, daß bereits mehrfache Erscheinungen existieren, welche einen neuen Zustand der Dinge in sich tragen und ihn mit Notwendigkeit aus sich entwickeln müssen, Erscheinungen, denen man dies gleichwohl auf den äußerlichen Blick durchaus nicht ansieht, so daß an ihnen, während man unbedeutende Agitatoren verfolgt, selbst die Behörden nicht nur unbefangen vorübergehen, sondern sie sogar als notwendige Träger unserer

Kultur gelten lassen, als Blüten und Höhepunkte derselben begrüßen und ihnen bei Gelegenheit anerkennende und preisende Festreden halten.

Nach allen diesen Erörterungen, meine Herren, werden Sie nun ganz begreifen die wahre Bedeutung der berühmten Broschüre, welche 1788, ein Jahr vor der französischen Revolution, der Abbé Sieyès veröffentlichte und welche sich in die Worte resümiert: qu'est-ce que c'est que le tiers état? rien! qu'est-ce qu'il doit être? tout!

Tiers état, oder dritter Stand, wurde nämlich in Frankreich die Bourgeoisie deshalb genannt, weil sie auf den französischen Reichsständen den beiden bevorrechteten Ständen, dem Adel und der Geistlichkeit, gegenüber den dritten Stand bildete, der das ganze nichtprivilegierte Volk bedeutete.

Jene Broschüre faßt sich also in die beiden von Sieyès daselbst aufgestellten Fragen und erteilten Antworten zusammen: „Was ist der dritte Stand? Nichts! Was sollte er sein? Alles!"

So formuliert Sieyès diese beiden Fragen und Antworten. Schärfer und richtiger ausgedrückt war aber, wie aus allem Früheren folgt, die wahre Bedeutung dieser Fragen und Antworten vielmehr folgende:

„Was ist der dritte Stand faktisch, tatsächlich? Alles.
Was aber ist er rechtlich? Nichts!"

Es handelte sich also darum, die rechtliche Stellung des dritten Standes seiner tatsächlichen Bedeutung gleich zu machen; es handelte sich darum, seine tatsächlich schon vorhandene Bedeutung auch zur rechtlichen Sanktion und Anerkennung zu bringen —, und dies eben ist das Werk und die Bedeutung der siegreichen Revolution, die 1789 in Frankreich ausbrach und ihren umgestaltenden Einfluß auch auf die andern Länder Europas ausübte.

Ich habe Ihnen hier nicht, meine Herren, die Geschichte der französischen Revolution zu geben. Nur die wichtigsten und entscheidendsten Übergangspunkte der gesellschaftlichen Perioden können wir hier betrachten, und auch diese nur, wegen der sonst dazu erforderlichen Zeitdauer, ganz kurz und flüchtig.

Es ist daher hier die Frage aufzuwerfen, wer war dieser dritte Stand oder die Bourgeoisie, welche durch die französische Revolution den Sieg über die privilegierten Stände und die Herrschaft über den Staat erlangt?

Da dieser dritte Stand den privilegierten, gesetzlich bevorrechteten Ständen der Gesellschaft gegenüberstand, so faßte er damals im ersten Augenblick sich selbst als gleichbedeutend mit dem gesamten Volke, seine Sache als die Sache der ganzen Menschheit auf. Daher die erhebende und gewaltige Begeisterung, die in jener Periode herrscht. Die Menschenrechte werden erklärt, und es scheint, als habe mit der Befreiung

und Herrschaft des dritten Standes alle gesetzliche Bevorrechtung in der Gesellschaft aufgehört und als sei jede rechtliche, privilegierte Unterscheidung in die eine Freiheit des Menschen untergegangen.

Zwar schreibt schon damals, ganz im Anfange der Bewegung, im April 1789 bei Gelegenheit der Wahlen zu den Reichsständen, die vom Könige mit der Bestimmung zusammengerufen waren, daß der dritte Stand diesmal allein ebensoviele Vertreter schicken solle, wie Adel und Geistlichkeit zusammengenommen, zwar schreibt schon damals ein durchaus nicht revolutionäres Blatt wie folgt: „qui peut nous dire si le despotisme de la bourgeoisie ne succédera pas à la prétendue aristocratie des nobles?“ zu deutsch: „Wer kann uns sagen, ob der Despotismus der Bourgeoisie nicht folgen wird auf die angebliche Aristokratie der Adligen?“

Aber solche Rufe wurden in der allgemeinen Begeisterung damals noch völlig überhört.

Nichtsdestoweniger müssen wir zu jener Frage zurückkehren; wir müssen die Frage bestimmt aufwerfen: war die Sache des dritten Standes wirklich die Sache der ganzen Menschheit, oder trug dieser dritte Stand, die Bourgeoisie, innerlich noch einen vierten Stand in seinem Herzen, von welchem er sich wieder seinerseits rechtlich abscheiden und ihn seiner Herrschaft unterwerfen wollte?

Es ist hier an der Zeit, meine Herren, wenn ich nicht Gefahr laufen will, daß mein Vortrag vielleicht großen Mißverständnissen ausgesetzt sei, mich über die Bedeutung des Wortes Bourgeoisie oder große Bourgeoisie als politischer Parteibezeichnung, mich über die Bedeutung, die das Wort Bourgeoisie in meinem Munde hat, auszusprechen.

In die deutsche Sprache würde das Wort Bourgeoisie mit Bürgertum zu übersetzen sein. Diese Bedeutung aber hat es bei mir nicht; Bürger sind wir alle, der Arbeiter, der Kleinbürger, der Großbürger usw. Das Wort Bourgeoisie hat vielmehr im Laufe der Geschichte die Bedeutung angenommen, eine ganz bestimmte politische Richtung zu bezeichnen, die ich nun sofort darlegen will.

Die gesamte nichtadlige bürgerliche Klasse zerfiel, als die französische Revolution eintrat, und zerfällt noch heute im großen und ganzen wieder in zwei Unterklassen: nämlich erstens die Klasse derer, welche ganz oder hauptsächlich aus ihrer Arbeit ihr Einkommen beziehen und hierin durch gar kein oder nur durch ein bescheidenes Kapital unterstützt werden, welches ihnen eben die Möglichkeit gibt, eine produktive, sie und ihre Familie ernährende Tätigkeit auszuüben; in diese Klasse gehören also die Arbeiter, die Kleinbürger und Handwerker und im ganzen die Bauern.

Und zweitens die Klasse derer, welche über einen großen bürgerlichen Besitz, über das große Kapital verfügen und auf Grund einer solchen großen Kapitalbasis produzieren oder Renteneinkommen daraus beziehen. Man könnte diese die Großbürger nennen. Aber auch ein Großbürger, meine Herren, ist darum an und für sich noch durchaus kein Bourgeois!

Kein Bürgerlicher hat etwas dagegen, wenn ein Adliger sich in seinem Zimmer über seine Ahnen und seinen Grundbesitz freut. Aber wenn der Adlige diese Ahnen oder diesen Grundbesitz zur Bedingung einer besondern Geltung und Berechtigung im Staate, zur Bedingung einer Herrschaft über den Staatswillen machen will —, dann beginnt der Zorn des Bürgerlichen gegen den Adligen, und er nennt ihn einen Feudalen.

Es verhält sich nur ganz entsprechend mit den tatsächlichen Unterschieden des Besitzes innerhalb der bürgerlichen Welt.

Daß sich der Großbürger in seinem Zimmer der großen Annehmlichkeit und des großen Vorteils erfreue, welche ein großer, bürgerlicher Besitz für den Besitzenden in sich schließt —, nichts einfacher, nichts natürlicher und nichts rechtmäßiger als das!

So sehr der Arbeiter und der Kleinbürger, mit einem Worte die ganze nicht Kapital besitzende Klasse, berechtigt ist, vom Staate zu verlangen, daß er sein ganzes Sinnen und Trachten darauf richte, wie die kummervolle und notbeladene materielle Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern und wie auch ihnen, durch deren Hände alle die Reichtümer produziert worden, mit denen unsere Zivilisation prunkt, deren Hände alle die Produkte ihre Entstehung verdanken, ohne welche die gesamte Gesellschaft keinen Tag existieren könnte, zu einem reichlicheren und gesicherten Erwerbe und damit wieder zu der Möglichkeit geistiger Bildung und somit erst zu einem wahrhaft menschenwürdigen Dasein zu verhelfen sei —, wie sehr, sage ich, die arbeitenden Klassen auch berechtigt sind, dies vom Staate zu fordern und dies als seinen wahrhaften Zweck hinzustellen, so darf und wird dennoch der Arbeiter niemals vergessen, daß alles einmal erworbene gesetzliche Eigentum vollständig unantastbar und rechtmäßig ist.

Wenn aber der Großbürger, nicht zufrieden mit der tatsächlichen Annehmlichkeit eines großen Besitzes, den bürgerlichen Besitz, das Kapital, auch noch als die Bedingung hinstellen will, an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes teilzunehmen, dann erst wird der Großbürger zum Bourgeois, dann macht er die Tatsache des Besitzes zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft, dann charakterisiert er sich als einen

neuen privilegierten Stand im Volke, der nun das herrschende Gepräge seines Privilegiums allen gesellschaftlichen Einrichtungen ebensogut aufdrücken will, wie dies der Adel im Mittelalter, wie wir gesehen haben, mit dem Privilegium des Grundbesitzes getan.

Die Frage, die wir also in bezug auf die französische Revolution und die von ihr eingeleitete Geschichtsperiode zu erheben haben, ist somit die: hat sich der dritte Stand, der durch die französische Revolution zur Herrschaft kam, in diesem Sinne als Bourgeoisie aufgefaßt und das Volk seiner privilegierten politischen Herrschaft unterwerfen wollen und unterworfen?

Die Antwort hierauf haben die großen Tatsachen der Geschichte zu erteilen, und diese Antwort ist eine entschieden bejahende.

Wir können nur einen rapiden Blick auf die allerwichtigsten dieser Tatsachen werfen, die aber zur Entscheidung der Frage hinreichen.

Schon in der ersten Verfassung, welche die Folge der französischen Revolution war, in der Verfassung vom 3. September 1791, wird (Kap. I, Sekt. I und II) der Unterschied zwischen citoyen actif und citoyen passif, zwischen aktiven Bürgern und passiven Bürgern aufgestellt. Nur die aktiven Bürger erhalten das Wahlrecht, und ein aktiver Bürger ist, dieser Verfassung zufolge, nur derjenige, der eine direkte Steuer von einer gewissen näher bestimmten Höhe zahlt.

Dieser Steuerbetrag war damals seinem Umfange nach noch mäßig bestimmt; er sollte nur den Wert dreier Arbeitstage, also wenn wir den Arbeitstag z. B. auf 10 Silbergroschen schätzen, den Wert von 1 Taler betragen. Aber noch wichtiger war, daß alle diejenigen für nichtaktive Bürger erklärt wurden, welche serviteurs à gages waren, um Lohn dienten, durch welche Bestimmung der Arbeiterstand ausdrücklich vom Wahlrecht ausgeschlossen wurde. Endlich kommt es bei solchen Fragen nicht einmal auf den Umfang an, sondern auf das Prinzip.

Es war ein Zensus eingeführt; d. h. ein bestimmter bürgerlicher Besitz als die Bedingung hingestellt, durch das Wahlrecht — dieses erste und wichtigste aller politischen Rechte — an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes teilnehmen zu können.

Alle diejenigen, welche überhaupt keine direkte Steuer oder keine von diesem Betrage zahlten oder Lohnarbeiter waren, waren von der Herrschaft über den Staat ausgeschlossen und zu einer beherrschten unterworfenen Masse gemacht. Der bürgerliche Besitz oder der Kapitalbesitz war die Bedingung zur Herrschaft über den Staat geworden, wie im Mittelalter der adlige Besitz oder der Grundbesitz.

Dies Prinzip des Zensus bleibt — mit Ausnahme einer sehr kurzen

Periode der französischen Republik von 1793, die an ihrer eigenen Unklarheit und an der ganzen Lage der damaligen Verhältnisse zugrunde ging und auf die ich hier nicht näher eingehen kann — das leitende Prinzip aller Verfassungen, die aus der französischen Revolution hervorgingen.

Ja, mit jener Konkurrenz, die allen Prinzipien eigen ist, mußte sich dasselbe gar bald auch zu einem ganz andern quantitativen Umfang entwickeln.

In der Verfassung von 1814 wurde von der oktroyierten Charte, die Louis XVIII. erließ, ein direkter Steuerbetrag von 300 Franks, also von 80 Talern, an Stelle jenes früheren vom Werte dreier Arbeitstage als Bedingung des Wahlrechts festgestellt. Die Julirevolution von 1830 bricht aus, und nichtsdestoweniger wird durch das Gesetz vom 19. April 1831 ein direkter Steuerbetrag von 200 Franks, also von zirka 53 Talern, als Bedingung des Wahlrechts gefordert.

Was unter Louis Philipp und Guizot das pays légal, das gesetzliche Land, nämlich das „gesetzlich in Betracht kommende Land" genannt wurde, bestand aus 200000 Männern. Es gab nicht mehr als 200000 mit jenem bürgerlichen Besitz ausgerüstete Wähler in Frankreich, welche die Herrschaft führten über ein Land von über 30 Millionen Einwohnern.

Es muß hier beiläufig bemerkt werden, daß es selbstredend ganz gleichgültig ist, ob das Prinzip des Zensus, die Ausschließung der Nichtbesitzenden vom Wahlrecht auftritt, wie in den angeführten Verfassungen, in direkter und offener, oder in einer irgendwie verkappten Form. Die Wirkung ist immer dieselbe.

So konnte die zweite französische Republik im Jahre 1850 das einmal erklärte allgemeine und direkte Wahlrecht, das wir im Verlaufe noch betrachten werden, unmöglich offen widerrufen. Aber sie half sich damit, daß sie durch das Gesetz vom 31. Mai 1850 nur solche Bürger zum Wahlrecht in einem Orte zuließ, welche an demselben Orte schon seit mindestens drei Jahren ununterbrochen domiziliert waren. Weil nämlich die Arbeiter in Frankreich durch ihre Lage häufig gezwungen sind, den Ort zu wechseln und in einer anderen Gemeinde Arbeit und Beschäftigung zu suchen, hoffte man, und mit gutem Grund, überaus große Massen von Arbeitern, die den Nachweis eines dreijährigen ununterbrochenen Domizils an demselben Orte nicht führen konnten, von dem Wahlrecht auszuschließen.

Hier haben Sie also einen Zensus in verkappter Form.

Noch viel schlimmer ist es bei uns seit dem oktroyierten Dreiklassenwahlgesetz, wo also, je nach den Verhältnissen der Lokalität, drei, zehn, dreißig und mehr nichtbesitzende Wähler der dritten Klasse nur dasselbe Wahlrecht ausüben, wie ein einziger großer Kapitalbesitzer, ein Groß-

bürger, welcher der ersten Wählerklasse angehört, so daß also in Wahrheit, wäre das Verhältnis z. B. im Durchschnitte wie 1 : 10, immer je neun Männer von zehn solchen, welche im Jahre 1848 Wahlrecht besaßen, es durch das oktroyierte Dreiklassenwahlgesetz des Jahres 1849 verloren haben und es nur noch zum Schein ausüben.

Um Ihnen aber zu zeigen, wie sich dies nun wirklich im Durchschnitt verhält, brauche ich Ihnen bloß einige auf offiziellen amtlichen Listen beruhende Zahlen mitzuteilen.

Im Jahre 1848 hatten wir infolge des damals eingeführten allgemeinen Wahlrechts 3661993 Urwähler.

Durch das oktroyierte Dreiklassenwahlgesetz vom 30. Mai 1849 wurde nun zuvörderst dadurch, daß man denjenigen, welche keinen festen Wohnsitz hatten oder Armenunterstützung empfingen, das Wahlrecht entzog, die Zahl der Wähler auf 3255703 herabgesetzt. 406000 Männern wurde also schon hierdurch das Wahlrecht entzogen. Dies war jedoch noch das Wenigste.

Die übrigbleibenden 3255000 Urwähler zerfielen nun nach dem oktroyierten Wahlgesetz in drei Klassen, und zwar gehörten laut den amtlichen Listen, die nach Erlaß des oktroyierten Wahlgesetzes im Jahre 1849 aufgenommen wurden:

1. zur ersten Wählerklasse . . . . 153808 Mann
2. zur zweiten Wählerklasse . . . . 409945 „
3. zur dritten Wählerklasse . . . . 2691950 „

Lassen wir nun selbst die zweite Wählerklasse ganz aus dem Spiel und vergleichen nur die erste und die dritte Wählerklasse, die Großbürger und die Nichtbesitzenden, miteinander, so üben also 153800 Reiche dasselbe Wahlrecht aus, wie 2691950, die zur Arbeiter-, Kleinbürger- und Bauernklasse gehören, d. h. ein Reicher übt dasselbe Wahlrecht aus, das siebzehn Nichtbesitzende ausüben. Und gehen wir nun von der tatsächlichen Grundlage aus, daß im Jahre 1848 durch das Gesetz vom 8. April 1848 bereits das allgemeine Wahlrecht gesetzlich bestand, daß damals also 153800 Arbeiter oder Kleinbürger beim Wählen 153800 Reiche aufwogen, also ein Nichtbesitzender einen Reichen aufwog, so zeigt sich, daß jetzt, wo erst siebzehn Ärmere das Wahlrecht eines Reichen aufwiegen, immer 16 Arbeitern und Kleinbürgern unter 17 ihr gesetzliches Wahlrecht entrissen worden ist.

Aber auch dies, meine Herren, ist nur das Durchschnittsverhältnis. In der Wirklichkeit gestaltet sich die Sache, wegen der verschiedenen Verhältnisse der Lokalitäten, noch ganz anders, noch viel ungünstiger, am ungünstigsten überall da, wo die Ungleichheiten des Besitzes am entwickeltsten sind. So hat der Regierungsbezirk Düsseldorf

6356 Wähler erster Klasse und 166300 Wähler dritter Klasse; es üben also dort erst 26 Wähler dritter Klasse dasselbe Wahlrecht aus wie ein Reicher.

Kehren wir von dieser Ausführung zu unserm Hauptfaden zurück, so haben wir also gezeigt und haben weiter zu zeigen, wie, seitdem durch die französische Revolution die Bourgeoisie zur Herrschaft gelangte, jetzt *ihr* Element, der bürgerliche Besitz, zum herrschenden Prinzip aller gesellschaftlichen Einrichtungen gemacht wird; wie die Bourgeoisie, ganz so verfahrend, wie der Adel im Mittelalter mit dem *Grundbesitze*, jetzt das herrschende und ausschließende Gepräge *ihres* besonderen Prinzips, des bürgerlichen oder Kapitalbesitzes, das Gepräge *ihres* Privilegiums allen Einrichtungen der Gesellschaft aufdrückt. Die Parallele zwischen Adel und Bourgeoisie ist darin eine vollständige.

In bezug auf den wichtigsten Fundamentalpunkt, auf die Reichsverfassung, haben wir dies bereits betrachtet. Wie im Mittelalter der Grundbesitz das herrschende Prinzip der Vertretung auf den deutschen Reichstagen war, so ist jetzt im direkten oder verkappten Zensus der Steuerbetrag und somit, da dieser durch das Kapitalvermögen eines Mannes bedingt wird, in letzter Instanz der *Kapitalbesitz* dasjenige, was das Wahlrecht zu den Kammern und somit den Anteil an der Herrschaft über den Staat bestimmt.

Ebenso in bezug auf alle andern Erscheinungen, bei denen ich Ihnen im Mittelalter den *Grundbesitz* als das herrschende Prinzip nachgewiesen habe.

Ich hatte Sie damals auf die *Steuerfreiheit* des adligen Grundbesitzes im Mittelalter aufmerksam gemacht und hatte Ihnen gesagt, daß jeder herrschende *privilegierte* Stand die Lasten zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Wohles auf die unterdrückten, nichtbesitzenden Klassen abzuwälzen sucht.

Ganz ebenso die Bourgeoisie. Zwar kann sie freilich nicht offen erklären, daß sie steuerfrei sein will. Ihr ausgesprochenes Prinzip ist vielmehr in der Regel, daß jeder im Verhältnis zu seinem Einkommen steuern solle. Aber sie erreicht wiederum, mindestens so gut es geht, dasselbe Resultat in *verkappter* Form durch die Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern.

Direkte Steuern, meine Herren, sind solche, welche, wie die klassifizierte Einkommensteuer oder die Klassensteuer, vom Einkommen erhoben werden und sich daher nach der Größe des Einkommens und Kapitalbesitzes bestimmen. Indirekte Steuern aber sind solche, die auf irgendwelche Bedürfnisse, z. B. auf Salz, Getreide, Bier, Fleisch, Heizungsmaterial, oder z. B. auf Bedürfnis nach Rechtsschutz, Justizkosten,

Stempelbogen usw. gelegt werden und die sehr häufig der einzelne in dem Preise der Dinge bezahlt, ohne zu wissen und zu merken, daß er jetzt steuert, daß es die Steuer ist, welche ihm den Preis der Dinge verteuert.

Nun wird Ihnen bekannt sein, meine Herren, daß jemand, der zwanzig-, fünfzig-, hundertmal so reich ist als ein anderer, deshalb durchaus nicht zwanzig-, fünfzig-, hundertmal so viel Salz, Brot, Fleisch braucht, fünfzig- oder hundertmal so viel Bier oder Wein trinkt, fünfzig- oder hundertmal so viel Bedürfnis nach Ofenwärme und also nach Heizungsmaterial hat, wie ein Arbeiter oder Kleinbürger.

Hierdurch kommt es, daß der Betrag aller indirekten Steuern, statt die Individuen nach Verhältnis ihres Kapitals und Einkommens zu treffen, seinem bei weitem größten Teile nach von den Unbemittelten, von den ärmeren Klassen der Nation gezahlt wird. Nun hat zwar die Bourgeoisie die indirekten Steuern nicht eigentlich erfunden; sie existierten schon früher. Aber die Bourgeoisie hat sie erst zu einem unerhörten Systeme entwickelt und ihnen beinahe den gesamten Betrag der Staatsbedürfnisse aufgebürdet.

Ich werfe, um Ihnen dies zu zeigen, z. B. einen Blick auf den preußischen Staatshaushalt des Jahres 1855.

Die Gesamteinnahmen des Staats in diesem Jahre betrugen in runder Summe 108930000 Taler. Davon gehen ab, aus den Domänen und Forsten fließend, also ein Staatseinkommen aus Besitzungen, das hier nicht in Betracht kommen kann, 11967000 Taler. Es bleiben also zirka 97 Millionen anderweitiger Staatseinnahmen übrig. Von diesen Einnahmen würden der Einteilung des Budgets zufolge zirka 26 Millionen aus direkten Steuern erhoben. Dies ist aber auch nicht wahr und scheint bloß so, weil unser Budget dabei nirgends nach wissenschaftlichen Grundsätzen verfährt, sondern sich nur danach richtet, in welcher Weise äußerlich die Steuern eingetrieben werden. Von diesen 26 Millionen gehen vielmehr ab 10 Millionen Grundsteuer, die zwar von dem Grundbesitzer direkt erhoben, von ihm aber wieder auf den Getreidepreis abgewälzt und somit definitiv von den Getreidekonsumenten bezahlt werden, daher eine indirekte Steuer bilden. Es gehen aus denselben Gründen ab 2900000 Taler Gewerbesteuer.

An Einnahmen aus wirklich direkten Steuern bleiben nur übrig:

2928000 Taler aus der klassifizierten Einkommensteuer,
7884000 „ aus der Klassensteuer und
2036000 „ aus dem Zuschlag,

zusammen 12848000 Taler.

Also 12800000 Taler, meine Herren, fließen in Wahrheit aus direkten Steuern auf 97 Millionen Staatseinnahmen. Was über diese 12800000 Taler hinausgeht, das wird — man muß hier wieder nicht der unwissenschaftlichen Rubrizierung des Budgets folgen, welches z. B. den Ertrag des Salzmonopols von 8300000 Taler oder die Einnahmen aus dem Justizdienst von 8849000 Taler nicht zu den indirekten Steuern rechnet —, was über diese 12800000 Taler hinausgeht, das wird, sage ich, mit Ausnahme weniger und sehr unbedeutender Posten, mit denen es eine besondere Bewandtnis hat, samt und sonders aus Einnahmequellen aufgebracht, welche die Natur von indirekten Steuern haben, das wird also durch indirekte Steuern aufgebracht.

Die indirekte Steuer, meine Herren, ist somit das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürdet.

Bemerken Sie zugleich, meine Herren, den eigentümlichen Widerspruch und die eigentümliche Gerechtigkeit des Verfahrens, die gesamten Staatshaushaltsbedürfnisse den indirekten Steuern und somit dem armen Volk aufzubürden, zum Maßstab aber und zur Bedingung des Wahlrechts und somit des politischen Herrschaftsrechts die direkten Steuern zu machen, welche zu dem Gesamtbedürfnis des Staats von 108 Millionen nur den verschwindend kleinen Betrag von 12 Millionen liefern!

Ich sagte Ihnen ferner, meine Herren, von dem Adel des Mittelalters, daß alle bürgerliche Tätigkeit und Industrie in sozialer Mißachtung bei ihm stand.

Ganz analog heute. Zwar jede Art von Arbeit ist heute gleich geachtet, und wenn einer beim Lumpensammeln oder Abtrittfegen zum Millionär würde, so würde er gewiß sein können, eine große Achtung in der Gesellschaft zu finden.

Aber mit welcher sozialen Mißachtung denen begegnet wird, welche, gleichviel worin und wie sehr sie arbeiten, keinen bürgerlichen Besitz hinter sich haben —, nun, das ist eine Tatsache, die Sie nicht aus meinem Vortrage zu erfahren brauchen, sondern der Sie leider oft genug im täglichen Leben begegnen können.

Ja, in gar mancher Hinsicht führt die Bourgeoisie die Herrschaft ihres besonderen Privilegiums und Elements mit noch strengerer Konsequenz durch, als dies der Adel im Mittelalter mit dem Grundbesitze getan hatte.

Der Volksunterricht — ich spreche hier von dem Unterrichte der Erwachsenen — war im Mittelalter der Geistlichkeit überlassen. Seit-

dem haben die Zeitungen dies Amt übernommen. Durch die Kautionen aber, welche die Zeitungen stellen müssen, und noch viel mehr durch die Stempelsteuer, welche bei uns wie in Frankreich und anderwärts auf die Zeitungen gelegt wird, wird eine täglich erscheinende Zeitung zu einem sehr kostspieligen, nur bei sehr erheblichen Kapitalmitteln in das Leben zu rufenden Institut, so daß dadurch jetzt selbst die Fähigkeit, auf die Volksmeinung wirken, sie aufklären und leiten zu können, ein Privilegium des großen Kapitalbesitzes geworden ist.

Wäre dies nicht, meine Herren, so würden Sie ganz andere und viel bessere Zeitungen besitzen!

Es ist von Interesse, zu sehen, meine Herren, wie früh dies Bestreben der großen Bourgeoisie, aus der Presse ein Privilegium des Kapitals zu machen, bereits auftritt, und in welcher naiven, unverhüllten Form. Am 24. Juli 1789, wenige Tage nach dem Bastillensturm, also schon in den ersten Tagen, in welchen die Bourgeoisie die politische Herrschaft eroberte, erließen die städtischen Repräsentanten der Gemeinde von Paris einen Beschluß, durch welchen sie die Drucker für verantwortlich erklären, wenn sie Broschüren oder Flugblätter veröffentlichen von Schriftstellern „sans existence connue", „ohne notorisch bekannte Existenzmittel". Die soeben erst eroberte Preßfreiheit sollte also nur für Schriftsteller von „notorisch bekannten Existenzmitteln" da sein. Das Eigentum erscheint hier als Bedingung für die Preßfreiheit, ja eigentlich sogar für die Moralität eines Schriftstellers! Diese Naivität der ersten Tage der Bourgeoisherrschaft spricht nur in kindlich offener Weise aus, was heute in künstlicher Form durch Kautionen und Stempelsteuer erreicht wird.

Mit diesen großen charakteristischen Tatsachen, entsprechend unserer Betrachtung des Mittelalters, meine Herren, wollen wir uns auch hier begnügen.

Was wir bisher gesehen haben, meine Herren, sind zwei Weltperioden, die jede unter der herrschenden Idee eines bestimmten Standes der Gesellschaft stehen, welcher sein Prinzip allen Einrichtungen dieser Zeit aufdrückt.

Zuerst die Idee des Adels oder der Grundbesitz, welche das herrschende Prinzip des Mittelalters bildet und alle seine Institutionen durchdringt.

Diese Periode lief ab mit der französischen Revolution, wenn Sie auch begreifen werden, daß besonders in Deutschland, wo jene Umwälzung nicht durch das Volk, sondern auf dem Wege sehr langsamer und unvollkommener Reformen durch seine Regierungen eingeführt wurde, noch sehr zahlreiche und bedeutende Ausläufer jener ersten Geschichts-

periode existieren, zum großen Teile heute noch die Bourgeoisie auf Schritt und Tritt hemmend.

Wir sahen zweitens die mit der französischen Revolution am Ende des vorigen Jahrhunderts beginnende Geschichtsperiode, welche den *großen bürgerlichen Besitz* oder das Kapital zu ihrem Prinzipe hat und diesen als das Privilegium gestaltet, welches alle gesellschaftlichen Einrichtungen durchdringt und die Teilnahme an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes bedingt.

Auch diese Periode, meine Herren, so wenig dies äußerlich den Anschein hat, ist innerlich bereits abgelaufen.

Am 24. Februar 1848 brach die erste Morgenröte einer neuen Geschichtsperiode an.

An diesem Tage brach nämlich in Frankreich, in diesem Land, in dessen gewaltigen inneren Kämpfen die Siege wie die Niederlagen der Freiheit Siege und Niederlagen für die gesamte Menschheit bedeuten, eine Revolution aus, die einen Arbeiter in die provisorische Regierung berief, als den Zweck des Staates die Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen aussprach und das allgemeine und direkte Wahlrecht proklamierte, durch welches jeder Bürger, der sein 21. Jahr erreicht hatte, ohne alle Rücksicht auf seine Besitzverhältnisse einen gleichmäßigen Anteil an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes empfing.

Sie sehen, meine Herren, wenn die Revolution von 1789 die Revolution des Tiers état, des *dritten* Standes war, so ist es diesmal der *vierte* Stand, der 1789 noch in den Falten des dritten Standes verborgen war und mit ihm zusammenzufallen schien, welcher jetzt sein Prinzip zum herrschenden Prinzipe der Gesellschaft erheben und alle ihre Einrichtungen mit demselben durchdringen will.

Aber hier bei der Herrschaft des vierten Standes findet sofort der immense Unterschied statt, daß der vierte Stand der letzte und äußerste, der enterbte Stand der Gesellschaft ist, welcher *keine* ausschließende Bedingung weder rechtlicher noch tatsächlicher Art, weder Adel noch Grundbesitz, noch Kapitalbesitz, mehr aufstellt und aufstellen kann, die er als ein neues *Privilegium* gestalten und durch die Einrichtungen der Gesellschaft hindurchführen könnte.

Arbeiter sind wir *alle*, insofern wir nur eben den *Willen* haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen.

Dieser vierte *Stand*, in dessen Herzfalten daher *kein* Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem *ganzen Menschengeschlechte*. *Seine* Sache ist daher

in Wahrheit die Sache der *gesamten Menschheit*, *seine* Freiheit ist die Freiheit der *Menschheit selbst*, *seine* Herrschaft ist die Herrschaft *aller*.

Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft, in dem Sinne, wie ich Ihnen dies entwickelt, der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der *Versöhnung* aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der *Einigung*, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der *Liebe*, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, *für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben* und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein *Schrei der Liebe* sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt.

Das Prinzip des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft soll jetzt von uns nur noch in dreierlei Beziehung betrachtet werden:

1. in bezug auf das formelle Mittel seiner Verwirklichung;

2. in bezug auf seinen sittlichen Inhalt und

3. in bezug auf die politische Auffassung des Staatszweckes, die ihm innewohnt.

Auf andere Seiten desselben können wir heute nicht mehr eingehen, und auch die angegebenen Beziehungen können bei der so vorgeschrittenen Zeit nur noch ganz flüchtig beleuchtet werden.

Das formelle Mittel der Durchführung dieses Prinzips ist das bereits betrachtete allgemeine und direkte Wahlrecht. Ich sage, das allgemeine und *direkte* Wahlrecht, meine Herren, nicht das bloß allgemeine Wahlrecht, wie wir es im Jahre 1848 gehabt haben. Die Einführungen von zwei Abstufungen bei dem Wahlakt, von Urwählern und Wahlmännern, ist nichts als ein künstliches Mittel, absichtlich zu dem Zweck eingeführt, den Volkswillen beim Wahlakt möglichst zu verfälschen.

Zwar wird auch das allgemeine und direkte Wahlrecht keine Wünschelrute sein, meine Herren, die Sie vor momentanen Mißgriffen schützen kann.

Wir haben in Frankreich in den Jahren 1848 und 1849 zwei schlechte Wahlen hintereinander gesehen. Aber das allgemeine und direkte Wahlrecht ist das einzige Mittel, welches auf die Dauer von selbst wieder die Mißgriffe ausgleicht, zu denen sein momentan irriger Gebrauch führen

kann. Es ist jene Lanze, welche selbst die Wunden wieder heilt, die sie schlägt. Es ist auf die Länge der Zeit bei dem allgemeinen und direkten Wahlrecht nicht anders möglich, als daß der gewählte Körper das genaue treue Ebenbild sei des Volkes, das ihn gewählt hat.

Das Volk wird daher jederzeit das allgemeine und direkte Wahlrecht als sein unerläßliches politisches Kampfmittel, als die allerfundamentalste und wichtigste seiner Forderungen betrachten müssen.

Ich werfe jetzt einen Blick auf den sittlichen Inhalt jenes Gesellschaftsprinzips, das wir betrachten.

Vielleicht kann der Gedanke, das Prinzip der untersten Klassen der Gesellschaft zu dem herrschenden Prinzipe des Staates und der Gesellschaft zu machen, als ein sehr gefährlicher und unsittlicher erscheinen, als ein solcher, der Sittigung und Bildung dem Untergange in ein „modernes Barbarentum" auszusetzen droht.

Und es wäre gar kein Wunder, wenn dieser Gedanke heute so erschiene, denn auch die öffentliche Meinung, meine Herren — ich habe Ihnen bereits angedeutet, durch welche Vermittlung, nämlich durch die Zeitungen —, empfängt heutzutage ihr Gepräge von dem Prägstock des Kapitals und aus den Händen der privilegierten großen Bourgeoisie.

Dennoch ist diese Furcht nur ein Vorurteil, und es läßt sich im Gegenteile nachweisen, daß dieser Gedanke den höchsten Fortschritt und Triumph der Sittlichkeit darstellen würde, welchen die Weltgeschichte bis heute kennt.

Jene Ansicht ist ein Vorurteil, sage ich, und sie ist eben nur das Vorurteil der heutigen, noch vom Privilegium beherrschten Zeit.

In einer andern Zeit, nämlich in jener ersten französischen Republik des Jahres 1793, von der ich Ihnen bereits gesagt habe, daß ich sie heute nicht näher betrachten kann, daß sie aber an ihrer eigenen Unklarheit notwendig zugrunde gehen mußte, herrschte sogar bereits das entgegengesetzte Vorurteil. Damals galt es als ein Dogma, daß alle höheren Stände unsittlich und verderbt, nur das niedrige Volk gut und sittlich sei. Diese Ansicht war von Rousseau ausgegangen. In der neuen Erklärung der Menschenrechte, welche der französische Konvent, jene gewaltige konstituierende Versammlung Frankreichs, erließ, wird sie sogar durch einen besonderen Artikel festgestellt, durch den Artikel 19, welcher lautet: **Toute institution qui ne suppose le peuple bon et le magistrat corruptible est vicieuse.** „Jede Institution, welche nicht voraussetzt, daß das Volk gut und die Obrigkeit bestechlich sei, ist fehlerhaft." Sie sehen, das ist gerade das Gegenteil von der Vertrauensseligkeit, welche man heutzutage fordert und nach welcher es kein größeres Vergehen gibt, als an dem guten Willen und der Tugendhaftigkeit der

Behörde zu zweifeln, während das Volk grundsätzlich als eine Art von Tiger und als der Sitz der Verderbtheit betrachtet wird.

Damals steigerte sich das entgegengesetzte Dogma sogar so weit, daß fast jeder, der einen ganzen Rock hatte, eben dadurch verderbt und verdächtig erschien und Tugend, Reinheit und patriotische Sittlichkeit nur solchen inne zu wohnen schien, die keinen guten Rock besaßen. Es war die Periode des Sansculottismus.

Diese Anschauung, meine Herren, hat in der Tat zu ihrer Grundlage eine Wahrheit, die aber in unwahrer und verkehrter Form auftritt. Nun gibt es aber gar nichts Gefährlicheres als eine Wahrheit, die in unwahrer verkehrter Form auftritt. Denn wie man sich zu ihr verhalte, wird man gleich schlecht fahren. Adoptiert man jene Wahrheit in ihrer unwahren, verkehrten Form, so wird dies zu gewissen Zeiten die schädlichsten Verwüstungen anrichten, wie dies im Sansculottismus der Fall war. Wirft man um der unwahren, verkehrten Form willen den ganzen Satz als unwahr fort, so fährt man noch schlechter. Denn man hat eine Wahrheit fortgeworfen, und zwar im vorliegenden Falle gerade eine solche, ohne deren Erkenntnis gar kein gesunder Schritt im heutigen Staatsleben möglich ist.

Es bleibt also kein anderes Verhalten übrig, als daß man die unwahre und verkehrte Form jenes Satzes zu besiegen und sich ihren wahrhaften Inhalt zur Klarheit zu bringen sucht.

Die öffentliche Meinung heutzutage wird, wie gesagt, geneigt sein, den ganzen Satz selbst als vollkommen unwahr und als eine Deklamation der französischen Revolution und Rousseaus zu bezeichnen. Indes, wenn dies wegwerfende Verhalten Rousseau und der französischen Revolution gegenüber auch noch möglich wäre, so wird es doch vollkommen unmöglich sein in bezug auf einen der größten deutschen Philosophen, dessen hundertjährigen Geburtstag diese Stadt im nächsten Monate feiern wird, nämlich dem Philosophen Fichte gegenüber, einem der gewaltigsten Denker aller Völker und Zeiten.

Auch Fichte erklärt ausdrücklich und wörtlich, daß mit dem steigenden Stand eine immer steigende Zunahme der sittlichen Verschlimmerung entstehe, daß — es sind dies alles seine eigenen Worte — „die Schlechtigkeit nach Verhältnis des höheren Standes zunehme".

Den letzten Grund dieser Sätze hat indes auch Fichte nicht entwickelt. Er führt als den Grund dieser Verderbtheit die Selbstsucht, den Egoismus der höheren Stände an. Dabei muß aber sofort die Frage entstehen, ob denn nicht auch in den untersten Klassen Selbstsucht herrsche, oder warum hier weniger. Ja, es muß zunächst als ein überraschender Widerspruch erscheinen, daß in den unteren Ständen eine geringere

Selbstsucht herrschen soll als in den höheren, welche vor ihnen Bildung und Erziehung, diese anerkannt sittigenden Elemente, in einem erheblichen Grade voraus haben.

Der wahrhafte Grund und die Auflösung dieses zunächst so überraschend erscheinenden Widerspruchs ist folgende:

Seit lange geht, wie wir gesehen haben, die Entwicklung der Völker, der Atemzug der Geschichte auf eine immer steigende Abschaffung der Privilegien, welche den höheren Ständen diese ihre Stellung als höhere und herrschende Stände garantieren. Der Wunsch nach Forterhaltung derselben oder das persönliche Interesse bringt daher jedes Mitglied der höheren Stände, das sich nicht ein für allemal durch einen großen Blick über sein ganzes persönliches Dasein erhoben und hinweggesetzt hat — und Sie werden begreifen, meine Herren, daß dies nur immer sehr wenig zahlreiche Ausnahmen sein können —, von vornherein in eine prinzipiell feindliche Stellung zu der Entwicklung des Volkes, zu dem Umsichgreifen der Bildung und Wissenschaft, zu den Fortschritten der Kultur, zu allen Atemzügen und Siegen des geschichtlichen Lebens.

Dieser Gegensatz des persönlichen Interesses der höheren Stände und der Kulturentwicklung der Nation ist es, welcher die hohe und notwendige Unsittlichkeit der höheren Stände hervorruft. Es ist ein Leben, dessen tägliche Bedingungen Sie sich nur zu vergegenwärtigen brauchen, um den tiefen inneren Verfall zu fühlen, zu dem es führen muß. Sich täglich widersetzen müssen allem Großen und Guten, sich betrüben müssen über sein Gelingen, über sein Mißlingen sich freuen, seine weiteren Fortschritte aufhalten, seine bereits geschehenen rückgängig machen oder verwünschen zu müssen. Es ist ein fortgesetztes Leben wie in Feindes Land — und dieser Feind ist die sittliche Gemeinschaft des eigenen Volkes, in der man lebt, und für welche zu streben alle wahre Sittlichkeit ausmacht. Es ist ein fortgesetztes Leben, sage ich, wie in Feindes Land, dieser Feind ist das eigene Volk, und daß es als der Feind angesehen und behandelt wird, muß noch wenigstens auf die Dauer listig verheimlicht und diese Feindschaft mit mehr oder weniger künstlichen Vorhängen bekleidet werden.

Dazu die Notwendigkeit, dies alles entweder gegen die eigene Stimme des Gewissens und der Intelligenz zu tun, oder aber diese Stimme schon gewohnheitsmäßig in sich ausgerottet zu haben, um nicht von ihr belästigt zu werden, oder endlich diese Stimme nie gekannt, nie etwas Besseres und Anderes gekannt zu haben als die Religion des eigenen Vorteils!

Dieses Leben, meine Herren, führt also notwendig zu einer gänzlichen Geringschätzung und Verachtung alles ideellen Strebens, zu einem

mitleidigen Lächeln, so oft der große Name der Idee nur ausgesprochen wird, zu einer tiefen Unempfänglichkeit und Widerwilligkeit gegen alles Schöne und Große, zu einem vollständigen Untergang aller sittlichen Elemente in uns in die eine Leidenschaft des selbstsüchtigen Vorteils und der Genußsucht.

Dieser Gegensatz, meine Herren, des persönlichen Interesses und der Kulturentwicklung der Nation ist es, der bei den unteren Klassen der Gesellschaft zu ihrem Glücke fehlt.

Zwar ist auch in den unteren Klassen leider immer noch Selbstsucht genug vorhanden, viel mehr, als vorhanden sein sollte. Aber hier ist diese Selbstsucht, wo sie vorhanden ist, der Fehler der Individuen, der einzelnen, und nicht der notwendige Fehler der Klasse.

Schon ein sehr mäßiger Instinkt sagt den Gliedern der unteren Klassen, daß, sofern sich jeder von ihnen bloß auf sich bezieht und jeder bloß an sich denkt, er keine erhebliche Verbesserung seiner Lage für sich hoffen kann.

Insofern aber und insoweit die unteren Klassen der Gesellschaft die Verbesserung ihrer Lage als Klasse, die Verbesserung ihres Klassenloses erstreben, insofern und insoweit fällt dieses persönliche Interesse, statt sich der geschichtlichen Bewegung entgegenzustellen und dadurch zu jener Unsittlichkeit verdammt zu werden, seiner Richtung nach vielmehr durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesamten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fortschritten der Kultur, mit dem Lebensprinzipe der Geschichte selbst, welche nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit ist. Oder, wie wir schon oben sahen, Ihre Sache ist die Sache der gesamten Menschheit.

Sie sind somit in der glücklichen Lage, meine Herren, daß Sie, statt abgestorben sein zu können für die Idee, vielmehr durch Ihr persönliches Interesse selbst zur höchsten Empfänglichkeit für dieselbe bestimmt sind. Sie sind in der glücklichen Lage, daß dasjenige, was Ihr wahres persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprinzipe der sittlichen Entwicklung. Sie können daher sich der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und gewiß sein, daß Sie um so sittlicher dastehen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft in ihrem hier entwickelten reinen Sinn ist.

Dies sind die Gründe, meine Herren, weshalb die Herrschaft des vierten Standes über den Staat eine Blüte der Sittlichkeit, der Kultur und Wissenschaft herbeiführen muß, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen.

Hierzu führt aber auch noch ein anderer Grund, der selbst wieder

auf das innigste mit allen von uns angestellten Betrachtungen zusammenhängt und ihren Schlußstein bildet.

Der vierte Stand hat nicht nur ein anderes formelles, politisches Prinzip als die Bourgeoisie, nämlich das allgemeine direkte Wahlrecht an Stelle des Zensus der Bourgeoisie, er hat ferner nicht nur durch seine Lebensstellung ein anderes Verhältnis zu den sittlichen Potenzen als die höheren Stände, sondern er hat auch — zum Teil infolge hiervon — eine ganz andere, ganz verschiedene Auffassung von dem sittlichen *Zweck des Staates* als die Bourgeoisie.

Die sittliche Idee der Bourgeoisie ist diese, daß ausschließend nichts anderes als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte jedem einzelnen zu garantieren sei.

Wären wir alle gleich stark, gleich gescheit, gleich gebildet und gleich reich, so würde diese Idee als eine ausreichende und sittliche angesehen werden können.

Da wir dies aber *nicht sind* und nicht sein *können*, so ist dieser Gedanke nicht ausreichend und führt deshalb in seinen Konsequenzen notwendig zu einer tiefen Unsittlichkeit. Denn er führt dazu, daß der Stärkere, Gescheitere, Reichere den Schwächeren ausbeutet und in seine Tasche steckt.

Die sittliche Idee des Arbeiterstandes dagegen ist die, daß die ungehinderte und freie Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht *ausreiche*, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen *noch hinzutreten müsse*: *die Solidarität* der Interessen, *die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung*.

Entsprechend diesem Unterschiede faßt die Bourgeoisie den sittlichen Staatszweck so auf: er bestehe ausschließend und allein darin, die persönliche Freiheit des einzelnen und sein Eigentum zu schützen.

Dies ist eine Nachtwächteridee, meine Herren, eine Nachtwächteridee deshalb, weil sie sich den Staat selbst nur unter dem Bilde eines Nachtwächters denken kann, dessen ganze Funktion darin besteht, Raub und Einbruch zu verhüten. Leider ist diese Nachtwächteridee nicht nur bei den eigentlichen Liberalen zu Hause, sondern selbst bei vielen angeblichen Demokraten, infolge mangelnder Gedankenbildung, oft genug anzutreffen. Wollte die Bourgeoisie konsequent ihr letztes Wort aussprechen, so müßte sie gestehen, daß nach diesen ihren Gedanken, wenn es keine Räuber und Diebe gebe, der Staat überhaupt ganz überflüssig sei*).

*) Diese Staatsidee, welche den Staat eigentlich ganz aufhebt und ihn in die bloße bürgerliche Gesellschaft der egoistischen Interessen umwandelt, ist die Staatsidee des

Ganz anders, meine Herren, faßt der vierte Stand den Staatszweck auf, und zwar faßt er ihn so auf, wie er in Wahrheit beschaffen ist.

Die Geschichte, meine Herren, ist ein Kampf mit der Natur; mit dem Elende, der Unwissenheit, der Armut, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befanden, als das Menschengeschlecht im Anfange der Geschichte auftrat. Die *fortschreitende Besiegung* dieser Machtlosigkeit —, das ist die Entwicklung der Freiheit, welche die Geschichte darstellt.

In diesem Kampfe würden wir niemals einen Schritt vorwärts gemacht haben oder jemals weiter machen, wenn wir ihn als *einzelne*, *jeder für sich*, *jeder allein*, geführt hätten oder führen wollten.

Der *Staat* ist es, welcher die *Funktion* hat, *diese Entwicklung der Freiheit*, diese *Entwicklung des Menschengeschlechts* zur Freiheit zu vollbringen.

Der *Staat* ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte *aller* einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen *allen* als einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt.

Der Zweck des Staats ist also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu *schützen*, mit welchen er nach der Idee der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt; der Zweck des Staats ist vielmehr gerade der, *durch* diese Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, *solche Zwecke*, eine solche *Stufe des Daseins* zu erreichen, die sie *als* einzelne nie erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von *Bildung*, *Macht* und *Freiheit* zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unersteiglich wäre.

Der Zweck des Staats ist somit der, das menschliche Wesen zur *positiven Entfaltung* und *fortschreitenden Entwicklung* zu bringen, mit andern Worten, die menschliche *Bestimmung*, d. h. die Kultur, deren das Menschengeschlecht *fähig ist*, *zum wirklichen*

Liberalismus und von ihm historisch produziert worden. Sie bildet bei der Macht, die sie notwendig erlangt hat und die im direkten Verhältnis mit ihrer Oberflächlichkeit steht, die wahrhafte Gefahr geistiger und sittlicher Versumpfung, die wahrhafte Gefahr einer „modernen Barbarei“ welche heute besteht. In Deutschland kämpft ihr zum Glück mächtig entgegen die antike Bildung, welche nun einmal die unverlierbare Grundlage des deutschen Geistes geworden ist. Von ihr aus erzeugt sich die Ansicht, „der Begriff des Staates sei vielmehr notwendig dahin zu erweitern, bis wohin er meines Erachtens zu erweitern ist, daß *der Staat die Einrichtung sei*, in welcher *die ganze Tugend der Menschheit sich verwirklichen solle*“. (Worte *August Boeckhs* in seiner Universitätsrede vom 22. März 1862.)

Dasein zu gestalten; er ist die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.

Dies ist die eigentlich sittliche Natur des Staats, meine Herren, seine wahre und höhere Aufgabe. Sie ist es so sehr, daß sie deshalb seit allen Zeiten durch den Zwang der Dinge selbst von dem Staat, auch ohne seinen Willen, auch unbewußt, auch gegen den Willen seiner Leiter, mehr oder weniger ausgeführt wurde.

Der Arbeiterstand aber, meine Herren, die unteren Klassen der Gesellschaft überhaupt, haben schon durch die hilflose Lage, in welcher sich ihre Mitglieder als einzelne befinden, den tiefen Instinkt, daß eben dies die Bestimmung des Staats sei und sein müsse, dem einzelnen durch die Vereinigung aller zu einer solchen Entwicklung zu verhelfen, zu der er als einzelner nicht befähigt wäre.

Ein Staat also, welcher unter die Herrschaft der Idee des Arbeiterstandes gesetzt wird, würde nicht mehr, wie freilich auch alle Staaten bisher schon getan, durch die Natur der Dinge und den Zwang der Umstände unbewußt und oft sogar widerwillig getrieben, sondern er würde mit höchster Klarheit und völligem Bewußtsein diese sittliche Natur des Staates zu seiner Aufgabe machen. Er würde mit freier Lust und vollkommenster Konsequenz vollbringen, was bisher nur stückweise in den dürftigsten Umrissen dem widerstrebenden Willen abgerungen worden ist, und er würde somit eben hierdurch notwendig — wenn mir die Zeit auch nicht mehr erlaubt, Ihnen die detailliertere Natur dieses notwendigen Zusammenhanges auseinanderzusetzen — einen Aufschwung des Geistes, die Entwicklung einer Summe von Glück, Bildung, Wohlsein und Freiheit herbeiführen, wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte und gegen welche selbst die gerühmtesten Zustände in früheren Zeiten in ein verblassendes Schattenbild zurücktreten.

Das ist es, meine Herren, was die Staatsidee des Arbeiterstandes genannt werden muß, seine Auffassung des Staatszweckes, die, wie Sie sehen, ebenso sehr und genau entsprechend von der Auffassung des Staatszweckes bei der Bourgeoisie verschieden ist, wie das Prinzip des Arbeiterstandes von dem Anteil aller an der Bestimmung des Staatswillens oder das allgemeine Wahlrecht, von dem betreffenden Prinzipe der Bourgeoisie, dem Zensus.

Die Ihnen hier entwickelte Ideenreihe ist es also, die als die Idee des Arbeiterstandes ausgesprochen werden muß. Sie ist es, die ich im Auge hatte, als ich Ihnen im Eingange von dem Zusammenhange der besonderen Geschichtsperiode, in der wir leben, und der Idee des Arbeiterstandes sprach. Es ist diese mit dem Februar 1848 beginnende Geschichtsperiode, welcher die Aufgabe zugefallen ist, diese Staatsidee zur

Verwirklichung zu bringen, und wir können uns beglückwünschen, meine Herren, daß wir in einer Zeit geboren sind, welche bestimmt ist, diese glorreichste Arbeit der Geschichte zu erleben und in welcher es uns vergönnt ist, fördernd an ihr teilzunehmen.

Für alle aber, welche zum Arbeiterstande gehören, folgt aus dem Gesagten die Pflicht einer ganz neuen Haltung.

Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tiefsittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzipe des gesamten Zeitalters zu erheben, s e i n e Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.

Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. S i e sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!

Der hohe sittliche Ernst d i e s e s Gedankens ist es, der sich mit einer verzehrenden Ausschließlichkeit Ihres Geistes bemächtigen, Ihr Gemüt erfüllen und Ihr gesamtes Leben als ein seiner würdiges, ihm angemessenes und immer auf ihn bezogenes gestalten muß. Der sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der, ohne Sie je zu verlassen, vor Ihrem Innern stehen muß in Ihrem Atelier während der Arbeit, in Ihren Mußestunden, Ihren Spaziergängen, Ihren Zusammenkünften; und selbst, wenn Sie sich auf Ihr hartes Lager zur Ruhe strecken, ist es d i e s e r Gedanke, welcher Ihre Seele erfüllen und beschäftigen muß, bis sie in die Arme des Traumgottes hinübergleitet. Je ausschließender Sie sich vertiefen in den sittlichen Ernst dieses Gedankens, je ungeteilter Sie sich der G l u t desselben hingeben, um so mehr werden Sie wiederum — dessen seien Sie sicher — die Zeit b e s c h l e u n i g e n, innerhalb welcher unsere gegenwärtige Geschichtsperiode ihre Aufgabe zu vollziehen hat, um so s c h n e l l e r werden Sie die E r f ü l l u n g dieser Aufgabe herbeiführen.

Wenn unter Ihnen, meine Herren, die Sie mir heute zuhören, nur z w e i oder d r e i w ä r e n, in welchen es mir geglückt wäre, die sittliche Glut dieses Gedankens zu entzünden, in jener Vertiefung, die ich meine und Ihnen geschildert habe, so würde ich das bereits für einen großen Gewinn und mich für meinen Vortrag reich belohnt betrachten.

Vor allem, meine Herren, müssen Ihrer Seele fremd bleiben Mutlosigkeit und Zweifel, zu denen eine des Gedankens nicht hinreichend mächtige Betrachtung geschichtlicher Ereignisse leicht führen kann.

So ist es z. B. geradezu nicht wahr, daß in Frankreich die Republik durch den Staatsstreich des Dezembers 1851 gestürzt wurde.

Was sich in Frankreich nicht halten konnte, was damals wahrhaft unterging, das war nicht die Republik, sondern jene Republik, welche durch das Wahlgesetz vom 30. Mai 1850, wie ich Ihnen bereits gezeigt habe, das allgemeine Wahlrecht aufhob und einen verkappten Zensus zur Ausschließung der Arbeiter einführte; das war also die Bourgeoisrepublik, welche das Gepräge der Bourgeoisie, die Herrschaft des Kapitals, auch dem republikanisierten Staate aufdrücken wollte. Dies war es, was dem französischen Usurpator die Möglichkeit gab, unter einer scheinbaren Wiederherstellung des allgemeinen Wahlrechts die Republik zu stürzen, welche sonst an der Brust der französischen Arbeiter einen unübersteiglichen Wall gefunden hätte.

Was also damals in Frankreich wirklich sich nicht halten konnte und gestürzt wurde, das war nicht die Republik, sondern die Bourgeoisrepublik, und so bestätigt es sich denn bei der wahrhaften Betrachtung gerade auch an diesem Beispiele, daß die Geschichtsperiode, in die wir mit dem Februar 1848 eingetreten sind, keinen Staat mehr erträgt, welcher, gleichviel, ob in monarchischer oder republikanischer Form, das herrschende, politische Gepräge des dritten Standes der Gesellschaft aufdrücken oder in ihr erhalten will.

Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus, meine Herren, sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens.

Haben Sie bereits einmal, meine Herren, einen Sonnenaufgang von einem hohen Berge aus mit angesehen?

Ein Purpursaum färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verkündend, Nebel und Wolken raffen sich auf, ballen sich zusammen und werfen sich dem Morgenrot entgegen, seine Strahlen momentan verhüllend —, aber keine Macht der Erde vermag das langsame und majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die eine Stunde später aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwärmend am Firmamente steht.

Was eine Stunde ist in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das sind ein und zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs.

Die Wissenschaft und die Arbeiter

Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben
(16. Januar 1863)
von
Ferdinand Lassalle

1863

Meine Herren Präsident und Räte!

Ich muß damit beginnen, Ihre Nachsicht in Anspruch zu nehmen. Meine Verteidigung wird eine eingehende sein. Sie wird eben deshalb eine nicht gerade kurze sein müssen. Aber ich halte mich hierzu berechtigt, einmal durch die Höhe des Strafmaßes, mit welchem mich der § 100 des Strafgesetzbuchs bedroht, ein Strafmaß, das in seinem Maximum nicht weniger als zwei Jahre Gefängnis beträgt, zweitens aber und besonders dadurch, daß es sich heute um noch etwas ganz anderes handelt, als um eine Strafe und um einen Mann!

Erlauben Sie, daß ich sofort die Debatte aus dem Bereiche gewöhnlicher Prozeßroutine auf die Höhe und zu der Würde erhebe, welche ihr zukommen.

Die Anklage, die gegen mich erhoben worden ist, ist ein schlimmes und trauriges Zeichen der gegenwärtigen Lage der Dinge.

Sie verletzt nicht nur die gewöhnlichen Gesetze, sie bildet sogar einen entschiedenen Eingriff in die Verfassung, und dies ist das erste Verteidigungsmittel, das ich ihr entgegenstelle.

I. Der Artikel 20 der Verfassung lautet:

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei."

Was kann und soll dieses in der Verfassung proklamierte „ist frei" bedeuten, wenn nicht dies, daß die Wissenschaft und ihre Lehre nicht an das allgemeine Strafgesetz gebunden sein soll?

Soll dies „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" vielleicht bedeuten, „frei innerhalb der Grenzen des allgemeinen Strafgesetzbuches"? Aber innerhalb dieser Grenzen ist jede Meinungsäußerung, durchaus nicht bloß die Wissenschaft und ihre Lehre, vollkommen frei.

Innerhalb der Grenzen des allgemeinen Strafgesetzbuches ist jeder Zeitungsschreiber und selbst jedes Hökerweib vollkommen frei, zu schreiben und zu sprechen, was sie wollen. Diese Freiheit, die jeder Art von Meinungsäußerung zusteht, brauchte und könnte dann nicht für „die Wissenschaft und ihre Lehre" durch einen besonderen Verfassungsartikel verkündet werden.

Jenen Verfassungsartikel in diesem Sinne auslegen, hieße also nichts anderes, als ihn einfach fortleugnen, ihn da hinein interpretieren, daß er überhaupt nicht dastehe —, was freilich eine in unserer Zeit nicht unbeliebte Weise ist, die Verfassung in aller Stille zu beseitigen.

Kein Zweifel also, daß, da die erste Regel juristischer Interpretation die ist, eine Gesetzesbestimmung, geschweige denn einen Verfassungsartikel, nicht ins Überflüssige und Absurde, nicht ins Nichtdastehen zu interpretieren —, kein Zweifel also, sage ich, daß dieser Verfassungsartikel besagt, was er eben besagt: daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei, an die Grenzen des gemeinen Strafgesetzes nicht gebunden sein sollen.

Und kein Zweifel auch, meine Herren, daß dies eben die Absicht dieser Verfassungsbestimmung war, der Wissenschaft das Vorrecht einzuräumen, nicht an die Beschränkungen, welche das gemeine Strafgesetz der gewöhnlichen Meinungsäußerung auferlegt, gebunden zu sein.

Es ist begreiflich, wenn die Gesetzgebung die Institutionen eines Landes zu schützen sucht. Es ist natürlich, wenn die Gesetze es verbieten, die Bürger dazu aufzufordern, sich gewaltsam gegen die bestehenden Einrichtungen zu erheben.

Es ist bei Unterstellung gewisser Rechtsansichten auch noch erklärlich, wenn die Gesetze es verbieten, sich an die gedankenlose Leidenschaft zu wenden, Schmähung und Verhöhnung gegen die bestehenden Einrichtungen zu verbreiten, durch einen Appell an das leichtbewegliche unmittelbare Empfindungsvermögen der Menge die Gefühle des Hasses und der Verachtung zu entzünden.

Aber was ewig urfrei und in keine Schranken geschlagen dastehen muß, was für den Staat selbst wichtiger als jedes einzelne Gesetz, an kein einzelnes Gesetz als Grenze seiner freien Tätigkeit gebunden sein darf —, das ist der Trieb wissenschaftlicher Erkenntnis!

Alle Zustände sind unvollkommen. Es kann sich treffen, daß Institutionen, welche wir für die unantastbarsten und notwendigsten halten, die verderblichsten und veränderungsbedürftigsten sind.

Wer, dessen Blick die Veränderungen der Geschichte seit den Zeiten der Inder und Ägypter, wer, dessen Blick auch nur den beschränkten Zeitraum eines Jahrhunderts genau umfaßt, leugnete dies?

Der ägyptische Fellah heizt den Herd seiner elenden Lehmhütte mit den Mumien der ägyptischen Pharaonen, den allmächtigen Erbauern der ewigen Pyramiden. Sitten, Einrichtungen, Gesetzbücher, Königsgeschlechter, Staaten, Völker — sind im regen Wechsel verschwunden. Aber was, mächtiger als sie alle, nie verschwunden, immer nur gewachsen ist, was sich seit den ältesten Zeiten jonischer Philosophie, alles andere überdauernd, immer nur in beständiger Zunahme entfaltet hat, von einem Staate dem andern, von einem Volke dem andern, von einer Zeit der andern in heiliger Ehrfurcht überliefert, das ist der stolz ragende Baum wissenschaftlicher Erkenntnis!

Und welches ist die Quelle aller unablässig fortschreitenden, aller unausgesetzt und unmerklich sich vermehrenden, aller friedlich sich vollziehenden Verbesserung in der Geschichte, wenn nicht die wissenschaftliche Erkenntnis? Sie muß darum walten ohne Schranken, für sie darf es kein Festes, das sie nicht in den Prozeß ihrer chemischen Untersuchungen zöge, kein Unberührbares, kein noli me tangere geben. Ohne die Freiheit der wissenschaftlichen Erkenntnis daher nur Stagnation, Versumpfung, Barbarei! Und wie sie die unausgesetzt fließende Quelle aller Vervollkommnung menschlicher Zustände ist, so ist sie und ihre die Überzeugungen langsam gewinnende Macht zugleich auch die einzige Garantie für eine friedliche Entwicklung. Wer daher diese Quelle verstopft, wer ihr in bezug auf irgendwelche Zustände, wer ihr an irgendwelchen Punkten zu fließen verbietet, der hat nicht nur den Quell der Vervollkommnung abgeschnitten und Nacht und Barbarei heraufbeschworen —, er hat den öffentlichen Frieden eingerissen und den Staat auf gewaltsamen Umsturz und Ruin gestellt! Denn er hat jenes Sicherheitsventil verschlossen, durch welches die Gesellschaft allmählich in sich aufnimmt, was ihrer unmerklich sich ändernden Lage entsprechend, durch die Kraft der Wissenschaft langsam herausgeboren, sicher, wenngleich allmählich, in Köpfe und Zustände übergeht. Er hat das Sicherheitsventil geschlossen und den Staat auf die Explosion gestellt! Er hat der Wissenschaft verboten, Wunde und Heilmittel aufzuzeigen und die aus der verborgen gehaltenen Wunde sich endlich ergebenden Konvulsionen des Todeskampfes an die Stelle der Krankheitsforschung und ihrer Heilung gesetzt.

Die unbeschränkte Freiheit der wissenschaftlichen Lehre ist daher nicht nur ein unnehmbares Recht des Individuums, sie ist vor allem und in noch höherem Grade die Lebensbedingung des Ganzen, das Lebensinteresse des Staates selbst.

Darum verkündet die Gesellschaft den Satz „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, frei ohne Zusatz, ohne Bedingung, ohne Schranke,

und darum setzt sie diesen Satz, um zu zeigen, daß er selbst dem Gesetzgeber unantastbar sein solle, selbst von ihm in keinem Momente verkannt und verletzt werden dürfe, weit über alle Gesetzgebung hinaus in die Verfassung, als das fröhliche Unterpfand der friedlichen Fortentwicklung des gesellschaftlichen Lebens bis in die spätesten Zeiten!

Aber wie, meine Herren? Stelle ich vielleicht hier eine nagelneue und unerhörte Theorie auf? Mißbrauche ich vielleicht den Wortlaut der Verfassung, um mir aus einer prozessualen Verlegenheit zu helfen?

Nichts leichter statt dessen, als Ihnen den historischen Nachweis zu erbringen, daß diese Bestimmung der Verfassung nie anders aufgefaßt worden ist, daß diese Theorie seit je und jahrhundertelang vor der Verfassung durch Usus und Praxis unbestrittene Geltung bei uns hatte, daß sie ein traditioneller und charakteristischer Grundzug aller germanischen Nationen seit der frühesten Zeit ist.

Zur Zeit des Sokrates konnte man noch angeklagt werden, καινούς θεούς, neue Götter, gelehrt zu haben, und Sokrates trank den Giftbecher unter dieser Anklage.

Im Altertum war dies natürlich. Der antike Geist war so durch und durch identisch mit seinen staatlichen Zuständen — und die Religion gehörte zu den Grundlagen des Staates —, daß er sich in keiner Weise von denselben losschälen, sich nicht häuten konnte. Er mußte mit diesen Staatseinrichtungen stehen und fallen, und er fiel mit denselben! In einem solchen Volksgeiste war jede wissenschaftliche Lehre, welche eine Verneinung einer der Grundlagen des Staates enthielt, ein Angriff auf das Lebensprinzip dieses Volkes selbst und konnte als solcher behandelt werden.

Eine ganz andere Erscheinung tritt nach dem Untergange der antiken Welt mit den germanischen Nationen auf. Es sind dies Nationen, die sich schälen und häuten können, die in der Entwicklungsfähigkeit ihres Lebensprinzips, des subjektiven Geistes, die Biegsamkeit in sich tragen, die verschiedenartigsten Wandlungen in sich selbst durchzumachen; Nationen, welche die zahlreichsten und gewaltigsten dieser Wandlungen bereits durchgemacht haben und in ihnen statt Tod und Untergang immer nur die Grundlage höherer Entwicklung und höherer Blüte fanden.

Das Mittel zur Vorbereitung und Durchführung dieser zu immer höherer Blüte führenden Wandlungen, deren Element sie in sich tragen, haben diese Völker an dem Prinzipe der unbeschränkten Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Frühe daher, und weit früher, als man in der heutigen, gebildeten Welt, welche die Freiheit der Wissenschaft zu den modernen Errungenschaften zu zählen pflegt, in der Regel ahnt, weit früher, sage ich, bricht

in diesen Völkern der Instinkt durch, daß die Freiheit der Wissenschaft weder an die Autorität einer Person noch einer menschlichen Satzung gebunden sein dürfe, daß sie vielmehr die allen menschlichen Einrichtungen überlegene und ihnen vorgehende, sich auf ein göttliches Recht stützende Kraft sei.

„Quasi lignum vitae", sagt Papst Alexander IV. in einer im Jahre 1255 an die Pariser Universität gerichteten Konstitution — denn wie im Mittelalter alles nur korporative Existenz hat, so auch damals die Wissenschaft nur als Universität —, „**quasi lignum vitae in Paradiso Dei et quasi lucerna fulgoris in Domo Domini. est in Sancta Ecclesia Parisiensis Studii disciplina.**" „Wie der Baum des Lebens im Paradiese Gottes und wie das Leuchten des göttlichen Glanzes im Hause des Herrn, so ist in der heiligen Kirche das Institut des Pariser Studiums."

Und man würde sehr irren, zu glauben, daß auf diese und ähnliche päpstliche oder kaiserliche und königliche Konstitutionen die Universitäten des Mittelalters das Recht der wissenschaftlichen Zensur — der censura doctrinalis — stützen, das sie in einer merkwürdigen Ausdehnung in Anspruch nehmen. Nicht ex jure humano, sagt Petrus Alliacensis — ein Mann, den 1381 zum Magnus Magister der Pariser Universität gewählt, der erzbischöfliche und dann der Kardinalshut bedeckte —, nicht ex jure humano, sagt Petrus Alliacensis, und alle späteren Scholastiker stimmen ihm bei, nicht aus menschlichem Recht, sondern ex jure divino, aus göttlichem Recht stamme der Wissenschaft die Befugnis, ihre Zensur zu üben, und die von Päpsten, Kaisern und Königen erteilten Privilegien und Konstitutionen seien nur die Anerkennung des ex jure divino oder, wie sie sich gleichfalls ausdrücken, ex jure naturali, aus dem Naturrecht für die Wissenschaft herfließenden Rechtes.

Wir sind gewohnt, meine Herren, auf das Mittelalter vornehm als auf eine Zeit der Nacht und Barbarei herabzublicken.

Aber in vielen Stücken mit hohem Unrecht und in keiner Hinsicht mit größerem Unrecht, als in bezug auf das damals durch die wiederholtesten und solennesten Fälle anerkannte Recht der Wissenschaft, ohne alle Rücksicht und gegen König und Papst ihre feierliche Stimme zu erheben.

Wir haben neulich einen Konflikt erlebt zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause über die Bestreitung von Ausgaben, die von der Kammer nicht bewilligt worden. Man hat versucht, im Lande ich weiß nicht welche Meinung zu verbreiten über die Maßlose Kühnheit und die wühlerischen Tendenzen des Abgeordnetenhauses, und gewiß hat

es sogar Abgeordnete genug gegeben, die selbst über ihre eigene Kühnheit erstaunt und stolz auf sie waren.

Aber, meine Herren, im Februar 1412 erlaubt sich die Universität von Paris, welche keineswegs irgendwie mit der Finanzverwaltung des Landes oder mit ihrer Kontrolle betraut war, eine Adresse an den König von Frankreich, Karl VI., zu richten, wie sie selbst sagt, „pour la chose publique de vostre royaume“, „für die öffentliche Sache des Königreiches“, in der sie ganz besonders die Finanzverwaltung des Landes, dann aber auch alle anderen Zweige der Verwaltung der schärfsten Kritik unterwirft, das vernichtendste Verdammungsurteil darüber ausspricht. Und zu welcher ganz andern Kühnheit der Sprache und der Forderungen, als die ist, zu der sich unser Abgeordnetenhaus erhoben hat oder erheben würde, schwingt sich in dieser Remonstrance die Pariser Universität empor!

Sie weist dem Könige nach, daß die Staatseinkünfte nicht nach ihrer Bestimmung verwendet würden („or appert clairement que lesdictes finances ne sont point employées à choses dessus dictes“ usw.) und schließt diese Nachweisungen mit dem peremtorischen Ausruf: „Item, et il fault savoir où est cette finance.“ Item, und man muß wissen, wo dieses Geld geblieben ist. Sie schildert ihm seine gesamte Finanzverwaltung, und zwar seine höchsten Beamten, die Finanzminister, Gouverneurs und Schatzmeister der Krone vor allen, als eine Bande gesetzloser Missetäter, als eine Bande von miteinander zum Ruine des Landes verschworenen Spitzbuben ohne alle Ausnahme! Sie wirft dem Könige vor, wie er den Obersten Gerichtshof, das Parlament von Paris besetzt und den Namen des Rechtes dadurch entweiht habe! Sie hält ihm vor, mit wie viel geringeren Summen seine Vorgänger regiert, „au quel temps estoit le royaume bien gouverné, autrement que maintenant,“ „zu welcher Zeit gleichwohl das Land gut regiert war, ganz anders als jetzt.“

Sie schildert ihm den Druck, der auf den Armen laste, dem durchaus abzuhelfen sei und zu dessen Abhilfe sie eine Zwangsanleihe auf die Reichen verlangt, und sie erklärt ihm, daß alles, was sie in ihrer langen Remonstrance sage, doch nur höchst ungenügend sei; denn mehrere Tage würden nicht hinreichen, die Mißregierung des Landes wahrhaft auseinanderzusetzen.

Ihr Recht zu dieser sanglanten Remonstrance stützt die Universität ausdrücklich auf nichts anderes als darauf, daß sie die Wissenschaft sei, von der jedermann wisse, daß sie vollkommen uneigennützig sei, daß es nicht ihre Gewohnheit sei, die Ämter unter sich zu haben und die Profite, noch sich in irgend anderer Weise darum zu bekümmern, als

mit ihrem Studium, eben deshalb aber sei es ihre Pflicht, zu sprechen, wo der Fall es erheische.

Und sie konkludiert nun auf nichts Geringeres als dahin: der König müsse ohne jeden Verzug (sans quelque dilacion) alle Gouverneure der Finanzen ohne alle Ausnahme (sans nul excepter) ihrer Ämter entsetzen, sie verhaften und ihre Güter vorläufig mit Sequester belegen lassen, und unter der Strafe des Todes und der Vermögenskonfiskation verbieten, daß nicht einer der unteren Finanzbeamten mit diesen Gouverneurs Rücksprache nehme.

Wenn Sie diese lange Remonstrance lesen, meine Herren, so werden Sie sich nicht verhehlen können, daß, wenn diese Adresse in unsern Tagen, z. B. von der Berliner Universität, erlassen worden wäre, es kaum ein Verbrechen des Strafkodex gäbe, welches der Staatsanwalt nicht darin gefunden hätte!

Verleumdung und Beleidigung von Beamten in bezug auf ihr Amt, Schmähung und Verhöhnung der Einrichtungen des Staats und der Anordnungen der Obrigkeit, Majestätsbeleidigung, Anreizung der Angehörigen des Staats zum Haß und zur Verachtung — und ich weiß nicht, wieviel Verbrechen noch würden unsere Staatsanwälte darin gefunden haben!

Hat man doch vor weniger als einem Jahre, wie die Zeitungen erzählen, eine Disziplinaruntersuchung wegen einer Adresse ganz anderer Art eingeleitet, mit welcher eine unserer Universitäten das an sie ergangene Wahlaufforderungsschreiben des Ministers ablehnte.

Aber damals, in der Nacht der Zeiten, war dies noch nicht üblich. Vielmehr wird, ganz wie es die Universität verlangt hatte, der Schatzmeister der Krone, Audry Griffart, mit vielen anderen der höchsten Finanzbeamten gefangen genommen, und andere entgingen diesem Schicksale nur dadurch, daß sie in eine Kirche flohen, der das Asylrecht zustand.

Das war 1412. Aber schon achtzig Jahre vorher trug sich ein anderer vielleicht noch bedeutenderer Fall zu, den ich in größerer Kürze behandeln kann.

Der Papst Johann XXII. stellt eine neue Auffassung des Dogma von der visio beatifica auf und läßt sie in den Kirchen predigen. Die Universität von Paris — nec Pontificis reverentia prohibuit, sagt der Berichterstatter, quominus veritati insisterent; „nicht hielt sie die Ehrfurcht vor dem heiligen Vater zurück, der Wahrheit beizustehen" —, die Universität, und obgleich es sich hier um einen Glaubensartikel handelte, ein Gebiet, in welchem die Kompetenz des Papstes nicht bezweifelt werden konnte, erläßt am 2. Januar 1332 ein Dekret, worin sie diese Auffassung des Dogma für einen Irrtum erklärt.

Der König Philipp VI. insinuiert dies Dekret dem zu Avignon befindlichen Papste mit der Erklärung, wenn er infolge desselben nicht widerrufe, werde er ihn als einen Ketzer verbrennen lassen, und der Papst widerruft wirklich, obwohl ohnehin auf dem Totenbette liegend, wie Sie dies alles bei Bulaeus in der Historia Universitatis Parisiensis, Paris 1668 fol. To. IV p. 335 sq. ausführlicher erzählt finden können.

Diese Beispiele, die übrigens beliebig vermehrt werden könnten, werden genügen, um zu zeigen, wie unbeschränkt und an keine strafrechtlichen Grenzen gebunden schon im frühen Mittelalter, sogar Papst und König gegenüber, die Freiheit der Wissenschaft war, die, ich wiederhole es, freilich im Mittelalter, nur eine korporative Existenz hatte.

Die Theorie, die ich aufstelle, sie hat schon seit mehr als fünfhundert Jahren selbst in katholischen Zeiten und bei romanischen Völkern ihre Praxis gehabt.

Kommt der Protestantismus und errichtet die Staatsgebäude selbst, die er schafft, auf dem Prinzipe der freien Forschung! Dies Prinzip ist seitdem die Grundlage unserer ganzen staatlichen Existenz. Die protestantischen Staaten haben kein Recht zu existieren ahne dasselbe, haben keine Möglichkeit dazu! Wann wäre seitdem eine strafrechtliche Anklage wegen einer wissenschaftlichen Lehre in Preußen erhört gewesen?

Als Christian Wolf die Leibnizsche Philosophie in Halle popularisierte, insinuierte man dem damaligen Soldatenkönige Friedrich Wilhelm I., daß nach Wolfs Lehre von der prästabilierten Harmonie die Soldaten nicht aus freiem Willen desertierten, sondern vermöge dieser besonderen Einrichtung Gottes, der prästabilierten Harmonie, und daß diese Lehre also, in das Militär verbreitet, höchst gefährlich wirken müßte. Es ist wahr, daß dieser Soldatenkönig, der den Staat in seinen Regimentern sah, hierdurch aufs äußerste aufgebracht, sofort eine Kabinettsorder an Wolf erließ, im November 1723, in der er ihm befahl, bei Strafe des Stranges binnen zweimal vierundzwanzig Stunden die preußischen Staaten zu verlassen — und Wolf mußte fliehen. Aber wenn die lettres de cachet der Könige ohne Appell sind in der Zeit, so sind sie dafür ohne Ansehen und ohne Bedeutung in der Geschichte. Überdies hatte jener Soldatenkönig nur eine offene freie Gewalttat begangen und nicht die Formen des Rechts entweiht. Er drohte, er werde Wolf hängen lassen, und er hätte dies durch seine Soldaten ausführen lassen können. Auch die Gewalt hat noch eine gewisse Würde, wenn sie offen auftritt. Aber er beleidigte nicht seine Richterkollegien durch das Ansinnen, daß sie die Wissenschaft verurteilen sollten! Es fiel ihm nicht ein, die Gewalt in Recht zu verkleiden!

Zudem, kaum besteigt Friedrich der Große, er, der zwar gewiß Soldaten brauchte, aber deshalb doch ein Staatskönig und kein Soldatenkönig war, am 31. Mai 1740 den Thron, als er sechs Tage darauf, am 6. Juni 1840, wegen Wolfs, an den übrigens auch schon Friedrich Wilhelm I., seine Gewalttat bereuend, später sehr ehrenvolle, aber vergebliche Rückberufungsschreiben erlassen hatte, folgendes Handschreiben an den Konsistorialrat Reinbeck richtet:

„Ich bitte ihn, sich umb des Wolfen mühe zu geben, ein Mensch, der die Wahrheit sucht und sie liebet, mus unter aller menschlichen Gesellschaft werth gehalten werden und glaube ich, daß er eine Conquête im Land der Wahrheit gemacht hat, wehn er den Wolf hierher persuadiret."

So trug denn also auch dieser Konflikt nur dazu bei, den alten Grundsatz, daß die wissenschaftliche Erforschung und Verkündung der Wahrheit an keine Grenze und Rücksicht gebunden sei und nur sich selber zur höchsten und einzigen Rücksicht habe, mit neuem Glanze zu umgeben und vom Throne selbst herunter anerkennen zu lassen.

Selbst das Dasein Gottes war vor der Lehre der Wissenschaft nicht geschützt! Sie konnte frei, sie kann noch heute frei, selbst nach dem neuen Strafgesetzbuche, welches nur die Lästerung, die für den Andersgläubigen kränkende Beschimpfung Gottes, nicht aber die Leugnung seines Daseins verbietet, ihre Beweise gegen seine Existenz führen.

Dezennien lang vor der Verfassung war die unbedingte Freiheit der Wissenschaft in Preußen der letzte Zufluchtswinkel, in den sich Preußens Lobredner retteten, der letzte Stolz, mit dem sie prunkten.

Sie alle erinnern sich noch des immensen Aufsehens, welches der Fall Bruno Bauers erregte, des Privatdozenten an der theologischen Fakultät zu Bonn, welchem unter dem absolutistisch pietistischen Ministerium Eichhorn ominösen Angedenkens die licentia docendi wegen seiner Evangelienlehre entzogen werden sollte; der erste Fall in diesem Jahrhundert, in welchem eine — und doch wie unendlich geringere — Antastung der Freiheit der Wissenschaft gewagt wurde. Die Fakultäten kamen in Aufregung, die Gutachten schwirrten monatelang hin und her, Männer von den ruhmreichsten Namen, wie Marheineke und andere, erklärten Protestantismus und Intelligenz für in ihren Grundfesten bedroht, wenn solche in Preußen unerhörte Anmaßung Erfolg haben könne, und selbst solche Gutachten, welche gehorsam nach dem ministeriellen Wunsche ausfielen, basierten ihre Konklusion doch nur darauf, daß es sich hier um eine licentia docendi in der theologischen Fakultät handle, mit deren Grundprinzipien jene Bauersche Evangelienlehre in Widerspruch stehe, und erklärten ausdrücklich, daß, hätte es sich hier um

eine licentia docendi in einer nichttheologischen, in einer philosophischen Fakultät gehandelt, die Entscheidung die entgegengesetzte hätte sein müssen. Niemandem aber, und Eichhorn selbst nicht, war der Gedanke in den Sinn gekommen, jene Lehre vor das Forum des Strafrechts zu ziehen! Einen theologischen Lehrstuhl entzog man dem Verkünder untheologischer wissenschaftlicher Resultate, — dieselben mit dem Büttel zu bekämpfen — so weit war man unter dem Absolutismus noch nicht gediehen!

Warum hat Eichhorn, der Vielgeschmähte, diesen Tag nicht erlebt! Mit welcher Bewunderung und mit welcher höhnischen Genugtuung zugleich würde er auf seine konstitutionellen Nachfolger blicken!

Selbst unter dem pietistischen Absolutismus Eichhorns, unter dieser ecclesia militans der Verfinsterung, bewahrte man doch noch einen solchen Rest von Scham vor den uralten Traditionen, daß man in jener Zeit, wo die Repressivgesetze durch die Präventivzensur überflüssig gemacht waren, auch vor dem Drucke dieser die Würde und Freiheit der Wissenschaft bewahren wollte. Nach irgendeinem äußern Kriterium der Wissenschaftlichkeit eines Buches haschend, suchte man ein solches, wie ungeschickt die getroffene Wahl auch war, in dem äußeren Umfang eines Werkes und verordnete: Bücher über zwanzig Bogen sind zensurfrei.

Diese mehr als fünfhundertjährigen Traditionen, dieser Satz, der lange, ehe er Gesetz war, durch Praxis und Usus bei allen modernen Nationen in Geltung war, diese uralte Überlieferung des geistigen Lebensprozesses der germanischen Nationen ist es, welche die Gesellschaft endlich im Artikel 20 der Verfassung zusammenfaßt, jedem spätern Gesetzgeber selbst als Norm zurufend: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei."

Ist frei ohne Schranken, frei ohne Grenze, frei ohne Riegel! Alles hat in gesetzlichen Zuständen seine Grenze; jede Macht, jede Funktion, jede Befugnis. Das einzige, was selber grenzenlos und unendlich, auch in grenzenloser und unendlicher Freiheit wie die Sonne im Äther über allen festen Zuständen schweben soll, das ist das Sonnenauge theoretischer Erkenntnis!

Frei soll sie sein, selbst bis zum Mißbrauch frei! Denn wenn selbst bei der Wissenschaft und ihrer Lehre von einem Mißbrauche die Rede sein könnte — was auf das allerernsthafteste bestritten werden kann, meine Herren —, hier wäre der Punkt, wo die Verhütung des Mißbrauchs in einem Falle die Segnungen des Gebrauchs in Millionen Fällen verhindern könnte. Wenn irgendwelche Staatsinstitutionen, wenn irgendwelche Klasseneinrichtungen gegen die Wissenschaft geschützt wären, so daß diese nicht lehren dürfte, diese Einrichtungen sind mangelhaft oder schädlich, ungerecht oder verderblich —, wessen Geist wäre

dann so allumfassend, so überschauend die Geister aller seiner Zeitgenossen und der nachfolgenden Generationen, daß er auch nur eine Ahnung zu haben vermöchte, welche segensreiche Entdeckungen, welche fruchtbringendsten Entwicklungen, welche Bereicherungen des Geistes durch diese eine feste Grenze gegen Mißbrauch im Keim erstickt werden, welche gewalttätige Erschütterungen oder welcher Verfall dadurch über den Staat heraufbeschworen werden könnten?

Zudem, was ist Gebrauch und was Mißbrauch in der Wissenschaft, wo scheiden sich beide und wer bestimmt dies? Dies müßte — so erleuchtet Sie ohne allen Zweifel sein mögen, meine Herren Präsident und Räte, und gerade je erleuchteter Sie sind, desto lebhafter werden Sie dies selbst fühlen — nicht ein Gerichtshof sein, sondern ein Hof, zusammengesetzt aus der Blüte aller wissenschaftlichen Kapazitäten der Zeit in allen Fächern und Zweigen der Wissenschaft. Was sage ich? Aus der Blüte aller Kapazitäten der Zeit? Nein, auch noch aus der aller Folgezeiten! Denn wie oft zeigt uns nicht die Geschichte gerade die bahnbrechenden Geister der Wissenschaft im feindlichsten Gegensatz mit der Wissenschaft ihrer Tage!

Nach fünfzig-, nach hundertjährigen Debatten oft ist in der Wissenschaft erst festgestellt, was Gebrauch, was Mißbrauch war. —

In der Tat ist auch seit der Verfassung noch niemals eine Anklage gegen eine wissenschaftliche Lehre versucht worden.

Wir haben in Preußen, meine Herren, seit 1848, seit 1850 Hartes und Schweres getragen, und müde und wund vom Tragen sind unsere Schultern!

Aber selbst unter Manteuffel-Westphalen und bis auf den heutigen Tag ist uns dies eine erspart geblieben, eine wissenschaftliche Lehre unter Anklage gestellt zu sehen.

Angriffe der schärfsten Natur, Angriffe, die an und für sich auf das leichteste hätten strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt werden können, sie blieben unverfolgt, wenn sie in einem wissenschaftlichen Werke, wenn sie als wissenschaftliche Lehre auftraten.

Ich bin selbst in der Lage, hiervon Zeugnis ablegen zu können.

Vor nicht ganz zwei Jahren veröffentlichte ich ein Werk, in welchem es mir vielleicht gelungen ist, Ihre eigene Wissenschaft, meine Herren, die Wissenschaft, aus welcher die Rechtsprechung herfließt, einige Fortschritte machen zu lassen, mein System der erworbenen Rechte. Ich sage in demselben (Bd. I, S. 238): „Die Wissenschaft, deren erste Pflicht schärfstes Denken ist, kann deshalb auch gar nicht auf das Recht verzichten, die Schärfe der Begriffsbestimmungen in der ihr allein entsprechenden Schärfe und Bestimmtheit der Ausdrücke niederzulegen.“ Und

hierauf gestützt, trete ich in dem Werke den Nachweis an, daß die preußische Agrargesetzgebung seit 1850 nichts anderes sei als — ich bediene mich dort wörtlich dieser Worte — ein widerrechtlich und wider das eigene Rechtsbewußtsein am armen Manne zugunsten der reichen Grundaristokratie begangener Raub!

Wie leicht wäre es gewesen, in diesen Worten, wenn sie anderwärts gestanden hätten, öffentliche Schmähung der Einrichtungen des Staats oder Anreizung zu Haß und Verachtung gegen die Anordnungen der Obrigkeit zu finden!

Aber sie standen in einem wissenschaftlichen Werk, sie waren ein Resultat sorgfältig ausgeführter wissenschaftlicher Lehre — und so blieben sie unverfolgt!

Aber freilich, das war noch vor zwei Jahren!

Der Anklage, welche gegen mich erhoben wird, schleudere ich meinerseits die Anklage entgegen, durch den heutigen Tag über Preußen die Schmach gebracht zu haben, daß zum ersten Male, seitdem dieser Staat besteht, die Lehre der Wissenschaft vor das Forum des Strafrechts gezogen wird!

Präsident: Ich muß Sie wegen dieser Ausdrucksweise zur Ordnung rufen. Kein preußischer Richter kann es dulden, daß in dieser Weise eine Verteidigung geführt wird. Ich werde Ihnen das Wort entziehen und es Ihrem Verteidiger übertragen.

Angeklagter: Das werden Sie nicht, Herr Präsident! Wenn Sie mir das Wort entziehen, so werde ich der Gewalt weichend mit meinem Verteidiger den Saal verlassen. Aber die Verteidigung wird frei sein oder gar nicht!

Staatsanwalt: Ich bitte, wenigstens protokollarisch von diesen Ausdrücken Akt zu nehmen.

Lassalle (fortfahrend): Oder was wird mir der Staatsanwalt antworten, wenn er in thesi meine Ausführungen zugeben, wenn er anerkennen muß, die Wissenschaft und ihre Lehre sei frei, und also frei von jeder strafrechtlichen Beschränkung?

Wird er mir vielleicht bestreiten wollen, daß ich ein Vertreter der Wissenschaft sei? Oder wird er vielleicht leugnen wollen, daß das Werk, um das es sich in dieser Anklage handelt, ein wissenschaftliches Produkt sei?

Der Staatsanwalt scheint selbst sich dadurch beengt zu fühlen, daß er es hier mit einer wissenschaftlichen Produktion zu tun hat, denn er beginnt in der Anklageschrift mit dem Satz: „Obgleich sich der Angeklagte den Schein der Wissenschaftlichkeit gegeben hat, so hat derselbe doch eine durch und durch praktische Tendenz."

Den Schein der Wissenschaftlichkeit? Und warum nur den Schein? Ich fordere den Staatsanwalt auf, mir zu erweisen, warum dieser wissenschaftlichen Leistung nur der Schein der Wissenschaftlichkeit zukommen soll!

Ich glaube, ich bin, wenn es sich um die Frage handelt: was Wissenschaft ist oder nicht, besser befugt mitzusprechen als der Staatsanwalt.

In verschiedenen und schwierigen Gebieten der Wissenschaft habe ich umfangreiche Werke zutage gefördert, keine Mühen und keine Nachtwachen gescheut, um die Grenzen der Wissenschaft selbst zu erweitern, und ich kann vielleicht mit Horaz sagen: militavi non sine gloria.

Aber ich selbst erkläre Ihnen: Niemals, nicht in meinen umfangfangreichsten Werken, habe ich eine Zeile geschrieben, die strenger wissenschaftlich gedacht wäre als diese Produktion von ihrer ersten Seite bis zur letzten.

Ich behaupte ferner, daß diese Broschüre nicht nur ein wissenschaftliches Werk wie so manches andere ist, welches bereits bekannte Resultate zusammenfaßt, sondern daß sie sogar in der vielfachsten Hinsicht eine wissenschaftliche Tat, eine Entwicklung von neuen wissenschaftlichen Gedanken ist.

Welches ist das Kriterium für die Wissenschaftlichkeit eines Buches? Doch kein anderes als sein Inhalt.

Werfen Sie also einen Blick auf den Inhalt dieser Broschüre.

Dieser Inhalt ist nichts anderes als eine auf vierundvierzig Seiten zusammengedrängte Philosophie der Geschichte, beginnend mit dem Mittelalter und gehend bis auf die heutige Zeit.

Es ist eine Entwicklung des objektiven vernünftigen Gedankenprozesses, welcher der europäischen Geschichte seit länger denn einem Jahrtausend zugrunde liegt; eine Entfaltung der inneren Seele, welche der scheinbar nur tatsächlichen, scheinbar nur empirischen historischen Realität innewohnt und sie als ihre bewegende und zeugende Macht aus sich herausgesetzt hat. Es ist der trotz der Kürze der Broschüre genau entwickelte Nachweis, daß die Geschichte nichts anderes ist als eine mit innerer Notwendigkeit und unter der Larve scheinbar rein äußerlicher und materieller Verhältnisse sich vollbringende stetige Fortentwicklung der Vernunft und der Freiheit.

Drei große Weltperioden führe ich in dem kurzen Rahmen dieser Broschüre an dem Leser vorüber, von jeder einzelnen zeigend, daß sie auf einem einheitlichen Gedanken beruht, der alle noch so sehr auseinanderliegenden Gebiete, alle noch so verschiedenen und zerstreuten Erscheinungen dieser Periode beherrscht; von allen drei Perioden unter-

einander wiederum zeigend, daß jede vorübergehende nur die notwendige Anbahnung und Vorbereitung der nachfolgenden, jede nachfolgende nur die eigene immanente Fortentwicklung, die konsequente Folge und Vollendung der vorhergehenden sei, alle drei also wiederum untereinander eine höhere Einheit und vernünftige Notwendigkeit bilden.

Zuerst die Periode der Feudalität oder des Lehnswesens. Ich zeige, daß diese in allen ihren Erscheinungen auf dem einen Prinzip der Herrschaft des Grundbesitzes beruht, und zeige zugleich, warum in jener Zeit, nämlich infolge der noch unendlich überwiegend im Ackerbau bestehenden Produktion der Gesellschaft, der Grundbesitz notwendig das herrschende Element, d. h. die Bedingung aller staatlichen und gesellschaftlichen Geltung sein muß.

Und bemerken Sie, meine Herren, mit welcher strengen wissenschaftlichen Objektivität und wie fern von aller Tendenzmacherei ich verfahre.

Wenn es ein Faktum gibt, welches geeignet war, jene Tendenz daran anzuknüpfen, welche der Staatsanwalt dieser Broschüre insinuieren will, die besitzlosen Klassen zum Hasse gegen die Besitzenden zu erregen, so sind es die Bauernkriege!

Wenn es ein Faktum gibt, welches bisher in der Wissenschaft wie in der Volksmeinung, zumal bei den besitzlosen Klassen der Gesellschaft, mit der höchsten Gunst der Erinnerung an eine nationale und ungerecht mit Gewalt unterdrückte Erhebung ausgestattet war, so sind es die Bauernkriege!

Nun wohl, unbekümmert um diese Gunst und diesen Schimmer, mit welchem bisher Wissenschaft und populäre Meinung die Bauernkriege umgeben hatten, entreiße ich ihnen diesen falschen Schein und zeige, daß sie eine im innersten Grunde reaktionäre Bewegung waren, die im Interesse der Freiheitsentwicklung verunglücken mußte.

Ferner:

Wenn es ein Institut in Deutschland gibt, welchem ich für die Gegenwart aus tiefster Seele Feind bin und welches ich als die Ursache unseres nationalen Verfalls, unserer Schande und unserer Ohnmacht betrachte, so ist es das Institut des Territorialfürstentums!

Nun wohl, jene Broschüre ist so streng und objektiv wissenschaftlich, so durchaus entfernt von jeder persönlichen Tendenz, daß ich darin selbst zeige, wie für jene Zeit die Entstehung des Territorialfürstentums ein historisch berechtigtes und revolutionäres Moment, wie es ein ideeller Fortschritt war, indem es den Gedanken einer von den Eigentumsverhältnissen unabhängigen Staatsidee darstellt und entwickelt, während auch noch die Bauernkriege den Staat und die staatliche Berechtigung auf das Prinzip des Grundeigentums gründen wollten.

Ich zeige nun ferner, wie auf die Periode des Lehnswesens eine zweite Weltperiode folgt; ich zeige, wie, während die Bauernkriege nur in ihrer Einbildung revolutionär waren, ungefähr gleichzeitig mit ihnen eine *wirkliche* Revolution einzutreten beginnt, nämlich der durch die Entwicklung der Industrie und der bürgerlichen Produktion entstehende *Kapitalreichtum*, welcher einen vollständigen Umschwung aller Verhältnisse vollbringt, der in der französischen Revolution von 1789 nur seinen letzten Akt, seine *rechtliche Sanktion* feiert, *tatsächlich* aber sich bereits seit drei Jahrhunderten allmählich vollzogen hatte.

Ich weise durch genaueres Eingehen, mit dessen Rekapitulation ich Sie nicht behelligen will, die nationalökonomischen Faktoren, die durch neue Produktionsinstrumente und dadurch bedingte neue Produktionsweisen vor sich gehende Entwicklung nach, welche allmählich aus der industriellen Produktion den weit überwiegenden Hebel und Träger des gesellschaftlichen Reichtums machen, den Grundbesitz in tiefen Schatten stellen und zu einer verhältnismäßigen Machtlosigkeit herabdrücken muß.

Ich weise nach, wie jetzt infolgedessen das *Kapital* als das herrschende Element dieser zweiten Weltperiode sich ebenso notwendig im öffentlichen Recht zur privilegierten Bedingung der staatlichen Berechtigung, zur Bedingung der Teilnahme an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes machen muß, wie dies früher mit dem Grundbesitz im öffentlichen Rechte der Feudalzeit der Fall gewesen ist. Ich weise nach, wie im direkten oder indirekten Zensus, in den Kautions- und Stempelgesetzen für die Presse, in der indirekten Steuer usw. das Kapital als Bedingung zur Teilnahme an der gesellschaftlichen Herrschaft mit derselben Konsequenz und historischen Notwendigkeit sich entwickeln muß, wie früher der Grundbesitz.

Auch diese zweite Weltperiode, die 350 Jahre angefüllt hat, sage ich ferner, ist innerlich bereits abgelaufen, und mit der französischen Revolution des Jahres 1848 ist die Morgendämmerung einer neuen und dritten Weltperiode angebrochen, die durch das von ihr proklamierte allgemeine gleiche Wahlrecht jedem ohne alle Rücksicht auf irgendwelche Besitzverhältnisse einen gleichmäßigen Anteil an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und des Staatszweckes sichert und somit die weder an die Bedingung des Grundbesitzes noch des Kapitalbesitzes gebundene *freie Arbeit* als das herrschende Prinzip der Gesellschaft einsetzt.

Ich entwickle nun den Unterschied in der sittlichen Idee der Bourgeoisie und der sittlichen Idee des Arbeiterstandes und ferner den sich hieraus wieder ergebenden Unterschied in der Auffassung des Staats-

zweckes in beiden Klassen. Wenn die Adelsidee die Geltung des Individuums an eine bestimmte natürliche Abstammung und die gesellschaftliche Lage band, so ist es die sittliche Idee der Bourgeoisie, daß jede solche rechtliche Beschränkung ein Unrecht sei, das Individuum vielmehr gelten müsse rein als solches und ihm nichts anderes als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte als einzelner zu garantieren sei. Wären wir nun, sage ich, alle von Natur gleich reich, gleich gescheit, gleich gebildet, so möchte diese sittliche Idee eine ausreichende sein. Da aber diese Gleichheit nicht stattfinde noch stattfinden könne, da wir nicht als Individuen schlechtweg, sondern mit bestimmten Unterschieden des Besitzes und der Anlagen in die Welt treten, die dann auch wieder entscheidend werden über die Unterschiede der Bildung, so sei diese sittliche Idee noch keine ausreichende. Denn wäre nun dennoch in der Gesellschaft nichts zu garantieren als die ungehinderte Selbstbetätigung des Individuums, so müsse das in seinen Konsequenzen zu einer Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren führen. Die sittliche Idee des Arbeiterstandes sei daher die, daß die ungehinderte freie Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum für sich allein noch nicht ausreiche, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung.

Aus diesem Unterschiede der sittlichen Idee ergebe sich sofort auch der Unterschied in der Auffassung des Staatszweckes bei beiden Ständen.

Die Bourgeoisie habe die Doktrin produziert: die Aufgabe des Staats bestehe darin, die persönliche Freiheit des einzelnen und sein Eigentum zu schützen! Dies sei die Doktrin der wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie, dies die Doktrin ihrer politischen Führer oder des Liberalismus.

Aber dies sei eine höchst dürftige, unwissenschaftliche und der wahren Natur des Staates nicht entsprechende Theorie.

Die Geschichte sei ein Kampf mit der Natur, mit dem Elend, der Unwissenheit, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns im Naturstand, am Anfang der Geschichte, befinden. Die fortschreitende Besiegung dieser Machtlosigkeit, das sei die Entwicklung der Freiheit, welche die Geschichte darstelle. In diesem Kampfe würden wir niemals einen Schritt vorwärts gemacht haben oder jemals weiter machen, wenn wir ihn als einzelne, jeder für sich, jeder allein geführt hätten oder führen wollten.

Der Staat sei nun gerade diese Einheit und Verbindung der Individuen zu einem sittlichen Ganzen, welche die Funktion habe, diesen Kampf zu führen, eine Vereinigung, welche die Kräfte aller einzelnen,

die in sie eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen als einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt.

Der Zweck des Staates sei also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, mit welchen er nach der Idee der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt, während er in Wahrheit beide, Freiheit und Eigentum, erst im Staate und durch den Staat produziert. Der Zweck des Staates könne vielmehr kein anderer sein, als das zu vollbringen, was von Haus aus schon seine natürliche Funktion sei, also formell ausgesprochen: durch die Staatsvereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke und eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne niemals erreichen könnten.

Der letzte und inhaltliche Zweck des Staates sei somit der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit andern Worten: die menschliche Bestimmung, das heißt alle Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig sei, zum wirklichen Dasein herauszuringen und zu gestalten. Er sei die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.

In der Tat arbeite auf diese Auffassung des Staats unter uns schon die antike Bildung, welche nun einmal die unverlierbare Grundlage des deutschen Geistes geworden sei, mächtig hin, wofür ich die Worte des großen Hauptes unserer Wissenschaft, August Böckhs, anführe: „Der Begriff des Staates sei nach ihm notwendig dahin zu erweitern, daß der Staat die Einrichtung sei, in welcher die ganze Tugend der Menschheit sich verwirklichen solle."

Vor allem aber sei die entwickelte Staatsidee die Idee des Arbeiterstandes zu nennen. Denn wenn auch jeder andere durch Einsicht und Bildung sich zu dieser Erkenntnis erheben könne, so liege sie dem Arbeiterstande durch die hilflose Lage, in welcher sich seine Mitglieder als einzelne befinden, schon instinktmäßig, schon materiell und ökonomisch nahe.

Diese ökonomische Lage erzeuge notwendig in diesem Stande den tiefen Instinkt, daß es die Bestimmung des Staates sei und sein müsse, dem einzelnen durch die Vereinigung aller zu einer solchen Entwicklung zu verhelfen, zu der er als einzelner nicht befähigt wäre.

In der Tat aber stelle diese sittliche Staatsidee nicht eine solche dar, die nicht auch bisher schon die treibende Idee des Staates gewesen. Sondern im Gegenteil, dies sei, wie schon aus dem Vorigen folge, seit je die nur unbewußte Natur des Staats gewesen, die sich durch den vernünftigen Zwang der Dinge auch ohne den Willen des Staates,

auch gegen den Willen seiner Leiter mehr oder weniger immer ausgeführt habe.

Indem die Idee des Arbeiterstandes als die herrschende Idee des Staates aufgestellt werde, werde also nur, was auch bisher schon seit je die dunkle organische Natur des Staates gewesen, zur Erkenntnis gebracht und zum bewußten Zwecke der Gesellschaft herausgerungen.

Dies ist die große Kontinuität und Einheit aller menschlichen Entwicklung, daß nichts Neues in sie hineinschneit, daß in ihr nur immer zur bewußten Erkenntnis gebracht und nun mit Willensfreiheit verwirklicht wird, was seit je schon an sich die unbewußt wirkende organische Natur der Dinge gewesen ist.

Mit der französischen Februarrevolution des Jahres 1848 sei nun aber dieses Bewußtsein eingetreten und verkündet worden. Denn man habe dies erst symbolisch dargestellt, indem man einen Arbeiter in die provisorische Regierung berufen, und man habe ferner das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht proklamiert, welches das formelle Mittel zur Verwirklichung dieser Idee sei. Mit dem Februar 1848 sei somit die Geschichtsperiode angebrochen, in welcher mit Bewußtsein die sittliche Idee des Arbeiterstandes als die herrschende Idee der Gesellschaft verkündet wird.

Wir könnten uns Glück wünschen, in einer Geschichtsperiode zu leben, welche der Verwirklichung dieses hohen Zieles geweiht sei. Vor allem aber folge daraus für den Arbeiterstand, daß es die Bestimmung dieser Geschichtsperiode sei, die Idee seines Standes zur herrschenden Idee der Gesellschaft zu machen, die Pflicht der sittlichsten, feierlichsten und in den Ernst des Gedankens vertieften Haltung.

Dies ist in konzentriertester Kürze der Inhalt und Gedankengang jenes gedruckten Vortrages.

Was ich darin erstrebt habe, ist nichts anderes, als dem Hörer das innere philosophische Verständnis der Geschichte, dieser schwersten aller Wissenschaften, zu eröffnen, sie ihm als ein an sich nach notwendigen Gesetzen stufenweise entwickelndes vernünftiges Ganze zum Bewußtsein zu bringen.

Ein in eine solche Aufgabe Vertiefter hat sicher das Recht, dem Staatsanwalt zuzurufen, was bei der Einnahme von Syrakus der mathematische Figuren im Sand entwerfende und in tiefes Sinnen darüber verlorene Archimedes dem ihn mit dem Schwert anfallenden rohen Söldner zurief: Noli turbare circulos meos. „Wolle meine Zirkel nicht stören!"

Fünf Wissenschaften und mehr, Geschichte im engern Sinne, die Wissenschaft des Rechts und der Rechtsgeschichte, Nationalökonomie,

Statistik, Finanz, und endlich die letzte und schwierigste der Wissenschaften, die Gedankenwissenschaft oder Philosophie, haben sich die Hand reichen, haben beherrscht werden müssen, um mich in den Stand zu setzen, diese Broschüre zu verfassen.

Welch ein Ausbund von Wissenschaft muß der Staatsanwalt sein, wenn dies alles noch nicht hinreicht, um vor seinen Augen einem Werke das Attribut eines wissenschaftlichen zu verdienen! Aber die Anklageschrift gibt bei genauerer Betrachtung selbst an, warum diesem Werke das Requisit eines wissenschaftlichen nicht zukomme.

Sie sagt: „Obgleich sich der Angeklagte Lassalle bei diesem Vortrage den Schein der Wissenschaftlichkeit gegeben hat, so hat derselbe doch — eine durch und durch praktische Tendenz."

Also, weil der Vortrag angeblich eine praktische Tendenz hat, deshalb ist er nach dem Staatsanwalt nicht wissenschaftlich! Das Requisit, die Bedingung der Wissenschaftlichkeit, ist nach dem Staatsanwalt, keine praktische Tendenz zu haben! Ich möchte den Staatsanwalt — ein Schelling hat die Anklageakte gegen mich unterzeichnet — fragen: Wo hat er das gelernt? Bei seinem Vater — sicher nicht! Schelling der Vater gibt als den Zweck der Philosophie keinen geringeren an als den: die gesamte Zeit umzuformen. „Es heißt sich zu viel — sagt er (Philosophie der Offenbarung, Bd. III, p. 11), werde man ihm vielleicht entgegnen — von der Philosophie versprechen, wenn man eine Wiederherstellung der Zeit durch sie für möglich hält." „Aber wenn ich — antwortet er hierauf — in der Philosophie das Mittel der Heilung für die Zerrissenheit unserer Zeit sehe, so meine ich damit natürlich nicht eine schwächliche Philosophie, nicht ein bloßes Artefakt, ich meine eine starke Philosophie, die mit dem Leben sich messen kann, die, weit entfernt, dem Leben und seiner ungeheuren Realität gegenüber sich ohnmächtig zu fühlen oder auf das traurige Geschäft der bloßen Negation und Zerstörung beschränkt zu sein, ihre Kraft aus der Wirklichkeit selbst nimmt und darum auch selbst wieder Wirkendes und Dauerndes hervorbringt."

Und sicher wird der Staatsanwalt auch wenig Glück bei den andern Männern der Wissenschaft mit dieser seiner nagelneuen und merkwürdigen Entdeckung machen!

„Was wollen denn zuletzt" — sagt Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation — „alle unsere Bemühungen um die abgezogensten Wissenschaften? Lasset sein, der nächste Zweck dieser Bemühungen sei der, die Wissenschaft fortzupflanzen von Geschlecht zu Geschlecht und in der Welt zu erhalten, warum sollen sie denn auch erhalten werden? Offenbar nur, um zu rechter Zeit das allgemeine Leben und die

ganze menschliche Ordnung der Dinge zu gestalten. — Dies ist ihr letzter Zweck; mittelbar dient sonach, sei es auch erst in einer späteren Zukunft, jede wissenschaftliche Bestrebung dem Staate."

So weit Fichte!

Meine Herren Präsident und Räte! Es würde eine Geringschätzung gegen Ihren eigenen erleuchteten Blick in sich schließen, wenn ich diese staatsanwaltliche Entdeckung, nicht praktische Tendenz zu haben, sei ein notwendiges Requisit der Wissenschaft, auch nur eines einzigen weiteren Wortes der Widerlegung würdigen wollte.

Ich hatte in der Tat bei dieser Broschüre die ausnehmend praktische Tendenz, meine Leser zum Verständnis ihrer Zeit zu bringen und dadurch für immer bestimmend auf alle Handlungen einzuwirken, die sie in der ganzen Dauer ihres Lebens vornehmen.

Welches ist nun aber das Requisit der Wissenschaft, welches der Staatsanwalt hier vermissen kann?

Ist es vielleicht der ihm etwa erforderlich scheinende äußere Umfang des Werkes? Der Umstand, daß diese Produktion nur in einer Broschüre von drei Bogen und nicht in einem in-folio von drei dicken Bänden besteht?

Seit wann aber wäre der Umfang statt des Inhaltes der Maßstab für die Wissenschaftlichkeit eines Werkes gewesen?

Wird der Staatsanwalt vielleicht bestreiten wollen, daß die Vorträge, welche die Mitglieder der k. Akademie der Wissenschaften in ihren Sitzungen halten und welche fast alle weit kürzer sind als der meinige, wissenschaftliche Elaborate seien?

Im vorigen Jahre hielt ich bei der Feier von Fichtes Geburt als Redner der philosophischen Gesellschaft eine Festrede, in welcher ich die innere Geschichte der deutschen Metaphysik zu geben hatte. Diese Broschüre umfaßt sogar nur fünfunddreißig Seiten, während die gegenwärtige vierundvierzig Seiten zählt.

Wird der Staatsanwalt, um dieser Kürze halber, leugnen wollen, daß sie eine wissenschaftliche Produktion war?

Wer sieht nicht vielmehr, daß die hier in Rede stehende wissenschaftliche Leistung gerade eine um so vollere und schwierigere war, als ich einerseits genötigt war, meine Ausführungen auf einen zweistündigen Vortrag, auf den Raum einer Broschüre von vierundvierzig Seiten zusammenzudrängen, und als ich andererseits zu einem Publikum sprach, bei welchem ich keine wissenschaftlichen Voraussetzungen machen konnte. Die Besiegung dieser Schwierigkeiten erfordert, wenn, wie hier, der wissenschaftlichen Tiefe nichts vergeben werden soll, eine Präzision, eine Konzentrierung und eine Klarheit des Gedankens, welche

bei weitem den Grad der wissenschaftlichen Anstrengung überschreitet, die in der Regel für umfangreiche Werke gemacht zu werden braucht.

Welches ist also, ich frage nochmals, das Requisit der Wissenschaftlichkeit, welches diesem Vortrage fehlt?

Sollte es vielleicht der Ort sein, wo ich ihn gehalten habe?

Und hier berühre ich in der Tat den innersten Kern, aber auch den wundesten Fleck dieser Anklage.

Möchte doch — so sagt sich offenbar der Staatsanwalt — dieser Vortrag immerhin gehalten worden sein, wo er wollte, von dem Katheder herab oder in der Singakademie vor der sogenannten Elite eines gebildeten Publikums; aber daß dieser Vortrag vor dem eigentlichen Volke, daß er vor Arbeitern gehalten und an Arbeiter gerichtet ist —, das macht ihn zu einem nichtwissenschaftlichen, das macht ihn zu einem Verbrechen!

Crimen novum atque inauditum!

Ich könnte mich darauf beschränken, Ihnen zu erwidern, daß es für den Inhalt eines Vortrags und somit für seine Wissenschaftlichkeit vollkommen gleichgültig sei, an welchem Orte er gehalten worden, ob in der königl. Akademie der Wissenschaften vor der Blüte der Gelehrten oder in einem Saale der Vorstadt vor den Maschinenbauarbeitern.

Aber ich bin Ihnen, meine Herren, eine vollere Antwort schuldig. — Zuerst muß ich Ihnen mein Erstaunen ausdrücken, daß hier in Berlin, in der Stadt, wo Fichte seine unsterblichen popular-philosophischen Vorträge, seine Reden über die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters und seine Reden an die deutsche Nation vor allem Publikum gehalten hat, eine solche, die Wissenschaftlichkeit an den Ort knüpfende Ansicht auch nur bei irgend jemand noch möglich ist!

Dies gerade ist die Größe der Bestimmung dieser Zeit, auszuführen, was finstere Jahrhunderte noch einmal zu denken für möglich gehalten haben, die Wissenschaft an das Volk zu bringen!

Mag man sich die Schwierigkeiten dieser Aufgabe vorstellen, so groß man will —, unsere Anstrengungen sind bereit, mit ihnen zu ringen, unsere Nachtwachen sind da, sie zu überwinden!

Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfall, der für den tiefern Kenner der Geschichte alle Zustände des europäischen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortzeugend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Adern des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter!

Die Vereinigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten.

Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden —, das ist das Ziel, dem ich, so lange ich atme, mein Leben zu weihen beschlossen habe!

Wie aber, meine Herren, ist diese Lehre vielleicht eine ganz neue und unerhörte in den Annalen der Wissenschaft?

Hören Sie, was Fichte selbst in seinen Reden an die deutsche Nation zu den gebildeten Ständen sagt, an die er seine Vorträge richtet: „Insbesondere nun wendet sich mit diesem Vortrage meine Rede an die gebildeten Stände Deutschlands, indem sie diesen noch am ersten verständlich zu werden hofft, und trägt zu allernächst ihnen an, sich zu den Urhebern dieser neuen Schöpfung zu machen und dadurch teils mit ihrer bisherigen Wirksamkeit die Welt auszusöhnen, teils ihre Fortdauer in der Zukunft zu verdienen. Wir werden im Fortgange dieser Reden ersehen, daß bisher alle Fortentwicklung der Menschheit in der deutschen Nation vom Volke ausgegangen, und daß an dieses immer zuerst die großen Nationalangelegenheiten gebracht und von ihm besorgt und weiterbefördert worden, und daß es somit jetzt zum ersten Male geschieht, daß den gebildeten Ständen die ursprüngliche Fortbildung der Nation angetragen wird und daß, wenn sie diesen Antrag wirklich ergriffen, auch dies das erstemal geschehen würde. Wir werden ersehen, daß diese Stände nicht berechnen können, auf wie lange Zeit es noch in ihrer Gewalt stehen werde, sich an die Spitze dieser Angelegenheit zu stellen, indem dieselbe bis zum Vortrag an das Volk schon beinahe vorbereitet und reif sei und an Gliedern aus dem Volke geübt werde, und dieses nach kurzer Zeit ohne alle unsere Beihilfe sich selbst werde helfen können."

Das also wußte und verkündete auch Fichte, daß die großen Nationalangelegenheiten immer nur vom Volke, nie von den gebildeten Ständen in die Hand genommen werden.

Wenn er sich noch trotzdem an die gebildeten Stände wandte, so geschah dies deshalb, weil er, wie er selbst sagt, ihnen noch am ersten verständlich zu werden hofft; weil er den Vortrag der Wissenschaft an das Volk nur für „schon beinahe vorbereitet und reif", noch nicht für wirklich vorbereitet und reif hielt.

Daß man heute wirklich tut, was man schon zu Fichtes Zeit als das einzig Fruchtbare eingesehen, damals aber noch nicht für hinlänglich vorbereitet und reif, für noch allzu schwierig hielt — das bezeichnet eben das ganze bißchen Fortschritt, das seit Fichte — denn in den deutschen Regierungen werden Sie irgendwelchen Fort-

schritt vergeblich suchen —, das also seit fünfzig Jahren in Deutschland eingetreten ist!

Fichte selbst verkündet in jener Stelle, daß dieser Fortschritt „nach kurzer Zeit" eintreten werde. Diese kurze Zeit hat fünfzig Jahre gedauert, und ich hoffe, meine Herren Präsident und Räte, daß Ihnen allen dies lang genug für eine kurze Zeit erscheinen wird.

Die Männer aber, die sich unbekümmert um alle Schwierigkeiten und ringend aus allen Kräften ihres Geistes der Riesenaufgabe unterziehen, Wissenschaft und wissenschaftliches Denken in das Volk zu bringen —, verdienen sie wirklich dadurch die Anklage, die Besitzlosen zum Hasse gegen die Besitzenden aufstacheln zu wollen, oder verdienen sie dadurch nicht vielmehr den Dank und die Liebe gerade der besitzenden Klassen, gerade der Bourgeoisie vor allen?

Woher kommt alle politische Furcht der Bourgeoisie vor dem Volke?

Werfen Sie einen Blick der Erinnerung in die Monate März, April und Mai des Jahres 1848.

Haben Sie vergessen, wie es damals hier aussah?

Die Polizeimacht war gebrochen, das Volk füllte alle Gassen und öffentlichen Plätze. Und alle Gassen, alle öffentlichen Plätze und alles Volk — ausschließlich in der Hand eines Karbe, eines Lindenmüller und ähnlicher gedankenloser Agitatoren, Männer ohne Wissen, ohne Bildung, ohne Einsicht, aufgewirbelt vom Sturme, der das politische Leben bis in seine Tiefen peitschte! Die Bourgeoisie, scheu und furchtsam das Zimmer hütend, jeden Augenblick zitternd für ihr Eigentum und ihr Leben, das sie in der Hand roher Agitatoren sah, die nur zu gutmütig waren, um von ihrer Macht den gefürchteten Gebrauch zu machen. Die Bourgeoisie, heimlich betend für die Rückkehr des Polizeizwanges, unter einer Furcht bebend, die sie noch bis heute nicht vergessen hat, und deren Angedenken sie noch bis heute unfähig zum politischen Kampfe macht!

Woher kam es, daß in einer Stadt, die sich stolz die Metropole der Intelligenz nennt, in einer so großen Stadt, dem Sitze der leuchtendsten Geister, das Volk monatelang einem Karbe und Lindenmüller gehören und Sie für Leben und Eigentum zittern konnten?

Wo waren die Intelligenz Berlins, die Männer der Wissenschaft und des Gedankens, wo waren Sie alle, meine Herren?

Eine ganze Stadt ist nicht feige.

Aber Sie sagten sich: das Volk versteht unsere Gedanken, versteht selbst unsere Sprache nicht. Ein Abgrund besteht zwischen unserem wissenschaftlichen Denken und der Bildung der Menge, zwischen der Sprache des wissenschaftlichen Gedankens und den Vorstellungen des

Volks. Es würde uns nicht begreifen. Darum gehört dem Rohesten die Tribüne!

Das sagten Sie sich und schwiegen! — Nun, meine Herren, sind Sie so sicher, daß nie wieder eine politische Erschütterung zurückkehren wird? Wollen Sie schwören, daß Sie am Ende der geschichtlichen Bewegungen stehen?

Wollen Sie dann wieder Ihr Leben und Eigentum in der Hand eines Karbe und Lindenmüller wissen?

Wenn nicht, so danken Sie den Männern, die sich der Arbeit gewidmet haben, jenen Abgrund auszufüllen, welcher wissenschaftliches Denken und wissenschaftliche Sprache von dem Volke trennt, und so die Barriere einzureißen, welche Bourgeoisie und Volk auseinanderhält. Danken Sie jenen Männern, welche auf Kosten ihrer eigenen geistigen Anstrengungen eine Arbeit übernommen haben, deren Resultate dann Ihnen allen und jedem einzelnen von Ihnen zugute kommen!

Speisen Sie diese Männer auf dem Prytaneion — und stellen Sie sie nicht unter Anklage!

Der Ort also, an welchem dieser Vortrag gehalten worden ist, kann ebensowenig einen Einwurf gegen seine Wissenschaftlichkeit begründen.

Ich habe nunmehr erschöpfend nachgewiesen, daß diese Produktion eine wissenschaftliche ist.

Sollte man dies gleichwohl wider alles Erwarten noch bestreiten wollen, obgleich ich dies von so erleuchteten Männern, wie Sie, meine Herren Präsident und Räte, im Ernst auch nicht einen Augenblick für möglich halte, nun, so nehme ich zu dem Rechte meine Zuflucht, das jeder Schuster hat und das Sie um so weniger mir verweigern können: durch eine Expertise der Leute vom Metier das Dasein einer metiermäßigen Arbeit zu erweisen.

Zuletzt ist die Frage, ob eine Produktion eine wissenschaftliche sei, eine Frage des Metier, über welche die allgemeine Bildung nicht entscheiden kann, und hier auch ein Richterkollegium nicht, weil es sich hier nicht um die Rechtswissenschaft handelt, in welcher Sie unterrichtet sein müssen, sondern um andere Wissenschaften, in denen Sie auch unbewandert sein dürfen und nur zufällig und in Ihrer Privateigenschaft, nicht in Ihrer richterlichen Qualität darin erfahren sind, wenn Sie es sind.

Bejahen können Sie diese Frage, dazu sind Sie kompetent. Denn das Dasein der Wissenschaft kann in den häufigsten Fällen selbst für die allgemeine Bildung mit Sicherheit in einem Werke zu erkennen sein.

Verneinen können Sie diese Frage gegenüber dem Experten-

beweis, auf den ich subsidiarisch antrage, nicht. Denn ob nicht unter einer zum Zwecke der größeren Faßlichkeit ganz leichten und populären Form das tiefste Sinnen der Wissenschaft herausgerungen sei, ob nicht gerade dadurch eine um so vollere Leistung des wissenschaftlichen Gedankens vorliege, als es diesem gelungen ist, jede Spur des Ringens mit sich selbst, jede Schwierigkeit, jede Sprödigkeit des Stoffes abzutilgen und sich zur klarsten Durchsichtigkeit zu bringen, zu einem wissenschaftlichen Kunstwerk, welches, wie Schiller sagt, ausgestoßen hat jeden Zeugen menschlicher Bedürftigkeit und sich frei und leicht, gleichsam spielend und von selbst, als das eigene Denken des Hörers zu entfalten scheint — ob irgendwo eine solche schwierigste Leistung der Wissenschaft vorliege, das wird mit Sicherheit, mit jener Sicherheit vor allem, die zu einer Verurteilung gehört, nur dem wissenschaftlichen Auge klar sein können.

Ich trage also subsidiarisch darauf an, die nachbenannten Herren:

den Geheimen Rat August Böckh,

den Wirkl. Geheimen Rat Johannes Schulze, früheren Direktor des Kultusministeriums,

den Professor Adolf Trendelenburg,

den Geheimen Rat und Oberbibliothekar Dr. Pertz,

den Professor Leopold Ranke,

den Professor Theodor Mommsen,

den Geheimen Rat Professor Hanssen,

sämtliche Genannte Mitglieder der königl. Akademie der Wissenschaften, als Sachverständige darüber zu vernehmen, ob das in Rede stehende Werk nicht eine streng wissenschaftliche Produktion sei.

In diesem Falle aber hat sie, wie ich vorher ausgeführt, mit dem Strafgesetze nichs zu schaffen.

Ich habe mich zu einer so erschöpfenden Ausführung dieses meines ersten Verteidigungsmittels herbeigelassen, weil ich im Interesse des Landes, im Interesse der Würde und Freiheit der Wissenschaft und um ein für allemal einen prinzipiellen Präzedenzfall gegen alle zukünftigen Bestrebungen der Staatsanwaltschaft festzustellen, vor allem den Antrag an Sie richten muß, mich auf Grund des Art. 20 der Verfassung freizusprechen.

Nicht aber, als ob ich dessen zu meiner persönlichen Deckung bedürftig wäre.

Denn könnte selbst das Strafgesetz überhaupt hier angerufen werden, so ist doch dasselbe in keiner Weise verletzt, und der vom Staatsanwalt angezogene Paragraph trifft in keiner Weise zu.

Schon diese eine Einrede würde hinreichen müssen, diese Anklage

zu beseitigen, daß hier auch nicht eine einzige Stelle, nicht ein einziger Satz inkriminiert ist, in welchem das Vergehen vorliegen soll, daß hier vielmehr lediglich ein Tendenzprozeß in unverhülltester Form vorliegt. Eine Tendenz ist angeklagt, nichts weiter. Und Tendenzen können nie strafbar sein.

Aber es ist mir nicht gestattet, mir meine Verteidigung so leicht zu machen. Die Anklage, die Besitzlosen zum Hasse gegen die Besitzenden haben aufreizen wollen, ist eine solche, die, selbst abgesehen von der Strafe, auch den Namen und Leumund des Bürgers bedroht. Sie ist eine solche, die selbst aus rein juristisch formellen Gründen abgewiesen, noch immer einen Verdacht auf dem Angeklagten zurücklassen könnte. Sie werden daher, meine Herren Präsident und Räte, nur einen Beweis meiner Achtung vor Ihnen darin erblicken, wenn ich meine Ehre vor Ihnen ebenso sorgsam wahre wie meine Freiheit, und deshalb ebenso sorgfältig die tatsächlichen wie die rechtlichen Gründe entwickle, welche die Anklage widerlegen, und Sie werden daher, ich bin dessen gewiß, es mit derselben Nachsicht hinnehmen, daß auch dieser zweite Teil meiner Verteidigung nicht viel kürzer ausfallen kann als der erste.

Ich bin angeklagt, gegen den § 100 des Strafgesetzbuchs verstoßen zu haben. Derselbe lautet:

> „Wer den öffentlichen Frieden dadurch gefährdet, daß er die Angehörigen des Staats zum Haß oder zur Verachtung gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldbuße von 20 bis zu 200 Talern oder mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.“

Dieser Gesetzartikel bietet also drei Requisite dar, welche zusammentreffen müssen, um denselben anwendbar zu machen.

Es muß

I. zu Haß oder zu Verachtung aufgereizt worden sein;

es muß

II. diese Anreizung gegen Klassen der Staatsangehörigen gerichtet sein, wie ich in der Tat auch vom Staatsanwalt angeklagt werde, die Klasse der Besitzlosen gegen die Klasse der Besitzenden aufgereizt zu haben;

und es muß

III. diese Anreizung eine derartige sein, daß sie geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu gefährden.

Alle diese drei Requisite müssen zusammentreffen, müssen sich vereinigen, damit der Gesetzesartikel anwendbar sei — und von allen drei Requisiten trifft auch nicht ein einziges zu!

ad I. Es muß zu Haß und Verachtung angereizt sein.

Hiervon kann aber im vorliegenden Falle gar nicht die Rede sein, und zwar wieder aus mehrfachen Gründen:

1. kann das Vergehen des § 100 nicht vorliegen ohne die Absicht, zu Haß und Verachtung anzureizen. Eine kulpose Anreizung zu Haß und Verachtung ist nicht denkbar. Wäre eine kulpose, eine unabsichtliche Anreizung zu Haß und Verachtung denkbar —, welche Konsequenzen würden dann eintreten müssen? Wir alle z. B. haben neulich gewisse Reden aus dem Herrenhause gelesen, welche vielleicht mich — und vielleicht nicht mich allein, meine Herren, sondern mit mir einen sehr großen Teil der Nation mit Haß und Verachtung erfüllt haben bis zur Berauschung! Folgt daraus, daß der Staatsanwalt gegen jene Redner einschreiten könnte? Er könnte es nicht, auch abgesehen von ihrem politischen Privilegium; denn wenn dies auch die Wirkung jener Reden war, so war doch die Absicht jener Herren gewiß nicht darauf gerichtet, Haß und Verachtung hervorzubringen. Ebensowenig aber wird irgend jemand von meinem Vortrage leugnen können, daß seine Absicht darauf gerichtet gewesen ist, Erkenntnis hervorzubringen. Höchstens könnte der Staatsanwalt hiernach noch behaupten, es sei mir gleichgültig gewesen, ob sich aus dieser Erkenntnis auch Haß und Verachtung entzünde, eine Behauptung, die selber gleichgültig wäre, da es eine fahrlässige Anreizung zu Haß oder Verachtung nicht gibt.

In der Tat ist aber die Absicht zu einer solchen Anreizung hier absolut ausgeschlossen durch einen andern Grund, welcher zugleich hervorbringt, daß auch die Wirkung von Haß und Verachtung durch diesen Vortrag gar nicht herbeigeführt sein kann, und welchen ich daher, um Wiederholungen zu vermeiden, zugleich mit diesem zweiten Moment behandeln werde.

Ich sage also zweitens, dieser Vortrag kann unmöglich die Wirkung, zu Haß und Verachtung anzureizen, und ebenso unmöglich die Absicht dazu gehabt haben.

Wodurch könnten Haß und Verachtung allein verdient werden?

Durch Schlechtigkeit, welche wieder nur bestehen kann in willkürlich freien Handlungen der Menschen.

Ich aber zeige in meinem Vortrage, daß die Herrschaft des Prinzips der Bourgeoisie, gegen welche ich nach dem Staatsanwalt zum Hasse anreizen soll, eine welthistorisch notwendige, ökonomische und sittliche Entwicklungsstufe ist, daß sie gar nicht nicht sein konnte und mit derselben Naturnotwendigkeit bekleidet ist wie die physischen Entwicklungsprozesse der Erde.

Haßt man auch die Natur, weil man mit ihr ringt? ihre Prozesse zu leiten, ihre Produktionen zu verbessern strebt?

Aber ferner: Wie hat der Staatsanwalt meine Lehre begriffen!

Es ist der Grundgedanke meines Vortrags, daß keineswegs die Besitzenden als Personen, bewußt und frei, absichtlich und verantwortlich, die Herrschaft der Bourgeoisie produziert haben, sondern daß umgekehrt sie, die Bourgeois, nur die unbewußten, willenlosen und darum unverantwortlichen Produkte, nicht Produzenten, dieser Weltlage sind, die sich aus ganz andern Gesetzen als aus dem subjektiven Willen entwickelt habe. Sogar den Widerstand, diese Herrschaft aufzugeben, führe ich auf das Gesetz der menschlichen Natur zurück, in der es liege, bei dem Gegebenen zu verharren und dies für das Notwendige zu erachten. Und eine Lehre, welche den Besitzenden sogar die Verantwortlichkeit für den bestehenden Zustand entzieht, sie aus Produzenten desselben zu seinen Produkten macht, will der Staatsanwalt beschuldigen, zu Haß und Verachtung gegen diese Personen angereizt zu haben.

Denn mit Personen und Klassen von Personen haben wir es nach § 100 zu tun, nicht mit Institutionen des Staats wie nach § 101.

Kein Arbeitsmann hat meinen Vortrag so schlecht verstanden wie der Staatsanwalt, und ich überlasse ihm die Wahl, ob seine Fähigkeit, zu verstehen oder sein Wille dazu so gering ist.

Aber noch mehr: ich zeige, daß die Herrschaft der Idee der Bourgeoisie eine weltbefreiende, historische Tat, daß sie der gewaltigste sittliche und kulturhistorische Fortschritt war, daß sie sogar die unerläßliche weltgeschichtliche Vorbedingung und Durchgangsstufe war, um zu der Entwicklung der Idee des Arbeiterstandes zu führen.

Ich versöhne so den Arbeiterstand mit der Herrschaft der Bourgeoisie in der Geschichte, indem ich die objektive Vernünftigkeit dieser Herrschaft aufzeige. Ich versöhne ihn damit, denn das ist die höchste Versöhnung, daß wir die Vernünftigkeit von dem begreifen, was uns beengt.

Und wenn ich nun weiter zeige, daß auch die Idee der Bourgeoisie noch nicht die höchste Stufe der geschichtlichen Entwicklung, noch nicht die letzte Blüte der Vervollkommnung ist —, daß hinter ihr eine noch höhere Manifestation des Menschlichen steht, zu welcher jene frühere Stufe den Grund gelegt hat, heißt dies zu Haß und Verachtung gegen diese anreizen?

Ebensogut müßten die Arbeiter dann sich selber, die gesamte menschliche Natur in sich wie in andern hassen und verachten, weil es eben das Gesetz der menschlichen Natur ist, nur schrittweise sich zu entfalten und in jeder früheren Entwicklung die unumgängliche Bedingung der folgenden zu haben.

Wenn ich den pastoralen Stil liebte, meine Herren, den ich nicht

liebe, so könnte ich vollkommen wohl sagen, ich habe durch den Nachweis, daß die Herrschaft der Bourgeoisie die unerläßliche Durchgangsstufe und weltgeschichtliche Vorbedingung war, aus der sich erst die Idee des Arbeiterstandes überhaupt erzeugen konnte, die Arbeiter vielmehr zur historischen Pietät gegen die Bourgeoisie aufgefordert. Denn wenn der Sohn auch vermöge einer freieren und reicheren Bildung und eines kräftigeren Wesens über den Vater hinausstrebt, so vergißt er doch nie, den Quell seines Blutes und den Produzenten seines Daseins in ihm zu sehen. In welchen Kot will man also die höchste aller Wissenschaften hineinziehen, daß man die Lehre von der Geschichte als einer sich stufenweise vollbringenden Entwicklung der Vernunft und der Freiheit, verbrecherischer Anreizung anklagt?

Lange ist mir unbegreiflich geblieben, wie hier der Staatsanwalt von Haß und Verachtung auch nur sprechen kann. Endlich habe ich mir dies nur durch eine Voraussetzung zu erklären vermocht. Der Staatsanwalt muß versucht haben, sich beim Lesen der Schrift in die Seele eines Arbeiters hineinzuversetzen, und nun gefühlt haben: *er, der Staatsanwalt*, würde — hassen!

Der Staatsanwalt also fühlt, *er* würde hassen!

Nun, meine Herren, ich könnte sagen, daß dies an seiner singulären *Gemütsart* liegen und er sich also an diese halten müsse. Aber ich will dem Staatsanwalt zu Hilfe kommen! Ich will die Anklage gegen mich schärfer führen, als er sie zu führen vermocht hat; ich will sie *so* begründen, wie sie, wenn sie einmal geführt werden *soll*, in Wahrheit geführt werden *müßte*. Je *schärfer* ich dadurch die innere Natur dieser Anklage zum Vorschein bringe, um *so schärfer* werde ich sie vernichten können.

Der Staatsanwalt müßte also sagen:

Es ist wahr, daß der Vortrag, den Lassalle gehalten hat, sich an das theoretische Erkenntnisvermögen, nicht an den praktischen Willen und die Empfindungen der Zuhörer richtet. Es ist somit wahr, daß hiernach dieser Vortrag nicht in die Sphäre des Strafgesetzes hineinfällt.

Aber in einem normal fühlenden Menschen sind *Erkenntnis*, *Wille* und *Empfindung* nicht getrennte Rocktaschen, die nichts miteinander zu tun haben. Sondern wovon das eine Gefäß voll ist, das quillt notwendig in das andere über. Wille und Empfindung stehen im *Dienste* der Erkenntnis und werden von ihr beherrscht.

Lassalle spricht nun zwar in seinem Vortrag kein Wort von Haß und Verachtung; er weist nur theoretisch nach, daß gewisse Einrichtungen, wie z. B. das Dreiklassenwahlgesetz usw., schädlich und verderblich sind. *Widerlegen* kann ich diese Lehre *nicht*. Aber *das* muß ich ihr um

jenes notwendigen Zusammenhanges in der Menschennatur willen bezeugen: ist sie wahr, so muß jeder Arbeiter als normal fühlender Mensch diese Einrichtungen nicht nur, sondern auch diejenigen, denen sie zugute kommen, hassen und verachten!

Das ist das logische Gerippe, welches dieser Anklage zugrunde liegt, das ist die Deduktion, die, mit ausdrücklichen Worten oder nicht, unrettbar und logisch unvermeidlich durch diese Anklage ausgesprochen wird!

Nicht ich, der Staatsanwalt also ruft von seinem kurulischen Sessel herab den arbeitenden Klassen die fürchterliche Lehre zu: Ihr müßt hassen und verachten!

Welche Antwort aber werde ich dem Staatsanwalt auf diese Anklage zu erteilen haben, die mich dessen beschuldigt, was er selbst vollbringt?

Eine vierfache.

Die erste ist die, daß die einmal erlangte Erkenntnis von der Mangelhaftigkeit oder Schädlichkeit einer bestehenden Einrichtung allerdings notwendig in jedem normal fühlenden Menschen für sein ganzes Leben den Willen hervorbringen muß, diese Einrichtung wenn möglich zu ändern, und daß diesen Willen in meinen Hörern für ihr ganzes Leben hindurch hervorzubringen notwendig der Zweck meiner wie jeder wissenschaftlichen Tätigkeit war; daß aber dieser Wille, wenn er sich nicht in staatlich unerlaubten Handlungen äußert, vollkommen staatlich frei ist; und ebenso die Aufforderung zu diesem Willen, wenn sie nicht auf unerlaubte Handlungen gerichtet ist; daß dagegen der Wille, einer erkannten Mangelhaftigkeit abzuhelfen, noch durchaus nicht zusammenfällt mit den Empfindungen des Hasses und der Verachtung gegen dieselbe, da diese Mangelhaftigkeit eine historisch berechtigte, eine historisch notwendige, ja eine historisch befreiende und im höchsten Grade kulturhistorisch fördernde gewesen sein kann, sowie aus den anderen bereits entwickelten Gründen, mit deren Wiederholung und weiterer Ausführung ich Sie nicht aufhalten will; so daß also hier der erste Sprung des Staatsanwalts vorliegt.

Die zweite Antwort wird die sein, daß, wenn wirklich in irgendeinem Falle Haß und Verachtung in einem normal fühlenden Menschen die notwendige Folge der theoretischen wissenschaftlichen Erkenntnis wäre —, dieser Haß und diese Verachtung dann vom Gesetzgeber keineswegs verpönt sein würden!

Was so schlecht ist, daß es, erkannt, Haß und Verachtung entzünden muß —, das sollen wir hassen und verachten!

Der Gesetzgeber verpönt den Haß und die Verachtung, welche die Folge von Aufstachelung bloßer Empfindungen und Leidenschaften ist. Aber er verpönt nicht die Vernunft und die sittliche Natur

des Menschen! Er verpönt somit nicht einen Haß und eine Verachtung, welche nur der notwendige Ausfluß von beiden wäre. Der Staatsanwalt faßt den § 100 so auf, als habe der Gesetzgeber dadurch die Vernunft verboten und die Sittlichkeit des Menschen geächtet! Das ist aber dem Gesetzgeber nicht in den Sinn gekommen. Kein Richter wird das Gesetz so auslegen, daß er den Gesetzgeber dadurch zu einem erklärten Verächter von Vernunft und Wissenschaft macht, und hier kehren denn alle Ausführungen zurück, die ich Ihnen in meinem ersten Verteidigungsmittel über den Artikel 20 der Verfassung gemacht habe. Sie haben hier den Sinn, daß, wären selbst die Wissenschaft und ihre Lehre durch jenen Artikel nicht überhaupt außerhalb des Strafgesetzes gestellt, der § 100 desselben doch, ohne von Grund aus die menschliche Natur ruinieren zu wollen, niemals einen solchen Haß und eine solche Verachtung im Auge haben kann, die nur der notwendige Ausfluß der Wissenschaft und ihrer Erkenntnis wären.

Die dritte Antwort wird die sein, daß Haß und Verachtung gegen eine objektive Einrichtung noch durchaus nicht zusammenfällt mit Haß und Verachtung gegen die Personen, denen diese Einrichtung zugute kommt, der § 100 aber nur von einem solchen Hasse gegen Personen spricht, so daß hier also der dritte Sprung des Staatsanwalts — ein wahrer Salto mortale! — vorliegt.

Die vierte Antwort, die ich dem Staatsanwalte geben werde, ist ihrer Grundlage nach tatsächlicher Natur. Sie besteht darin, daß diese Anklage das merkwürdigste quid pro quo vornimmt, das mir jemals in judiziären Debatten vorgekommen ist. Sie bildet den Übergang zu dem Nachweis, daß auch das zweite Requisit dieser Anklage fehlt, daß nämlich, könnte selbst hier von Haß und Verachtung irgend die Rede sein, doch niemals zu Haß und Verachtung dagegen angereizt worden ist, wogegen ich angereizt zu haben angeklagt bin.

ad II. Ich bin angeklagt, die Besitzlosen zum Hasse und zur Verachtung gegen die besitzenden Klassen aufgereizt zu haben.

„Durch diese Darstellung — sagt die Anklage in ihrer Begründung — werden aber offenbar die Arbeiter zum Haß und zur Verachtung gegen die Bourgeoisie, d. h. die besitzlosen Klassen gegen die besitzenden Klassen aufgereizt." Und nachdem die Anklage diese Definition des Wortes „Bourgeoisie" an dieser Stelle sachte und unmerklich eingeführt hat, konkludiert sie am Schlusse formell dahin:

> „Der Privatmann F. L. wird hiernach angeklagt: 1. durch seinen Vortrag usw., 2. durch die Veröffentlichung der diesen Vortrag enthaltenden Broschüre die besitzlosen Klassen der Angehörigen des

Staates gegen die Besitzenden zum Hasse und zur Verachtung öffentlich angereizt zu haben."

Ich spreche allerdings in meinem Vortrage von der „Bourgeoisie". Wie aber definiere ich dieses Wort? Es wird hinreichen, eine einzige Stelle, die ausdrückliche Definition des Wortes Bourgeoisie, die ich in jener Broschüre gebe, anzuführen, um zu zeigen, welches unbegreifliche, welches unerhörte, welches gar nicht zu qualifizierende quid pro quo mir der Staatsanwalt unterzuschieben versucht, indem er mich beschuldigt, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden angereizt zu haben.

Ich sage S. 20 jener Broschüre wörtlich:

„Es ist hier an der Zeit, meine Herren, wenn ich nicht Gefahr laufen will, daß mein Vortrag vielleicht großen Mißverständnissen ausgesetzt sei, mich über die Bedeutung des Wortes Bourgeoisie oder große Bourgeoisie als politischer Parteibezeichnung, mich über die Bedeutung, die das Wort Bourgeoisie in meinem Munde hat, auszusprechen. —

In die deutsche Sprache würde das Wort Bourgeoisie mit Bürgertum zu übersetzen sein. Diese Bedeutung aber hat es bei mir nicht. Bürger sind wir alle, der Arbeiter, der Kleinbürger, der Großbürger usw. Das Wort Bourgeoisie hat vielmehr im Laufe der Geschichte die Bedeutung angenommen, eine ganz bestimmte politische Richtung zu bezeichnen, die ich nun sofort darlegen will.

Die gesamte nichtadlige bürgerliche Klasse zerfiel, als die französische Revolution eintrat, und zerfällt noch heute im großen und ganzen wieder in zwei Unterklassen; nämlich erstens die Klasse derer, welche ganz oder hauptsächlich aus ihrer Arbeit ihr Einkommen beziehen und hierin durch gar kein oder nur durch ein bescheidenes Kapital unterstützt werden, welches ihnen eben die Möglichkeit gibt, eine produktive, sie und ihre Familie ernährende Tätigkeit auszuüben; in diese Klasse gehören also die Arbeiter, die Kleinbürger und Handwerker und im ganzen auch die Bauern. Und zweitens die Klasse derer, welche über einen großen bürgerlichen Besitz, über das große Kapital verfügen und auf Grund einer solchen großen Kapitalbasis produzieren oder Renteneinkommen daraus beziehen. Man könnte diese die Großbürger nennen. Aber auch ein Großbürger, meine Herren, ist darum an und für sich noch durchaus kein Bourgeois! Kein Bürgerlicher hat etwas dagegen, wenn ein Adliger sich in seinem Zimmer über seine Ahnen und seinen Grundbesitz freut. Aber wenn der Adlige diese Ahnen oder diesen Grundbesitz zur Bedingung einer besonderen Geltung und Berechtigung im Staat,

zur Bedingung einer Herrschaft über den Staatswillen machen will, dann beginnt der Zorn des Bürgerlichen gegen den Adligen, und er nennt ihn einen Feudalen.

Es verhält sich nun ganz entsprechend mit den tatsächlichen Unterschieden des Besitzes innerhalb der bürgerlichen Welt.

Daß sich der Großbürger in seinem Zimmer der großen Annehmlichkeit und des großen Vorteils erfreue, welche ein großer bürgerlicher Besitz für den Besitzenden in sich schließt — nichts einfacher, nichts natürlicher und nichts rechtmäßiger als das!"

Beiläufig also, meine Herren, so sehr reize ich in dieser Broschüre die besitzlosen Klassen zum Hasse gegen die Besitzenden auf, daß ich ausdrücklich für die Rechtmäßigkeit dieses Besitzes eintrete, die Freude über die Vorteile und Annehmlichkeit, die er gewährt, für die natürlichste und rechtmäßigste Sache von der Welt erkläre!

Ich fahre unmittelbar in jener Definition fort:

„So sehr der Arbeiter und der Kleinbürger, mit einem Worte die ganze nicht Kapital besitzende Klasse, berechtigt ist, vom Staate zu verlangen, daß er sein ganzes Sinnen und Trachten darauf richte, wie die kummervolle und notbeladene materielle Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern und wie auch ihnen, durch deren Hände alle die Reichtümer produziert werden, mit denen unsere Zivilisation prunkt, deren Hände alle die Produkte ihre Entstehung verdanken, ohne welche die gesamte Gesellschaft keinen Tag existieren könnte, zu einem reichlichen und gesicherten Erwerbe und damit wieder zu der Möglichkeit geistiger Bildung und somit erst zu einem wahrhaft menschenwürdigen Dasein zu verhelfen sei —, wie sehr, sage ich, die arbeitenden Klassen auch berechtigt sind, dies vom Staate zu fordern und dies als seinen wahrhaften Zweck hinzustellen, so darf und wird dennoch der Arbeiter niemals vergessen, daß alles einmal erworbene gesetzliche Eigentum vollständig unantastbar und rechtmäßig ist."

So sehr also reize ich die besitzlosen Klassen zum Hasse gegen die Besitzenden auf, daß ich ihnen in einem fort die Unantastbarkeit und Heiligkeit alles einmal erworbenen gesetzlichen Eigentums der besitzenden Klasse predige und sie zur Achtung desselben ermahne!

„Wenn aber — fahre ich in jener Broschüre fort — der Großbürger nicht zufrieden mit der tatsächlichen Annehmlichkeit eines großen Besitzes, den bürgerlichen Besitz, das Kapital, auch noch als die Bedingung hinstellen will, an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und des Staatszweckes teilzunehmen, dann erst wird der

Großbürger zum Bourgeois, dann macht er die Tatsache des Besitzes zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft, dann charakterisiert er sich als einen privilegierten Stand im Volke, der nun das herrschende Gepräge seines Privilegiums allen gesellschaftlichen Einrichtungen ebensogut aufdrücken will, wie dies der Adel im Mittelalter, wie wir gesehen haben, mit dem Privilegium des Grundbesitzes getan."

Dann also gilt mir, wie ich ausdrücklich und sorgsam definiere, der Besitzende, der Großbürger erst als Bourgeois, wenn er dazu übergeht, die ganz unverfängliche und unanstößige Tatsache seines größeren Besitzes als rechtliche Bedingung für die Teilnahme an der Bestimmung des Staatswillens hinzustellen; kurz, wenn er dazu übergeht, den Kapitalbesitz zum rechtlichen, politischen Privilegium zu gestalten, die Rechtsgleichheit zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden aufzuheben und die Freiheit des Volkes und seiner Entwicklung dadurch zugunsten des größeren Besitzes und seiner festen Herrschaft zu konfiszieren. Erst dadurch wird die Bourgeoisie, wie ich ausdrücklich hervorhebe, überhaupt zu einem privilegierten Stande, was sie bis dahin trotz aller bloß tatsächlichen Ungleichheit des Besitzes nicht ist.

Ich zeige in der Broschüre, wie dies alles eintritt im Zensus, durch welchen eben die Bedingung, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes durch die Wahl zu den gesetzgebenden Körpern teilzunehmen, an einen bestimmten Kapitalbesitz gebunden wird. Ich zeige ferner, daß dies ganz ebensosehr der Fall ist beim direkten unverhüllten, wie beim verkappt auftretenden Zensus, und endlich, daß unser gegenwärtiges oktroyiertes Dreiklassenwahlgesetz vom Jahre 1849 einen solchen verkappten Zensus darstellt.

Der obwohl rein theoretische Angriff, welchen jene Broschüre enthält, ist somit gegen das Dreiklassenwahlgesetz gerichtet, niemals aber gegen die besitzenden Klassen, deren tatsächlichen Besitz ich vielmehr auf das wiederholteste als durchaus unanfechtbar, unanstößig, unantastbar und vollkommen rechtmäßig verteidige.

Das Dreiklassenwahlgesetz ist eine Institution unseres Staates.

Warum klagt mich also der Staatsanwalt nicht lieber auf § 101 des Strafgesetzbuches an, „die Einrichtungen des Staats dem Hasse oder der Verachtung ausgesetzt zu haben"? Sicher, hätte der Staatsanwalt diese Anklage gewählt, ich würde ihm zu antworten gewußt haben! Heute hierauf einzugehen, wäre überflüssig, denn ich bin dessen nicht angeklagt, und diese Verteidigung würde ins Unendliche wachsen, wenn ich mich auch noch gegen die Vergehen verteidigen wollte, deren ich nicht angeklagt bin.

Warum wählt aber der Staatsanwalt von allen unmöglichen Anklagen gerade die unmöglichste? Warum vertauscht er nur das Objekt meines Angriffs? Es weist jemand nach, daß das Dreiklassenwahlgesetz ein Unrecht sei, weil es die von ihm für völlig unverfänglich erklärten Unterschiede des tatsächlichen Besitzes zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft über den Staat macht — und es wird gegen ihn die vergiftete Beschuldigung geschleudert: die besitzlosen Klassen zum Hasse gegen die Besitzenden angereizt zu haben!

Gibt es kein Mittel, meine Herren, gegen solche Verunglimpfung des Namens und Leumunds vor allem Volke?

Kann man bei uns selbst nur sagen, daß die Einführung des Dreiklassenwahlgesetzes den besitzenden Klassen, daß sie dem deutschen Bürgertum zur Last falle? Von der französischen Bourgeoisie kann man Ähnliches sagen. Dort hat schon die revolutionäre Assemblée constituante den Zensus eingeführt. Nicht aber bis jetzt von der deutschen.

Als durch die Märzrevolution des Jahres 1848 die preußische Bourgeoisie bei uns zur Herrschaft kam, führte sie durch Gesetz vom 8. April 1848 das allgemeine gleiche Wahlrecht ein!

Die deutsche Bourgeoisie in der Paulskirche zu Frankfurt dekretierte das allgemeine gleiche Wahlrecht!

Die preußische Revisionskammer von 1849 bestätigte das allgemeine gleiche Wahlrecht!

Oktroyiert, von der Regierung oktroyiert wurde das Dreiklassenwahlgesetz, das wir jetzt haben!

Warum deckt der Staatsanwalt die Regierung mit dem Rücken der preußischen Bourgeoisie?

A tout seigneur tout honneur!

Die preußische Regierung ist es, nicht die besitzenden Klassen in Preußen, welche für alle Zeiten und vor allem Volke die Schuld und Verantwortlichkeit des oktroyierten Dreiklassenwahlgesetzes tragen wird!

Welches aber auch die Gründe gewesen sein mögen, welche den Staatsanwalt zu dieser seltsamen Verwechslung veranlaßt haben — vielleicht ergeben sie sich uns noch späterhin —, jedenfalls fehlt auch dies zweite Requisit der Anklage. Es ist nicht gegen die besitzenden Klassen der Nation, es ist nicht gegen das angereizt worden, wogegen die Anklage angereizt zu haben mich beschuldigt.

Es fehlt aber auch endlich das dritte Requisit, die Gefährdung des öffentlichen Friedens.

ad III. Der § 100 sagt: Wer den öffentlichen Frieden

dadurch gefährdet, daß er die Angehörigen des Staates zum Hasse oder zur Verachtung gegeneinander öffentlich anreizt, wird bestraft.

Wenn der Staat vom öffentlichen Frieden spricht, so meint er nicht den Frieden in den Gemütern, denn der Staat ist kein pietistischer Superintendent, den der Friede in den Gemütern und die Sphäre der innern Erbauung etwas anginge. Sondern er meint den Frieden in den Straßen. Er legt dies auch auf das deutlichste durch das Beiwort: „den öffentlichen Frieden" an den Tag.

Dasselbe fordern aber auch alle Rechtsprinzipien. Die reine Gemütsinnerlichkeit geht den Staat nichts an, den nur Handlungen kümmern dürfen. Ihn gehen also auch Haß und Verachtung und die Anreizung dazu nichts an, insofern sie rein im Kreise der innern Empfindung sich halten, sondern nur dann ist diese Anreizung verpönt, wenn sie die Natur hat, zu äußeren Handlungen zu führen. Dies legt endlich der Gesetzgeber noch dadurch entscheidend an den Tag, daß er den Ausdruck braucht: wer den öffentlichen Frieden gefährdet. Der Gesetzgeber sagt nicht stört, sondern gefährdet.

Wenn im Sinne des Gesetzes jede Anreizung zu Haß und Verachtung strafbar wäre, wenn im Sinne des Gesetzes schon durch die bloße Anreizung zu diesen bloßen inneren Empfindungen der öffentliche Friede gestört wäre, so würde der Gesetzgeber eben sagen müssen: wer den öffentlichen Frieden dadurch stört, daß er anreizt. Dann würde es vielleicht scheinen können, daß diese Störung jedesmal eingetreten wäre, wenn zu Haß und Verachtung angereizt worden ist.

Gefährden aber heißt: die Möglichkeit einer Störung herbeiführen, und durch diesen Ausdruck zeigt also der Gesetzgeber, daß er unter dem öffentlichen Frieden nicht die Eintracht der Gemüter — die ja schon gestört, nicht bloß gefährdet wäre —, sondern den Frieden in den Straßen versteht, daß er sich die Störung des öffentlichen Friedens noch nicht notwendig dadurch eingetreten denkt, daß zu den innern Empfindungen des Hasses und der Verachtung angereizt ist, und daß also nicht jede solche Anreizung strafbar sein sollte, sondern nur dann, wenn sie den Frieden in den Straßen der Gefahr einer Störung aussetzt; mit andern Worten: wenn sie, die Anreizung zu Haß und Verachtung, einen solchen Grad von Gefährlichkeit hat, daß sie gefährdet, d. h. zu äußern unerlaubten Handlungen führen kann. Der § 100 ist also nicht so zu verstehen: Wer zu Haß und Verachtung anreizt, der gefährdet den öffentlichen Frieden und soll bestraft werden. Dies wäre eine ebenso juristisch wie schon grammatisch bodenlos falsche Auslegung. Sondern er ist so zu verstehen: wenn jemand den öffentlichen Frieden dadurch in Gefahr bringt,

daß er zu Haß oder Verachtung anreizt, wenn also die Anreizung von der Art ist, daß sie eine Gefahr für den öffentlichen Frieden in sich einschließt, so soll er bestraft werden. Das Gesetz stellt also in des Worte „gefährdet" ein Requisit für die Anreizung auf; sie muß der Art sein, daß sie wenigstens möglicherweise zu äußern Handlungen, zu einer Gefährdung des Friedens in den Straßen führen kann, um strafbar zu sein.

Wie wenig nun dies dritte Requisit hier zutrifft, wie wenig meine angebliche Anreizung der Art war, auch nur denkbarerweise zu aktuellen Handlungen führen, den staatlichen Frieden, den Straßenfrieden gefährden zu können, dafür lassen Sie mich einfach darauf hinverweisen, daß ich in meinem ganzen Vortrage mich nur mit hundertjährigen Geschichtsperioden beschäftige und noch am Schlusse desselben ausdrücklich hervorhebe: für einen weltgeschichtlichen Sonnenaufgang seien ein und zwei Jahrzehnte das, was eine Stunde in dem Naturschauspiel eines Tages!

So liegt denn hier eine Anklage vor, von deren sämtlichen Requisiten, die vereinigt sein müssen, um sie zu begründen, auch nicht ein einziges zutrifft!

Daß Anklagen erhoben werden, denen das eine oder andere Requisit gebricht, ist häufig vorgekommen.

Eine Anklage aber, bei der von allen erforderlichen Requisiten auch nicht ein einziges zutrifft —, eine solche Anklage verdient einen eignen und in jedem Sinne des Wortes eigentümlichen Ehrenplatz im Tempel der Jurisprudenz.

Inzwischen — audiatur et altera pars! Werfen wir noch einen letzten Blick auf das, was der Anklageakt selbst zu seiner Begründung sagt. Vielleicht zeigt sich dabei, daß ich nur, ich weiß nicht durch welche künstliche Darstellung, das Dasein und die Requisite des Vergehens versteckt habe —, oder aber vielleicht zeigt sich auch dabei die gänzliche Nichtigkeit dieser Anklage in einer noch härteren Weise sogar, als sie selbst bisher schon zum Vorscheine gekommen ist.

Einen einzigen Satz enthält die Anklage, der ihren Tragebalken bilden soll. Dafür wird aber dieser Satz wahrscheinlich auch aus Kernholz gezimmert sein! Die Anklageschrift sagt im Eingang: „Die leitenden Gedanken dieses Vortrages sind folgende", und nachdem sie nun ein sein sollendes Résumé dieser Gedanken gegeben, fährt sie folgendermaßen fort: „Durch diese Darstellungen und durch die mehrfach wiederkehrenden Hinweisungen auf eine demnächst bevorstehende soziale Revolution werden aber offenbar die Arbeiter zum Hasse und zur Verachtung gegen die Bourgeoisie, d. h. die besitzlosen Klassen gegen

die Besitzenden aufgereizt und hierdurch der öffentliche Friede gefährdet, namentlich da darin die direkte Aufforderung enthalten ist, mit der glühendsten und verzehrendsten Leidenschaft das Ziel einer Herrschaft der arbeitenden Klassen über die andern Klassen der Gesellschaft zu verfolgen."

Dies ist der einzige Satz rechtlicher Begründung, den die Anklageschrift enthält. Wenn wir diesen Satz, der einem nicht mit robusten Lungenflügeln Begabten das Asthma zuziehen könnte und der gerade so geschrieben ist, daß er unter der flimmernden Undeutlichkeit des Gedankenwirrwarrs, den er anregt, der oberflächlichen Betrachtung seine gänzliche Inhaltlosigkeit verbergen kann —, wenn wir diesen Satz näher untersuchen, so werden Sie staunen, meine Herren, über die Masse juristischer Ungeheuerlichkeiten, tatsächlicher Unwahrheiten und Entstellungen und endlich schreiender Sinnwidrigkeiten, die er enthält!

Wodurch soll ich also diesem Satze zufolge zu Haß und Verachtung angereizt haben? „Durch diese Darstellungen", sagt der Satz; also durch rein theoretische, durch rein objektiv-historische Darstellung, durch das, was der Anklageakt selbst die Darstellung meiner leitenden Gedanken nennt, durch nichts anderes als durch die wissenschaftliche Lehre selbst, soll ich zu Haß und Verachtung angereizt haben! Der Anklageakt mag sich also winden, wie er will —, er kann sich nicht dem Geständnis entziehen, daß er nichts anderes als rein wissenschaftliche Entwicklungen, daß er die Wissenschaft und ihre Lehre in Anklage stellt!

Aber der Satz fügt noch ein „und" hinzu. Durch diese Darstellungen „und durch die mehrfach wiederkehrenden Hinweisungen auf eine demnächst bevorstehende soziale Revolution" soll die Anreizung vollbracht worden sein.

Welches sind die Hinweisungen auf eine „demnächst bevorstehende soziale Revolution"? Wo stehen sie? Warum zitiert sie der Staatsanwalt nicht? Ich fordere ihn dazu auf: er kann sie nicht zitieren. Es existieren in dieser Broschüre keine Stellen, welche seine Insinuationen unterstützen würden.

Allerdings gebrauche ich, wenn ich auch nicht von einer „demnächst bevorstehenden sozialen Revolution" spreche, wie der Staatsanwalt behauptet — ich spreche vielmehr nur von einer mit dem Februar 1848 bereits eingetretenen sozialen Revolution —, allerdings gebrauche ich sehr häufig im Laufe dieser ganzen Broschüre das Wort „revolutionär" und „Revolution". Mit diesem Wort will mich der Staatsanwalt zu Boden schlagen! Denn er, dasselbe immer nur in seiner engen juristischen Bedeutung nehmend, vermag das Wort „Revolution" nicht zu lesen, ohne geschwungene Heugabeln vor seiner Phantasie zu sehen! Das ist

aber nicht die wissenschaftliche Bedeutung dieses Wortes, und schon der konstante Sprachgebrauch in meiner Schrift hätte den Staatsanwalt darüber belehren können, daß hier das Wort in seinem andern, wissenschaftlichen Sinne genommen ist. So nenne ich darin die Entwicklung des Landesfürstentums eine revolutionäre Erscheinung.

So erkläre ich ausdrücklich die Bauernkriege, die doch wahrhaftig hinreichend mit Gewalt und Blutvergießen ins Leben traten, für eine nur in ihrer Einbildung revolutionäre Bewegung, für eine in Wahrheit durchaus nicht revolutionäre, für eine reaktionäre Bewegung.

Den Fortschritt der Industrie dagegen, der sich im 16. Jahrhundert entwickelt, nenne ich, obgleich dabei noch kein Schwert aus der Scheide gezogen wurde, wiederholt und fortlaufend ein „wirklich und wahrhaft revolutionäres Faktum", ebenso nenne ich die Erfindung der Baumwollenspinnmaschine von 1775 eine vollständige, eine tatsächlich eingetretene Revolution.

Mißbrauche ich vielleicht die Sprache, oder führe ich auch nur einen neuen Sprachgebrauch ein, indem ich das Wort „Revolution" in diesem Sinne nehme? indem ich es auf die friedlichsten Erscheinungen anwende und den blutigsten Aufständen verweigere?

Schelling, der Vater, sagt (Untersuchungen über das Wesen der menschlichen Freiheit, Bd. VII, p. 351): „Der Gedanke, die Freiheit einmal zum Ein und Alles der Philosophie zu machen, hat den menschlichen Geist überhaupt nicht bloß in bezug auf sich selbst in Freiheit gesetzt und der Wissenschaft in allen ihren Teilen einen kräftigeren Umschwung gegeben, als irgendeine frühere Revolution." Schelling, der Vater, sieht also gleichfalls nicht, wie die Phantasie des Staatsanwalts, bei dem Worte „Revolution" Heugabeln vor seinen Augen blitzen. Er nimmt dies Wort, indem er es auf die Einwirkung des philosophischen Grundprinzips anwendet, gleich mir in einem mit materieller Gewalt durchaus nicht zusammenfallenden Sinne.

Welches ist dieser wissenschaftliche Sinn des Wortes „Revolution", und wie unterscheidet sich Revolution von Reform?

Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt — auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an — ein ganz neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird. Reform dagegen tritt dann ein, wenn das Prinzip des bestehenden Zustandes beibehalten und nur zu milderen oder konsequenteren und gerechteren Folgerungen entwickelt wird. Auf die Mittel kommt es wiederum dabei nicht an. Eine Reform kann sich durch Insurrektion und Blutvergießen durchsetzen und eine Revolution im größten Frieden. Die Bauernkriege waren der Versuch

einer durch Waffengewalt zu erzwingenden Reform. Die Entwicklung der Industrie war eine in der friedlichsten Weise sich vollziehende totale Revolution, denn ein ganz neues Prinzip wurde dadurch an Stelle des bis dahin bestehenden Zustandes gesetzt. Beide Gedanken werden gerade in dieser Broschüre sorgfältig und lang entwickelt.

Warum hat mich der Staatsanwalt allein nicht verstanden? Warum ist ihm allein unverständlich geblieben, was jeder Arbeitsmann verstand?

Wenn ich also selbst von einer „demnächst bevorstehenden sozialen Revolution" gesprochen hätte, obgleich dies nicht der Fall ist, hätte ich deshalb notwendig an gewaltsamen Umsturz, an Heugabeln und Bajonette denken müssen?

Professor Huber, ein durchaus konservativer Mann, ein strenger Royalist, ein Mann, der den Lehrstuhl, den er an der Berliner Universität einnahm, freiwillig aufgab, als die Verfassung von 1850 eingeführt wurde, weil er, wenn ich recht berichtet bin, Anstand nahm, sie zu beschwören, aber ein Mann, der mit rührender Liebe dem Wohle der arbeitenden Klasse zugetan ist, ihre Entwicklung mit der größten Sorgfalt studiert und über dieselbe, besonders über die Geschichte der korporativen Bewegung oder der industriellen Assoziation unter den Arbeitern die trefflichsten Werke geschrieben hat, sagt in dem neuesten derselben (Concordia p. 24), nachdem er nachgewiesen, daß die Arbeiterassoziationen in England, Frankreich und Deutschland bereits ein Kapital von fünfzig Millionen Talern umsetzen, wörtlich folgendes:

> „Unter diesen Umständen und Einflüssen und angesichts der oben im allgemeinen angedeuteten Erfahrungen wird es hoffentlich keiner Verwahrung gegen den Vorwurf utopischer Träumereien allgemeiner Weltbeglückung bedürfen, wenn wir eine sehr wesentliche und einer gänzlichen sozialen und volkswirtschaftlichen Reform gleichkommende Hebung der bisherigen wesentlich proletarischen Zustände der Fabrikbevölkerung nicht nur als eine praktisch mögliche, sondern als eine im gewöhnlichen Laufe der Dinge sichere Folge der korporativen Entwicklung in Aussicht stellen."

Hier wird also ein gänzlicher sozialer Umschwung als vollständig sicher und im gewöhnlichen friedlichen Lauf der Dinge eintretend infolge der Assoziationsbewegung vorausgesagt. Wie nun, wenn ich um so mehr von der vereinigten Macht beider Faktoren, von der Assoziationsbewegung und von dem allgemeinen Stimmrecht, einen solchen erwartet hätte?

Was kann ich für die literarische Unbelesenheit des Staatsanwalts? Für seine Unbekanntschaft mit dem, was sich in allen Richtungen der Gegenwart bereits vollbringt und von der Wissenschaft auch bereits

anerkannt und einregistriert worden ist? Bin ich der wissenschaftliche Prügeljunge des Staatsanwalts?

Ja, wenn ich das wäre, wenn ich einzustehen hätte für diese seine Unbekanntschaft mit alledem, was auf den verschiedenartigsten Gebieten der Wissenschaft bereits Ausdruck und Anerkennung gefunden hat —, die Strafen, die Sie mir dann in Ihrer Indignation zudiktieren dürften, meine Herren Präsident und Räte, könnten enorm sein!

Aber selbst abgesehen von alledem — wie kann die Hinweisung auf eine demnächst bevorstehende soziale Revolution — selbst im Heugabelsinne — zu Haß und Verachtung gegen die Bourgeoisie anreizen? Und das ist es doch, was der Staatsanwalt behaupten muß und in jedem Satz wirklich behauptet. Haß und Verachtung kann gegen jemand nur durch seine eigenen Handlungen und deren Bekanntmachung hervorgerufen werden. Wie kann aber das, was Christoph tut, gegen Peter Haß und Verachtung erzeugen? Wenn also jemand sagte: „die Arbeiter werden eine soziale Revolution machen," wie kann die Hinweisung gegen die Bourgeoisie Haß und Verachtung erregen? Es fehlt dem Satz also sogar an jedem grammatisch-logischen Sinn. Er ist nicht nur dreimal nicht wahr, er ist selbst sinnwidrig und sinnlos. Mindestens bleibt er für mich unverständlich. Ich verstehe die Sprache des Staatsanwalts ebensowenig, als er die meinige versteht. Im Griechischen nannte man denjenigen barbaros, einen Barbar, der unsere Sprache nicht verstand und dessen Sprache wir nicht verstanden. Und so sind wir beide, der Staatsanwalt und ich, Barbaren füreinander!

Aber endlich weist jener Satz der Anklageschrift, mit dessen Analyse ich mich befasse, noch ein drittes Moment nach, wodurch ich zu Haß und Verachtung gegen die Bourgeoisie angereizt haben soll. Er leitet dies mit einem „namentlich" ein. Es soll durch diese Darstellungen und diese Hinweisungen zu Haß und Verachtung angereizt worden sein, „namentlich da darin auch die direkte Aufforderung enthalten ist, mit der glühendsten und verzehrendsten Leidenschaft das Ziel einer Herrschaft der arbeitenden Klassen über die andern Klassen der Gesellschaft zu verfolgen". Gesetzt, dem wäre so —, die Aufforderung an eine Klasse der Gesellschaft, das ehrgeizige Ziel einer Herrschaft über die andern Klassen zu verfolgen, würde mannigfachen Tadel verdienen müssen, aber gesetzlich wäre sie immer noch ganz erlaubter Natur, wenn sie nicht zu strafbaren Handlungen zu schreiten anreizt. Jede Klasse der Gesellschaft kann nach der Herrschaft über den Staat streben, so lange sie nicht zu unerlaubten Mitteln zur Verwirklichung dieses Zieles greift. Kein Ziel ist staatlich strafbar, immer nur die Mittel sind es. Der reine Tendenzprozeß, mit dem wir es hier zu tun haben, muß naturgemäß in jeder Zeile der

Anklageschrift zum Vorschein kommen, indem sie immer nur anklagt, zu Zielen aufzufordern, nie strafbare Mittel oder die Aufforderung dazu in meinem Vortrage nachzuweisen versucht. Und wäre selbst von mir aufgefordert worden, durch strafbare Mittel das Ziel einer Herrschaft der arbeitenden Klassen über die andern Klassen der Gesellschaft zu verfolgen, so würde ich dann unter Umständen auf Grund des Artikels 61 oder auf andere Artikel des Strafgesetzes hin angeklagt werden können, niemals aber auf § 100, niemals auf Grund dessen: die Arbeiter zu Haß und Verachtung angereizt zu haben. Denn durch die Aufforderung, nach einer Herrschaft über die andern Klassen der Gesellschaft zu trachten, würden die Arbeiter zum Ehrgeiz, aber niemals zum Haß und zur Verachtung gegen Dritte aufgefordert sein. Der Ehrgeiz der Arbeiter ließe sich doch nicht der Bourgeoisie imputieren, und weil ihr nicht einmal imputabel, kann doch auch nicht Haß und Verachtung gegen sie dadurch erregt werden! Dieser Satz entbehrt also wiederum eines jeden grammatisch-logischen Sinnes. Das „namentlich", mit welchem die Anklageschrift diesen letzten Beweis für die Anreizung zum Haß einleitet, ist vielmehr ein „namenlos", nämlich eine namenlos sinnwidrige Behauptung. Wo aber hat endlich der Staatsanwalt aus meiner Schrift herausgelesen, daß ich dazu aufgefordert habe, das Ziel einer „Herrschaft der arbeitenden Klassen über die andern Klassen der Gesellschaft zu verfolgen"?

Ich spreche in meiner ganzen Broschüre nur davon, daß es die Bestimmung der mit dem Februar 1848 begonnenen Weltperiode sei, das sittliche Prinzip des Arbeiterstandes, die in meiner Broschüre entwickelte und Ihnen im Eingange dieser Rede rekapitulierte Idee des Arbeiterstandes, zum herrschenden Prinzipe der Gesellschaft zu machen, diese Idee zur leitenden Staatsidee zu machen.

Ich drücke mich wiederholt auf das schärfste und bestimmteste so aus. Ich sage, wie 1789 die Revolution des dritten Standes war, so sei es diesmal der vierte Stand, „welcher sein Prinzip zum herrschenden Prinzipe der Gesellschaft erheben und alle ihre Einrichtungen mit ihm durchdringen will". Oder: „Wer also die Idee des Arbeiterstandes, als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft" und auf derselben Seite: „Das Prinzip des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft soll jetzt von uns noch in dreierlei Beziehung betrachtet werden." Und: „Vielleicht kann der Gedanke, das Prinzip der untersten Klassen der Gesellschaft zu dem herrschenden Prinzip des Staates und der Gesellschaft zu machen, als ein sehr gefährlicher erscheinen." Ich entwickle dann den Unterschied der sittlichen und politischen Idee der Bourgeoisie und der sittlichen und politischen Idee

des Arbeiterstandes und schließe mit den Worten: „Das ist es, meine Herren, was die Staatsidee des Arbeiterstandes genannt werden muß“ usw.

Und hieraus, daß ich eine hohe, sittliche Idee als berufen darstelle, leitende Staatsidee in der jetzigen Geschichtsperiode zu werden, die höchste sittliche Idee, welche meine Intelligenz fassen kann, die höchste sittliche Idee, welche bis jetzt von der Staatsphilosophie herausgerungen worden ist, und daraus, daß ich den Nachweis führe, diese Idee sei, als dem natürlichen Instinkt und der ökonomischen Lage des Arbeiterstandes naturgemäß entsprechend, die Idee des Arbeiterstandes zu nennen —, hieraus macht mir der Staatsanwalt die Ungeheuerlichkeit, ich hätte die arbeitenden Klassen aufgefordert, das Ziel einer Klassenherrschaft über die andern Klassen der Gesellschaft zu verfolgen.

Der Staatsanwalt scheint zu glauben, daß ich die besitzenden Klassen von den arbeitenden Klassen unterjocht wissen, daß ich die Geschichte umkehren und etwa die Gutsbesitzer und Fabrikanten zu den Hörigen und Handlangern der Arbeiter machen will.

War denn aber, eine wie verschiedene Sprache wir beide auch sprechen und welche Barbaren wir füreinander auch sein mögen, irgendein solches oder ähnliches Mißverständnis nur möglich?

Ich entwickle ausführlich: gerade dadurch unterscheide sich der vierte Stand, daß in seinem Prinzip keine ausschließende Bedingung weder rechtlicher noch tatsächlicher Art enthalten ist, die er als herrschendes Privilegium gestalten und durch die Einrichtungen der Gesellschaft hindurchführen könnte. Ich sage wörtlich: „Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur eben den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen. Dieser vierte Stand, in dessen Herzfalten daher kein Keim einer neuen Bevorrechtigung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit; seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller.“ Und ich fahre darauf fort: „Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft in dem Sinne, wie ich Ihnen dies entwickelt, der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen“ usw. Und während ich aus tiefster Seele und aus vollster Brust nach der Beendigung aller Klassenherrschaft und aller Klassen-

gegensätze rufe, beschuldigt mich der Staatsanwalt, die Arbeiter zur Klassenherrschaft über die besitzenden Klassen aufgefordert zu haben!

Noch einmal, wie ist ein so erstaunliches Mißverständnis erklärlich? Lassen Sie mich wieder den Vater gegen den Sohn anführen:

„Das Medium — sagt Schelling (Bd. I, p. 443) in seinen Abhandlungen zur Erläuterung des Idealismus der Wissenschaftslehre —, das Medium, wodurch Geister sich verstehen, ist nicht die umgebende Luft, sondern die gemeinschaftliche Freiheit, deren Erschütterungen bis ins Innerste der Seele sich fortpflanzen. Wo der Geist eines Menschen nicht vom Bewußtsein der Freiheit erfüllt ist, ist alle geistige Verbindung unterbrochen, nicht nur mit andern, sondern sogar mit ihm selbst. Kein Wunder, daß er sich selbst ebensogut als andern unverständlich bleibt und in seiner fürchterlichen Einöde nur mit eitlen Worten sich ermüdet, denen kein freundlicher Widerhall aus eigener oder aus fremder Brust antwortet. Einem solchen unverständlich bleiben, ist Ruhm und Ehre vor Gott und den Menschen!" . . .

So Schelling der Vater!

Ich stehe jetzt am Schlusse, meine Herren. Umsonst frage ich mich, ob es möglich war, sich einen Erfolg von dieser Anklage bei Ihnen, meine Herren Präsident und Räte, zu versprechen. Aber vielleicht lag eine andere Berechnung zugrunde. Der politische Kampf zwischen der Bourgeoisie und der Regierung hat eine gewisse matte Lebhaftigkeit angenommen. Vielleicht sagte man sich, daß unter diesen Umständen die Anklage auf Anreizung der nichtbesitzenden Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden als ein treffliches Ableitungsmittel dienen könne; vielleicht hoffte man, daß eine solche Anklage, wenn auch abgewiesen von Ihnen — Sie kennen den alten Grundsatz: „calumniare audacter, semper aliquid haeret" (verleumde kühn, es bleibt doch stets was hängen) —, immer noch wirken würde wie ein nasses Handtuch um das in leiser Röte erglühende Gesicht unserer Bourgeoisie geworfen, und ich sollte der hierfür in die Wüste gestoßene Sühnbock sein! Aber auch diese Absicht, meine Herren, wird nicht erreicht werden.

Sie wird zuschanden werden vor der einfachen Lektüre jener Broschüre, zu der ich die Bourgeoisie vor allem auffordere. Sie wird zuschanden werden vor der Macht meiner Stimme, und gerade deshalb habe ich auch das Tatsächliche in meinen Verteidigungsmitteln so eingehend entwickeln müssen. Bourgeoisie und Arbeiter, sind wir die Glieder eines Volkes und ganz einig gegen unsere Unterdrücker! — Ich schließe. Ein Mann, welcher, wie ich Ihnen dies erklärt habe, sein Leben dem Wahlspruche gewidmet hat „die Wissenschaft und die Ar-

beiter", dem würde auch eine Verurteilung, die er auf seinem Wege findet, keinen andern Eindruck machen können, als etwa das Springen einer Retorte dem in seine wissenschaftlichen Experimente vertieften Chemiker. Mit einem leisen Stirnrunzeln über den Widerstand der Materie setzt er, sowie die Störung beseitigt ist, ruhig seine Forschungen und Arbeiten fort.

Aber um der Nation und ihrer Ehre willen, um der Wissenschaft und ihrer Würde, um des Landes und seiner gesetzlichen Freiheit, um des Angedenkens willen, das die Geschichte Ihrem eigenen Namen, meine Herren Präsident und Räte, bewahren wird, rufe ich Ihnen zu: Sprechen Sie mich frei!

Offenes Antwortschreiben an das Zentral-Komitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses in Leipzig

von

Ferdinand Lassalle

1864

Meine Herren!

Sie fordern mich in Ihrer Zuschrift auf, Ihnen in irgendeiner mir passend erscheinenden Form meine Ansichten über die Arbeiterbewegung und über die Mittel, deren sie sich zu bedienen hat, um die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes in politischer, materieller und geistiger Beziehung zu erreichen, sowie besonders auch über den Wert der Assoziationen für die ganze unbemittelte Volksklasse auszusprechen.

Ich nehme keinen Anstand, Ihrem Wunsche nachzukommen, und wähle dazu die einfachste, durch die Natur der Sache nahegelegte Form, die Form eines öffentlichen Send- und Antwortschreibens auf Ihren Brief.

Ich bemerke nur, daß infolge meiner in diesem Moment durch notwendige Arbeiten sehr in Anspruch genommenen Zeit dieser Brief sich der größtmöglichen Kürze befleißigen muß, was übrigens Ihrem eigenen Zwecke entsprechen wird.

Als Sie im Oktober vorigen Jahres, zu welcher Zeit ich gerade von hier abwesend war, die erste Vorberatung in Berlin über den deutschen Arbeiterkongreß hielten, der ich in den Veröffentlichungen durch die Zeitungen mit Interesse gefolgt bin, wurden zwei entgegengesetzte Ansichten in der Versammlung geltend gemacht.

Die eine ging dahin, daß Sie sich überhaupt um die politische Bewegung nicht zu bekümmern hätten und diese interesselos für Sie sei.

Die andere ging im Gegenteil dahin, daß Sie sich als den Anhang der preußischen Fortschrittspartei zu betrachten und den selbstlosen Chor und Resonanzboden für sie abzugeben hätten.

Wäre ich damals in Ihrer Versammlung gegenwärtig gewesen, so würde ich mich gleichmäßig gegen beides ausgesprochen haben.

Es ist geradezu vollständig beschränkt, zu glauben, daß den Arbeiter die politische Bewegung und Entwicklung nicht zu kümmern habe!

Ganz im Gegenteil kann der Arbeiter die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten.

Schon die Frage, inwiefern Sie sich versammeln, Ihre Interessen diskutieren, Vereine und Zweigvereine zur Wahrnehmung derselben bilden dürfen usw., ist eine von der politischen Lage und politischen Gesetzgebung abhängige Frage, und es verlohnt sich daher nicht, eine so beschränkte Ansicht erst noch durch weiteres Eingehen zu widerlegen.

Nicht weniger falsch und irreleitend war aber auch das entgegengesetzte Ansinnen, das Ihnen gestellt wurde, sich politisch nur als den Anhang der Fortschrittspartei zu betrachten!

Zwar wäre es ungerecht gewesen, zu verkennen, daß sich die preußische Fortschrittspartei damals in ihrem Konflikt mit der preußischen Regierung durch ihr Festhalten an dem Budgetbewilligungsrecht und ihren Widerstand gegen die Militärreorganisation in Preußen ein gewisses, wenn auch mäßiges Verdienst um die politische Freiheit erworben hatte.

Gleichwohl war schon damals die Erfüllung jenes Ansinnens durch die folgenden Gründe vollständig ausgeschlossen:

Erstens ziemte eine solche Haltung von vornherein nicht einer so mächtigen und selbständigen, viel prinzipiellere politische Zwecke verfolgenden Partei, wie die deutsche Arbeiterpartei zu sein hat, gegenüber einer Partei, welche, wie die preußische Fortschrittspartei, in prinzipieller Hinsicht nur das Festhalten an der preußischen Verfassung als ihre Fahne aufgepflanzt und nur Dinge wie die Abwehr einer einseitigen Umgestaltung der Militärorganisation — die man in andern deutschen Ländern nicht einmal versucht — oder wie das Festhalten am Budgetbewilligungsrecht — das man in andern deutschen Ländern nicht einmal bestreitet — zum Inhalte ihres Kampfes hat. —

Zweitens stand jedenfalls durch nichts fest, ob die preußische Fortschrittspartei ihren Konflikt mit der preußischen Regierung mit jener Würde und Energie zum Austrag bringen werde, welche allein dem Arbeiterstande angemessen ist und auf seine warme Sympathie rechnen kann.

Drittens stand ebenso durch nichts fest, ob die preußische Fortschrittspartei, wenn sie selbst den Sieg über die preußische Regierung errungen, diesen Sieg im Interesse des gesamten Volkes oder nur zur Aufrechterhaltung der privilegierten Stellung der Bourgeoisie ausnützen würde; d. h. ob sie diesen Sieg zur Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, welches durch die demokratischen Grundsätze und die

legitimen Interessen des Arbeiterstandes geboten ist, verwenden würde oder nicht.

Im letzteren Fall konnte sie offenbar nicht auf das geringste Interesse von seiten des deutschen Arbeiterstandes Anspruch machen.

Dies wäre es gewesen, was ich Ihnen damals in bezug auf jenes Ansinnen zu sagen gehabt hätte.

Heute kann ich noch hinzufügen, daß sich seitdem auch tatsächlich gezeigt hat, was damals freilich schon unschwer vorauszusehen war — daß es der preußischen Fortschrittspartei vollständig an jener Energie gebricht, welche erforderlich gewesen wäre, um auch nur jenen beschränkten Konflikt zwischen ihr und der preußischen Regierung würdig und siegreich zum Austrag zu bringen.

Indem sie trotz des ihr von der Regierung tatsächlich verweigerten Budgetbewilligungsrechtes fortfährt, fortzutagen und parlamentarische Geschäfte mit einem Ministerium zu erledigen, welches von ihr selbst für kriminalrechtlich verantwortlich erklärt worden ist, erniedrigt sie durch diesen Widerspruch sich und das Volk durch das Schauspiel einer Schwäche und Würdelosigkeit ohnegleichen!

Indem sie trotz des von ihr selbst erklärten Verfassungsbruchs fortfährt, fortzutagen, fortzudebattieren und mit der Regierung parlamentarische Geschäfte zu ordnen, ist sie selbst der Regierung behilflich und bietet ihr sogar die Hand, den Schein eines konstitutionellen Zustandes aufrecht zu erhalten.

Statt die Sitzungen der Kammer für auf so lange geschlossen zu erklären, bis die Regierung die von der Kammer verweigerten Ausgaben nicht länger fortzusetzen erklärt haben werde, und hierdurch der Regierung die unvermeidliche Alternative zu setzen, entweder das verfassungsmäßige Recht der Kammer zu achten, oder aber auf jeden Schein und Apparat eines konstitutionellen Zustandes zu verzichten, offen und unumwunden als absolute Regierung zu wirtschaften, die ungeheure Verantwortlichkeit einer solchen auf sich zu nehmen und so selbst die Krise herbeizuführen, welche allmählich als die Frucht des offenen Absolutismus eintreten müßte — setzt sie selbst die Regierung in den Stand, alle Vorteile der absoluten Gewalt mit allen Vorteilen eines scheinbar konstitutionellen Zustandes zu verbinden.

Und indem sie, statt die Regierung auf den offenen unverhüllten Absolutismus hinzudrängen und das Volk durch die Tat über das Nichtvorhandensein eines verfassungsmäßigen Zustandes aufzuklären, einwilligt, ihre Rolle in dieser Komödie des Scheinkonstitutionalismus weiterzuspielen, hilft sie einen Schein aufrechterhalten, welcher, wie jedes auf

Schein beruhende Regierungssystem, verwirrend auf die Intelligenz und depravierend auf die Sittlichkeit des Volkes einwirken muß*).

Eine solche Partei hat dadurch gezeigt, daß sie einer entschlossenen Regierung gegenüber durchaus ohnmächtig ist und stets sein wird.

Eine solche Partei hat dadurch gezeigt, daß sie eben dadurch vollkommen unfähig ist, auch nur die geringste reelle Entwicklung der Freiheitsinteressen herbeizuführen.

Eine solche Partei hat gezeigt, daß sie keinen Anspruch auf die Sympathien der demokratischen Schichten der Bevölkerung hat und daß sie ohne jeden Sinn und Verständnis für das politische Ehrgefühl ist, welches den Arbeiterstand durchdringen muß.

Eine solche Partei hat, mit einem Worte, tatsächlich gezeigt, daß sie nichts anderes ist, als die mit einem anderen Namen geschmückte Wiederauferstehung des verrufenen Gothaertums.

Dies kann ich Ihnen heute hinzufügen.

Heute wie damals endlich hätte ich Ihnen noch sagen müssen, daß eine Partei, welche sich durch ihr Dogma von der „preußischen Spitze“ zwingt, in der preußischen Regierung den berufenen Messias für die deutsche Wiedergeburt zu sehen, während es, und zwar mit Einschluß Hessens, nicht eine einzige deutsche Regierung gibt, welche hinter der preußischen in politischer Beziehung zurückstände, während es, und zwar mit Einschluß Österreichs, fast keine einzige deutsche Regierung gibt, welche der preußischen nicht noch bedeutend voraus wäre — schon hierdurch allein sich jedes Anspruches begibt, den deutschen Arbeiterstand zu repräsentieren: denn eine solche Partei legt hierdurch allein schon eine Versunkenheit in Illusion, Selbstüberhebung und sich in bloßer Wortberauschung befriedigende Unfähigkeit an den Tag, welche jede Hoffnung, von ihr eine reelle Entwicklung der Freiheit des deutschen Volkes zu erwarten, beseitigen muß.

Aus dem Gesagten ergibt sich nun mit Bestimmtheit, welche Haltung der Arbeiterstand in politischen Hinsicht einnehmen und welches Verhältnis zur Fortschrittspartei er beobachten muß.

Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür mit

*) Siehe ausführlicher hierüber meine Broschüre: „Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen.“ Zürich 1863. Neu herausgegeben 1907. (Buchhandlung Vorwärts.)

allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.

Es erhellt von selbst, wie diese Arbeiterpartei sich zur deutschen Fortschrittspartei zu verhalten hat.

Sich überall als eine selbständige und durchaus von ihr getrennte Partei zu fühlen und zu konstituieren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, sooft sie sich von demselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt ist, — das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei sein.

Soviel über das, was Sie in politischer Hinsicht zu tun haben.

Nun zu der Sie mit Recht in noch höherem Grade interessierenden sozialen Frage, die Sie aufwerfen. —

Nicht ohne schmerzliches Lächeln habe ich aus den öffentlichen Blättern entnommen, daß die Debatten über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit einen Teil Ihrer für den Kongreß projektierten Tagesordnung bilden sollen.

Wie, meine Herren, Sie wollten über Freizügigkeit debattieren?

Ich weiß Ihnen hierauf nur mit dem Distichon Schillers zu antworten:

„Jahrelang schon bedien' ich mich meiner Nase zum Riechen,
Aber hab' ich an sie auch ein erweisliches Recht?"

Aber verhält es sich mit der Gewerbefreiheit nicht ganz ebenso?

Alle diese Debatten hätten mindestens den einen Fehler — um mehr als fünfzig Jahre zu spät zu kommen!

Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind Dinge, welche man in einem gesetzgebenden Körper stumm und lautlos dekretiert, aber nicht mehr debattiert.

Sollte der deutsche Arbeiterstand gleichfalls das Schauspiel jener Versammlungen wiederholen wollen, deren Selbstgenuß darin besteht, sich in zwecklos langen Reden zu befriedigen und zu beklatschen?

Der Ernst und die Tatkraft des deutschen Arbeiterstandes werden ihn vor einem so kläglichen Schauspiel zu bewahren wissen!

Aber Sie wollen Sparkassen, Invaliden-, Hilfs- und Krankenkassen stiften?

Ich erkenne gern den relativen, obwohl äußerst untergeordneten und kaum der Rede werten Nutzen dieser Institute an.

Aber unterscheiden wir gänzlich zwei Fragen, die schlechterdings nichts miteinander zu tun haben.

Ist es Ihr Zweck, das Elend von Arbeiterindividuen erträglicher zu machen? Dem Leichtsinn, der Krankheit, dem Alter, den Unglücksfällen aller Art entgegenzuwirken, wodurch zufällig oder notwendig einzelne Arbeiterindividuen noch unter die normale Lage des Arbeiterstandes hinuntergedrückt werden?

In diesem Fall sind Kranken-, Invaliden-, Spar- und Hilfskassen ganz angemessene Mittel. Nur verlohnte es sich dann nicht, für einen solchen Zweck eine Bewegung durch ganz Deutschland anzuregen, eine allgemeine Agitation in den gesamten Arbeiterstand der Nation zu werfen. Man muß nicht die Berge kreisen lassen, als wollten sie gebären, damit dann ein kleines Mäuschen zum Vorschein komme!

Dieser so höchst beschränkte und untergeordnete Zweck ist vielmehr ruhig den lokalen Vereinen und der lokalen Organisation zu überlassen, die ihn auch weit besser zu erreichen vermögen.

Oder aber ist es Ihr Zweck: die normale Lage des gesamten Arbeiterstandes selbst zu verbessern und über ihr jetziges Niveau zu erheben?

Und freilich ist das und muß das Ihr Zweck sein. Aber es bedarf eben nur der scharfen Unterscheidungslinie, die ich hier zwischen diesen beiden Zwecken, die nicht miteinander verwechselt werden dürfen, gezogen habe, um Sie besser als durch eine lange Abhandlung einsehen zu lassen, wie ganz und gar ohnmächtig zur Erreichung dieses zweiten Zweckes und somit, wie ganz und gar außerhalb des Umfanges der jetzigen Arbeiterbewegung liegend jene Institute sind.

Nur das Zeugnis eines einzigen Gewährsmannes erlauben Sie mir anzuführen, das Eingeständnis des streng konservativen, streng royalistischen Professors Huber, eines Mannes, welcher gleichfalls der sozialen Frage und der Entwicklung der Arbeiterbewegung seine Studien gewidmet hat.

Ich liebe es, die Zeugnisse dieses Mannes anzuführen — und werde es daher im Laufe dieses Briefes noch hin und wieder tun —, weil er, in politischer Hinsicht auf durchaus entgegengesetztem und in ökonomischer Hinsicht auf durchaus verschiedenem Standpunkt mit mir stehend, durch sein Zeugnis am besten den Verdacht beseitigen muß, als sei der geringe Wert, den ich auf jene Institute lege, nur die Folge vorgefaßter politischer Tendenzen; andererseits weil Professor Huber, ebenso weit vom Liberalismus entfernt wie von meinen politischen Ansichten, gerade dadurch die nötige Unbefangenheit hat, auf nationalökonomischem Boden wahrheitsgetreue Eingeständnisse abzulegen, während alle Anhänger der liberalen Schule auf nationalökonomischem Boden gezwungen sind, die

Arbeiter oder zu besserer Täuschung dieser vorher auch sich selbst zu täuschen, um die Dinge in Übereinstimmung mit ihren Tendenzen zu erhalten.

„Ohne daher“ — sagt Professor Huber in seiner „Concordia“ — „ohne daher den relativen Nutzen der Sparkassen, Hilfs- und Krankenkassen usw., soweit er wirklich geht, irgend zu verkennen, können diese guten Nachteile mit sich führen, als sie dem Bessern hinderlich in den Weg treten.“

Und sicherlich, nie würden sie in höherem Grade diese großen negativen Nachteile bewährt haben und dem Bessern hindernd in den Weg getreten sein, als wenn sie die Kräfte der großen allgemeinen deutschen Arbeiterbewegung für sich in Anspruch nehmen oder auch nur teilen sollten.

Aber Sie sollen, so hieß es in verschiedenen Zeitungen, und so wird, wie Ihr Brief selbst besagt, von fast allen Orten Ihnen anempfohlen, die Schulze-Delitzschen Organisationen, seine Vorschuß- und Kreditvereine, seine Rohstoffvereine und seine Konsumvereine zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes in Anspruch nehmen.

Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit in einem immer gesteigerten Grade zu erbitten.

Schulze-Delitzsch kann in dreierlei Beziehungen betrachtet werden.

In politischer Hinsicht gehört er der Fortschrittspartei an, welche oben bereits betrachtet worden ist.

Er erhebt zweitens auch den Anspruch, Nationalökonom zu sein. In dieser Hinsicht, als theoretischer Nationalökonom, steht er jedenfalls ganz und gar auf dem Boden der liberalen Schule, teilt alle ihre Irrtümer, Täuschungen und Selbstverblendungen. Die Vorträge, die er bisher den Berliner Arbeitern gehalten hat, sind ein schlagender Beleg hierfür; schiefe Darstellungen, Schlußfolgerungen, die mit ihren Prämissen keineswegs zusammenhängen, bilden ihren Inhalt. Indes, es kann nicht Ihr Zweck und meine Absicht sein, mich hier in eine Kritik der theoretischen nationalökonomischen Ansichten und Vorträge von Schulze-Delitzsch einzulassen und jene Selbsttäuschungen und Fehlschlüsse nachzuweisen, die ihm mit der ganzen liberalen Schule, der er in theoretischer, nationalökonomischer Hinsicht angehört, gemeinsam sind. Ich werde überdies ohnehin noch weiter unten gezwungen sein, auf den hauptsächlichen Inhalt dieser Lehren zurückzukommen.

Aber Schulze-Delitzsch hat drittens noch eine über seinen theoretischen nationalökonomischen Standpunkt in gewisser Hinsicht hinausgehende praktische Natur.

Er ist das einzige Mitglied seiner Partei, der Fortschrittspartei,

welches — und es ist ihm eben deshalb nur um so höher anzurechnen — etwas für das Volk getan hat!

Er ist durch seine unermüdliche Tätigkeit und obwohl alleinstehend und in gedrücktester Zeit der Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens geworden, und hat so der Sache der Assoziation überhaupt einen Anstoß von den weitgreifendsten Folgen gegeben, ein Verdienst, für das ich ihm, so sehr ich in theoretischer Hinsicht sein Gegner bin, indem ich dies schreibe, im Geiste mit Wärme die Hand schüttele. Wahrheit und Gerechtigkeit auch gegen einen Gegner — und vor allem geziemt es dem Arbeiterstand, sich dies tief einzuprägen! — ist die erste Pflicht des Mannes.

Daß heute schon von einer deutschen Arbeiterbewegung die Frage diskutiert wird, ob die Assoziation in seinem oder meinem Sinne aufzufassen sei — das ist zum großen Teile sein Verdienst, das eben ist sein wahres Verdienst, und dieses Verdienst läßt sich nicht zu hoch veranschlagen.

Aber die Wärme, mit welcher ich dies Verdienst anerkenne, darf uns nicht verhindern, mit kritischer Schärfe die Frage ins Auge zu fassen:

> Sind die Schulze-Delitzschen Assoziationen, die Kredit- und Vorschuß-, die Rohstoff- und die Konsumvereine imstande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?

Und auf diese Frage muß die Antwort allerdings das entschiedenste Nein sein!

Es wird leicht sein, das in Kürze zu zeigen.

Was zunächst die Kredit- oder Vorschuß- und die Rohstoffvereine betrifft, so kommen beide darin überein, daß sie nur für denjenigen existieren, der ein Geschäft für eigene Rechnung betreibt, also nur für den kleinen Handwerksbetrieb. Für den Arbeiterstand im engeren Sinne, für den in der fabrikmäßigen Großproduktion beschäftigten Arbeiter, der keinen eigenen Geschäftsbetrieb hat, für den er Kredit und Rohstoffe benutzen könnte, existieren beide Vereine nicht.

Ihre Hilfe kann somit von vornherein nur den handwerksmäßigen Kleinbetrieb treffen.

Aber auch in dieser Hinsicht wollen Sie zwei wesentliche Umstände festhalten und sich einprägen.

Erstens ist es die notwendige Bewegung unserer Industrie, täglich immer mehr den fabrikmäßigen Großbetrieb an die Stelle des handwerksmäßigen Kleinbetriebs, oder des Zwerggewerbes — wie man denselben auch benannt hat — zu setzen und folglich täglich eine immer größere Zahl von Handwerkern in den in der fabrikmäßigen Großproduktion beschäftigten eigentlichen Abeiterstand hinüberzutreiben. Eng-

land und Frankreich, die uns in der ökonomischen Entwicklung voran sind, zeigen dies in noch höherem Grade als Deutschland, welches übrigens täglich mächtige Fortschritte auf demselben Wege macht. Ihre eigenen Erfahrungen werden Ihnen dies hinreichend bestätigen.

Folglich ergibt sich hieraus, daß die Schulze-Delitzschen Kredit- und Vorschuß- und seine Rohstoffvereine, wenn sie selbst den Handwerkern zu helfen vermöchten, doch nur einer durch die notwendige Entwicklung unserer Industrie täglich immer mehr verschwindenden, täglich immer kleiner werdenden Anzahl von Leuten zugute kommen, welche durch die Bewegung unserer Kultur in immer größerem Umfange in den von dieser Hilfe nicht betroffenen eigentlichen Arbeiterstand hinübergedrängt werden. Und das ist gleichwohl nur eine erste Folgerung. Eine zweite, genau mit ihr zusammenhängende noch wichtigere Konsequenz des Gesagten ist folgende: Der Konkurrenz der fabrikmäßigen Großproduktion gegenüber, welche sich täglich mehr an die Stelle des kleinen handwerksmäßigen Betriebs setzt, vermögen auch die in demselben ausharrenden Handwerker durch die Kredit- und Rohstoffvereine keineswegs geschützt zu werden. Ich will Ihnen dafür wieder als Zeugnis das Eingeständnis des Professor Huber anführen: „Leider aber — sagt er, nachdem er die Schulze-Delitzschen Kredit- und Rohstoffvereine, gleich mir, rühmend betrachtet — leider aber erscheint die Voraussetzung, daß damit die Konkurrenz des Zwerggewerbes mit der Großindustrie ermöglicht wäre, durchaus nicht hinreichend begründet."

Besser aber als jedes Zeugnis werden Sie die leicht zu entwickelnden inneren Gründe von dem, was ich sage, überzeugen.

Wie weit kann die Wirkung von Kreditvereinen und von Vereinen zur billigen und guten Beschaffung von Rohstoffen gehen? Sie kann den unbemittelten Handwerker in die Lage setzen, mit dem bemittelten Handwerker, mit demjenigen, der das hinreichende kleine Kapital für seinen handwerksmäßigen kleinen Betrieb hat, zu konkurrieren. Sie kann also höchstens den unbemittelten Handwerker gleichsetzen und in dieselbe Lage bringen mit dem mit eigenem hinreichenden Kapital für seinen Handwerksbetrieb ausgerüsteten Meister. Nun ist ja die Tatsache aber eben die, daß auch die mit eigenem hinreichenden Kapital produzierenden Handwerkmeister nicht die Konkurrenz des großen Kapitals und der fabrikmäßigen Massenproduktion aushalten können, sowohl wegen der durch den Großbetrieb ermöglichten billigeren Erzeugungskosten aller Art, als wegen der geringeren Profitrate, die bei dem massenhaften Betrieb auf jedes einzelne Stück zu fallen braucht, als endlich wegen noch anderer mit ihm verbundener Vorteile. Da nun die Kredit- und Rohstoffvereine die unbemittelten kleinen Handwerker höchstens im allgemeinen

in dieselbe Lage wie den für seinen Kleinbetrieb mit hinreichendem Kapital ausgerüsteten Handwerksmeister versetzen können und dieser selbst die Konkurrenz der fabrikmäßigen Großindustrie nicht ertragen kann, so bleibt um so mehr dasselbe Resultat auch für jenen mit Hilfe dieser Vereine sein Geschäft betreibenden Handwerker bestehen.

Diese Vereine können also auch in bezug auf den kleinen Handwerker nur den Todeskampf, in welchem das kleine Handwerk der Großindustrie zu unterliegen und Platz zu machen bestimmt ist, verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes dadurch vermehren und die Entwicklung unsrer Kultur unnütz aufhalten — das ist das ganze Resultat, das sie auch in bezug auf den kleinen Handwerkerstand haben, während sie den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand überhaupt nicht berühren!

Bleiben also noch die Konsumvereine zu betrachten.

Die Einwirkung der Konsumvereine würde den gesamten Arbeiterstand umfassen.

Sie sind gleichwohl gänzlich unfähig, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken. Dies werden Ihnen drei Gründe nachweisen, die innerlich einen einzigen bilden.

1. Die Benachteiligung, welche den Arbeiterstand trifft, trifft ihn, wie das sub 2 anzuführende ökonomische Gesetz zeigen wird, als Produzenten, nicht als Konsumenten. Es ist daher schon eine ganz falsche Hilfe, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo wirklich der Schuh ihn drückt, als Produzenten.

Als Konsumenten stehen wir bereits heute im allgemeinen alle gleich. Wie vor dem Gendarmen, sind vor dem Verkäufer alle Menschen gleich, wenn sie nur zahlen.

Es ist wahr, daß eben hierdurch für den Arbeiterstand infolge seiner beschränkten Zahlungsfähigkeit sich noch ein besonderer Nebenschaden entwickelt hat, der aber mit dem Haupt- und Krebsschaden, an dem er leidet, nichts zu tun hat: der Nachteil, seine Bedürfnisse im kleinsten Detail ankaufen zu müssen und so dem Wucher des Kramladens — des shopkeepers — verfallen zu sein. Hiergegen helfen und schützen die Konsumvereine; aber abgesehen davon, daß Sie unter Nr. 3 sehen werden, wie lange diese Hilfe dauern kann und wann sie aufhören muß, darf diese beschränkte Hilfe, geeignet, die traurige Lage des Arbeiters eben um etwas erträglicher zu machen, durchaus nicht mit einem Mittel zu jener Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse verwechselt werden, welche der Arbeiterstand erstrebt.

2. Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit,

den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsgemäß zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstände durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde.

Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt.

Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Notstandes und der Krisen).

Die Beschränkung des durchschnittlichen Arbeitslohnes auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft — das ist also, ich wiederhole es Ihnen, das eherne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn unter den heutigen Verhältnissen beherrscht.

Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. Ich könnte Ihnen für dasselbe ebenso viele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar aus der liberalen Schule selbst, denn gerade die liberale ökonomische Schule ist es, welche selbst dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen hat.

Dieses eherne und grausame Gesetz, meine Herren, müssen Sie sich vor allem tief, tief in die Seele prägen und bei allem Ihren Denken von ihm ausgehen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen und dem gesamten Arbeiterstand ein unfehlbares Mittel angeben, wie Sie ein für allemal allen Täuschungen und Irreführungen entgehen können.

Jedem, der Ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes spricht, müssen Sie vor allem die Frage vorlegen:

ob er dieses Gesetz anerkennt oder nicht.

Erkennt er es nicht an, so müssen Sie sich von vornherein sagen, daß dieser Mann entweder Sie täuschen will oder aber von der kläglichsten Unerfahrenheit in der nationalökonomischen Wissenschaft ist. Denn es gibt, wie ich Ihnen bereits bemerkt, in der liberalen Schule selbst nicht einen namhaften Nationalökonomen, der dasselbe leugnete. Adam Smith wie Say, Ricardo wie Malthus, Bastiat wie John Stuart Mill sind einstimmig darin, es anzuerkennen. Es herrscht hierin eine Übereinstimmung aller Männer der Wissenschaft.

Und wenn nun derjenige, der Ihnen von der Lage der Arbeiter spricht, auf Ihre Frage dieses Gesetz anerkannt hat, so fragen Sie ihn weiter:

wie er dasselbe beseitigen will.

Und wenn er hierauf nicht zu antworten weiß, so wenden Sie ihm ruhig den Rücken. Er ist ein leerer Schwätzer, der Sie oder sich selbst täuschen und mit hohlen Phrasen verblenden will.

Betrachten wir einen Augenblick näher die Wirkung und Natur dieses Gesetzes. Sie ist mit anderen Worten folgende:

Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst soviel abgezogen und unter die Arbeiter verteilt, als zu ihrer Lebensfristung erforderlich ist (Arbeitslohn).

Der ganze Überschuß der Produktion — des Arbeitsertrages — fällt auf den Unternehmeranteil.

Es ist daher eine Folge dieses ehernen und grausamen Gesetzes, daß Sie sogar von der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, d. h. von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit Ihrer eigenen Arbeit notwendig ausgeschlossen sind! Für Sie immer die Lebensnotdurft, für den Unternehmeranteil immer alles, was über dieselbe hinaus von der Arbeit produziert wird.

Weil aber bei sehr großen Fortschritten der Produktivität (der Ergiebigkeit der Arbeit) zugleich viele Industrieprodukte zur äußersten Billigkeit herabsinken, so kann es kommen, daß Sie durch diese Billigkeit nicht als Produzenten, wohl aber als Konsumenten zunächst einen gewissen indirekten Vorteil von der gesteigerten Ergiebigkeit der Arbeit haben. Dieser Vorteil trifft Sie überhaupt nicht in Ihrer Tätigkeit als Produzenten, er trifft und ändert nicht die auf Ihren Anteil fallende Quote am Arbeitsertrag, er trifft nur Ihre Lage als Konsumenten, wie er auch die Lage der Unternehmer als Konsumenten und auch die aller an der Arbeit gar nicht teilnehmenden Menschen als Konsumenten — und zwar in viel erheblicherem Grade als die Ihrige — verbessert.

Und auch dieser Sie bloß als Menschen, nicht als Arbeiter treffende Vorteil verschwindet wieder durch jenes eherne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn auf die Länge immer wieder auf das Maß der zum Lebensunterhalt notwendigen Konsumtion herabdrückt.

Nun kann es aber vorkommen, daß, wenn eine solche gesteigerte Produktivität der Arbeit und die durch sie eintretende äußerste Billigkeit mancher Produkte ganz plötzlich eintritt, und wenn sie zweitens zugleich in eine länger dauernde Periode der steigenden Nachfrage nach Arbeiterhänden fällt, — daß dann diese jetzt unverhältnismäßig billiger gewordenen Produkte in den Umfang dessen aufgenommen werden, was gewohnheitsmäßig in einem Volke zum notwendigen Lebensunterhalt gehört.

Dies also, daß Arbeiter und Arbeitslohn immer herumtanzen um den äußersten Rand dessen, was nach dem Bedürfnis jeder Zeit zu dem notwendigsten Lebensunterhalt gehört, bald etwas über, bald etwas unter diesem Rande stehend, dies ändert sich nie!

Dieser äußerste Rand selbst aber kann sich in verschiedenen Zeiten durch ein Zusammentreffen der angegebenen Umstände geändert haben, und es kann somit kommen, daß, wenn man verschiedene Zeiten miteinander vergleicht, die Lage des Arbeiterstandes in dem späteren Jahrhundert oder in der späteren Generation — insofern jetzt das Minimum der gewohnheitsmäßig notwendigen Lebensbedürfnisse etwas gestiegen ist — sich gegen die Lage des Arbeiterstandes in dem früheren Jahrhundert und der früheren Generation etwas gebessert hat.

Ich mußte diese kleine Abschweifung machen, meine Herren, wenn sie auch meinem eigentlichen Zwecke fern liegt, weil gerade dies, diese geringfügige Verbesserung im Laufe der Jahrhunderte und Generationen, immer der Punkt ist, auf welchen alle diejenigen, welche Ihnen Sand in die Augen streuen wollen, nach dem Vorgange Bastiats stets mit ebenso billigen als hohlen Deklamationen zurückkommen.

Bemerken Sie genau meine Worte, meine Herren. Ich sage: es kann aus den angegebenen Gründen dahin kommen, daß das notwendige Lebensminimum und somit die Lage des Arbeiterstandes, in verschiedenen Generationen miteinander verglichen, sich etwas gehoben hat. Ob dies wirklich so ist, ob wirklich die Gesamtlage des Arbeiterstandes und zwar fortlaufend in den verschiedenen Jahrhunderten sich gebessert hat — meine Herren, das ist eine sehr schwierige, sehr verwickelte Untersuchung, eine viel zu gelehrte Untersuchung, als daß diejenigen auch nur irgend, auch nur annähernd ihrer fähig wären, welche Sie ohne Unterlaß mit den Vorhaltungen amüsieren, wie teuer der Kattun im vorigen Jahrhundert war und wie viel Kattunkleider Sie jetzt verbrauchen und mit

ähnlichen Gemeinplätzen, die man aus jedem Kompendium abschreiben kann.

Es ist nicht mein Zweck, mich hier auf diese Untersuchung einzulassen. Denn hier muß ich mich darauf beschränken, Ihnen nicht nur absolut Feststehendes, sondern auch ganz leicht zu Begründendes zu geben. Unterstellen wir also immerhin, daß eine solche Verbesserung des untersten Lebensbedürfnisses und somit der Lage des Arbeiterstandes fortlaufend in den verschiedenen Generationen und Jahrhunderten stattfinde.

Aber das muß ich Ihnen zeigen, meine Herren, daß man mit diesen Gemeinplätzen Ihnen jedenfalls die Frage aus der Hand spielt, um die es sich handelt, und sie in eine ganz andere verkehrt.

Man täuscht Sie, man hintergeht Sie, meine Herren!

Wenn Sie von der Lage der Arbeiter und ihren Verbesserungen sprechen, so meinen Sie Ihre Lage verglichen mit der Ihrer Mitbürger in der Gegenwart, verglichen also mit dem Maßstab der Lebensgewohnheiten in derselben Zeit.

Und man amüsiert Sie mit angeblichen Vergleichen Ihrer Lage mit der Lage der Arbeiter in früheren Jahrhunderten!

Ob Sie aber, weil das Minimum der gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse gestiegen wäre — falls dies der Fall —, sich heute besser stehen als der Arbeiter vor achtzig, vor zweihundert, vor dreihundert Jahren —, welchen Wert hat diese Frage für Sie und welche Befriedigung kann sie Ihnen gewähren? Ebensowenig als die freilich ganz ausgemachte Tatsache, daß Sie sich heut besser stehen als die Botokuden und die menschenfressenden Wilden!

Jede menschliche Befriedigung hängt ja immer nur ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, oder was dasselbe ist, von dem Überschuß der Befriedigungsmittel über die unterste Grenze der in einer Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnisse. Ein gesteigertes Minimum der untersten Lebensbedürfnisse gibt auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten gar nicht kannten. Was entbehrt der Botokude dabei, wenn er keine Seife kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrte der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrte der Arbeiter vor Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?

Alles menschliche Leiden und Entbehren hängt also nur von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in derselben Zeit bereits vorhandenen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten ab. Alles menschliche

Leiden und Entbehren und alle menschlichen Befriedigungen, also jede menschliche Lage bemißt sich somit nur durch den Vergleich mit der Lage, in welcher sich andere Menschen derselben Zeit in bezug auf die gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse derselben befinden. Jede Lage einer Klasse bemißt sich somit immer nur durch ihr Verhältnis zu der Lage der anderen Klasse in derselben Zeit.

Wenn also noch so feststünde, daß sich das Niveau der notwendigen Lebensbedingungen in den verschiedenen Zeiten gehoben hätte, daß früher nicht gekannte Befriedigungen gewohnheitsmäßiges Bedürfnis geworden sind und eben dadurch mit diesen auch früher nicht gekannte Entbehrungen und Leiden eingetreten sind — Ihre menschliche Lage ist in diesen verschiedenen Zeiten immer dieselbe geblieben; immer diese: auf dem untersten Rande der in jeder Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensnotdurft herum zu tanzen, bald ein wenig über ihm, bald ein wenig unter ihm zu stehen.

Ihre menschliche Lage ist also dieselbe geblieben, denn diese menschliche Lage bemißt sich nicht durch Ihr Verhältnis zu der Lage des Tieres in den Urwäldern oder des Negers in Afrika oder des Leibeigenen im Mittelalter oder des Arbeiters vor zweihundert oder vor achtzig Jahren, sondern nur durch das Verhältnis dieser Lage zu der Lage Ihrer Mitmenschen, zu der Lage der andern Klassen in derselben Zeit.

Und statt hierüber Betrachtungen anzustellen und zu sinnen, wie dieses Verhältnis zu bessern und jenes grausame Gesetz, das Sie beständig auf dem untersten Rande der Lebensbedürfnisse einer jeden Zeit festhält, zu ändern sei, amüsiert man sich, Ihnen unvermerkt die Frage vor der Nase zu vertauschen und Sie mit sehr problematischen kulturhistorischen Rückblicken auf die Lage des Arbeiterstandes in den früheren Zeitepochen zu unterhalten, Rückblicke, die um so problematischer sind, als gerade die immer mehr der äußersten Billigkeit verfallenden Industrieprodukte nur in weit geringerem Grade zu dem Konsum des Arbeiters gehören, während die hauptsächlich seinen Konsum bildenden Lebensmittel keineswegs von der gleichen Tendenz immer steigender Billigkeit beherrscht werden! Rückblicke endlich, die nur dann einen Wert haben würden, wenn sie die gesamte Lage des Arbeiters in den verschiedenen Zeiten nach allen Seiten hin in ihre Untersuchung zögen, Untersuchungen von der schwierigsten und nur mit der äußersten Umsicht zu führenden Natur, zu welchen gerade diejenigen, die sie Ihnen vorhalten, nicht einmal das Material in der Hand haben und die sie daher um so mehr den eigentlichen Gelehrten überlassen sollten!

3. Kehren wir nunmehr von dieser, wenn auch notwendigen Abschweifung zu der Frage zurück: welchen Einfluß können nach dem sub 2

entwickelten, den Arbeitslohn bestimmenden Gesetz die Konsumvereine auf die Lage des Arbeiterstandes haben? Die Antwort wird jetzt eine sehr einfache sein.

Solange nur einzelne Kreise von Arbeitern zu Konsumvereinen zusammentreten, solange wird der allgemeine Arbeitslohn nicht durch dieselben berührt, und solange werden also die Konsumvereine den Arbeitern, welche zu ihnen gehören, durch die billigere Konsumtion jene untergeordnete Erleichterung ihrer gedrückten Lage gewähren, welche ich sub 1 betrachtet und zugegeben habe. — Sowie aber die Konsumvereine mehr und mehr den gesamten Arbeiterstand zu umfassen beginnen, tritt jetzt vermöge des betrachteten Gesetzes die notwendige Konsequenz ein, daß der Arbeitslohn infolge des durch die Konsumvereine billiger gewordenen Lebensunterhaltes um ebensoviel fallen muß.

Dem gesamten Arbeiterstand können die Konsumvereine somit niemals auch nur irgendwie helfen, und den einzelnen Arbeiterkreisen, die sie bilden, können sie die früher betrachtete ungeordnete Hilfe gerade nur solange gewähren, wie das Beispiel dieser Arbeiter noch nicht hinreichende Nachahmung gefunden hat. Mit jedem Tage, mit welchem die Konsumvereine sich mehr und mehr ausbreiten und größere Massen des Arbeiterstandes umfassen, fällt mehr und mehr auch jene geringfügige Erleichterung auch für die in diesen Vereinen befindlichen Arbeiter fort, bis sie an dem Tage auf Null sinkt, wo die Konsumvereine den größten Teil des gesamten Arbeiterstandes umfassen würden.

Kann auch nur ernsthaft die Rede davon sein, daß der Arbeiterstand sein Auge auf ein Mittel richten soll, welches ihm als Stand gar nicht hilft und seinen einzelnen Gliedern auch jene so geringfügige Erleichterung nur auf solange gewährt, bis der Stand als solcher ganz oder zum großen Teil dasselbe ergriffen hat?

Wenn der deutsche Arbeiterstand einen solchen Tretmühlenrundgang sollte anstellen wollen — so wird die Zeit bis zu der wirklichen Verbesserung seiner Lage noch lange dauern! —

Ich habe Ihnen jetzt sämtliche Schulze-Delitzschen Organisationen zergliedert und gezeigt, daß sie Ihnen nicht helfen, noch helfen können.

Wie also? Sollte das Prinzip der freien individuellen Assoziation der Arbeiter nicht vermögen, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?

Allerdings vermag es das — aber nur durch seine Anwendung und Ausdehnung auf die fabrikmäßige Großproduktion.

Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — wie Sie jetzt

sofort selbst sehen, jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!

Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unter der heutigen Produktion von dem Produktionsertrag das eben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn und den gesamten Überschuß auf den Unternehmer verteilt, das ist die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? Werfen Sie einen Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffsbauwerkstätten, die Baumwollenspinnereien, die Kattunfabriken usw. usw., auf die zu diesen Anlagen erforderlichen Millionen, werfen Sie dann einen Blick in die Leere Ihrer Taschen und fragen Sie sich, wo Sie jemals die zu diesen Anlagen erforderlichen Riesenkapitalien hernehmen und wie Sie somit jemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen sollen?

Und gewiß ist nichts sicherer, nichts festerstehend, als daß Sie dies niemals ermöglichen würden, wenn Sie ausschließlich und lediglich und allein auf Ihre isolierten Anstrengungen als Individuen reduziert bleiben.

Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten.

Und hier lassen Sie sich nicht durch das Geschrei derer täuschen und irreführen, die Ihnen sagen werden, daß jede solche Intervention des Staates die soziale Selbsthilfe aufhebe.

Es ist nicht wahr, daß ich jemand hindere, durch seine eigene Kraft einen Turm zu ersteigen, wenn ich ihm Leiter oder Strick dazu reiche. Es ist nicht wahr, daß der Staat die Jugend daran hindert, sich durch eigene Kraft zu bilden, wenn er ihr Lehrer, Schulen und Bibliotheken hält. Es ist nicht wahr, daß ich jemand hindere, durch eigene Kraft ein Feld zu umackern, wenn ich ihm einen Pflug dazu reiche. Es ist nicht

wahr, daß ich jemand hindere, durch eigene Kraft ein feindliches Heer zu schlagen, wenn ich ihm eine Waffe dazu in die Hand drücke.

Und obgleich es wahr ist, daß hin und wieder jemand einen Turm erklettert haben mag ohne Strick und Leiter, und obgleich es wahr ist, daß sich einzelne gebildet haben ohne Lehrer, Schulen und öffentliche Bibliotheken, und obgleich es wahr ist, daß die Bauern der Vendé in den Revolutionskriegen hin und wieder den Feind geschlagen haben auch ohne Waffen, so heben doch alle diese Ausnahmen ihre Regel nicht auf, sondern bestätigen sie nur. Und obgleich es also wahr ist, daß unter gewissen besonderen Verhältnissen einzelne Kreise von Arbeitern in England durch eine lediglich aus ihren eigenen Bemühungen hervorgegangene Assoziation auch in gewissen kleineren Zweigen der großen Produktion und in einem gewissen kleinen Umfang ihre Lage etwas verbessern konnten, so bleibt nichts destoweniger das Gesetz bestehen, daß die wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiters, die er gerechterweise zu fordern hat, und für den allgemeinen Arbeiterstand als solchen nur durch jene Hilfsleistung des Staates herbeigeführt werden kann.

Und ebensowenig lassen Sie sich durch das Geschrei derer irreführen und täuschen, die hier etwa gar von Sozialismus oder Kommunismus sprechen und mit derlei billigen Redensarten dieser Ihrer Forderung entgegentreten wollen. Sondern seien Sie von solchen fest überzeugt, daß sie Sie nur täuschen wollen oder aber selbst nicht wissen, was sie sprechen. Nichts ist weiter entfernt von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heute ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital resp. der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird. Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf. Dazu existiert er; hat immer dazu gedient und dienen müssen. Ein einziges Beispiel, statt der hunderte von Beispielen, die ich Ihnen geben könnte, den Kanälen, Chausseen, Posten, Paketbootlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, landwirtschaftlichen Verbesserungen, Einführungen von neuen Fabrikationszweigen usw., bei welchen allen die Intervention des Staates eintreten mußte — ein einziges Beispiel will ich Ihnen geben, aber ein Beispiel, das hunderte aufwiegt, und zwar ein ganz besonders naheliegendes Beispiel: Als die Eisenbahnen bei uns gebaut werden sollten, da mußte in allen deutschen — und ebenso in den meisten auswärtigen — Ländern, ausgenommen bei einigen ganz kleinen und vereinzelten Linien, der Staat in der einen oder der anderen Weise

intervenieren, meistens in der Weise, daß er mindestens die Zinsgarantie für die Aktien — in vielen Ländern noch weit größere Leistungen — übernahm.

Die Zinsgarantie stellte noch dazu folgenden Löwenkontrakt der Unternehmer — der reichen Aktionäre — mit dem Staate dar: Sind die neuen Unternehmungen unvorteilhaft, so soll der Nachteil auf den Staat fallen, folglich auf alle Steuerzahler, folglich ganz besonders auf Sie, meine Herren, auf die große Klasse der Unbemittelten! Sind die neuen Unternehmungen dagegen vorteilhaft, so soll der Vorteil — die starken Dividenden — uns, den reichen Aktionären, zukommen. Dies wird auch nicht dadurch beseitigt, daß in manchen Ländern, wie z. B. in Preußen, dafür dem Staate in einer sehr, sehr fernen Zukunft damals noch ganz ungewisse Vorteile ausbedungen wurden, Vorteile, deren sich aus der Assoziation des Arbeiterstandes weit schnellere und größere für ihn ergeben würden.

Ohne diese Intervention des Staates, von welcher, wie gesagt, die Zinsgarantie noch die schwächste Form war, hätten wir vielleicht noch heute auf dem ganzen Kontinent keine Eisenbahnen!

Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß der Staat hierzu schreiten mußte, daß auch die Zinsgarantie eine und zwar äußerst starke Intervention des Staates war, daß diese Intervention noch dazu der reichen und begüterten Klasse gegenüber stattfand, die ohnehin über alles Kapital und allen Kredit verfügt, und die sich daher der Staatsintervention weit leichter hätte begeben können als Sie, und daß diese Intervention von der gesamten Bourgeoisie gefordert wurde.

Warum entstand damals kein Geschrei gegen die Zinsgarantie als eine „unzulässige Intervention des Staates“? Warum erklärte man damals nicht, daß durch die Zinsgarantie die „soziale Selbsthilfe“ der reichen Unternehmer jener Aktiengeschäfte bedroht sei? Warum tat man die Zinsgarantie des Staates nicht als „Sozialismus und Kommunismus“ in Verruf?

Aber freilich, jene Intervention des Staates fand im Interesse der reichen und begüterten Klassen der Gesellschaft statt, und da ist sie freilich ganz zulässig und immer zulässig gewesen! Nur allemal, wenn es sich um eine Intervention zugunsten der notleidenden Klassen, zugunsten der unendlichen Mehrheit handelt — dann ist sie reiner „Sozialismus und Kommunismus“!

Dies also antworten Sie denen, welche Ihnen ein Geschwätz über die Unzulässigkeit der Staatsintervention und die dadurch gefährdete soziale Selbsthilfe und den darin liegenden Sozialismus und Kommunismus bei dieser dazu nicht den geringsten Anlaß gebenden Forderung erheben

wollen. Und fügen Sie ihnen hinzu: daß, wenn wir doch schon einmal solange im Sozialismus und Kommunismus leben, wie jene Zinsgarantie bei den Eisenbahnen und alle jene anderen oben flüchtig berührten Beispiele zeigen, wir auch weiter darin verbleiben wollen!

Es kommt hinzu, daß, so groß auch der durch die Eisenbahnen bewirkte Kulturfortschritt war, er doch noch zu einem verschwindenden Punkte zusammensinkt gegenüber jenem gewaltigsten Kulturfortschritt, der durch die Assoziation der arbeitenden Klassen vollbracht würde. Denn was nützen alle aufgespeicherten Reichtümer und alle Früchte der Zivilisation, wenn sie immer nur für einige wenige vorhanden sind und die große unendliche Menschheit stets der Tantalus bleibt, welcher vergeblich nach diesen Früchten greift? Schlimmer als Tantalus, denn dieser hatte wenigstens nicht die Früchte hervorgebracht, nach denen sein dürstender Gaumen vergeblich zu lechzen verdammt war.

Wenn je also, so würde dieser gewaltigste Kulturfortschritt von allen, welche die Geschichte kennt, eine hilfreiche Intervention des Staates rechtfertigen.

Es kommt hinzu, daß der Staat durch die großen Kredit- und Zirkulationsinstitute (die Banken), wie hier nicht weiter ausgeführt werden kann, in der leichtesten Weise und ohne irgendeine größere Verantwortlichlichkeit auf sich zu nehmen, als durch die Zinsgarantie bei den Eisenbahnen geschah, Ihnen diese Möglichkeit gewähren kann.

Endlich aber, meine Herren: was ist denn der Staat?

Werfen Sie einen Blick auf die Statistik und zwar auf die amtliche, von den Regierungsanstalten veröffentlichte Statistik, denn nicht mit eigenen Schilderungen und Berechnungen will ich Ihnen nahen.

Das königlich preußische, von dem königlich preußischen Geheimrat Professor Dieterici damals redigierte amtliche statistische Bureau veröffentlichte 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen verteilt.

Ich setze Ihnen die Resultate dieser Berechnung mit wörtlicher und zahlenmäßiger Treue hierher. Hiernach besitzen von der Bevölkerung des preußischen Staates:

ein Einkommen . . .	über 1000	Taler	$\frac{1}{2}$	Proz.	der Bevölkerung
" "	von 400 bis 1000	"	$3\frac{1}{4}$	"	" "
" "	" 200 " 400	"	$7\frac{1}{4}$	"	" "
" "	" 100 " 200	"	$16\frac{3}{4}$	"	" "
" "	" unter 100	"	$72\frac{1}{4}$	"	" "

Und dieses Einkommen fällt auf den klassensteuerpflichtigen Kopf der Bevölkerung, welcher nach Dietericis Annahme durchschnittlich eine Familie von fünf Personen repräsentiert, fällt also durchschnittlich auf eine

Familie von fünf oder mindestens über drei Personen. Und analog muß es sich natürlich in den anderen deutschen Staaten verhalten.

Diese stummen amtlichen Zahlen, wenn sie auch als statistische Durchschnittszahlen durchaus nicht auf mathematische Genauigkeit Anspruch haben, zumal vor der Steuer jeder seine Einnahmen gern verkleinert, was aber eine wesentliche und hier in Betracht kommende Differenz nicht im geringsten begründen kann, werden Ihnen deutlicher sprechen als dicke Bücher! 72¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 100 Taler, also in der elendesten Lage! Andere 16¾ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 100 bis 200 Taler, also in einer kaum besseren, immer noch elenden Lage, andere 7¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 200 bis 400 Taler, also noch immer in einer gedrückten Lage, 3¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 400 bis 1000 Taler, also teils in einer eben erträglichen, teils in einer behäbigen Lage und ½ Prozent der Bevölkerung endlich in allen möglichen Abstufungen des Reichtums. Die beiden untersten in der allergedrücktesten Lage befindlichen Klassen bilden also allein 89 Prozent der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die 7¼ Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96¼ Prozent der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage. Ihnen also, meine Herren, den notleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er! Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation — das ist der Staat!

Und warum soll nun Ihre große Assoziation nicht fördernd und befruchtend auf Ihre kleineren Assoziationskreise einwirken?

Diese Frage wollen Sie gleichfalls denjenigen vorlegen, die Ihnen von der Unzulässigkeit der Staatsintervention und von Sozialismus und Kommunismus bei dieser Forderung schwätzen.

Wollen Sie endlich noch einen speziellen Beleg für die Unmöglichkeit, anders als mit jener fördernden Intervention des Staates durch die freie Assoziation die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes hervorzubringen, so mag ihn gerade England geben, gerade jenes Land, auf das man sich am meisten beruft, um die Möglichkeit einer lediglich und ausschließlich mit ihren isolierten Kräften hervorzurufenden, die Lage des gesamten Standes verbessernden Assoziation der einzelnen Arbeiter zu behaupten. England, welches in der Tat aus verschiedenen, in seinen besonderen Zuständen wurzelnden Gründen noch am ehesten geeignet erscheinen müßte, dieses Experiment durchzuführen, ohne daß deshalb noch eine gleiche Möglichkeit auch für andere Länder dadurch bewiesen wäre.

Und dieser spezielle Beleg knüpft gerade an jene englische Arbeiter-assoziation an, welche bisher als der triumphierende Beweis einer solchen Behauptung angeführt zu werden pflegte. Ich spreche von den Pioniers in Rochdale. Dieser seit 1844 bestehende Konsumverein legte 1858 eine Spinnerei und Weberei an, mit einem Kapital von 5500 Pfd. Sterling (zirka 38 000 Taler). In den Statuten dieser Fabrik-Assoziation wurde den in der Fabrik beschäftigten Arbeitern, gleichviel ob sie Aktionärs der Assoziation waren oder nicht, außer dem ortsüblichen Arbeitslohn, ein gleicher Anteil an dem als Dividende zu verteilenden Geschäftsgewinn zugesichert, wie den Aktionärs, da die Bestimmung getroffen war, daß die Jahresdividende ebenso auf den Arbeitslohn, wie auf das Aktienkapital berechnet und verteilt werden sollte. Nun beträgt die Anzahl der Aktionärs jener Fabrik 1600, während in der Fabrik nur 500 Arbeiter beschäftigt sind. Es ist also eine große Zahl von Aktionärs vorhanden, die nicht zugleich Arbeiter der Fabrik sind, wie andererseits nicht alle Arbeiter zugleich Aktionärs sind. Infolgedessen brach unter den Arbeiter-Aktionärs, die nicht Arbeiter der Fabrik waren, und auch unter denen, die Arbeiter und Aktionärs zugleich waren, eine Agitation (1861) dagegen aus, daß auch die Arbeiter, welche nicht Aktionärs seien, einen Anteil an dem Geschäftsgewinn — dem Arbeitsertrage — erhielten.

Man stellte von seiten der Arbeiter-Aktionäre ganz offen und einfach den Grundsatz auf, daß nach dem ganz allgemeinen Brauch in der gesamten industriellen Welt die Arbeit mit dem Arbeitslohn abgefunden sei, und dieser durch Nachfrage und Angebot bestimmt werde (— wir haben oben gesehen, durch welches Gesetz!). „Diese Tatsache — erzählt Professor Huber in dem Bericht, den er von dieser Angelegenheit gibt — wurde ohne weiteres von vornherein als der keiner weiteren Motivierung und Legitimierung bedürftige naturgemäße Zustand gegenüber einer ganz ausnahmsweisen, willkürlichen, wenngleich statutenmäßigen Neuerung geltend gemacht." Tapfer, aber nur mit sehr unklaren Gefühlsgründen, wurde dieser Antrag auf Änderung der Statuten von den alten Stiftern und Vorstehern der Assoziation bekämpft. In der Tat stimmte eine Majorität von fünf Achtel der Arbeiter-Aktionäre für die Änderung der Statuten, ganz wie die bürgerlichen Unternehmer handelnd, und die Abänderung der Statuten unterblieb vorläufig nur deshalb, weil zu einer solchen statutengemäß eine Majorität von drei Viertel der Stimmen erforderlich ist. „Niemand aber — berichtet Professor Huber weiter — täuscht sich darüber, daß die Sache dabei ihr Bewenden haben wird. Vielmehr stehen dieser Assoziation noch sehr heftige innere Kämpfe bevor, deren Ausgang vielleicht schon nächstes Jahr eine siegreiche Wiederholung jenes Antrages sein dürfte, um so mehr, da die Opposition entschlossen ist,

ihren Einfluß auch bei den Wahlen zu den Assoziationsämtern geltend zu machen, wo die absolute Majorität entscheidet, wo dann die dominierenden Stellungen des Vorstandwesens bald in ihren Händen sein könnten." Huber berichtet ferner: „Die meisten der fabrikmäßig produktiven Vereine haben sich von vornherein dem allgemeinen Brauch angeschlossen, offenbar ohne weiteres Nachdenken oder doktrinäres Bewußtsein; nur einige haben das kooperative Prinzip zugunsten der Arbeit angenommen." Und Huber muß ferner, obwohl sehr wider Willen und mit sehr schwerem Herzen, denn er ist ein Anhänger der bloß von den isolierten Arbeitern ausgehenden Assoziation, gestehen, es sei „gar kein Zweifel, daß diese Fragen sehr bald in allen anderen produktiven Assoziationen zur Erörterung und Entscheidung kommen werden, wo der Gegensatz von Kapital und Arbeit vorhanden ist und sich aus dem industriellen Makrokosmus (d. h. der Welteinrichtung im großen) der Konkurrenz in den kooperativen Mikrokosmos (d. h. der von der Arbeiterassoziation dargestellten Welt im kleinen) reproduziert".

Sie sehen, meine Herren, wenn Sie über diese Tatsachen nachdenken, daß sich die großen Fragen immer nur im Großen, nie im Kleinen lösen lassen. Solange der allgemeine Arbeitslohn durch das oben betrachtete Gesetz bestimmt wird, solange werden auch die kleinen Assoziationen sich dem herrschenden Einfluß desselben nicht entziehen können. Und was gewinnt dann der allgemeine Arbeiterstand, der Arbeiter als solcher dabei, ob er für Arbeiter-Unternehmer oder für Bourgeois-Unternehmer arbeitet? Nichts! Sie haben nur die Unternehmer, denen der Ertrag ihrer Arbeit zugute kommt, zerbröckelt. Aber die Arbeit und der Arbeiterstand ist nicht befreit! Was er dabei gewinnt? Er gewinnt nur die Depravation, die Verderbnis, die jetzt ihn selbst ergreift und Arbeiter gegen Arbeiter in ausbeutende Unternehmer verwandelt! Die Personen der Unternehmer haben gewechselt, die Sache ist geblieben, die Arbeit, diese einzige Quelle alles Ertrages, bleibt nach wie vor auf den sogenannten Lohn, d. h. die Lebensfristung angewiesen. So groß ist unter der Herrschaft dieses Gesetzes die Verkehrung der Begriffe, daß jetzt sogar jene nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiter-Aktionäre, statt einzusehen, daß sie ihre Dividende der Arbeit der beschäftigten Arbeiter verdanken, daß sie es somit sind, welche den Vorteil aus der Arbeit dieser ziehen, umgekehrt diesen nicht einmal einen Teil von dem Ertrage ihrer eigenen Arbeit, nicht einmal einen Teil von dem gönnen wollten, worauf die Arbeit gerechten Anspruch hat.

Arbeiter mit Arbeitermitteln und Unternehmergesinnungen — das ist die widrige Karikatur, in welche jene Arbeiter verwandelt worden sind.

Und nun endlich noch einen letzten sich hieran knüpfenden scharfen und entscheidenden Beweis.

Sie haben gesehen, daß in jener Fabrik der Pioniers 500 Arbeiter beschäftigt und an ihr 1600 Arbeiter als Aktionäre beteiligt sind. Soviel wird Ihnen auch ganz klar sein, daß, wenn wir uns die Arbeiter nicht gleich geradezu als reiche Leute denken wollen, womit dann freilich alle Fragen in der Illusion gelöst sind, die in einer Fabrik beschäftigte Anzahl von Arbeitern nie ausreichen wird, um auch das für die Fabrik erforderliche Anlagekapital aus ihren eigenen Taschen aufzubringen. Sie werden dazu vielmehr immer eine viel größere Zahl von anderen nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiter-Aktionären in Anspruch nehmen müssen. In dieser Hinsicht ist das Verhältnis bei jener Fabrik der Pioniers — 1600 Arbeiter-Aktionäre auf 500 in der Fabrik beschäftigte Arbeiter, also ein Verhältnis von nur wenig mehr als 3 zu 1 — sogar ein erstaunlich günstiges und seltenes, ein so kleines wie nur irgend möglich zu nennen und erklärt sich nur teils aus der ganz besonders glücklichen Lage der Pioniers, die im Arbeiterstande als eine hohe Ausnahme dasteht, teils daraus, daß jener Fabrikationszweig noch durchaus nicht zu jenen gehört, welche das stärkste Kapitalverhältnis erfordern, teils daraus, daß jene Fabrik noch nicht zu den wahrhaft großen Produktionsanstalten gehört, in denen das Verhältnis auch in diesem Fabrikationszweig noch ein ganz anderes sein würde. Es kommt endlich dazu, daß durch die Entwicklung der Industrie selbst und durch die Fortschritte der Zivilisation dies Verhältnis noch alle Tage gewaltig wachsen muß. Denn die Fortschritte der Zivilisation bestehen gerade darin, daß täglich mehr tote Naturkraft, also mehr Maschinen, an die Stelle der menschlichen Arbeit gesetzt wird, und daß also täglich das Verhältnis der Größe des Anlagekapitals zur Menge der menschlichen Arbeit wächst. Wenn also in jener Fabrik der Pioniers, um das Anlagekapital für 500 beschäftigte Arbeiter zu beschaffen, 1600 Arbeiter-Aktionäre erforderlich waren, und somit ein Verhältnis von 1 zu 3, so wird sich bei anderen Arbeitern und in anderen Branchen und in den größeren Produktionsanstalten und mit den täglichen Fortschritten der Zivilisation das Verhältnis gestalten wie 1 zu 4, 1 zu 5, zu 6, zu 8, zu 10, zu 20 usf. Bleiben wir indes sogar bei dem Verhältnis von 1 zu 3 stehen! Um also eine Fabrik zu stiften, in welcher 500 Arbeiter Beschäftigung finden, brauche ich 1600 Arbeiter-Aktionäre, um das nötige Anlagekapital zu haben. Gut, solange ich ein, zwei, drei usw. Fabriken gründen will, hat das in der Vorstellung — immer in der Vorstellung, meine Herren, in der Illusion — keine Schwierigkeit. Ich nehme nur immer in der Vorstellung die dreifache, vierfache Anzahl usw. von

Arbeiter-Aktionären zu Hilfe. Wenn ich aber die Assoziation auf den gesamten Arbeiterstand ausdehne — und von diesem, nicht von einzelnen, die emporkommen wollen, handelt es sich hier doch — wenn ich also im Lauf der Zeiten soviel Fabriken gründen will, daß der ganze Arbeiterstand darin beschäftigt ist — woher nehme ich denn dann noch die 3-, 4-, 5-, 10-, 20 fache Anzahl des gesamten Arbeiterstandes, die nun noch als Arbeiter-Aktionäre hinter den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern stehen müßte, um diese Fabriken anzulegen?

Sie sehen also, meine Herren, daß es geradezu eine mathematische Unmöglichkeit ist, den Arbeiterstand auf diesem Wege durch die Anstrengungen seiner Mitglieder als bloß isolierter Individuen zu befreien; daß nur ganz unklare unkritische Vorstellungen sich diesen Illusionen hingeben können, und daß der einzige Weg hierzu, der einzige Weg zur Aufhebung jenes grausamen, den Arbeitslohn bestimmenden Gesetzes, an welches der Arbeiterstand wie an einen Marterpfahl geschmiedet ist, die Förderung und Entwicklung der freien, individuellen Arbeiterassoziationen durch die helfende Hand des Staates ist. Die auf die rein atomistisch-isolierten Kräfte der Arbeiterindividuen gebaute Arbeiterassoziationsbewegung hat nur den Wert gehabt — und dieser Wert ist ein immenser —, handgreiflich den Weg, den praktischen Weg zu zeigen, auf welchem die Befreiung vor sich gehen kann, glänzende, praktische Beweise zur Beseitigung aller wirklichen oder vorgeschützten Zweifel über die praktische Ausführbarkeit zu liefern und es eben dadurch dem Staat zur gebieterischen Pflicht zu machen, seine stützende Hand diesem höchsten Kulturinteresse der Menschheit zu leihen.

Zugleich habe ich Ihnen bereits den Beweis geliefert, daß der Staat überhaupt gar nichts anderes als die große Organisation, die große Assoziation der arbeitenden Klassen ist, und daß also die Hilfe und Förderung, durch welche der Staat jene kleineren Assoziationen ermöglichte, gar nichts anderes sein würde als die vollkommen natur- und rechtmäßige, vollkommen legitime soziale Selbsthilfe, welche die arbeitenden Klassen als große Assoziation sich selbst, ihren Mitgliedern als vereinzelten Individuen, erweisen.

Noch einmal also, die freie individuelle Assoziation der Arbeiter, aber die freie individuelle Assoziation ermöglicht durch die stützende und fördernde Hand des Staates — das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstand gegeben ist.

Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen?

Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem

allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen — dann und nur dann werden Sie den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen.

Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden, dann werden — verlassen Sie sich darauf! — die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahl der Wissenschaft bewaffnet zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuzuschreiben haben, wenn und solange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.

Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

Wie nun aber die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts bewirken?

Und hier blicken Sie auf England!

Mehr als fünf Jahre hat die große Agitation des englischen Volkes gegen die Korngesetze gedauert. Dann aber mußten sie fallen, mußten durch ein Tory-Ministerium selbst beseitigt werden!

Organisieren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblicke an, wo dieser Verein auch nur 100 000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muß. Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. Debattieren Sie, diskutieren Sie überall, täglich, unablässig, unaufhörlich, wie jene große englische Agitation gegen die Korngesetze, in friedlichen, öffentlichen Versammlungen, wie in privaten Zusammenkünften die Notwendigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Je mehr das Echo Ihrer Stimme millionenfach widerhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein.

Stiften Sie Kassen, zu welchen jedes Mitglied des deutschen Arbeitervereins Beiträge zahlen muß, und zu denen Ihnen Organisationsentwürfe vorgelegt werden können.

Gründen Sie mit diesen Kassen, die trotz der Kleinheit der Beiträge eine für Agitationszwecke gewaltige finanzielle Macht bilden würden

— bei einem wöchentlichen Beitrage von nur einem Silbergroschen würde bei hunderttausend Mitgliedern der Verein jährlich über 160 000 Taler verwenden können — öffentliche Blätter, welche täglich dieselbe Forderung erheben und die Begründung derselben aus den sozialen Zuständen nachweisen. Verbreiten Sie mit denselben Mitteln Flugschriften zu demselben Zweck. Besolden Sie aus den Mitteln dieses Vereins Agenten, welche dieselbe Einsicht in jeden Winkel des Landes tragen, das Herz eines jeden Arbeiters, eines jeden Häuslers und Ackerknechts mit demselben Ruf durchdringen. Entschädigen Sie aus den Mitteln dieses Vereins alle solche Arbeiter, welche wegen ihrer Tätigkeit für denselben Schaden und Verfolgung erlitten haben.

Wiederholen Sie täglich, unermüdlich dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht.

Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann!

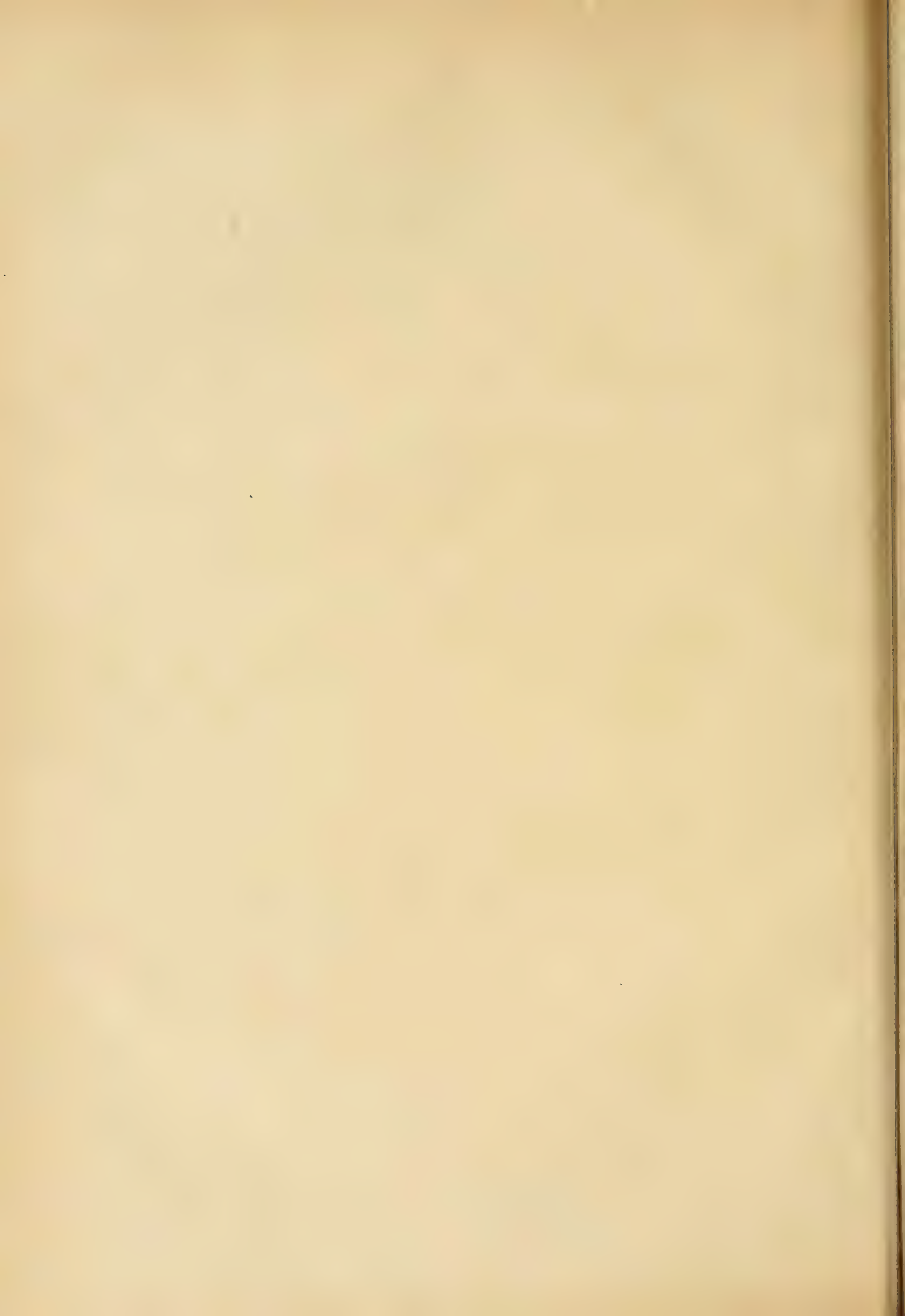
Wenn Sie diesen Ruf — was Ihnen binnen wenigen Jahren gelingen kann — wirklich durch die 89 bis 96 Prozent der Gesamtbevölkerung fortgepflanzt haben werden, welche, wie ich Ihnen gezeigt habe, die armen und unbemittelten Klassen der Gesellschaft bilden, dann wird man — seien Sie unbesorgt — Ihrem Wunsch nicht lange widerstehen! Man kann von seiten der Regierungen mit der Bourgeoisie über politische Rechte schmollen und hadern. Man kann selbst Ihnen politische Rechte und somit auch das allgemeine Wahlrecht verweigern, bei der Lauheit, mit welcher politische Rechte aufgefaßt werden. Aber das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hin verbreitet — seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde!

Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!

Berlin, 1. März 1863.

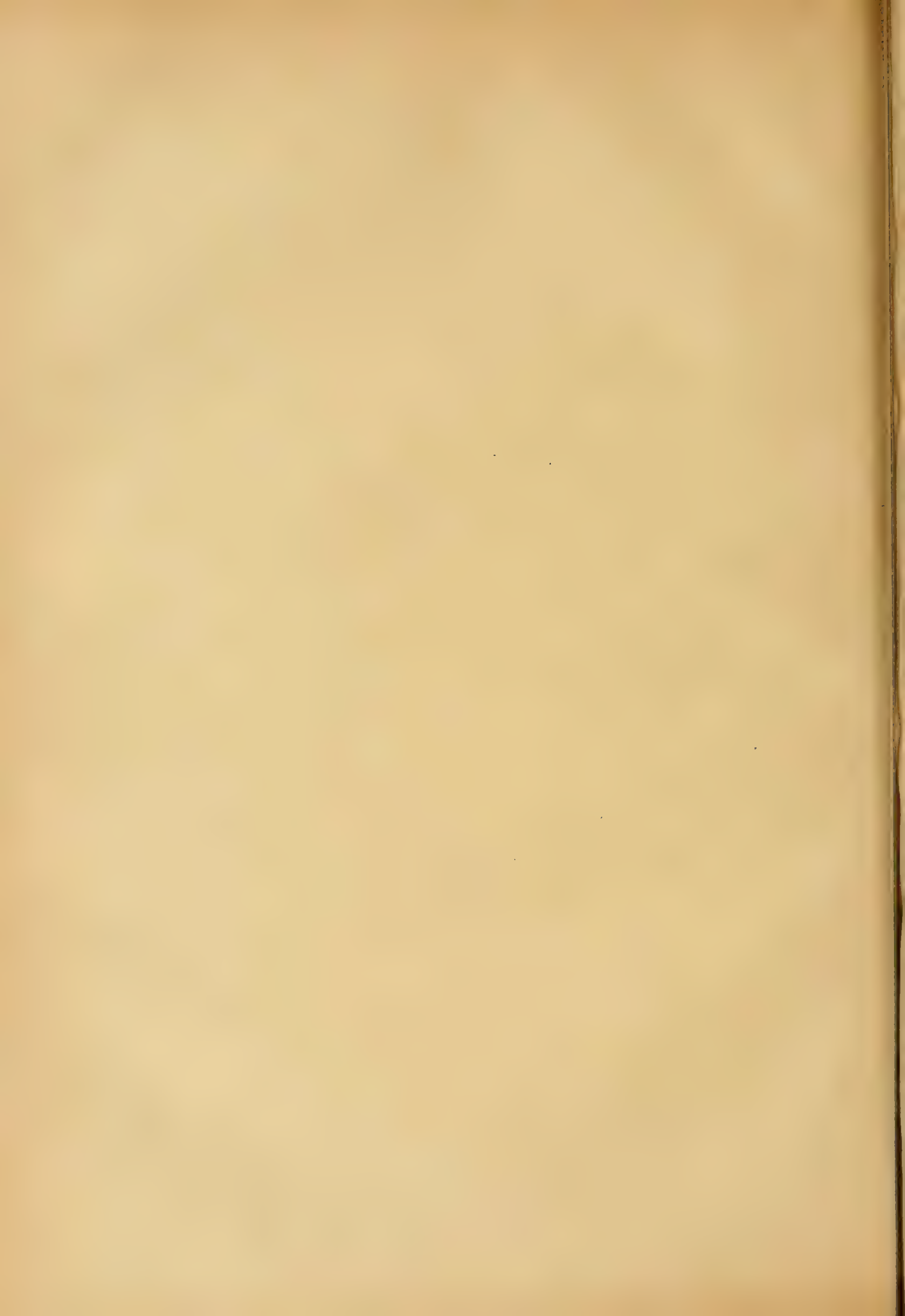
Mit Gruß und Handschlag

F. Lassalle.



Friedrich Albert Lange

1828—1875



Die Arbeiterfrage

Die Lebenshaltung (standard of life)

von

F. A. Lange

Die Engländer besitzen in dem Ausdruck standard of life eine bequeme und jedermann geläufige Bezeichnung für einen Begriff, der in dieser Frage eine sehr wichtige Rolle spielt. Das Wort standard (Standarte, Fahne) wird für den Fuß der Münze, für das Kaliber der Kanonen, für den Normalsatz von Maß, Gewicht u. dgl. gebraucht und bedeutet überhaupt die Regel oder Richtschnur einer Sache. Man könnte standard of life mit „Lebensfuß" übersetzen, da wir ja z. B. sagen, „auf einem hohen Fuße leben"; wir ziehen jedoch die Bezeichnung Lebenshaltung vor und wollen damit das Niveau bezeichnen, auf welchem sich ein gewisser Teil der Bevölkerung hinsichtlich seiner Ernährung und seiner übrigen Ansprüche an das Leben zu halten vermag. Die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung ist dann unter den verschiedenen Stufen des sozialen Daseins die niedrigste, denn von Bettlern und Vagabunden sprechen wir hier nicht, obwohl diese es leider teilweise besser haben als die redlichen und fleißigen Arbeiter.

Die Wichtigkeit des Begriffs der Lebenshaltung liegt nun aber darin, daß man in diesem Normalmaß der Ansprüche des Arbeiters an das Leben nicht einen bloßen statistischen Durchschnittssatz sieht, sondern eine soziale Macht, daß man der Lebenshaltung des Arbeiterstandes eine Widerstandskraft gegen den Druck des Kampfes um das Dasein zuschreibt. Zugleich ist der Begriff so allgemein — wenigstens wollen wir unser deutsches Wort „Lebenshaltung" ausdrücklich in dieser Allgemeinheit verstanden wissen —, daß er alle, auch die moralischen Mittel mit umfaßt, mit welchen der Arbeiterstand überhaupt im großen ganzen dem Drang des Lebens zu widerstehen vermag. Glücksfälle haben mit der Lebenshaltung nichts zu schaffen; ebensowenig die besondere Auszeichnung einzelner hervorragender Naturen. Es geht um das allgemeine, das in der Regel zu Erwartende, welches bei der Betrachtung des Schicksals der Massen allein von Bedeutung ist.

Daß die Lebenshaltung in diesem Sinne von größter Wichtigkeit ist, daß eine Arbeiterbevölkerung von festen Gewohnheiten und bestimmten Ansprüchen an das Leben der Ausbeutung durch das Kapital ungleich größeren Widerstand leistet, als eine solche, welche sich in ihren Gewohn-

heiten leichtsinnig nach dem Glück des Augenblicks richtet, ist im allgemeinen nicht zu bestreiten. Wo eine zufällige Konjunktur plötzlich hohe Löhne hervorruft, welche den Leuten wie ein Lotteriegewinn zufallen und ebenso wieder verschwinden, da entsteht gewöhnlich Ausgelassenheit, Demoralisation und nachher doppeltes Elend. Wo es dagegen den Arbeitern gelingt, während einer günstigen Zeit den Überschuß über die bisherige Einnahme zur soliden Verbesserung ihrer Einrichtungen und ihrer Lebensweise zu verwenden, da werden sie ganz von selbst, ohne besondere Verabredung und ohne viel Entschluß dazu nötig zu haben, den Versuchen einer Herabdrückung dieser erhöhten Lebenshaltung einmütigen Widerstand entgegensetzen. Die erste Wirkung der Lebenshaltung ist also die, daß sie eine natürliche Koalition aller derer erzeugt, welche sich in annähernd gleicher Lage befinden. Diese natürliche Koalition kann nicht verboten werden. Während durch beklagenswerte Mißgriffe der Gesetzgebung die Arbeiter bisher in den meisten Staaten Europas verhindert werden, sich hinsichtlich ihrer Lohnforderungen zu verabreden, sind sie ohne alle Verabredung stillschweigend einverstanden, den äußersten Widerstand zu leisten, wenn sie von ihrer gewohnheitsmäßigen Lebenshaltung auf eine tiefere Stufe herabgedrückt werden. Allein dieser ganze Widerstand hat gegen die Übermacht des Kapitals doch nur eine sehr beschränkte Wirkung. Indem sich der Preis eines Fabrikats durch Angebot und Nachfrage regelt, kann es dem Fabrikanten unmöglich werden, ferner den früheren Arbeitslohn zu zahlen, wenn er nicht ohne Nutzen arbeiten will, und das gehört zu seiner Lebenshaltung. Nutzen muß er haben, sonst tut er's nicht. Er setzt also den Lohn herunter, und wenn er nun keine Arbeiter findet, so fabriziert er auch nicht. Solange noch anderswo ein höherer Lohn zu haben ist, kämpft der Arbeiter noch. Er würde vielleicht viel schneller nachgeben, weniger nach anderer Beschäftigung streben, nicht so leicht auswandern, wenn er sich nicht an eine bestimmte Lebenshaltung gewöhnt hätte, die er nun einmal nicht missen mag; allein sobald die Lohnermäßigung allgemeiner um sich greift, ist er ohnehin verloren, er muß nachgeben und seine Ansprüche an das Leben eine Stufe tiefer stellen.

Ganz ohne Rückwirkung ist übrigens der Widerstand des Arbeiters bei Verteidigung seiner Lebenshaltung keineswegs; ja es gibt einen Punkt, wo dieser Widerstand unüberwindlich wird. Dieser Punkt ist aber dann erreicht, wenn die Lebenshaltung bereits so weit herabgedrückt ist, daß sie sich dem Minimum der im Lande überhaupt vorkommenden Stufen nähert. Das Mittel aber, durch welches der Arbeiter dann einen so unüberwindlichen Widerstand leistet, ist sehr einfach: er stirbt nämlich.

Eigentlich sollte man sagen, daß bei jener Grenze der moralische Widerstand gegen die Herabdrückung des Arbeitslohnes auch ohne die Verminderung der Zahl der Arbeiter auf den Preis der Fabrikate zurückwirken würde. Stellt man sich nämlich einen Augenblick vor, die Arbeiter hätten auch ohne ihren Lohn noch auf längere Zeit zu leben, so müßte das verminderte Angebot von Arbeitskräften, solange eben kein höherer Lohn gezahlt werden könnte, notwendig zu einer Verminderung der Produktion führen. So würde Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt eine Rückwirkung üben auf das Angebot der Waren, und, fortdauernde Nachfrage nach denselben vorausgesetzt, müßte sich eine Preissteigerung ergeben, welche demnächst wieder einen höheren Lohn möglich machte. Dies würde der naturgemäße Verlauf sein, wenn der Kampf um das Dasein nicht wäre, wenn für alle Beteiligten der Lebensunterhalt in gleicher Weise gesichert wäre. Nun aber treten Hunger und Elend ein und verändern die Sache, indem sie entweder die Arbeiter zwingen, zu niedrigem Preise zu arbeiten, oder die Zahl derselben durch das bekannte Vernichtungsgeschäft vermindern und so einen dauerhafteren Widerstand gegen die niedrigen Löhne hervorrufen. Der Unternehmer wartet alle diese Phasen ruhig ab oder hilft sich auch durch Einführung neuer Maschinen, welche menschliche Arbeit sparen.

Man tut wohl daran, genau darauf zu achten, wie die Erhöhung der Lebenshaltung auf die Erhöhung der Löhne wirkt, und es wäre sehr zu wünschen, daß die Wissenschaft über diesen Punkt noch mehr Licht verbreitete. Daß sie von Einfluß ist, wird von allen Seiten zugegeben. Wenn z. B. Lassalle das Ricardosche Gesetz in der Form aufstellt, „daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist", so ist die volle und rückhaltlose Anerkennung des Einflusses der Lebenshaltung in dem einzigen Wörtchen „gewohnheitsmäßig" enthalten. Solange aber von der einen Seite behauptet wird, daß eine beständige und allgemeine Steigerung der Lebenshaltung für sich allein schon eine genügende Lösung der Arbeiterfrage bilde, während von der anderen Seite eben dies gewohnheitsmäßige Minimum als der Stammsitz des Elends betrachtet wird, einerlei, ob es ein wenig steigt oder fällt, solange wird man auch behaupten dürfen, daß Natur und Wirkungsweise der Lebenshaltung noch vollständig im unklaren sind, so wohlgemut man auch mit diesem Begriff seine Theorien zu bauen pflegt. Eine reine Lösung des Rätsels ist aber nur zu erhalten, wenn man wieder scharf die Erscheinungen des Kampfes um das Dasein ins Auge faßt.

Wir haben eben dargetan, daß an und für sich auch eine rein moralische

Rückwirkung der Lebenshaltung auf den Arbeitslohn denkbar ist, aber nur unter einer Voraussetzung, die in der Wirklichkeit bisher nirgendwo zutrifft; unter der Voraussetzung nämlich, daß die Arbeiter freiwillig das Angebot von Arbeit, sei es durch Koalitionen, sei es durch bloß teilweises Feiern, so lange mindern können, bis die Nachfrage nach den Produkten ihrer Arbeit den Preis der Ware und damit den Arbeitslohn wieder steigert. Da nun eben gegenwärtig fast für alle Konsumgegenstände sehr bedeutende Vorräte da sind, die Arbeiter aber nur geringe Vorräte besitzen, so vermögen sie auf diesem Wege ihr Ziel nicht zu erreichen. Man nimmt bei Betrachtung dieser Frage gewöhnlich zu einseitig auf die Kapitalisten und Unternehmer Rücksicht, die es allerdings auch aushalten können. Das wahre Problem steckt aber nicht hier, sondern in dem Verhältnis der Vorräte. Wie enorm diese sind, wenn man alles zusammennimmt, was in den Lagern der Fabriken, bei Grossisten, Detaillisten und in häuslichen Vorräten angespeichert ist, hat jüngst wieder die große Baumwollenkrisis in einer Weise bewiesen, welche selbst die gewiegtesten Sachkenner in den Handelskammern Englands überrascht hat. Es ist daher immer töricht, wenn die Arbeiter durch Arbeitseinstellung gerade nur darauf rechnen, den Arbeitgeber mürbe zu machen. Dieser wird nicht mürbe, wenn er nicht etwa eine bedeutende Lieferung zu machen hat, von deren Einhaltung seine Existenz abhängt. Er wird aber namentlich niemals mürbe, wenn die Arbeiter ihre Tätigkeit einstellen, wo der Arbeitslohn gedrückt ist, weil eben auch die Preise des Produkts gedrückt sind. Eher würde sich bei steigender Konjunktur etwas erreichen lassen; allein dann pflegen die Arbeiter am wenigsten daran zu denken. Bei jedem erheblichen Steigen der Nachfrage tritt nämlich ein Zeitpunkt ein, wo der Fabrikant höhere Preise erzielt, ohne schon höhere Löhne bezahlen zu müssen. Es wird eine Zeitlang alles vollauf beschäftigt, die verschiedenen Funktionen greifen aufs straffste ineinander, es wird vorteilhafter gearbeitet. Erst wenn die Nachfrage noch weiter steigt, müssen neue Arbeiter herangezogen werden. Wenn nun in jenem günstigsten Augenblicke die Arbeiter sich knapp machten, so müßte ein erhöhter Lohn in den meisten Fällen bewilligt werden, der aber freilich auch mit der nächsten sinkenden Konjunktur wieder spurlos verschwinden würde. Eine dauernde Erhöhung der Lebenshaltung läßt sich in keinem Falle auf eine Konjunktur begründen, und wenn sonach die Arbeiter, namentlich in England, wo sie das Koalitionsrecht haben, bisher sehr schlecht rechnen, so ist doch ihr Gefühl das richtige, daß nämlich der Widerstand gegen Herabdrückung des Lohnes für sie weit entscheidender ist, als eine gelegentliche Erhöhung. Sie sollten aber einmal einsehen, daß sie es in

dem Falle, wo der Lohnabzug, wie in der Regel, mit Überproduktion zusammenhängt, nicht mit dem Arbeitgeber allein zu tun haben, sondern mit dem ganzen konsumierenden Publikum. Daher können auch partielle Arbeitseinstellungen, selbst wenn sie für einen gewissen Fabrikbezirk total sind, meist wenig helfen, da die Vorräte von anderen Bezirken her ergänzt werden. Wenn dagegen auch nur ein Viertel aller Arbeiter durch ein ganzes Land so gut gestellt, so entschlossen wäre, um bei einer unwürdigen Lohnerniedrigung ohne weitere Verabredung, wie selbstverständlich, aus dem Arbeitsverhältnisse auszuscheiden, so vermöchte das schon eine beträchtliche Wirkung hervorzurufen; man wird aber leicht einsehen, daß dies in der Regel nicht der Fall ist. Die Arbeiter, welche noch ein wenig Vermögen haben, sind nun gar zu leicht geneigt, in solchen Fällen zuerst nachzugeben, wie denn ja auch bekanntlich die billigsten Arbeitslöhne sich meist da finden, wo der Arbeiter noch ein Stück Land besitzt, dessen Früchte er genießt. Hieran läßt sich nun freilich nichts ändern, wohl aber kann es sich, wenn die Zeit gekommen ist, von selbst ändern, indem sich ein anderer Geist unter dem Arbeiterstande verbreitet. Wir werden später sehen, von wie entscheidender Wichtigkeit dieser Punkt bei der Beurteilung der Konsumvereine ist, welche, je nachdem es mit diesem Geist beschaffen ist, für den Arbeiterstand sehr wichtig oder aber ganz gleichgültig, wo nicht schädlich sein können. Hier genügt es festzustellen, daß der Arbeiter, im Ringen um seine Existenz begriffen, bis jetzt auch nicht von ferne ausreichende Mittel hat, um seinem moralischen Widerstand gegen die Herabdrückung des Arbeitslohnes den gehörigen Nachdruck zu geben.

Wie kommt es nun aber, daß er doch widersteht, daß wenigstens bei dem Niveau der niedrigsten landesüblichen Lebenshaltung das Sinken der Löhne Halt machen muß, daß der Engländer sich nicht auf das Niveau des Deutschen, der Deutsche sich wenigstens nicht auf das Niveau des Botokuden herabdrücken läßt? Man wird doch nicht etwa glauben, daß die Kapitalisten und Unternehmer sich zuletzt überreden ließen, daß sie es einsähen, daß der Arbeiter nicht noch tiefer gedrückt werden dürfe? In England freilich versucht man bisweilen, ihnen diese Einsicht beizubringen, und zwar, indem man auf das beständige Steigen der Armensteuer hinweist, ein Gesichtspunkt, den man praktisch nennt, weil er gemein ist. Und doch wirkt eine solche Erwägung wohl dahin, zahlreiche philanthropische Vereine ins Leben zu rufen, aber auf den Arbeitslohn hat sie nicht den mindesten Einfluß. Es muß ja doch im Geschäft unbedingt verdient werden, und zwar soviel als möglich; von dem Gewinn mögen dann einige Taler zu guten Zwecken abfallen. Es geht, wie bei dem christlichen Fabrikanten indischer Götzenbilder.

Sein frommes Gemüt bewegt ihn wohl, jährlich einige Pfund an die Mission zu geben; aber die Götzenbilder muß er liefern, das sind Geschäftssachen, da hört die Gemütlichkeit auf. Man müßte allen Erfahrungen der Volkswirtschaft Hohn sprechen, wenn man an irgendeinen anderen moralischen Widerstand des Arbeiters denken wollte, als den, daß er eben nicht mehr will. Aber was dann? Auswandern? Es gibt einige ganz seltene Fälle, in denen die Auswanderung, wie z. B. in Irland, so massenhaft eintritt, daß dadurch alle Verhältnisse verändert werden; aber dann liegt auch meist schon die äußerste Verzweiflung vor. Im ganzen ist der Einfluß der Auswanderung gering, und es bleibt somit eben nichts anderes übrig, als die Vermehrung der Sterblichkeit, da die Enthaltung von der Eheschließung keine momentane Wirkung üben kann. Nun entsteht hier eine ganz naheliegende Frage, die gewöhnlich nicht weiter erörtert wird, vielleicht weil die Schriftsteller des Faches annehmen, daß jeder sie sich selbst beantworten kann. Wir halten es nun aber doch für unumgänglich, diese Frage recht scharf zu stellen und sie so gut als möglich zu beantworten. *Wie kommt es, daß die erhöhte Sterblichkeit den Arbeitslohn regeln kann, wenn die Lebenshaltung noch nicht die niedrigst mögliche ist?* Warum, mit anderen Worten, wird nicht eine Arbeiterbevölkerung überhaupt immer tiefer in allen Lebensbedürfnissen herabgedrückt, bevor sie sich das Notwendigste zur Unterhaltung des Lebens fehlen läßt? Mit der Beantwortung dieser Frage wird auch die soziale Bedeutung der Lebenshaltung erst recht in ihr volles Licht treten.

Wir erinnern zunächst daran, auf wie mannigfache Weise der Mangel wirkt, bevor er sich in den statistischen Tabellen als Vermehrung der Sterblichkeitsziffer kund gibt. Der Mangel belästigt beständig, allein er tötet gelegentlich, wenn der Körper in den mancherlei Schwankungen, denen er unterworfen ist, gerade auf einem ungünstigen Punkt angelangt ist. Wir müssen nun vor allen Dingen festhalten, daß diese verwüstenden Wirkungen des Mangels tatsächlich bei einer Bevölkerung von höherer Lebenshaltung so gut vorkommen wie bei einer Bevölkerung von niederer Lebenshaltung, und unsere ganze Aufgabe ist nun, dies Faktum weiter zu erklären. Da bieten sich uns nun, so viel wir sehen, nur zwei Erklärungsgründe dar: der eine ist die Wirkung einer verschiedenen Gewöhnung in Beziehung auf Nahrung und Pflege selbst; der andere ist *das allgemeine Streben, diejenigen Stücke der Lebenshaltung, welche nach außen sichtbar sind und welche mehr dem Schmuck und der Auszeichnung dienen, unter Aufopferung des Notwendigsten solange als nur irgend möglich festzuhalten.*

Den ersteren Grund können wir hier übergehen, da die Sache im allgemeinen für sich selbst spricht und Genaueres darüber von der Wissenschaft noch nicht ermittelt ist. Der zweite Grund ist von ungemeiner sozialer Wichtigkeit; er gehört geradezu zu den psychologischen Grundzügen des menschlichen Charakters, welche auf alle Verhältnisse einen tiefeingreifenden Einfluß üben. Bekannt ist, daß sich derselbe Zug nicht eben nur beim Arbeiterstande findet, sondern sogar noch viel deutlicher bei allen „höheren" Ständen, bei welchen die Ansprüche an das Leben mit den Mitteln nicht im Einklang stehen. Die Emigranten aus der Zeit der französischen Revolution, oft Leute aus dem höchsten Adel, welche in Überfluß und Üppigkeit groß geworden waren, litten häufig lieber den wirklichsten Hunger, als daß sie auf ein vornehmes Äußere verzichtet hätten, und mancher Taler ist schon für ein Trinkgeld verwandt worden, den der Besitzer im stillen lieber für eine gute Mahlzeit gegeben hätte. Dasselbe finden wir bei unbemittelten Adeligen noch oft genug, und der knapp besoldete Beamte mit vornehmem Titel, der auf den Umgang mit lauter vermögenden Leuten angewiesen ist, zieht sich auch lieber alles andere ab, als die Mittel zur Repräsentation. Wenn es dabei auch nicht leicht bis zum eigentlichen Hunger kommt, so treten doch oft Entbehrungen ein, welche auf die Konservierung des Lebens von Einfluß sind und welche durch offenen Verzicht auf überflüssigere Dinge vermieden werden könnten. Wir halten es gar nicht für unwahrscheinlich, daß der Einfluß der Teuerungen auf die Sterblichkeit sich noch bis auf Beamtenkreise erstreckt, welche die drei- und vierfache Einnahme einer Arbeiterfamilie haben. Man ist im täglichen Leben nur gar zu leicht geneigt, ein solches Verhalten scharf zu tadeln oder als elende Eitelkeit zu verspotten; und in der Tat ist auch der Spott sehr wohl verdient, wenn sich mit jenem heimlichen Mangel der Hochmut und die Geringschätzung anderer Stände verbinden. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, daß neben der tief gewurzelten Neigung zum Scheinwesen in solchem Verhalten auch ein idealer Zug liegt, den man respektieren kann. Diese Leute machen aus ihrer gewohnten Lebenshaltung ein Prinzip und suchen gerade das Unterscheidende deshalb mit einem gewissen Pflichtgefühl festzuhalten. Nun sind zwar die Anschauungen von der höheren Würde eines Adeligen, eines Beamten oder eines Mannes, dessen Väter vermögend waren, an sich höchst verwerflich, aber der Umstand, daß der Mensch diesen Grillen zuliebe, wo sie einmal da sind, Opfer bringen kann, macht die Sache nicht schlimmer, sondern eher wieder besser. Über allen Zweifeln aber ist es erhaben, daß ein solches Festhalten an gewissen Attributen einer höheren Lebenshaltung etwas Edles und Gutes ist, in dem Stande, welcher nicht mehr in der Lage ist, sich über andere zu er-

heben. Die Zeiten sind noch nicht zu fern, in denen ein großer Teil des Volkes, selbst in Städten, barfuß ging. Jetzt will der Arbeiter nicht nur gleich seinen Mitbürgern sich in einem vollständigen und schicklichen Anzug zeigen, sondern er will auch außer seinem Arbeitsgewand einen guten Rock haben. Darin, daß er in diesen Beziehungen nicht zurücksteht, findet er ein äußeres Symbol seiner Menschenwürde, und es liegt ein gewisser Heroismus darin, wenn er diesem Bewußtsein in schlimmen Zeiten ein Opfer bringt.

Da nun aber ferner der Kampf um das Dasein doch fortgehen würde, wenn auch der Arbeiter in diesen Dingen nachgäbe, so liegt in der starren Behauptung der Lebenshaltung ein Mittel, um den Arbeiterstand vor immer tieferem Sinken notdürftig zu schützen. Eine ganz andere Frage aber ist die, ob man dem Arbeiterstande auch zureden soll, bei günstigen Zeiten jede kleine Mehreinnahme sofort auf Erhöhung der Lebenshaltung zu verwenden. Man rät den Arbeitern, sich Uhren, Thermometer und Bücher anzuschaffen oder Zeitungen zu halten, sich besser zu kleiden, bessere Wohnungen zu beziehen u. dgl. Dies ist auch unzweifelhaft vortrefflich, wenn der Arbeiter dadurch eine bessere, freundlichere Häuslichkeit erhält und infolgedessen sich gleichsam selbst vom Wirtshausleben, abstumpfenden Branntweingenuß und zerstreuenden, friedlosen Vergnügungen hinweglockt. Aber eine andere Frage ist, ob er nicht am besten tut, wenn das Glück ihm eine Verbesserung seiner Lage entgegenwirft, jeden Groschen zu sparen, um sich damit später, im Verein mit seinen Brüdern, die Freiheit zu erkämpfen. Denn das ist in diesem Falle noch am ehesten möglich, und wenn der heilige Entschluß, alle Kräfte dem großen Befreiungswerke zu widmen, die Herzen durchdringt, so werden dadurch die moralischen Vorteile einer Erhöhung der Lebenshaltung aufgewogen.

Unsere Erörterung der Lebenshaltung bringt nun zunächst klares Licht in eine Frage, über welche die verworrensten Streitigkeiten geführt werden, ohne daß ein nennenswertes Resultat erzielt wird, weil sich meist der eine an diese vereinzelte Tatsache, der andere an jene hält, ohne daß der richtige Überblick da ist. Es ist die Frage nach der tatsächlich erfolgenden Verbesserung oder Verschlimmerung der Lage des Arbeiterstandes. Bekanntlich ist die Behauptung einer beständigen Verbesserung der Lage des Arbeiters und überhaupt der ärmeren Volksklassen so allgemein und mit so vielen Zahlen und Daten aller Art belegt, daß der grelle Ruf der Verzweiflung, welcher oft das gerade Gegenteil in die Welt hinausruft, meist überhört wird. Die Frage scheint so schwierig, daß selbst Lassalle vor der Lösung derselben zurückschrak und in der Deduktion seiner Ansichten (S. 19 und 20 des

Antwortschreibens) sofort darauf übersprang, die vergleichsweise schlechte Lage des Arbeiterstandes, sein Verhältnis zu den anderen Klassen zur Basis seiner Folgerungen zu machen. So viel Wahres nun auch gerade in dem liegt, was Lassalle dort über das psychologische Maß der Entbehrungen entwickelt hat, so bleibt eben doch in seiner Deduktion eine Lücke, deren bedeutungsvollen Einfluß wir später noch sehen werden. Nicht darum hätte es sich ja gehandelt, in einer verwickelten und gelehrten Untersuchung (vgl. S. 19 a. a. O.) den eigentlichen Beweis für die eine oder andere Ansicht zu führen. In dieser Hinsicht konnte sich Lassalle immerhin damit begnügen, zu behaupten, daß seine Gegner erst recht nicht zu einer Beweisführung imstande seien. Es handelte sich vielmehr darum, auch nach dieser Seite hin die Ricardosche Regel gegen jedes Bedenken festzustellen. Auch für diese läßt sich ein, den Anforderungen der exakten Wissenschaften — und zu denen muß sich die Sozialstatistik zählen — völlig entsprechender Beweis nicht führen. So verfehlt es auch von Lassalles Gegnern war, dreist abzuleugnen, daß jene Lehre wirklich von allen Autoritäten der Volkswirtschaft vorgetragen würde, so folgt daraus doch noch lange nicht, daß sie gegen jedes Bedenken feststeht. Es folgt namentlich für Lassalle nicht, der von seinem Standpunkt aus eigentlich die ganze Volkswirtschaft hätte umarbeiten müssen. So konnte denn ein neuerer Schriftsteller, G. Schmoller, auf die neue Wendung verfallen, zwar die Richtigkeit der Lassalleschen Zitate zuzugeben, wie dies jeder ehrliche Mann tun muß, zugleich aber jene sämtlichen Autoritäten der Oberflächlichkeit zu beschuldigen. Die ganze Darlegung ist, sowohl wegen des Wahren als auch wegen des Falschen, das sie enthält, bemerkenswert genug, um uns zu einer Mitteilung der Hauptstelle zu veranlassen. Schmoller hat nämlich ganz richtig erfaßt, daß unsere ganze Nationalökonomie zu ihrer Vertiefung eines Zurückgehens auf die psychologischen Grundlagen der menschlichen Handlungen bedarf, und indem er nun behauptet, daß sich dies gerade in dem Streit über die Lohnfrage und über das sogenannte Ricardosche Gesetz besonders deutlich zeige, fährt er mit folgender Erörterung fort:

„Der Arbeitslohn, erklärt Lassalle, richtet sich nach dem Angebot und der Nachfrage; sobald die Nachfrage steigt, wird der Arbeiterstand wachsen und damit den Lohn wieder auf das Minimum der landesüblichen Existenz herabdrücken. Aber doch ist der Lohn in der letzten Zeit gestiegen — viel mehr haben ihm seine Gegner nicht entgegenzusetzen gewußt, und eine Tatsache widerlegt ein Gesetz, wenn es ein solches ist, nicht.

Es ist ganz wahr, Ricardo und schon Adam Smith sagen dasselbe, und bis auf die neueste Zeit haben es ihnen die meisten National-

ökonomen nachgesprochen. Daß die spätere Nationalökonomie die Unrichtigkeit dieses sogenannten Gesetzes nicht einsah, beruht wesentlich auf den tatsächlichen Verhältnissen unserer Zeit, auf dem Druck, unter dem die Arbeiter während der Übergangsperiode litten, auf den noch nicht konsolidierten sittlichen Zuständen, wie sie stets notwendig den Eintritt in eine Kulturperiode begleiten. Die sämtlichen Autoritäten, die Lassalle in seinem Arbeiterlesebuch zitiert, haben die Zustände der vierziger Jahre vor Augen. In Wahrheit aber ist dieses sogenannte eherne Gesetz nicht viel mehr als eine oberflächliche Abstraktion, wie sie der englischen Nationalökonomie gerade um ihres Ausgehens von der Praxis des Lebens willen so oft passiert. Es läßt sich auf einen großen Teil der englischen Nationalökonomie, besonders auf Ricardo, nicht mit Unrecht das bekannte Wort anwenden: Niemand ist doktrinärer und abstrakter als ein Praktiker, der anfängt zu schriftstellern. Mit der Auffassung von ein paar Erscheinungen an der Oberfläche glaubt man Fragen erschöpft zu haben, die nur durch das Zurückgehen auf die tiefer liegenden Ketten und Reihen von inneren psychologischen und ethischen Ursachen zu lösen sind."

Man wird sich vergeblich in Lassalles Schriften nach einer genügenden Deckung gegen diesen Angriff umsehen, so sehr der scharfsinnige Dialektiker auch allen möglichen Einwänden vorzubeugen liebte. Der Grund liegt darin, daß Lassalle die Ricardosche Regel nicht selbständig und tief genug begründete. Er hat sich zwar nicht auf einen bloßen Autoritätenbeweis verlassen; allein er ist auch nicht tiefer gegangen als die Autoritäten der altliberalen Volkswirtschaft. Er leitete die Lohnregel einfach aus der Herrschaft von Angebot und Nachfrage ab, statt den allein entscheidenden Punkt zu betonen und auszuführen, der sich eben nur aus der Anwendung der Darwinschen Lehre auf die Arbeiterfrage ergibt, nämlich das unter Umständen erzwungene und nur durch den Kampf ums Dasein geregelte Angebot der Arbeitskraft. Dies hängt damit zusammen, daß Lassalle bei dem von ihm selbst als „grausam" bezeichneten Gesetze den grausamsten Punkt übersehen hat, nämlich die Bedeutung der wechselnden Sterblichkeitsziffer. Er leitet die Erhöhung des Angebotes von Arbeit bei steigendem Arbeitslohn nur ab aus der „Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung", während vielmehr die neuere Statistik ganz unzweifelhaft festgestellt hat, daß das Entscheidende die Verminderung der Sterblichkeit ist, wobei man natürlich vor allen Dingen auch die Verminderung von Krankheiten bedenken muß, welche stets mit der Verminderung der Sterblichkeit Hand in Hand geht. Diese beiden Faktoren sind nicht nur im allgemeinen wichtiger als die Vermehrung der Geburten-

ziffer, sondern sie haben auch noch die Bedeutung, daß sie allein *sofort* wirken, wie denn umgekehrt auch eine *sofortige Vermehrung der Sterblichkeit* eintritt, wenn der Lohn sinkt oder, genauer ausgedrückt, wenn das Verhältnis zwischen der Lohnhöhe und den Preisen der Lebensmittel ungünstiger wird. Man kann es sich nicht klar genug machen, daß *nicht das zufällig eintretende, sondern das beständig bestehende Elend, daß der aus dem Kampf um das Dasein stammende Druck auf die Lebensfähigkeit der gesamten Bevölkerung* die wahre Quelle der Erscheinung ist, welche Lassalle unter dem Namen des Ricardoschen Gesetzes ans Licht gezogen hat. Wäre dieser *permanente* Druck nicht da, so wäre auch der *Zwang des Arbeitsangebotes* nicht da. Würde die Steigerung des Arbeitslohns, wie Lassalle mit den bekannten Autoritäten übereinstimmend annimmt, durch Auswanderung, Ehelosigkeit und Enthaltung von der Kindererzeugung hervorgerufen, so ist nicht einzusehen, warum dieselben Mittel nicht auch *in guten Zeiten zur Steigerung des Arbeitslohns* sollten angewandt werden können, warum nicht, mit einem Wort, auch dem Arbeiterstande, gleich den Unternehmern, eine *freiwillige* Minderung des Angebots von Arbeit möglich wäre. Nun steht aber die Sache einfach so, daß der Arbeiter im großen Ganzen sich zu diesem Zweck der *Auswanderung nicht bedienen kann* und daß ihm die *Enthaltung von der Ehe nichts hilft.* Solange dies nicht nachgewiesen ist, kann jeder kommen und erklären, gleich Schmoller, daß die Ricardosche Regel nur eine Abstraktion aus vorübergehenden Verhältnissen sei und daß ihre Erscheinungen auf ethischem Wege beseitigt werden könnten. Was die Auswanderung betrifft, so haben wir schon oben angedeutet, daß sie ein *Kapital* voraussetzt, welches der Arbeiter im allgemeinen nicht hat und nicht haben kann. Wenn er freilich im äußersten Elend versinkt, wenn die Industrie einer Gegend rettungslos verloren ist, dann hilft man ihm wohl zur Auswanderung, aber im gewöhnlichen Leben nicht. Was dagegen die Enthaltung in der Erzeugung von Kindern betrifft, so kann der einzelne sich dadurch nur die unmittelbare Lebenslast erleichtern, aber nicht einen höheren Arbeitslohn verschaffen; denn das Fehlen oder Vorhandensein *seiner* Kinder macht im ganzen nichts aus, und auf die andern hat er keinen Einfluß. Es müßte also erst eine Solidarität des ganzen Standes oder vielmehr der ganzen Menschheit eintreten und noch dazu eine weite Vorausberechnung, da der Einfluß der Kinder auf den Arbeitslohn sich erst geltend macht, wenn sie herangewachsen sind. Gewiß werden auch in Notjahren die Ehen weit weniger durch eine solche Vorausberechnung erschwert als durch den unmittelbaren Mangel

des Notwendigsten zur Einrichtung und durch den deprimierenden Einfluß der Entbehrungen. Solange aber die Sachen so stehen, wird es auch nichts helfen, wenn „der sittliche Volksgeist", wie Schmoller sich ausdrückt, „den Arbeiterstand geistig und sittlich zu heben, ihn von proletarischer Vermehrung abzuhalten sucht". Die vermehrte Sterblichkeit dagegen wirkt mit der größten Sicherheit, weil sie unfreiwillig ist; ebenso aber auch die verminderte. So sind wir denn wieder, wo wir waren. Wir sind mit Schmoller darin einverstanden, daß es im letzten Grunde moralische Kräfte sind, welche entscheiden; allein wenn er glaubt, daß zur Vollbringung des Werkes die bloße Fortsetzung der bereits angebahnten Bestrebungen der Selbsthilfe gehöre, so sind wir genau wieder bei der tatsächlichen Frage angelangt, von der wir ausgingen: Haben diese Bestrebungen dem Arbeiterstande tatsächlich schon so viel geholfen, daß die Ricardosche Regel einen überwundenen Standpunkt bezeichnet, daß eine stetige Verbesserung der gesamten Lage des Arbeiterstandes im Gange ist, durch deren fernere Förderung das ganze Problem gelöst wird? Wäre nun, wie es bei oberflächlicherer Auffassung der Ricardoschen Regel scheinen könnte, Angebot und Nachfrage der Arbeiter vom freien Willen der Arbeiter abhängig, so wäre dies allerdings eine reine Frage der Tatsachen, und wir müßten entweder den bündigsten Beweis beibringen, oder alles und dann namentlich auch die Gültigkeit der Ricardoschen Regel im ungewissen lassen. Da wir aber dargetan haben, daß die dem freien Willen entzogenen Schwankungen der Sterblichkeitsziffer der nächste Grund der Ricardoschen Regel sind, und da diese Schwankungen unter dem Einflusse des Verhältnisses von Lohn und Nahrungspreisen beständig fortdauern, so haben wir in der Hauptsache keine Frage der Tatsachen mehr vor uns, sondern nur noch eine Frage der Deutung der Tatsachen. Wir können dadurch natürlich eine genaue kritische Untersuchung jener Frage nicht überflüssig machen, aber wir haben das Prinzip in Händen, nach welchem sich der Widerspruch der von den verschiedenen Parteien vorgebrachten Tatsachen in der Hauptsache als ein bloß scheinbarer herausstellen muß. — — —

Bevor wir nun die scheinbar entgegenstehenden Tatsachen prüfen, bemerken wir vorab zur Vereinfachung der Sache, daß uns dabei all die zahlreichen schönen Einrichtungen und Verbesserungen nicht kümmern können, welche sich von vornherein nur auf wenige Hunderte oder Tausende von Arbeitern erstrecken. Nicht als ob diese überhaupt keinen Wert hätten; sie gehören nur nicht hierher, weil niemand den Fortschritt in einzelnen Kreisen bezweifelt, weil dieser Fortschritt auf die statistischen Durchschnittszahlen zurzeit ohne erheblichen Einfluß ist und

weil der Wert, den solche Verbesserungen als Vorbilder für die Zukunft haben können, wieder zu einer ganz anderen Frage gehört, die wir noch berühren werden. Wir haben also hier nichts zu erörtern von der cité ouvrière zu Mühlhausen, nichts von den humanen Einrichtungen in der berühmten Lichterfabrik der Gebrüder Wilson, nichts von den wachsenden Spareinlagen in aller Herren Länder, nichts von den Konsumvereinen, den Arbeiter-Bildungsvereinen und wie all diese vortrefflichen Schöpfungen der Neuzeit heißen mögen. Man mag die Resultate derselben zu noch zu überraschenden Summen aufaddieren, so werden diese doch immer verschwinden gegen die Summe des gesamten Bedarfs einer industriellen Bevölkerung, und niemand wird die behauptete durchschnittliche Verbesserung in der Lage der arbeitenden Klassen schon jetzt im Ernst auf diese Verbesserungen zurückführen. Es geht vielmehr hier ganz einfach um den Lohn, und zwar um den Reallohn, d. h. um das Quantum von Subsistenzmitteln, welches sich für den Lohn kaufen läßt.

Hier ist nun vorab wieder die Bemerkung vorauszuschicken, daß die Zahlenangaben auf diesem Gebiete bekanntermaßen zu den unzuverlässigsten gehören, die es überhaupt gibt, während auf der anderen Seite die Sterblichkeitsziffer als der festeste Eckstein der ganzen Bevölkerungsstatistik zu betrachten ist. Die Gründe, welche die Ermittelung des Reallohnes so unsicher machen, lassen sich zum großen Teil aus der Schwierigkeit der Aufgabe leicht entnehmen, und wir haben hier nur Veranlassung, auf einige Quellen des Irrtums einzugehen, welche nicht, nach der Regel der zufälligen Fehler, mit gleicher Wahrscheinlichkeit zu viel oder zu wenig ergeben, sondern welche vielmehr eine konstante Wirkung ausüben und daher das Resultat nach einer bestimmten Seite hin verfälschen. Es betrifft die Angaben über die Lohnhöhe. Diese werden alteriert:

1. Durch die aus methodischer Unbeholfenheit hervorgehende irrtümliche Berechnung des Durchschnitts. Sehr häufig wird nämlich von verschiedenen Lohnsätzen verschiedener Arbeiterklassen einfach das Mittel genommen, statt daß jeder Satz erst mit einem die Zahl der betreffenden Klasse repräsentierenden Koeffizienten versehen wird. Da nun aber in der Regel die niedrigst bezahlten Klassen die zahlreichsten sind, da ferner ein entsprechender Fehler von entgegengesetzter Wirkung nicht denkbar ist, so muß der Lohn schon zu hoch erscheinen, wenn dieser Fehler auch nur von wenigen Berichterstattern begangen wird.

2. Durch das Interesse der Berichterstatter. In allen Dingen, bei welchen es nicht auf ein einfaches Ja oder Nein, ein bestimmtes Zeugnis der Sinne oder eine aktenmäßig zu kontrollierende Kundgebung ankommt,

wo vielmehr dem Urteil ein gewisser Spielraum gelassen ist, haben Interessen, Vorurteile und Neigungen der Berichterstatter einen sehr bedeutenden Einfluß. Da nun nach den Lohnsätzen in der Regel nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber und die Beamten gefragt werden, so kann ein Plus in den Durchschnittszahlen nicht ausbleiben. Wie ganz anders oft das Resultat ausfällt, wenn ein Arbeiter Bericht erstattet, kann man z. B. aus dem im Anhang abgedruckten Schreiben eines Elberfelder Arbeiters über die dortigen Lohnsätze ersehen.

3. Durch Nichtbeachtung der Ausfälle, welche der Arbeiter durchschnittlich durch Lohnabzüge bei Fehlern, durch Warten auf neue Arbeit u. dgl. erleidet. Auch darüber enthält das ad 2 erwähnte Schreiben einige Auskunft.

Obgleich nun alle diese Fehler im einzelnen vermieden werden können, so kann es doch nicht fehlen, daß sie häufig mit unterlaufen, und die Folge davon ist, daß bei allen Lohnangaben, sofern sie nicht direkt aus den Büchern ermittelt werden können, die Vermutung vorliegt, daß sie zu hoch gegriffen sind. Dagegen kommt nun freilich auch wieder in Betracht, daß dieser Fehler sowohl den älteren wie auch den neueren Angaben eigen ist und daß daher die durch relativ sorgfältige Berichte ermittelte Tatsache eines Steigens des Reallohns mittelst unserer Bemerkung nicht widerlegt werden kann. So dürfte es sich z. B. mit den Angaben verhalten, welche Schulze-Delitzsch nach den Ermittelungen einer englischen Parlamentskommission mitteilt, welche die jedesmaligen Löhne auf die Quantitäten Mehl und Fleisch reduziert hat, welche man für den Wochenlohn haben konnte. Dieser Lohn betrug nämlich angeblich für einen Baumwollenarbeiter:

im Jahre	einen Wert von				
1804 . . .	62½	Pfund Fleisch	oder	117	Pfund Weizenmehl
1814 . . .	67	" "	"	175	" "
1833 . . .	83	" "	"	267	" "
1850 . . .	85	" "	"	320	" "

Angenommen, diese Zahlen seien richtig oder, was für unsere Frage auf dasselbe hinauskommt, alle gleichmäßig zu hoch gegriffen, so würde es doch ein sehr grober Irrtum sein, wenn man annähme, daß sich der Arbeiter auch im Jahre 1850 wirklich in demselben Verhältnisse besser genährt hätte als früher. Er konnte nur für sein Geld so viel mehr Fleisch und Weizen haben, wenn er seine übrigen Bedürfnisse nicht ausdehnte; ja selbst dies ist nicht einmal richtig, sobald man die Sache im großen betrachtet. Denn da der Preis von Fleisch und Weizen von Angebot und Nachfrage bedingt wird und der Konsum der Arbeiterbevölkerung für die Nachfrage im ganzen Lande entscheidend ist, so ist

sehr zu bezweifeln, ob der Arbeiter im Jahre 1850 seine Fleischration hätte um ein Drittel größer machen können als 1804. Wenn nicht direkt nachgewiesen werden kann, daß der Fleischkonsum unter den Arbeitern wirklich im Verhältnis von 3 : 4 gestiegen ist, so besteht vielmehr die höchste Wahrscheinlichkeit für das Gegenteil, da ganz unzweifelhaft alle übrigen Lebensbedürfnisse während jenes Zeitraums in sehr bedeutendem Maße zugenommen haben. Man würde in einen noch viel gröberen Irrtum verfallen, wenn man glaubte, dieser Bemerkung dadurch begegnen zu können, daß man zeigte, wie so viele andere Lebensbedürfnisse inzwischen beträchtlich billiger geworden sind. Denn einmal ist dies mit vielen anderen, und gerade mit den unentbehrlichsten (man denke nur an die Wohnungsnot!) durchaus nicht der Fall, sodann aber ist jenes starke Sinken mancher Industrieerzeugnisse eben nur Hand in Hand gegangen mit einem noch stärkeren Steigen des Konsums dieser Artikel in der zahlreichsten Bevölkerungsklasse. Hierin liegt nun ganz unzweifelhaft eine Erhöhung der Lebenshaltung, aber deswegen noch durchaus keine Verbesserung der Lage der Arbeiter in Beziehung auf die Hauptsache. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich sehr einfach durch die moralische Bedeutung der Lebenshaltung, welche wir oben nachgewiesen haben. Wir haben gesehen, wie die Ernährung völlig ungenügend werden kann, während in gewissen Äußerlichkeiten, wozu Kleidung, Möblierung der Wohnungen, Tischgerät u. dgl. zu zählen ist, die Arbeiterbevölkerung ihren Standpunkt behauptet. Bevor der Mensch geradezu verhungert, wird er freilich alle diese Besitztümer veräußern, bevor er sie aber veräußert und damit vor den Augen der Nachbarn seine Lebenshaltung aufgibt, wird er sich verschlechterte Nahrung in sehr bedeutendem Grade gefallen lassen. Umgekehrt wird er aber auch in guten Zeiten beständig leicht dazu greifen, gerade in jenen minder notwendigen Dingen seine Haltung zu erhöhen, sobald er durch die früher ungeahnte Billigkeit eines Gerätes angelockt wird, welches bisher der Vorzug der höheren Stände war. Daß diesen durchaus rationellen Annahmen auch die Wirklichkeit entspricht, ist so eklatant, daß man den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen muß, wenn man daran zweifeln will. Im einzelnen bleiben hier freilich noch die interessantesten Untersuchungen der Zukunft vorbehalten, im großen Ganzen aber sieht man auf den ersten Blick, — wenn man nämlich überhaupt einen Überblick der Resultate der Statistik besitzt —, daß sich die Lebensmittel nur ungefähr im Verhältnis der Bevölkerung vermehrt haben, während die minder unentbehrlichen Gegenstände sich durch Ausbreitung des Konsums über die ganze Bevölkerung in fabelhaften Verhältnissen vermehrt haben. Belege für das letztere beizubringen, hieße Raum verschwenden. Es ist auch die Tatsache von allen

Seiten anerkannt; nur pflegen unsere Ökonomen die Teilnahme am Besitz jener tausend Kleinigkeiten schlechthin als Beweis des gestiegenen Wohlstandes anzusehen, während sie, solange der Hunger bleibt, nur neue Fesseln sind, mit denen der Arbeiter an seinen Zustand gebunden wird. Die Anerkennung oder Leugnung des Hungers ist eben der Kernpunkt des Streites.

Der einfachste Weg, einen Beleg für die Zunahme oder Abnahme der vom Arbeiterstande tatsächlich konsumierten Lebensmittel zu finden, scheint in einem Rückschluß aus der Gesamtmasse der auf den Kopf der Bevölkerung kommenden Nahrungsmittel zu sein; allein auch diese Berechnungsweise hat ihre mannigfachen Übelstände. Zunächst käme hier die Frage in Betracht, wie groß der Arbeiterstand zu rechnen ist, da die Verschiedenheit in der Konsumtionsfähigkeit verschiedener Bevölkerungsschichten so überraschend groß ist, daß eine Zunahme des Verbrauchs im ganzen geradezu von einer Minderheit herrühren kann, freilich nicht von einer Minderheit von nur wenigen Prozenten! Namentlich kommt hier der Fleischverbrauch in Betracht, an welchem ein großer Teil der Bevölkerung noch so gut wie gar keinen Anteil hat, während doch gerade im Interesse einer kräftigeren und gesunderen Entwicklung der Menschheit Fleisch als das einzige wirklich unentbehrliche Nahrungsmittel bezeichnet werden muß. Was soll man aber dazu sagen, wenn in einem und demselben Lande solche Verschiedenheiten vorkommen wie z. B. in Spanien, wo in Madrid auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 76,12 Pfund Fleisch kommen, in der Provinz Almeria dagegen nur 5,87? In Deutschland kommen zwar, nach ganzen Provinzen gerechnet, solche Verschiedenheiten nicht vor; wie würde es sich aber herausstellen, wenn man in gewissen Industriebezirken den wirklichen Konsum nach Klassen und Ständen ordnen könnte? Doch, wie gesagt, wir wollen hierüber keine Vermutungen machen; wir wollen uns dafür aber auch nicht mit all den oberflächlichen Schätzungen abgeben, mit denen früher so oft zur offiziellen Selbstberäucherung eine Steigerung des Konsums auf den Kopf der Bevölkerung berechnet wurde, von welcher nichts wahr ist als der zugrunde liegende Wunsch, den Segen der Landesregierung zu beweisen. Die heutige Wissenschaft, welche strenger zu Werke geht, kann solche Schätzungen nicht mehr brauchen.

Eins der sichersten Mittel zur Beurteilung der Fleischnahrung haben wir in Preußen an den seit langer Zeit regelmäßig fortgeführten Viehzählungen vor uns. Betrachten wir dies Bild einmal näher! Von 1816 bis 1822 vermehrten sich im preußischen Staat je 1000 Menschen auf 1130, dagegen 1000 Stück Rindvieh nur auf 1058; 1000 Schweine auf 1070. Hier hält also schon die Zunahme der Tiergattungen, welche das

meiste Fleisch liefern, nicht Schritt mit der Zunahme der Menschen; ähnlich steht es in der Periode von 1822 bis 1831, und auch von 1831 bis 1840 vermehren sich die Menschen schneller als das Rind, das wichtigste, durch die Milch doppelt wichtige Nahrungstier, während die Zunahme der Schweine etwas stärker wird. In der Periode von 1840 bis 1849 ist die Zunahme der Menschen — wegen Teuerung und Erschöpfung der Nahrungsmittel — nur sehr gering. Es vermehren sich 1000 auf nur 1032, während Rindvieh auf 1080, Schweine auf 1102 kommen; seitdem wächst die Zahl der Menschen wieder stärker als die der Nahrungstiere, und wenn wir schließlich den ganzen Zeitraum von 1816—1858 überblicken, was zeigt sich? Die Menschen haben sich von 1000 auf 1712, dagegen das Rindvieh von 1000 auf 1367 und die Schweine auf 1725 vermehrt, letztere also nur ganz wenig stärker als die Menschen, während das wichtigste Nahrungstier der Zahl nach beträchtlich zurückblieb. Dies ist nun freilich noch kein fertiges Resultat. Es muß vorab bemerkt werden, daß die Differenz von Ein- und Ausfuhr für den preußischen Staat nicht so erheblich ist, daß dadurch das Verhältnis wesentlich geändert werden könnte. Wichtiger ist die Veränderung der Qualität durch Verbesserung der Rassen; denn wenn ein ausgewachsenes Rind in Masuren nur 2 Zentner, in den Weichselniederungen dagegen bis zu 10 Zentner wiegt, so kann offenbar die Verbesserung der Rassen einen sehr erheblichen Einfluß haben. Engel macht mit Bezug auf diese Frage folgende Bemerkung: Im Jahre 1816 mußten sich 26 Menschen in 10 Stück Rindvieh teilen, heute (d. h. Ende 1858) 32 Menschen. Wenn das Rindvieh in seinem Durchschnittsgewicht dasselbe geblieben wäre, dann müßten freilich jetzt die Portionen für jeden der 32 etwas kleiner ausfallen; wenn aber das Durchschnittsgewicht nur um ¼ gewachsen wäre, dann würden die Portionen für 32 im Jahre 1858 sogar noch etwas größer sein dürfen als die für jene 26 im Jahre 1816. Eine Kuh mußte im Jahre 1816 Milch und Butter usw. für 4,8 Menschen liefern, im Jahre 1858 für 5,5 Menschen. Wenn aber der durchschnittliche Milchertrag einer Kuh nur um zirka $^1/_7$ gewachsen, also z. B. von 500 Quart auf nur 571 Quart gestiegen ist, dann hätte auch die Milchnahrung keine Rückschritte gemacht." Engel nimmt freilich an, daß die wirkliche Steigerung der Qualität wahrscheinlich noch größer sei, so daß eher eine Verbesserung als Verschlechterung in der Fleischnahrung erfolgt sei; allein er ist ein viel zu umsichtiger und kritischer Forscher, um dies mit Sicherheit hinzustellen, da in der Tat ausreichende Gründe dafür nicht vorhanden sind. Daß die Verbesserung der Rindviehrassen in Preußen in sehr ausgedehnte Gegenden noch gar nicht eingedrungen, in anderen durch verfehlte Experimente mißglückt und überhaupt nur in wenigen Gegen-

den mit einigem Erfolg durchgeführt ist, dürften sachkundige Landwirte allgemein zugeben. Wir können es daher immerhin als hoch gerechnet ansehen, wenn wir annehmen, das Gesamtquantum der durch das Rind gelieferten Nahrung an Fleisch, Milch und Milchwaren sei gleich geblieben. Aber ist denn auch die Verteilung dieses Quantums gleich geblieben? Wir glauben nicht. Rechnen wir einmal — was höchst wahrscheinlich noch viel zu günstig ist — auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 60 Pfund, so ist klar, daß sich die Wohlhabenden mit diesem Satze nicht begnügen werden. In denjenigen Familien, für welche die Notwendigkeit nicht mehr vorliegt, sich in dieser wichtigen Beziehung Zwang anzutun, wird sicherlich mindestens ein Quantum von 150 Pfund auf den Kopf durchschnittlich verzehrt; in der höchsten Klasse ohne Zweifel noch mehr. Darunter folgt noch eine bedeutende Schicht der Bevölkerung, welche sparen muß und sich vielleicht mit 100 begnügt. Was bleibt dann für die anderen übrig? Man steht hier vor einem sehr interessanten Problem, bei dessen Lösung die Gegner Lassalles vielleicht wünschen möchten, den Mund weniger voll genommen zu haben, indem sie die Anzahl der in guten Verhältnissen befindlichen Personen von dem Minimum, auf welches Lassalle sie gesetzt hatte, zu einem fabelhaften Maximum emporschraubten. Wie wäre es, wenn wir nach der Zahl der Personen fragten, welche so viel Fleisch auf den Tisch setzen können, als mäßige Leute, welche auch Gemüse mögen, aber übrigens nicht zu sparen brauchen, tatsächlich zu genießen pflegen? Sollen wir die Zahl derselben zu 10 Prozent der Bevölkerung annehmen? Oder gar zu 20 oder 30? Da würde bald für die übrige Bevölkerung nichts mehr bleiben! Oder will man Fleisch als Luxusgegenstand bezeichnen? Doch gemach! Wir wissen den Prozentsatz der Wohlhabenden so wenig wie diejenigen Herren Statistiker, die sich so stellen, als wüßten sie ihn. Eins aber wissen wir: daß seit 1816 die Zahl der Wohlhabenden als auch namentlich der Besitz derselben in außerordentlich starkem Maße zugenommen hat. Wie dies auf den Tisch des Armen, und überhaupt des Minderbegüterten, zurückwirken muß, wenn das gesamte Quantum der Fleischnahrung auf den Kopf der Bevölkerung dasselbe bleibt, können wir uns durch ein einfaches Rechenexempel klar machen, wobei wir natürlich nur der Anschaulichkeit wegen bestimmte Zahlen nehmen, statt mit x und y zu rechnen. Angenommen, daß 1816 ein Zehntel der Bevölkerung sich mit Fleisch mäßig sättigen konnte, so nimmt dieses Zehntel so viel weg, daß die übrigen neun Zehntel nun nicht mehr 60, sondern nur noch 50 Pfund auf den Kopf zu verzehren haben. Nimmt man nun an, daß 1858 die Zahl derer, die sich sättigen können, nur um die Hälfte größer war, so erhält die übrige Bevölkerung schon auf den

Kopf nur noch 44 Pfund. Man mag diese Rechnungsweise verändern, so viel man will, so wird man immer annehmen müssen, daß entweder die Zahl der Leute, welche sich eine genügende Fleischnahrung können angedeihen lassen, eine äußerst geringe ist oder daß ihr Konsum sehr stark auf den Tisch des Armen zurückwirkt. Man möge sich hiernach nun seine Vermutung darüber bilden, ob sich die Verhältnisse der arbeitenden Klasse während des beispiellosen Aufschwunges der Industrie, welchen unser Jahrhundert herbeigeführt hat, wesentlich gebessert haben oder nicht, und ob die Erhöhung der Lebenshaltung, welche in Beziehung auf den Verbrauch von tausend Kleinigkeiten unleugbar ist, die Arbeiterfrage zu lösen vermag, solange es mit dem Fleisch im Topf so schlecht bestellt ist.

Der Weg zur Rettung

1. Die Arbeiter haben sich selbst um die Angelegenheiten ihres Standes zu kümmern. Sie haben alle diejenigen als Standesgenossen zu betrachten, welche nur Arbeiter sind, d. h. alle, welche weder durch Unternehmergewinn noch durch Amt, Rang und erbliche Vorzüge irgendwelcher Art in ihrer sozialen Stellung begünstigt sind. Sie sollen die Begünstigten nicht hassen und anfeinden, wohl aber sich des sozialen Kampfes bewußt bleiben, welchen die Verhältnisse von der Gegenwart fordern.

2. Der wichtigste Teil ihrer Selbsthilfe ist der politische. Sie sollen ihr Augenmerk auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Landes richten; auch die Ereignisse in anderen Ländern beachten und fragen, wie sich dort die Arbeiter halten. Sie sollen dahin trachten, Einfluß im Staate zu gewinnen, was sie auch können, wenn sie sich an einfache Grundfragen halten und in diesen einmütig auftreten.

3. Überall, wo es möglich ist, müssen sie Genossenschaften bilden. Die Verwaltung derselben muß in den Händen der Arbeiter liegen. Die Genossenschaften müssen sowohl von den höheren Ständen als auch vom Staate unabhängig sein und müssen den ausgesprochenen Zweck haben, nicht nur dem einzelnen, sondern dem ganzen Stande zu dienen. Die Genossenschaften als solche müssen sich von der Tagespolitik fernhalten. Wenn einst die Staatsgewalt die Arbeiter-Idee rückhaltlos vertritt, können Vorschüsse aus öffentlichen Mitteln angenommen werden.

4. Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter müssen sich den dringenderen Zwecken dienend anschließen. Der

erwachsene und mündige Arbeiter soll sich nicht durch **vorbereitenden** Unterricht hinhalten lassen, sondern seine Studien an der Arbeiterfrage selbst machen. Bildungsvereine, welche der Befreiung vom Aberglauben und Vorurteil dienen, sind nützlich, ebenso Bildungsschulen für jüngere Arbeiter; sie dürfen aber den Blick nicht von dem Notwendigsten abziehen.

5. Wenn sich der Staatswille, in welcher Weise es auch sei, der Sache der Arbeiter entschieden zuwendet, so sind folgende Forderungen zu stellen:

a) Revision der gesamten Gesetzgebung in Beziehung auf das Bedürfnis der Unbemittelten und Rechtsunkundigen;

b) vollständige Freiheit für Assoziationen und Verbrüderungen jeder Art, welche die Rechte Unbeteiligter nicht beeinträchtigen;

c) Aufhebung aller strafrechtlichen Bestimmungen, durch welche die Verkündigung der Wahrheit und die offene Besprechung bestehender Übelstände verhindert werden;

d) vollständige Preßfreiheit und Untersagung aller Maßregeln, durch welche die Ausübung derselben erschwert und insbesondere verteuert wird;

e) allgemeiner und unentgeltlicher Volksunterricht in allen für die Staatsbürger gemeinsamen und notwendigen Gegenständen;

f) Beförderung der Produktiv-Genossenschaften, besonders auch für den Großbetrieb der Landwirtschaft, durch Geldmittel und geeignete Gesetze.

6. Erst nach Erlangung dieser Grundlagen (zu denen man sich eine Reihe von Ergänzungen hinzudenken möge) kann daran gedacht werden, die Menschheit mit Bewußtsein und Ruhe auf einen Standpunkt zu erheben, bei dem der Kampf um das Dasein seine Schrecken verliert. Diese ganze gegenwärtige Bewegung ist in Beziehung auf diese Hauptfrage nur vorbereitend, was jedoch nicht ausschließt, daß das Ringen der Arbeiter nach Freiheit und würdigem Dasein schon während dieser vorbereitenden Zeit ihnen große geistige und materielle Vorteile bringt.

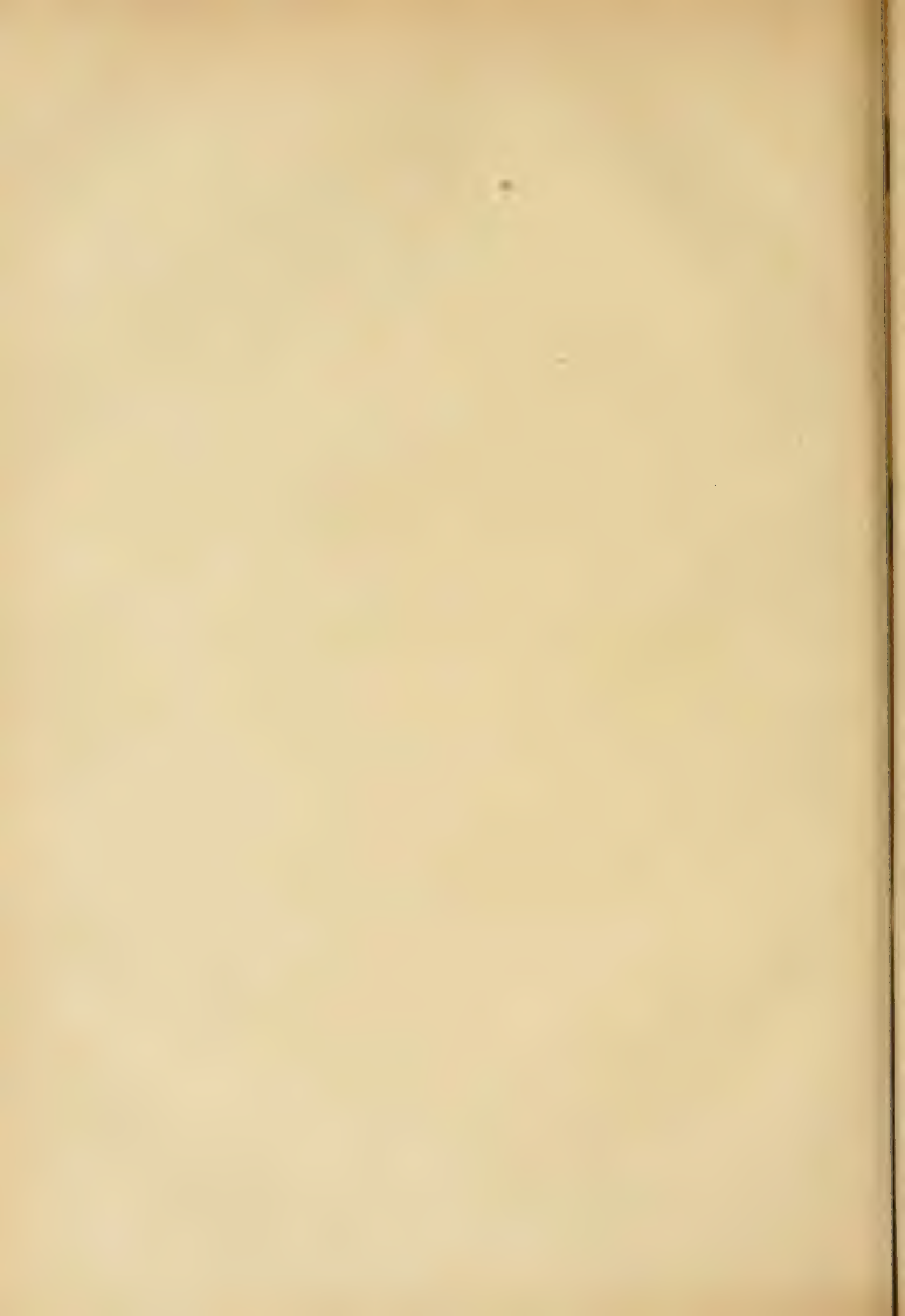
Sonach läuft denn Kern und Wesen der ganzen gegenwärtigen Arbeiterbewegung auf einen großen geistigen Kampf hinaus, dessen Ziel und Ende nur in der Besiegung der **falschen Willensrichtung** zu suchen ist, die sich allen großen und durchgreifenden Verbesserungen in der Lage des eigentlichen Volkes von jeher entgegengestellt hat. Dieser Kampf ist aber nicht rein äußerlich zu fassen, sondern er ist zugleich **in dem Gemüt jedes einzelnen** auszufechten. Nichts ist leichter, als daß in erregten Zeiten Verzagtheit in Trotz, Kriecherei in Grausamkeit umschlägt; denn eben wo das höhere Bewußtsein der Berechtigung fehlt, da wird der Durchbruch altgewohnter Schranken leicht zur verwüstenden Überschwemmung. Nicht mit Unrecht zittert man vor dem

Sklaven, der plötzlich die Kette bricht, während das Walten des freien Mannes Vertrauen einflößt. Deshalb müssen wir auch wünschen, daß der Arbeiter nicht von der Freiheit im Sturm irgendeiner europäischen Bewegung überrascht werde. Wilde Gedanken von Haß und Rache werden durch nichts so sicher verbannt als durch die geistige Arbeit, welche mit freiem Sinn die Verhältnisse des Lebens durchdenkt und sich mit männlicher Offenheit der Erreichung eines bestimmten Zieles widmet. Wem der Glanz der Großen dieser Welt noch imponiert, wer durch Furcht, durch Augendienerei, durch Entwürdigung seiner selbst noch heute dem Götzen der Gewalt geopfert hat, gerade der wird am ehesten, wenn morgen ein Wirbelwind diese Altäre stürzt, die gefallene Größe verhöhnen oder in unmenschlichem Wüten sich für die Schmach früherer Erniedrigung zu entschädigen suchen. So brachen die Greuel der französischen Revolution hervor aus den unterdrückten Massen, welche nur die Zersetzung und endlich die Sprengung der alten Autoritäten wahrnahmen, welche aber niemals an den erhabenen Ideen der leitenden Geister wirklichen Anteil gehabt hatten. Es ist Zeit, daß die europäische Menschheit vor der Wiederholung eines so großen Unglücks gewarnt werde. Es ist aber auch Zeit, daß der großen Wendung der Dinge, die unausbleiblich herannaht, mit Besonnenheit und Einsicht vorgearbeitet werde. Die *Offenheit* und *Wahrheit* ist das große Mittel, welches beide Zwecke erfüllt, welches das Ersehnte befördert und das Gefürchtete abwendet. Darum möge man die Arbeiter nicht nur gewähren lassen, wenn sie ernsten Blicks ihre Lage prüfen, wenn sie, statt sich dem finsteren Groll und dumpfem Zagen hinzugeben, ihr Auge dem Sonnenlicht eines neuen Zeitalters zuwenden und die Mittel und Wege erwägen, wie es herbeizuführen sei; man möge sich freuen, daß sie darauf aus sind, sich als menschliche Wesen im Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer höheren Bestimmung jene Freiheit zu erringen, die nur dem Segen bringt, der sie *errungen* hat. Man sollte nicht die *Gefahr*, sondern den Anfang der *Rettung* aus einer großen Gefahr in dieser Bewegung erblicken. Und wie der Arbeiter diesen Kampf innerlich durchkämpfen und sich zur geistigen Selbständigkeit und Freiheit erheben muß, bevor er den Sieg erringen und benutzen kann, so können auch die übrigen Klassen der Bevölkerung sich diesem Kampf nicht entziehen. Wer hat es nicht oft auf den Blättern der Geschichte mit Staunen verzeichnet gesehen, wie im Moment einer großen Umwälzung die Wirkung des neuen Gedankens auch die Gemüter der bevorzugtesten Kinder der Vergangenheit mit geheimnisvollem Zauber ergreift? Das ist nicht Furcht, was die Hand am Schwerte lähmt, das ist nicht Überraschung, was das drohende Szepter plötzlich in den Staub sinken läßt, nicht gemeine Beschränktheit, was die

schlau berechneten Ratschläge zum Verderben wendet: es ist eine verborgene Macht, die aus den Tiefen des gemeinsamen Daseins hervorbricht; es ist das überwältigende Gefühl der großen Wendung der Dinge, welches in die Herzen aller Beteiligten einzieht, auf welcher Seite sie auch stehen mögen. Weshalb aber den Sturz und die Verzweiflung heraufbeschwören? Wahrheit und Offenheit können davor behüten. Wer den starren Egoismus in sich selbst besiegt, den wird das Rad der Zeit nicht zermalmen. Er wird selbst der Sieger sein, ob er auch ein unseliges Recht zum Opfer bringt. Nicht den wollen wir loben, der die Hebung des Arbeiterstandes rühmt und in demselben Atemzug hinzusetzt, daß sie dem Unternehmer Vorteil bringt, sondern den, welcher, des äußeren Nachteils sicher, der Menschlichkeit die Ehre gibt und zur gerechteren Verteilung von Genuß und Anstrengung die Hand bietet. Wenn eine solche Gesinnung sich allgemein verbreitete, so wären die Opfer gering und die Vorteile unermeßlich. Wir hoffen nicht darauf, aber schon die Entschlossenheit weniger edel denkender Männer vermag viel zur Linderung des Übergangs und zur Verherrlichung der neuen Epoche. Soll die Menschheit ewig mit der Barbarei wieder beginnen, wenn eine Kulturperiode sich ausgelebt hat und ein neues Zeitalter anfängt? Wir sagen nein! Es ist der Aufklärung der Gegenwart unwürdig, diesen Gedanken zu fassen. Von der Hand, welche jetzt dem Arbeiter sich hilfreich entgegenstreckt, wird er einst auch das Palladium freieren Denkens und edlerer Sitte entgegennehmen. Eine neue Blüte der Kunst und Wissenschaft, der Humanität und Sittlichkeit wird sich über den Trümmern der vergangenen Weltordnung schnell und herrlich entfalten. Bildung und Brüderlichkeit werden dann die guten Genien sein, welche die Menschheit von Stufe zu Stufe aufwärts leiten. Jahrhunderte mögen vergehen, bevor der Kampf um das Dasein in ein friedliches Zusammenleben der Völker des Erdbodens verwandelt ist; allein der Wendepunkt der Zeiten, der Sieg des guten Willens zur Besserung unserer Zustände kann nicht in allzu großer Ferne liegen. Gewiß wird dieser Sieg niemals ein vollkommener sein; allein es ist schon etwas Großes, wenn der Grundsatz beständiger und aufrichtiger Arbeit am Wohl der Massen zur öffentlichen Anerkennung kommt und den Grundsatz der unbedingten Erhaltung aller bestehenden Rechte und Lasten aus dem Bewußtsein der Regierungen und der Völker verdrängt. Dieser Sieg des guten Willens kann aber nicht durch Vertrauensseligkeit nach irgendeiner Seite hin herbeigeführt werden. Nur der selbstbewußten Tat beugt sich der Widerstand; dem festen Auftreten schließt sich Unterstützung von allen Seiten an, und deshalb liegt die ganze Lösung der Arbeiterfrage vor allen Dingen in den Händen der Arbeiter selbst.

August Bebel

1840—1913



Die Frau und der Sozialismus

Die Sozialisierung der Gesellschaft

von

August Bebel

Die allgemeine Expropriation aller Arbeitsmittel schafft, sobald sie möglich wird, der Gesellschaft die neue Grundlage. Jetzt werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen für beide Geschlechter in Industrie, Ackerbau, Verkehr, Erziehung, Ehe, im wissenschaftlichen, künstlerischen und geselligen Leben von Grund aus andere. Die menschliche Existenz erhält einen neuen Inhalt. Allmählich verliert auch die staatliche Organisation ihren Boden, und es verschwindet der Staat; er hebt sich gewissermaßen selbst auf.

Er entsteht als das Produkt einer gesellschaftlichen Entwicklung aus einer primitiven, auf Kommunismus beruhenden Gesellschaftsform, die in dem Maße sich auflöste, wie das Privateigentum sich entwickelte. Mit dem Aufkommen des Privateigentums entstehen innerhalb der Gesellschaft antagonistische Interessen, die im Laufe ihrer Entwicklung zu Standes- und Klassengegensätzen führen, die zu Feindseligkeiten zwischen den verschiedenen Interessengruppen und zu Standes- und Klassenkämpfen ausarten und die neue Gesellschaftsordnung in ihrem Bestande bedrohen. Um diese Standes- und Klassenkämpfe niederzuhalten und die bedrohten Eigentümer zu schützen, bedarf es einer Organisation, die den Angriffen auf Besitz und Eigentum wehrt und den unter bestimmten Formen erworbenen Besitz für „rechtmäßig“ erklärt und „heilig“ spricht. Diese das Eigentum schützende und es aufrecht erhaltende Organisation und Gewalt ist der Staat. Durch den Erlaß von Gesetzen sichert er dem Eigentümer seinen Besitz und tritt dem Angreifer auf die festgesetzte Ordnung als Richter und Rächer gegenüber. Ihrem innersten Wesen nach ist also das Interesse einer herrschenden Eigentümerklasse stets konservativ und das Interesse der Staatsgewalt damit verknüpft. Die Staatsorganisation ändert sich erst, wenn das Interesse des Eigentums dies erfordert. Der Staat ist also die notwendige Organisation einer auf Klassenherrschaft beruhenden Gesellschaftsordnung. In dem Augenblick, in dem die Klassengegensätze durch

Aufhebung des Privateigentums fallen, verliert der Staat seine Existenznotwendigkeit und Existenzmöglichkeit. Der Staat hört allmählich mit der Aufhebung des Herrschaftsverhältnisses auf, wie die Religion aufhört, wenn der Glaube an übernatürliche Wesen oder an vernunftbegabte, übersinnliche Kräfte nicht mehr vorhanden ist. Worte müssen einen Inhalt besitzen; verlieren sie diesen, dann hören sie auf, Begriffe zu bilden.

„Ja," wirft hier vielleicht ein kapitalistisch gesinnter Leser ein, „alles recht gut und schön, aber mit welchem ‚Rechtsgrund' will die Gesellschaft diese Veränderungen rechtfertigen?" Der Rechtsgrund ist derselbe, der er immer war, wenn es sich um Veränderungen und Umgestaltungen handelte, das Gemeinwohl. Die Quelle des Rechts ist nicht der Staat, sondern die Gesellschaft, die Staatsgewalt ist nur der Kommis der Gesellschaft, der das Recht zu verwalten und auszumessen hat. Die „Gesellschaft" war bisher immer nur eine kleine Minorität, aber diese handelte im Namen der ganzen Gesellschaft (des Volks), indem sie sich als „die Gesellschaft" ausgab wie Ludwig XIV. sich für den Staat: l'Etat c'est moi (Der Staat bin ich). Wenn unsere Zeitungen schreiben: Die Saison beginnt, die Gesellschaft eilt in die Stadt; oder: Die Saison ist zu Ende, die Gesellschaft eilt aufs Land, meinen sie damit nicht das Volk, sondern die obersten Zehntausend, welche „die Gesellschaft" bilden, wie sie den „Staat" bilden. Die Menge ist Plebs, vile multitude, Kanaille, Volk. Dieser Sachlage entsprechend ist alles, was der Staat im Namen der Gesellschaft für das „Gemeinwohl" tat, stets den herrschenden Klassen nützlich und vorteilhaft gewesen. In ihrem Interesse werden die Gesetze gemacht. „Salus reipublicae suprema lex esto" (Das Wohl des Gemeinwesens sei das höchste Gesetz) ist bekanntlich ein altrömischer Rechtsgrundsatz. Wer bildete aber das römische Gemeinwesen? Die unterjochten Völker, die Millionen Sklaven? Nein! die unverhältnismäßig geringe Zahl römischer Bürger, in erster Linie der römische Adel, die beide von den Unterjochten sich ernähren ließen.

Als Adel und Fürsten im Mittelalter das Gemeingut raubten, taten sie das von „Rechts wegen", im „Interesse des Gemeinwohls", und wie gründlich dabei mit dem Gemeineigentum und dem der hilflosen Bauern verfahren wurde, haben wir genügend dargelegt. Die Agrargeschichte der letzten fünfzehn Jahrhunderte ist eine Geschichte ununterbrochenen Raubes am Gemein- und am Bauerneigentum, der in allen Kulturstaaten Europas seitens des Adels und der Kirche praktiziert wurde. Als die französische Revolution das Adels- und Kirchengut expropriierte, tat sie dies „im Namen des Gemeinwohls", und ein großer Teil der sieben Millionen Grundeigentümer, welche die Stütze des modernen bürgerlichen

Frankreich bilden, verdankt dieser Expropriation seine Existenz. Im Namen des „Gemeinwohls" nahm Spanien mehrfach Kircheneigentum in Beschlag, konfiszierte Italien dasselbe gänzlich, beklatscht von den eifrigsten Verfechtern des „heiligen Grundeigentums". Der englische Adel hat während Jahrhunderten das irische und englische Volk an seinem Eigentum bestohlen und schenkte sich selbst „gesetzlich" von 1804—1832 „im Interesse des Gemeinwohls" nicht weniger als 3511710 Acres Gemeindeland. Und als im großen nordamerikanischen Sklavenbefreiungskrieg Millionen Sklaven für frei erklärt wurden, die wohlerworbenes Eigentum ihrer Herren waren, und ohne daß man diese entschädigte, geschah es „im Namen des Gemeinwohls". Unsere ganze bürgerliche Entwicklung ist ein ununterbrochener Expropriations- und Konfiskationsprozeß, bei dem der Fabrikant den Handwerker, der Großgrundbesitzer den Bauern, der Großkaufmann den Händler und schließlich ein Kapitalist den anderen, das heißt der Größere den Kleineren expropriiert und auffsaugt. Hören wir unsere Bourgeoisie, so geschieht das alles zum Besten des „Gemeinwohls", zum „Nutzen der Gesellschaft". — Die Napoleoniden „retteten" am 18. Brumaire und 2. Dezember die „Gesellschaft", und die „Gesellschaft" beglückwünschte sie; wenn die Gesellschaft künftig sich selbst rettet, indem sie das Eigentum, das sie geschaffen, wieder in ihre Hände nimmt, begeht sie die geschichtlich denkwürdigste Tat, denn sie handelt nicht, um die einen zugunsten der anderen zu unterdrücken, sondern um allen die Gleichheit der Existenzbedingungen zu gewähren, jedem ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Es ist die sittlich reinste und großartigste Maßregel, welche die menschliche Gesellschaft jemals ausgeführt hat.

In welchen Formen sich einmal dieser große gesellschaftliche Expropriationsprozeß vollziehen wird, und unter welchen Modalitäten, entzieht sich jeder Voraussage. Wer kann wissen, wie alsdann die allgemeinen Verhältnisse beschaffen sind und das öffentliche Interesse sich dazu stellt.

Indem wir nun zusehen, wie nach einer solchen Maßregel allgemeiner Expropriation die Dinge auf den verschiedenen Hauptgebieten menschlicher Tätigkeit wahrscheinlich sich gestalten werden, kann es sich selbstverständlich nicht um Feststellung unumstößlicher Grenzlinien und unabänderlicher Einrichtungen handeln. Kein Mensch vermag zu übersehen, wie künftige Generationen ihre sozialen Organisationen im einzelnen gestalten und ihre Bedürfnisse am vollkommensten befriedigen werden. In der Gesellschaft befindet sich wie in der Natur alles in beständigem Fluß, das eine kommt, das andere vergeht, Altes, Abgestorbenes wird durch Neues, Lebensfähigeres ersetzt. Erfindungen, Entdeckungen und Verbesserungen der zahlreichsten und verschiedensten Art, deren Tragweite

und Bedeutung oft niemand voraussehen kann, werden gemacht, treten in Wirksamkeit und revolutionieren und umgestalten, je nach ihrer Bedeutung, die menschliche Lebensweise, die ganze Gesellschaft.

Es kann sich also nur um die Entwicklung allgemeiner Prinzipien handeln, deren Aufstellung nach den gemachten Auseinandersetzungen sich von selbst ergibt und deren Durchführung bis zu einem gewissen Grade sich übersehen läßt. War die Gesellschaft schon bisher kein automatisches Wesen, das sich von einzelnen leiten und lenken ließ, wenn es auch oft so den Anschein hatte — „man glaubt zu schieben und wird geschoben" —, sondern ein Organismus, der nach bestimmten immanenten Gesetzen sich entwickelt, so ist künftig jede Lenkung und Leitung nach dem Willen einzelner erst recht ausgeschlossen. Die Gesellschaft ist alsdann hinter das Geheimnis ihres Wesens gekommen, sie hat die Gesetze ihrer eigenen Entwicklung entdeckt und wendet diese jetzt zweckbewußt für ihre Weiterentwicklung an.

Sobald die Gesellschaft im alleinigen Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, **wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen, ohne Unterschied des Geschlechts, das Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft.** Ohne Arbeit kann die Gesellschaft nicht existieren. Die Gesellschaft hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Produkte zur Befriedigung der Bedürfnisse tätig ist. Die alberne Behauptung, die Sozialisten wollten nicht arbeiten, sie wollten die Arbeit abschaffen, ist ein Widersinn sondergleichen, der auf die Gegner fällt. Nichtarbeiter, Faulenzer gibt's **nur** in der bürgerlichen Welt. Der Sozialismus stimmt darin mit der Bibel überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Aber die Arbeit soll nicht nur Tätigkeit sein, sondern nützliche, produktive Arbeit. Die neue Gesellschaft wird also verlangen, daß jeder eine bestimmte industrielle, gewerbliche, ackerbauliche oder sonstige nützliche Tätigkeit ergreift, durch die er eine bestimmte Arbeitsleistung für die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse vollzieht. **Ohne Arbeit kein Genuß, keine Arbeit ohne Genuß.**

Indem alle verpflichtet sind, zu arbeiten, haben alle das gleiche Interesse, drei Bedingungen bei der Arbeit erfüllt zu sehen. Erstens: die Arbeit soll im Zeitmaß mäßig sein und soll keinen überanstrengen; zweitens soll die Arbeit möglichst angenehm sein und möglichste Abwechslung bieten; drittens soll sie möglichst ergiebig sein, weil davon das Maß der Arbeitszeit und des Genusses abhängt. Diese drei Bedingungen hängen aber wieder von der Art und Menge der zur Verfügung stehenden Produktiv-

kräfte ab und von den Ansprüchen, welche die Gesellschaft an ihre Lebenshaltung stellt. Die sozialistische Gesellschaft bildet sich aber nicht, um proletarisch zu leben, sondern um die proletarische Lebensweise der großen Mehrzahl der Menschen abzuschaffen. Sie soll jedem ein möglichst hohes Maß von Lebensannehmlichkeiten zu gewähren suchen, und so entsteht die Frage: wie hoch wird die Gesellschaft durchschnittlich ihre Ansprüche stellen?

Um dies feststellen zu können, ist eine Verwaltung erforderlich, die alle Tätigkeitsgebiete der Gesellschaft umfaßt. Unsere Gemeinden bilden hierfür eine zweckmäßige Grundlage; sind dieselben zu groß, um leicht eine Übersicht zu erlangen, so teilt man sie in Bezirke. Wie in der Urgesellschaft, so nehmen auf höchster Kulturstufe sämtliche mündige Gemeindeangehörige, ohne Unterschied des Geschlechts, an den vorkommenden Wahlen teil und bestimmen die Vertrauenspersonen, welche die Verwaltung zu leiten haben. An der Spitze sämtlicher Lokalverwaltungen steht die Zentralverwaltung — wohlgemerkt keine Regierung mit herrschender Gewalt, sondern nur ein ausführendes Verwaltungskollegium. — Ob die Zentralverwaltung direkt durch die Gesamtheit oder durch die Gemeindeverwaltungen ernannt wird, ist gleichgültig. Diese Fragen haben künftig nicht mehr die Bedeutung, die sie heute haben, denn es handelt sich nicht um die Besetzung von Posten, die besondere Ehre, größere Gewalt und Einfluß und höheres Einkommen gewähren, sondern um Vertrauensposten, zu welchen die Brauchbarsten, ob Mann, ob Frau, genommen werden und die von ihren Posten abberufen oder wiedergewählt werden, wie es das Bedürfnis erfordert und es den Wählenden wünschbar scheint. Alle Posten werden nur auf Zeit eingenommen. Eine besondere „Beamtenqualität" haben also die Inhaber dieser Stellen nicht; es fehlt die Eigenschaft dauernder Funktion und eine hierarchische Ordnung für Avancements. Aus den erörterten Gesichtspunkten ist auch die Frage für uns gleichgültig, ob zwischen der Zentralverwaltung und den Lokalverwaltungen Zwischenstufen, etwa Provinzialverwaltungen usw., stehen sollen. Hält man sie für nötig, richtet man sie ein, sind sie nicht nötig, läßt man sie sein. Für alles das entscheidet das Bedürfnis, wie es sich aus der Praxis ergibt. Haben Fortschritte in der Entwicklung der Gesellschaft alte Organisationen überflüssig gemacht, so schafft man sie ohne Sang und Klang und ohne Streit ab, denn es ist kein persönliches Interesse dafür vorhanden, und richtet neue ein. Man sieht, diese auf breitester demokratischer Grundlage beruhende Verwaltung ist von der heutigen von Grund aus verschieden. Welcher Kampf in den Zeitungen, welches Zungengefecht in unseren Parlamenten, welche beschriebenen Akten-

stöße in unseren Kanzleien, um eine geringfügige Änderung in der Verwaltung oder Regierung!

Hauptsache ist, die Zahl und Art der verfügbaren Kräfte festzustellen und Zahl und Art der Arbeitsmittel, also der Fabriken, Werkstätten, Verkehrsmittel, des Grund und Bodens usw. und die bisherige Leistungsfähigkeit. Weiter ist festzustellen, was für Vorräte vorhanden sind und welches Maß von Bedürfnissen in den verschiedenen Artikeln und Gegenständen, für den Unterhalt der Gesellschaft, innerhalb eines bestimmten Zeitraums vorhanden ist. Wie heute der Staat und die verschiedenen Gemeinwesen alljährlich ihre Budgets feststellen, so wird dies künftig für den ganzen gesellschaftlichen Bedarf geschehen, ohne daß Veränderungen, die erweiterte oder neue Bedürfnisse erfordern, ausgeschlossen sind. Die Statistik spielt hier die Hauptrolle; sie wird die wichtigste Hilfswissenschaft in der neuen Gesellschaft, sie liefert das Maß für alle gesellschaftliche Tätigkeit.

Die Statistik wird heute bereits für ähnliche Zwecke umfassend angewandt. Die Reichs-, Staats-, Kommunalbudgets basieren auf einer großen Zahl statistischer Erhebungen, die in den einzelnen Verwaltungszweigen alljährlich aufgenommen werden. Längere Erfahrungen und eine gewisse Stabilität in den laufenden Bedürfnissen erleichtern sie. Auch jeder Unternehmer einer größeren Fabrik, jeder Kaufmann ist unter n o r m a l e n Verhältnissen imstande, genau bestimmen zu können, was er für das kommende Vierteljahr für Bedürfnisse hat und in welcher Art er seine Produktion und seine Einkäufe einrichten muß. Treten nicht Änderungen exzessiver Art ein, so kann er denselben leicht und ohne Mühe gerecht werden.

Die Erfahrung, daß die Krisen hervorgerufen werden durch die blinde anarchische Produktion, d. h. weil ohne Kenntnis der Vorräte, des Absatzes und Bedarfs in den verschiedenen Artikeln auf dem Weltmarkt produziert wird, hat, wie schon hervorgehoben wurde, seit Jahren die Großindustriellen der verschiedensten Industriezweige veranlaßt, sich in Trusts, Kartellen, Ringen zu vereinigen, einesteils um die Preise festzustellen, andernteils um auf Grund der gemachten Erfahrungen und eingegangenen Bestellungen die Produktion zu regeln. Nach Maßgabe der Produktionsfähigkeit jedes einzelnen Betriebs und des wahrscheinlichen Absatzes wird festgesetzt, wie viel jede einzelne Unternehmung für die nächsten Monate erzeugen lassen darf. Übertretungen werden mit hoher Konventionalstrafe und mit Ächtung belegt. Die Unternehmer schließen diese Verträge nicht zum Nutzen des Publikums, sondern zum Schaden desselben und zu ihrem eigenen Vorteile. Ihr Zweck ist, die Macht der Koalition zu benutzen, um sich die größten Vorteile zu beschaffen. Diese

Regulierung der Produktion bezweckt, vom Publikum Preise fordern zu können, die man im Konkurrenzkampf der einzelnen Unternehmer niemals erzielen würde. Man bereichert sich also auf Kosten der Konsumenten, die jeden geforderten Preis zahlen müssen, für ein Produkt, das sie nötig haben. Und wie der Konsument durch die Kartelle, Trusts usw. geschädigt wird, so der Arbeiter. Die künstliche Regulierung der Produktion setzt einen Teil der Arbeiter frei, der, um zu leben, die arbeitenden Genossen im Lohne unterbietet. Der Unternehmer hat also einen doppelten Vorteil, er empfängt höhere Preise und zahlt geringere Löhne. Diese Regulierung der Produktion durch die Unternehmerverbände ist das gerade Gegenteil jener, die in der sozialistischen Gesellschaft Platz greifen soll. Während heute das Interesse der Unternehmer maßgebend ist, soll es künftig das Interesse der Allgemeinheit sein. Man produziert, um jedem Bedürfnis zu genügen, und nicht, um durch hohe Preise hohe Profite für einzelne zu erzielen. Indes kann auch das bestorganisierteste Kartell in der bürgerlichen Gesellschaft nicht alle Faktoren übersehen und berechnen; Konkurrenz und Spekulation wüten auch weiter trotz dem Kartell, und so stellt sich plötzlich heraus, daß die Berechnung ein Loch hatte, so daß der künstliche Bau zusammenstürzt.

Wie die große Industrie, so besitzt der Handel umfassende Statistiken. Allwöchentlich liefern die größeren Handels- und Hafenplätze Übersichten über die Vorräte an Petroleum, Kaffee, Baumwolle, Zucker, Getreide usw., Statistiken, die allerdings häufig ungenau sind, weil die Warenbesitzer nicht selten ein persönliches Interesse haben, die Wahrheit nicht bekannt werden zu lassen. Aber im ganzen sind diese Statistiken ziemlich sicher und geben dem Interessenten einen Überblick, wie der Markt in der nächsten Zeit sich gestalten wird. Aber auch hier kommt die Spekulation in Betracht, die alle Berechnungen täuscht und über den Haufen wirft und oft jedes reelle Geschäft unmöglich macht. Wie aber die allgemeine Regulierung der Produktion in der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den vielen Tausenden von Privatproduzenten mit ihren widerstreitenden Interessen unmöglich ist, ebenso unmöglich ist die Regulierung der Distribution (Verteilung der Produkte) durch die spekulative Natur des Handels, die Zahl der Handeltreibenden und den Widerstreit ihrer Interessen. Was dennoch geleistet wird, zeigt nur, was geleistet werden kann, sobald das Privatinteresse verschwindet und das Allgemeininteresse alles beherrscht. Ein Beweis dafür sind z. B. die Erntestatistiken, die in den vorgeschrittenen Kulturstaaten alljährlich aufgenommen werden und allgemeine Schlüsse über die Höhe der Ernteerträgnisse, die Deckungshöhe des eigenen Bedarfs und die Wahrscheinlichkeit der Preise zulassen.

In einer sozialisierten Gesellschaft sind aber die Verhältnisse voll-

kommen geordnet, die ganze Gesellschaft ist solidarisch verbunden. Alles vollzieht sich nach Plan und Ordnung, und so ist die Feststellung des Maßes für die verschiedenen Bedürfnisse sehr leicht. Liegt erst einige Erfahrung vor, so vollzieht sich das Ganze spielend. Ist z. B. statistisch festgestellt, was sich durchschnittlich für ein Bedarf an Bäckerei-, Fleischerei-, Schuhmacherprodukten, Wäscheartikeln usw. ergibt, und kennt man andererseits genau die Leistungsfähigkeit der in Betracht kommenden Produktionsanstalten, so ergibt sich daraus das Durchschnittsmaß für die tägliche, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Es ergibt sich daraus ferner die Kenntnis, wo Produktionsanstalten für bestimmte Artikel weiter notwendig sind, oder wo solche als überflüssig eingezogen oder für andere Zwecke eingerichtet werden können.

Jeder entscheidet, in welcher Tätigkeit er sich beschäftigen will, die große Zahl der verschiedensten Arbeitsgebiete trägt den verschiedensten Wünschen Rechnung. Stellt sich auf dem einen Gebiet ein Überschuß, auf dem anderen ein Mangel an Kräften heraus, so hat die Verwaltung die Arrangements zu treffen und einen Ausgleich herbeizuführen. Die Produktion zu organisieren und den verschiedenen Kräften die Möglichkeit zu bieten, an dem richtigen Platze verwendet zu werden, wird die Hauptaufgabe der gewählten Funktionäre sein. In dem Maße, wie alle Kräfte gegenseitig sich einarbeiten, geht das Räderwerk immer glatter. Die einzelnen Arbeitszweige und Abteilungen wählen ihre Ordner, welche die Leitung zu übernehmen haben. Das sind keine Zuchtmeister, wie die meisten heutigen Arbeitsinspektoren und Werkführer, sondern Genossen, welche die ihnen übertragene verwaltende Funktion an Stelle einer produzierenden ausüben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei vorgeschrittenerer Organisation und bei höherer Durchbildung aller Glieder diese Funktionen einfach alternierende werden, die in gewissen Zwischenräumen, nach einem bestimmten Turnus, alle Beteiligten, ohne Unterschied des Geschlechts, übernehmen.

Eine solche auf voller Freiheit und demokratischer Gleichheit organisierte Arbeit, wo einer für alle, alle für einen stehen und das Gefühl voller Solidarität herrscht, wird einen Geist freudiger Schaffenslust und einen Wetteifer erzeugen, wie er in dem heutigen Wirtschaftssystem nirgends zu finden ist. Dieser schaffensfreudige Geist wirkt wieder auf die Produktivität der Arbeit und die Vervollkommnung des Produkts.

Weiter haben alle das Interesse, da sie gegenseitig füreinander arbeiten, daß alle Gegenstände möglichst gut und vollkommen und möglichst rasch geliefert werden, sei es, um Arbeitszeit zu sparen, oder um Zeit für Erzeugung neuer Produkte zur Befriedigung

höherer Ansprüche zu gewinnen. Dieses gemeinsame Interesse veranlaßt alle, auf Verbesserung, Vereinfachung und Beschleunigung des Arbeitsprozesses zu sinnen. Der Ehrgeiz, zu erfinden und zu entdecken, wird im höchsten Grade angeregt, einer wird an Vorschlägen und Ideen den anderen zu überbieten suchen. Es wird also genau das Gegenteil von dem eintreten, was die Gegner des Sozialismus behaupten. Wie viele Erfinder und Entdecker gehen in der bürgerlichen Welt zugrunde! Wie viele hat sie ausgenutzt und beiseite geschoben! Sollten Talent und Geist statt des Besitzes an der Spitze der bürgerlichen Gesellschaft stehen, so müßte der größte Teil der Unternehmer seinen Arbeitern, Werkmeistern, Technikern, Ingenieuren, Chemikern usw. Platz machen. Das sind die Männer, die in neunundneunzig Fällen von hundert die Erfindungen, Entdeckungen, Verbesserungen machten, die der Mann mit dem großen Geldbeutel ausnutzte. Wie viele Tausende von Entdeckern und Erfindern zugrunde gegangen sind, weil sie den Mann nicht fanden, der die Mittel zur Ausführung ihrer Entdeckungen und Erfindungen gab, wie viel Keime zu Entdeckern und Erfindern unter der sozialen Misere des Alltagslebens unterdrückt wurden und werden, entzieht sich jeder Berechnung. Nicht die Leute mit hellem Kopf und scharfem Verstand, sondern die mit großen Mitteln sind die Herren der Welt, womit nicht gesagt sein soll, daß ab und zu auch ein heller Kopf und der Besitz eines gefüllten Beutels in einer Person vereinigt sind. Die Ausnahme bestätigt nur die Regel.

Jeder aus dem praktischen Leben weiß, wie mißtrauisch der Arbeiter heute jede Verbesserung, jede neue Erfindung, die eingeführt wird, aufnimmt. Mit Recht. Er hat in der Regel nicht den Vorteil davon, sondern sein Anwender; er muß fürchten, daß die neue Maschine, die Verbesserung, die eingeführt wird, ihn morgen als überzählig aufs Pflaster wirft. Statt freudiger Zustimmung zu einer Erfindung, die der Menschheit Ehre macht und Vorteil schaffen soll, hat er eine Verwünschung und einen Fluch auf den Lippen. Und wir wissen aus eigener Erfahrung, wie manche Verbesserung im Produktionsprozeß, die ein Arbeiter gemacht hat, nicht eingeführt wird; der Arbeiter verschweigt sie, weil er fürchtet, nicht Vorteil, sondern Schaden davon zu haben. Das sind die natürlichen Folgen des Gegensatzes der Interessen.

Dieser Gegensatz der Interessen ist in der sozialistischen Gesellschaft beseitigt. Jeder entfaltet seine Fähigkeiten, um sich zu nützen, und indem er dies tut, nützt er zugleich dem Gemeinwesen. Heute sind Befriedigung des persönlichen Egoismus und Gemeinwohl meist Gegensätze, die sich ausschließen; in der neuen Gesellschaft sind diese Gegen-

sätze aufgehoben, Befriedigung des persönlichen Egoismus und Förderung des Gemeinwohls stehen miteinander in Harmonie, sie decken sich.

Die großartige Wirkung eines solchen geistigen und Moralzustandes liegt nahe. Die Produktivität der Arbeit wird mächtig wachsen, und diese gesteigerte Produktivität ermöglicht die Befriedigung höherer Bedürfnisse. Insbesondere wird die Produktivität der Arbeit dadurch gewaltig wachsen, daß die enorme Zersplitterung der Arbeitskräfte in Hunderttausende und Millionen von Zwergbetrieben, die mit den unvollkommensten Werkzeugen und Arbeitsmitteln produzieren, aufhört.

Was bei einer Produktion, die auf rationellste Basis gestellt ist, an Zeit gewonnen werden kann, darüber hat Th. Hertzka in Wien in seinem Buch „Die Gesetze der sozialen Entwicklung" eine interessante Berechnung angestellt. Er untersuchte, was für ein Aufwand von Arbeitskräften und Zeit notwendig sei, um die Bedürfnisse der 22 Millionen Köpfe zählenden Bevölkerung Österreichs auf dem Wege der Großproduktion herzustellen. Zu diesem Zwecke zog Hertzka Erkundigungen ein über die Leistungsfähigkeit der Großbetriebe auf den verschiedenen Gebieten und machte darnach seine Berechnungen. Einbegriffen ist dabei die Bewirtschaftung von 10½ Millionen Hektaren Ackerboden und von 3 Millionen Hektaren Wiesen, die genügen sollen für die Produktion von Ackerbauprodukten und Fleisch für die erwähnte Bevölkerungszahl. Weiter schloß Hertzka in seine Berechnung die Herstellung von Wohnungen ein, dergestalt, daß jede Familie ein eigenes Häuschen von 150 Quadratmetern mit fünf Wohnräumen erhält, das auf eine Dauer von fünfzig Jahren hergestellt wird. Es ergab sich, daß für die Landwirtschaft, die Bautätigkeit, die Mehl- und Zuckerproduktion, die Kohlen, Eisen- und Maschinen-Industrie, die Bekleidungs-Industrie und die chemischen Industrien nur 615 000 Arbeitskräfte notwendig seien, die in dem jetzt gewohnten täglichen Durchschnittszeitmaß das Jahr über tätig sein müßten. Diese 650 000 Köpfe bilden aber nur 12,3 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung Österreichs, wenn alle Frauen sowie die männliche Bevölkerung unter 16 und über 50 Jahren der Produktion fernbleiben. Würden sämtliche 5 Millionen Männer gleich den 615 000 beschäftigt, so brauchte jeder derselben nur 36,9 Tage, rund 6 Wochen zu arbeiten, damit die notwendigsten Lebensbedürfnisse für 22 Millionen Menschen hergestellt würden. Nehmen wir aber 300 Arbeitstage im Jahre statt 37, so würden, den jetzigen Arbeitstag mit 11 Stunden angenommen, bei dieser neuen Organisation der Arbeit täglich etwa nur 1⅜ Stun-

den nötig sein, um die notwendigsten Bedürfnisse zu decken.

Hertzka bringt weiter auch die Luxusbedürfnisse der Bessersituierten in Rechnung und findet, daß die Herstellung derselben für einen Bedarf von 22 Millionen Menschen weitere 315 000 Arbeiter erfordere. Im ganzen wären nach Hertzka unter Berücksichtigung einiger in Österreich ungenügend vertretener Industrien rund eine Million, gleich 20 Prozent der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung, mit Ausschluß derjenigen unter 16 und über 50 Jahren, nötig, um die gesamten Bedürfnisse der Bevölkerung in 60 Tagen zu decken. Bringen wir hier wieder die gesamte arbeitsfähige männliche Bevölkerung in Rechnung, so hätte diese täglich nur zweieinhalb Stunden durchschnittliche Arbeitszeit zu leisten.

Diese Rechnung wird niemand überraschen, der die Verhältnisse übersieht. Nehmen wir nun an, daß ein solch mäßiges Zeitmaß, mit Ausnahme von Kranken und Invaliden, auch alle über 50 Jahre alten Männer zu arbeiten vermögen, daß ferner die Jugend unter 16 Jahren teilweise tätig sein könnte, ebenso wie ein großer Teil der Frauen, soweit diese nicht für Kindererziehung, Nahrungszubereitung usw. in Anspruch genommen sind, so könnte dieses Zeitmaß noch weiter ermäßigt oder es könnten die Bedürfnisse erheblich gesteigert werden. Niemand wird aber behaupten wollen, daß nicht noch sehr bedeutende, gar nicht abzusehende Fortschritte in der Vervollkommnung des Arbeitsprozesses gemacht werden, die weitere Vorteile schaffen. Andererseits handelte es sich darum, eine Menge Bedürfnisse für alle zu befriedigen, die heute nur eine Minorität befriedigen kann, und bei höherer Kulturentwicklung entstehen immer neue Bedürfnisse, die ebenfalls befriedigt werden sollen. Wir müssen immer wiederholen, die neue Gesellschaft lebt nicht proletarisch; sie lebt, wie ein hochentwickeltes Kulturvolk zu leben verlangt, und zwar in allen ihren Gliedern, vom ersten bis zum letzten. Sie kann aber nicht bloß alle ihre materiellen Bedürfnisse bequem befriedigen, es bliebe auch allen Beteiligten die ausreichendste Zeit für die Ausbildung in Künsten und Wissenschaften aller Art und für ihre Erholung zur Verfügung.

In anderen, sehr wesentlichen Punkten wird sich die sozialistische Gemeinwirtschaft von der bürgerlichen Individualwirtschaft ebenfalls unterscheiden. Der Grundsatz des „Billig und schlecht", der für einen großen Teil der bürgerlichen Produktion maßgebend ist und maßgebend sein muß, weil der größte Teil der Kundschaft nur billige Waren kaufen kann, die raschem Verschleiß unterworfen sind, fällt fort. Man wird nur das Beste erzeugen, das um so länger hält und seltener ersetzt zu

werden braucht. Die Modetorheiten und Tollheiten, durch die Verschwendung und Geschmacklosigkeit begünstigt werden, hören ebenfalls auf. Man wird sich vermutlich weit zweckmäßiger und gefälliger kleiden als heute — beiläufig bemerkt zeichnen sich die Moden der letzten hundert Jahre, namentlich die der Männerwelt, durch möglichste Geschmacklosigkeit aus —, aber man wird nicht mehr alle Vierteljahre eine neue Mode einführen, eine Narrheit, die mit dem Konkurrenzkampf der Frauen unter sich, der Prahlsucht und Eitelkeit der Gesellschaft und dem Bedürfnis, seinen Reichtum zur Schau zu tragen, aufs engste zusammenhängt. Auch leben heute eine Menge Geschäfte und Existenzen von diesen Modetorheiten und sind im eigenen Interesse gezwungen, sie zu stimulieren und forcieren. Mit den Modetorheiten in der Kleidung fällt die Modenarrheit im Stil der Wohnungen. Die Exzentrizität treibt hier ihre schlimmsten Blüten. Stile, die zu ihrer Entwicklung Jahrhunderte erforderten und bei den verschiedensten Völkern entstanden sind — man begnügt sich nicht mehr mit Stilen der Europäer, man geht zu Japanern, Indiern und Chinesen — diese werden jetzt in wenig Jahrzehnten verbraucht und beiseite gesetzt. Unsere armen Kunstgewerbetreibenden wissen nicht mehr, woher und wohin sie mit den Mustern und Modellen sollen. Kaum haben sie sich in einem „Stil“ assortiert und glauben nun die aufgewendeten Kosten mit einiger Ruhe herausschlagen zu können, so ist morgen ein neuer „Stil“ da und erfordert von neuem Opfer an Zeit, Geld, geistigen und physischen Kräften. Die Nervosität des Zeitalters spiegelt sich in diesem Hetzen und Jagen, von einer Mode zur anderen und von einem Stil zum anderen, am prägnantesten wieder. Niemand wird behaupten wollen, daß in diesem Hasten und Stürmen Sinn und Verstand liegt und es ein Zeichen der Gesundheit der Gesellschaft sei.

Der Sozialismus wird erst wieder eine weit größere Stabilität in die Lebensgewohnheiten der Gesellschaft bringen; er wird Ruhe und Genuß ermöglichen und ein Befreier von der gegenwärtig herrschenden Hast und Aufregung sein. Die Nervosität, diese Geißel unseres Zeitalters, wird alsdann verschwinden.

Die Arbeit soll aber auch verannehmlicht werden. Dazu gehören praktisch und geschmackvoll eingerichtete Produktionsstätten, möglichste Verhütung jeder Gefahr, Beseitigung unangenehmer Gerüche, Dünste, Rauch usw., kurz aller gesundheitsschädlichen und lästigen Einflüsse. Anfangs produziert die neue Gesellschaft mit den von der alten übernommenen Hilfs- und Arbeitsmitteln. Diese sind aber vollkommen unzureichend. Zahlreiche zersplitterte, nach jeder Richtung höchst unzulängliche Arbeitsräume, mangelhafte Werkzeuge und Maschinen, die alle Stufen der Brauchbarkeit durchlaufen, genügen weder der Zahl der Beschäftigten,

noch ihren Ansprüchen auf Bequemlichkeit und Annehmlichkeit. Die Beschaffung einer Menge großer, heller, luftiger, auf das vollkommenste ausgestatteter und ausgeschmückter Arbeitsräume ist also das dringendste Bedürfnis. Kunst, Technik, Kopf- und Handgeschicklichkeit finden sofort ein umfassendes Feld der Tätigkeit. Alle Gebiete des Maschinenbaues, der Werkzeugfabrikation, des Bauwesens und der mit der inneren Einrichtung der Räume beschäftigten Arbeitszweige haben die reichlichste Gelegenheit zur Betätigung. Was menschlicher Erfindungsgeist an bequemen und angenehmen Baulichkeiten, an zweckentsprechender Ventilation, Beleuchtung und Heizung, an maschinellen und technischen Einrichtungen und Reinlichkeitsanlagen zu schaffen vermag, wird in Anwendung gebracht. Ersparnis an motorischen Kräften, an Heizung, Beleuchtung, Zeit, sowie Arbeits- und Lebensannehmlichkeiten aller gebieten die zweckmäßigste Konzentration der Arbeitsstätten auf bestimmte Punkte. Die Wohnungen werden von den Arbeitsräumen getrennt und von den Unannehmlichkeiten industrieller und gewerblicher Tätigkeit befreit. Und diese Unannehmlichkeiten werden wieder durch zweckmäßige Einrichtungen und Vorkehrungen aller Art auf das geringste Maß beschränkt und schließlich ganz beseitigt. Der gegenwärtige Stand der Technik hat bereits Mittel genug, um die gefährlichsten Berufsarten, wie den Bergbau, die chemischen Betriebe usw., von ihren Gefahren gänzlich zu befreien. Sie kommen aber in der bürgerlichen Gesellschaft nicht zur Anwendung, weil sie große Kosten verursachen und man keine Verpflichtung hat, mehr als das Notwendigste für den Schutz der Arbeiter zu tun. Die Unannehmlichkeiten, die der Arbeit im Bergbau ankleben, können z. B. durch eine andere Art des Abbaues, durch umfassende Ventilation, elektrische Beleuchtung, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit und häufigen Wechsel der Arbeitskräfte beseitigt werden. Auch bedarf es keines besonderen Scharfsinnes, um Schutzmittel zu finden, die z. B. bei Bauten Unfälle fast unmöglich machen und die Arbeit an denselben zu einer der angenehmsten gestalten. Ausreichende Schutzvorrichtungen gegen Sonnenhitze und Regen lassen sich bei den größten Bauten und im ausreichendsten Maße herstellen. Auch würde in einer Gesellschaft, die über ausreichende Arbeitskräfte verfügt, wie die sozialistische, öfterer Wechsel der Arbeitskräfte und die Konzentration gewisser Arbeiten auf bestimmte Jahres- und Tageszeiten sich mit Leichtigkeit durchführen lassen.

Die Frage nach der Beseitigung von Staub, Rauch, Ruß, Gerüchen kann ebenfalls heute schon durch Chemie und Technik vollständig gelöst werden; es geschieht nicht oder nur teilweise, weil die Privatunternehmer die nötigen Mittel dazu nicht opfern wollen. Die Produktionsstätten der Zukunft werden also, wo immer sie sich befinden, ob unter oder über

der Erde, von den gegenwärtigen sich in der vorteilhaftesten Weise unterscheiden. Viele Einrichtungen sind für die heutige Privatwirtschaft in erster Linie eine Geldfrage, es heißt: kann das Geschäft sie tragen, rentieren sie sich? Rentieren sie sich nicht, dann mag der Arbeiter zugrunde gehen. Das Kapital tut nicht mit, weil kein Profit herausspringt. Die Menschlichkeit hat keinen Kurs an der Börse.

Die Frage nach dem Profit hat in der sozialistischen Gesellschaft ihre Rolle ausgespielt; für sie gibt es keine andere Rücksicht, *als das Wohl ihrer Glieder*. Was diesen nützt und sie schützt, muß eingeführt werden, was sie schädigt, hat zu unterbleiben. Niemand wird gezwungen, bei einem gefährlichen Spiele mitzutun. Werden Unternehmungen ins Werk gesetzt, bei denen Gefahren in Aussicht stehen, so gibt es Freiwillige in Menge, und zwar um so mehr, da es sich nie um Kultur zerstörende, sondern stets nur um Kultur fördernde Unternehmungen handeln kann.

Die umfassendste Anwendung motorischer Kräfte und der vollkommensten Maschinen und Werkzeuge, die detaillierteste Arbeitsteilung und die geschickteste Kombination der Arbeitskräfte werden also die Produktion auf eine solche Höhe bringen, daß zur Erzeugung des nötigen Quantums von Lebensbedürfnissen *die Arbeitszeit sehr erheblich reduziert werden kann*. Der Kapitalist verlängert den Arbeitstag, wenn er kann, und am meisten in der Krise, wenn der Widerstand der Arbeiter gebrochen ist, um durch Auspressung größeren Mehrwerts aus dem Arbeiter das Produkt billiger verkaufen zu können. In der sozialistischen Gesellschaft gereicht erhöhte Produktion allen zum Vorteil; *der Anteil des einzelnen am Produkt steigt mit der Produktivität der Arbeit, und die steigende Produktivität ermöglicht wieder die als gesellschaftlich notwendig bestimmte Arbeitszeit herabzusetzen.*

Ein in der Menschennatur tief begründetes Bedürfnis ist das nach Freiheit der Wahl und Abwechslung in der Beschäftigung. Wie regelmäßige Wiederholung ohne Abwechslung die beste Speise schließlich widerlich macht, so ist es mit einer täglich sich tretmühlenartig wiederholenden Tätigkeit; sie stumpft ab und erschlafft. Der Mensch tut nur mechanisch, was er muß, aber ohne höheren Schwung und Genuß. Es liegen in *jedem* Menschen eine Reihe von Fähigkeiten und Trieben, die nur geweckt und entwickelt zu werden brauchen, um, in Betätigung gesetzt, die schönsten Wirkungen zu erzeugen. Der Mensch wird jetzt erst ein voller, wahrer Mensch. Diesem Abwechslungsbedürfnis zu genügen, dazu bietet — wie sich weiter zeigen wird — die sozialistische Gesellschaft die vollkommenste Gelegenheit. Die gewaltige Steigerung der Produktivkräfte, verbunden

mit immer größerer Vereinfachung des Arbeitsprozesses, ermöglicht aber nicht nur eine bedeutende Einschränkung der Arbeitszeit, sondern erleichtert auch die Erlernung der verschiedensten Fertigkeiten.

Das alte Lehrsystem hat sich heute bereits überlebt, es existiert nur noch und ist allein noch möglich in rückständigen, veralteten Produktionsformen, wie sie das Kleinhandwerk repräsentiert. Da aber dieses in der neuen Gesellschaft verschwindet, verschwinden auch alle ihm eigentümlichen Einrichtungen und Formen. Neue treten an ihre Stelle. Schon heute zeigt uns jede Fabrik, wie wenig Arbeiter sie besitzt, die den handwerksmäßig erlernten Beruf noch verfolgen. Die Arbeiter gehören den verschiedensten, heterogensten Berufen an; kurze Zeit genügt, um sie für irgendeine Teilarbeit einzuüben, in der sie dann, entsprechend dem herrschenden Ausbeutungssystem, bei langer Arbeitszeit, ohne Abwechslung und ohne Rücksicht auf ihre Neigung, angespannt sind und an der Maschine selbst zur Maschine werden. Dieser Zustand ist bei veränderter Organisation der Gesellschaft ausgeschlossen. Für Handfertigkeiten und kunstgewerbliche Übungen ist Zeit in Menge vorhanden. Große, mit allem Komfort, technisch aufs vollendetste eingerichtete Lehrwerkstätten erleichtern Jungen und Alten die Erlernung jeder Tätigkeit. Chemische und physikalische Laboratorien, entsprechend allen Anforderungen an den Stand dieser Wissenschaften, sind vorhanden, nicht minder ausreichende Lehrkräfte. Jetzt erst wird man kennen lernen, welch eine Welt von Trieben und Fähigkeiten das kapitalistische Produktionssystem unterdrückte oder in falscher Weise zur Entwicklung kommen ließ.

Nicht bloß die Möglichkeit besteht, dem Abwechslungsbedürfnis Rechnung zu tragen, es ist sogar der Zweck der Gesellschaft, seine Befriedigung zu verwirklichen, weil darauf wesentlich die harmonische Ausbildung des Menschen beruht. Die Berufsphysiognomien, die unsere Gesellschaft heute aufweist — bestehe nun dieser Beruf in bestimmten einseitigen Leistungen irgendeiner Art, oder in Schlemmerei oder Faulenzerei oder in der Zwangsbummelei —, werden allmählich verschwinden. Es gibt heute außerordentlich wenig Menschen, die Abwechslungsmöglichkeit in ihrer Tätigkeit besitzen oder sie üben. Öfter finden sich durch besondere Verhältnisse Begünstigte, die sich dem Einerlei des Tagesberufs entziehen, und nachdem sie der physischen Arbeit ihren Tribut gezollt, sich bei geistiger erholen. Umgekehrt finden wir ab und zu geistig Arbeitende, die sich mit körperlicher Tätigkeit, mit irgendeiner Handwerkstätigkeit, mit Gartenbau usw. beschäftigen. Die kräftigende Wirkung einer Tätigkeit, die auf der Abwechslung von geistiger und körperlicher Arbeit beruht, wird jeder Hygieniker bestätigen,

sie allein ist naturgemäß. Voraussetzung ist nur, daß sie mit Maß geübt wird und den individuellen Kräften entspricht.

Die künftige Gesellschaft wird Gelehrte und Künstler jeder Art in ungezählter Menge besitzen, aber jeder derselben wird einen Teil des Tages physisch arbeiten und in der übrigen Zeit nach Geschmack seinen Studien und Künsten und geselligem Umgang obliegen.

Der heute bestehende Gegensatz zwischen Kopfarbeit und Handarbeit, ein Gegensatz, den die herrschenden Klassen nach Möglichkeit verschärfen, um sich auch die geistigen Mittel zur Herrschaft zu sichern, wird ebenfalls aufgehoben werden.

Aus dem bisher Gesagten geht ferner hervor, daß Zeiten der Krise und der Arbeitslosigkeit in der neuen Gesellschaft unmöglich sind. Die Krisen entspringen dem Umstand, daß die individualistische, kapitalistische Produktion, gereizt durch den Profit und ohne jedes zuverlässige Maß für den wirklichen Bedarf, die Überfüllung des Warenmarktes, die Überproduktion, erzeugt. Der Charakter der Produkte unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als Waren, die ihre Besitzer auszutauschen bestrebt sind, macht den Verbrauch der Waren von der Kauffähigkeit der Konsumenten abhängig. Die Kauffähigkeit ist aber bei der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung, die für ihre Arbeitsleistung nur unterwertig bezahlt wird und keine Verwendung für dieselbe findet, kann ihr Anwender nicht Mehrwert aus derselben pressen, beschränkt. Kauffähigkeit und Konsumtionsfähigkeit sind in der bürgerlichen Gesellschaft zwei ganz verschiedene Dinge. Viele Millionen haben Bedürfnisse nach neuen Kleidern, Schuhen, Möbeln, nach Wäsche, Eß- und Trinkwaren, aber sie besitzen kein Geld, und so bleiben ihre Bedürfnisse, d. h. es bleibt ihre Konsumtionsfähigkeit unbefriedigt. Der Warenmarkt ist überfüllt, aber die Masse hungert; sie will arbeiten, aber sie findet niemand, der ihre Arbeit kauft, weil der Geldbesitzer sieht, daß nichts dabei zu „verdienen" ist. Stirb, Kanaille, verdirb, werde Vagabond, Verbrecher; ich, der Kapitalist, kann es nicht ändern, denn ich kann Waren nicht brauchen, für die ich mit entsprechendem Profit keinen Abnehmer habe. Und der Mann hat in seiner Art vollkommen recht.

In der neuen Gesellschaft wird dieser Widerspruch beseitigt. Die neue Gesellschaft produziert nicht „Waren", um zu „kaufen" und zu „verkaufen", sondern sie produziert Lebensbedürfnisse, die verbraucht, konsumiert werden, sonst haben sie keinen Zweck. Bei ihr findet also die Konsumtionsfähigkeit nicht, wie in der bürgerlichen Gesellschaft, an der Kauffähigkeit der einzelnen ihre Grenze,

sondern an der Produktionsfähigkeit der Gesamtheit. Sind Arbeitsmittel und Arbeitskräfte vorhanden, so kann jedes Bedürfnis befriedigt werden, die gesellschaftliche Konsumtionsfähigkeit findet ihre Grenze nur in der — Gesättigtheit der Konsumenten.

Gibt es aber in der neuen Gesellschaft keine „Waren", so gibt es auch kein „Geld". Geld ist der scheinbare Gegensatz von Ware, aber es ist selbst Ware! Geld, obgleich selbst Ware, ist zugleich auch die gesellschaftliche Äquivalentform für alle anderen Waren. Die neue Gesellschaft produziert aber keine Waren, sondern nur Bedürfnisgegenstände, Gebrauchswerte, deren Herstellung ein gewisses Maß gesellschaftlicher Arbeitszeit erfordert. Die Arbeitszeit, die durchschnittlich nötig ist, um einen Gegenstand herzustellen, ist allein das Maß, an dem er für den gesellschaftlichen Gebrauch gemessen wird. Zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem Gegenstand sind gleich zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem anderen Gegenstand, nicht mehr und nicht weniger. Die Gesellschaft will nicht „verdienen", sie will nur den Austausch von Gegenständen gleicher Qualität, gleichen Gebrauchswerts unter ihren Gliedern bewerkstelligen, und schließlich hat sie nicht einmal nötig, einen Gebrauchswert festzusetzen, sie produziert einfach, was sie bedarf. Findet z. B. die Gesellschaft, daß zur Herstellung aller benötigten Produkte eine tägliche dreistündige Arbeitszeit nötig ist, so setzt sie eine dreistündige fest. Verbessern sich die Produktionsmethoden so, daß der Bedarf schon in zwei Stunden hergestellt werden kann, so setzt sie zwei Stunden Arbeitszeit fest. Verlangt dagegen die Gesamtheit die Befriedigung höherer Bedürfnisse, als trotz Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte und erhöhter Produktivität des Arbeitsprozesses in zwei oder drei Stunden hergestellt werden können, so setzt sie vier Stunden fest. Ihr Wille ist ihr Himmelreich.

Wieviel jedes einzelne Produkt an gesellschaftlicher Arbeitszeit zur Herstellung bedarf, ist leicht zu berechnen. Darnach bemißt sich das Verhältnis dieses Arbeitszeitteils zur ganzen Arbeitszeit. Irgendein Zertifikat, ein bedrucktes Stück Papier, Gold oder Blech, bescheinigt die geleistete Arbeitszeit und setzt den Inhaber in die Lage, diese Zeichen gegen Bedürfnisgegenstände der verschiedensten Art auszutauschen. Findet er, daß seine Bedürfnisse geringer sind, als was er für seine Leistung erhält, so arbeitet er entsprechend kürzere Zeit. Will er das Nichtverbrauchte verschenken, niemand hindert ihn daran; will er freiwillig für einen anderen arbeiten, damit dieser dem Dolce far niente obliegen kann, und will er mit ihm seine Ansprüche an die Gesellschaftsprodukte teilen, wenn er ein solcher Dummkopf sein will, niemand wehrt es ihm. Aber zwingen kann ihn niemand, zum Vorteil eines anderen zu arbeiten, niemand kann

ihm einen Teil der Ansprüche für seine Arbeitsleistung vorenthalten. Jeder kann allen erfüllbaren Wünschen und Ansprüchen Rechnung tragen, aber nicht auf Kosten anderer. Er bekommt, was er der Gesellschaft leistet, nicht mehr, nicht weniger, und bleibt jeder Ausbeutung durch einen Dritten entzogen.

„Aber wo bleibt der Unterschied zwischen Faulen und Fleißigen? zwischen Intelligenten und Dummen?" Das ist eine der Hauptfragen unserer Gegner, und die gegebene Antwort macht ihnen den größten Kopfschmerz. Daß z. B. in unserer Beamtenhierarchie dieser Unterschied zwischen „Faulen" und „Fleißigen", „Intelligenten" und „Dummen" nicht gemacht wird, sondern das Dienstalter über die Höhe des Gehalts und auch meist über das Avancement entscheidet, daran denkt keiner dieser Pfiffikusse und neunmal Weisen. Der Lehrer, der Professor — und es sind besonders die Letzteren die naivsten Frager — rücken in ihre Stellungen ein auf das Gehalt, das die Stelle bringt, nicht infolge ihrer Qualität. Wie die Avancements in vielen Fällen in unserer Militär-, Beamten- und Gelehrtenhierarchie nicht dem Tüchtigsten, sondern dem durch Geburt, Verwandtschaft, Freundschaft, Frauengunst Beglückten zufallen, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Daß aber auch der Reichtum sich nicht nach Fleiß und Intelligenz bemißt, beweisen am schlagendsten die in der ersten Klasse des preußischen Dreiklassenwahlsystems wählenden Berliner Wirte, Bäcker, Fleischer, die oftmals nicht den Dativ vom Akkusativ unterscheiden können, wohingegen die Berliner Intelligenz, die Männer der Wissenschaft, die höchsten Beamten des Reichs und Staats in der zweiten oder dritten Klasse wählen. Einen Unterschied zwischen „Faulen" und „Fleißigen", „Intelligenten" und „Dummen" gibt's nicht, weil, was wir unter diesen Begriffen verstehen, nicht mehr existiert. „Faulenzer" nennt z. B. die Gesellschaft nur den, welcher außer Arbeit geworfen, zum Vagabondieren gezwungen ist und schließlich wirklich Vagabond wird, oder den, der unter schlechter Erziehung aufgewachsen, verwahrloste. Wer aber den, der im Gelde sitzt und mit Nichtstun und Schlemmen die Zeit totschlägt, einen „Faulenzer" nennt, begeht eine Beleidigung, denn das ist ein „ehrenwerter, braver" Mann.

Wie liegen nun in der freien Gesellschaft die Dinge? Alle entwickeln sich unter den gleichen Lebensbedingungen, und jeder ist dort tätig, wohin Neigung und Geschicklichkeit ihn weisen, daher werden die Unterschiede in der Leistung nur geringe sein. Die geistige und moralische Atmosphäre der Gesellschaft, die jeden anregt, es dem anderen zuvorzutun, hilft ebenfalls die Unterschiede auszugleichen. Findet einer, daß er auf einem Gebiet nicht zu leisten vermag, was andere leisten, so wählt er sich ein anderes, das seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht. Wer mit einer

größeren Zahl Menschen in einem Betriebe zusammenarbeitete, weiß, daß Menschen, die in einer gewissen Tätigkeit als unfähig und unbrauchbar sich erwiesen, an einen anderen Posten gestellt, denselben aufs beste ausfüllen. Es gibt keinen normal angelegten Menschen, der nicht in der einen oder anderen Tätigkeit, sobald er an den richtigen Platz gestellt ist, selbst den höchsten Ansprüchen gerecht wird. Mit welchem Recht verlangt einer den Vorzug vor dem anderen? Ist jemand von der Natur so stiefmütterlich bedacht worden, daß er bei dem besten Willen nicht zu leisten vermag, was andere leisten, so kann ihn die Gesellschaft für die Fehler der Natur nicht strafen. Hat umgekehrt jemand durch die Natur Fähigkeiten erhalten, die ihn über die anderen erheben, so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, zu belohnen, was nicht sein persönliches Verdienst ist. Für die sozialistische Gesellschaft kommt weiter in Betracht, daß alle die gleichen Lebens- und Erziehungsbedingungen haben, daß jedem die Möglichkeit geboten ist, sein Wissen und Können, entsprechend seinen Anlagen und Neigungen, auszubilden, und so ist auch hierdurch die Gewähr gegeben, daß nicht nur das Bildungsmaß und Können in der sozialistischen Gesellschaft viel höher ist als in der bürgerlichen, sondern daß es auch gleichmäßiger und dennoch vielgestaltiger ist.

Sobald die gesamte Produktion der neuen Gesellschaft auf eine der skizzierten ähnliche Basis gestellt wird, produziert sie, wie bemerkt, nicht mehr „Waren“, sondern Gebrauchsgegenstände für den direkten Bedarf der Gesellschaft. Damit hört der gesamte Handel auf, der nur in einer auf Warenproduktion beruhenden Gesellschaft Sinn und Existenzmöglichkeit hat. Eine große Armee von Personen beider Geschlechter wird dadurch für produktive Tätigkeit mobil. Diese große Armee von Personen wird für die Produktion frei; sie erzeugt Bedarfsartikel, ermöglicht also einesteils einen größeren Verbrauch von solchen, andernteils fördert ihre Anwendung eine Einschränkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Heute ernähren sich diese Personen mehr oder weniger als Parasiten von dem Arbeitsprodukt anderer und müssen, wie nicht bestritten werden soll, sich oft fleißig mühen und sorgen, ohne eine lukrative Existenz zu finden. In der neuen Gesellschaft sind sie als Handeltreibende, Wirte, Makler, Vermittler überflüssig. An Stelle der Dutzende, Hunderte und Tausende von Läden und Handelslokalitäten aller Art, die gegenwärtig jede Gemeinde im Verhältnis zu ihrer Größe besitzt, treten große Gemeindevorratshäuser, elegante Basare, ganze Ausstellungen, die ein verhältnismäßig geringes Verwaltungspersonal beanspruchen. Diese Umwandlung repräsentiert wieder eine Revolution in allen bisherigen Einrichtungen. Das ganze Getriebe des heutigen Handels wird in eine

zentralisierte, rein verwaltende Tätigkeit umgewandelt, die äußerst einfache Verrichtungen zu erfüllen hat, und durch Zentralisation aller gesellschaftlichen Einrichtungen immer weiter vereinfacht wird. Ebenso erfährt das gesamte Verkehrswesen eine totale Umgestaltung.

Telegraphen, Eisenbahnen, Posten, Fluß- und Seeschiffe, Straßenbahnen, und wie immer die Einrichtungen und Vehikel heißen, die den Verkehr der bürgerlichen Gesellschaft vermitteln, sind nunmehr Gesellschaftseigentum. Viele dieser Anstalten, wie Posten, Telegraphen, die meisten Eisenbahnen sind heute schon Staatsinstitute, ihre Umwandlung in Gesellschaftseigentum vollzieht sich also ohne Schwierigkeiten. Hier gibt es keine Privatinteressen mehr zu verletzen. Arbeitet der Staat in dieser Richtung weiter, um so besser. Aber diese staatlich verwalteten Betriebe sind heute keine sozialistischen Betriebe, wie irrtümlich angenommen wird. Es sind Betriebe, die vom Staat ebenso kapitalistisch ausgebeutet werden wie in Händen der Privatunternehmer. Weder die Beamten noch die Arbeiter haben einen besonderen Vorteil davon. Der Staat behandelt sie wie irgendein Privatunternehmer; wenn z. B. in den Etablissements der Reichsmarine und der Eisenbahnverwaltung Verordnungen erlassen wurden, über vierzig Jahre alte Arbeiter nicht in Arbeit zu nehmen, so ist das eine Maßregel, die den Klassencharakter des Staats als Staat der Ausbeuter an der Stirn trägt und die Arbeiter gegen den Staat empören muß. Solche und ähnliche Maßregeln vom Staat als Arbeitgeber ausgehend, sind weit schlimmer, als gingen sie vom Privatunternehmer aus. Letzterer ist gegenüber dem Staat immer nur ein kleiner Unternehmer, und die Beschäftigung, die er versagt, gewährt vielleicht ein anderer. Der Staat hingegen kann als monopolitischer Arbeitgeber Tausende mit einem Schlage durch solche Maximen ins Elend stoßen. Das ist also nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch gehandelt, und die Sozialisten verwahren sich dagegen, daß der heutige Staatsbetrieb als sozialistischer Betrieb angesehen und als Verwirklichung sozialistischer Bestrebungen betrachtet wird. In einem sozialistischen Betrieb gibt's keine Arbeitgeber, ein Leiter, der gewählt worden ist, kann nur anordnen und die Durchführung der von der Gesamtheit vorgeschriebenen Maßregeln disziplinärer und anderer Art überwachen.

Wie an Stelle der Millionen von Privatproduzenten, Händlern, Mittelspersonen aller Art große zentralisierte Anstalten treten, so nimmt auch das gesamte Transportwesen eine andere Gestalt an. Die Millionen kleiner Sendungen, die täglich an ebenso viele Eigentümer gehen und eine Unzahl von Kräften und eine Menge Zeit in Anspruch nehmen, wachsen jetzt zu großen Transporten an, die nach den Gemeindedepots und nach den Zentralproduktionsstätten gehen. Die Arbeit wird also auch

hier sehr vereinfacht. Wie z. B. der Transport von Rohmaterialien für einen Betrieb von tausend Arbeitern sich viel einfacher gestaltet als für tausend zerstreut liegende Kleinbetriebe, so werden die zentralisierten Produktions- und Distributionsstätten für ganze Gemeinden oder Teile derselben eine große Ersparnis an Zeit, Arbeitskraft, Material, Transport und Produktionseinrichtungen herbeiführen. Das kommt der ganzen Gesellschaft, also auch jedem einzelnen zustatten. Die Physiognomie unserer Produktionsstätten, des Verkehrsmittelwesens und insbesondere auch unserer Wohnorte wird gänzlich verändert werden; sie gewinnen ein viel günstigeres Aussehen. Das nervenzerstörende Geräusch, Gedränge und Gerenne unserer großen Städte mit ihren Tausenden von Vehikeln aller Art hört im wesentlichen auf und erhält einen ruhigeren Charakter. Der Straßenbau, die Straßenreinigung, die ganze Wohn- und Lebensweise, der Verkehr der Menschen untereinander erfahren eine große Umgestaltung. Jetzt können hygienische Maßregeln mit Leichtigkeit durchgeführt werden, die heute gar nicht oder nur mit den größten Kosten und nur unvollkommen durchzuführen sind und oft genug nur für die vornehmeren Viertel durchgeführt werden. Das „Volk" bedarf derselben nicht; es kann warten, bis die Mittel vorhanden sind, die sich aber nie finden.

Das Kommunikationswesen muß unter solchen Verhältnissen seine höchste Vervollkommnung erfahren; vielleicht ist die Luftschiffahrt dann vornehmstes Vehikel. Die Verkehrswege sind die Adern, welche den Produktenaustausch — die Blutzirkulation — durch die ganze Gesellschaft leiten, die persönlichen und geistigen Beziehungen der Menschen vermitteln; sie sind deshalb im höchsten Grade geeignet, ein gleiches Niveau von Wohlbefinden und Bildung durch die ganze Gesellschaft zu verbreiten. Die Ausdehnung und Verzweigung der vollkommensten Verkehrsmittel bis in die entlegensten Orte der Provinzen ist also eine Notwendigkeit und ein allgemeines gesellschaftliches Interesse. Auf diesem Gebiete erstehen der neuen Gesellschaft Aufgaben, die jene weit übertreffen, welche die gegenwärtige sich stellen kann. Zugleich wird dieses aufs höchste vervollkommnete und ausgedehnte Kommunikationssystem die Dezentralisierung der in den Großstädten und Industriezentren aufgehäuften Menschenmassen über das ganze Land begünstigen und so für die Gesundheit wie für die geistige und materielle Kulturförderung von entscheidendster Bedeutung werden.

Mit den Produktionsmitteln in Industrie und Verkehr gehört der gesamte Grund und Boden, als eigentlicher Urstoff aller menschlichen Arbeit und Grundlage aller menschlichen Existenz, der Gesellschaft. Die Gesellschaft nimmt auf vorgeschrittenster Stufe zurück, was sie uranfäng-

lich bereits besaß. Bei allen auf einer gewissen Kulturstufe angelangten Völkern der Erde war das Gemeineigentum an Grund und Boden vorhanden und ist bei solchen Völkern, soweit sie noch existieren, auch noch gegenwärtig vorhanden. Das Gemeineigentum bildete die Grundlage jeder primitiven Vergesellschaftung, sie war ohne jenes nicht möglich. Erst durch die Entstehung und Entwicklung des Privateigentums und der damit verknüpften Herrschaftsformen wurde das Gemeineigentum unter schweren Kämpfen, die bis in unsere Gegenwart ragen, beseitigt und als Privatbesitz usurpiert. Der Raub des Grund und Bodens und seine Umwandlung in persönliches Eigentum bildete, wie wir gesehen haben, die erste Ursache der Knechtschaft, die von der Sklaverei bis zum „freien" Lohnarbeiter des neunzehnten Jahrhunderts alle möglichen Stufen durchlaufen hat, bis endlich die Geknechteten nach jahrtausendelanger Entwicklung Grund und Boden wieder in Gemeineigentum verwandeln.

Die Wichtigkeit des Grund und Bodens für die menschliche Existenz veranlaßte, daß in allen sozialen Kämpfen der Welt — in Indien, China, Ägypten, Griechenland (Kleomenes), Rom (Gracchen), christliches Mittelalter (religiöse Sekten, Münzer, Bauernkrieg), im Azteken- und Inkareich, in den sozialen Bewegungen der Neuzeit — der Besitz am Grund und Boden das Hauptverlangen der Kämpfenden bildete. Auch heute finden Männer das Gemeineigentum an Grund und Boden gerechtfertigt — Adolph Samter, Adolph Wagner, Dr. Schäffle —, die auf anderen sozialen Gebieten zu Vermittlungen aller Art geneigt sind.

Von der Bebauung und Ausnutzung des Grund und Bodens hängt in erster Linie das Wohlbefinden der Bevölkerung ab. Die Kultur desselben auf die höchste Stufe zu heben, ist im eminentesten Sinne Allgemeininteresse. Daß diese höchste Entwicklung unter der Form des Privateigentums aber weder bei dem Großbesitz noch bei dem Mittel- und Kleinbesitz möglich ist, wurde schon dargelegt. Allein die höchste Ausnutzung des Grund und Bodens hängt nicht bloß von seiner speziellen Bewirtschaftung ab; hierbei kommen Faktoren in Betracht, denen weder der größte Einzelbesitzer noch die mächtigste Assoziation gewachsen ist, Faktoren, die unter Umständen selbst über den nationalen Rahmen des Staats hinausgreifen und international zu behandeln sind.

Die Gesellschaft muß zunächst den Boden als Ganzes ins Auge fassen, also seine topographische Beschaffenheit, seine Berge, Ebenen, Wälder, Seen, Flüsse, Teiche, Heiden, Sümpfe, Moore und Moräste. Diese topographische Beschaffenheit übt neben der geographischen Lage, die unabänderbar ist, gewisse Einflüsse auf Klima und Bodenbeschaffenheit

aus. Hier ist ein Tätigkeitsfeld von größter Ausdehnung, auf dem eine Menge Erfahrungen gesammelt und eine Menge Experimente versucht werden müssen. Was bisher der Staat in dieser Richtung leistete, ist dürftig. Einmal wendet er zu solchen Kulturaufgaben nur geringe Mittel an, und außerdem würden, selbst wenn er den Willen hätte, in umfassender Weise einzugreifen, die großen Privateigentümer, die in der Gesetzgebung das entscheidende Wort sprechen, ihn daran hindern. Ohne starke Eingriffe in das Privateigentum könnte aber der Staat auf diesem Gebiete nichts erreichen. Denn seine Existenz beruht auf der Erhaltung und der „Heiligkeitserklärung" des Privateigentums; die großen Privateigentümer sind seine wichtigsten Stützen, und so fehlt ihm die Macht und der Wille, in der bezeichneten Richtung vorzugehen. Die neue Gesellschaft wird großartige und umfassende Bodenmeliorationen, Bewaldungen und Entwaldungen, Be- und Entwässerungen, Bodenmischungen, Terrainveränderungen, Anpflanzungen usw. vorzunehmen haben, um den Grund und Boden zu höchster Ertragsfähigkeit zu bringen.

Niemand wird unsere heutige Großstädtebildung für ein gesundes Produkt ansehen. Das gegenwärtige Industrie- und Wirtschaftssystem zieht beständig große Massen der Bevölkerung nach den größeren Städten. Dort ist der Hauptsitz der Industrie und des Handels, dort laufen die Verkehrswege zusammen, dort sitzen die Inhaber der großen Vermögen, die Zentralbehörden, die Militärkommandos, die höheren Gerichte. Dort gibt es die großen Bildungsanstalten, die Künstlerakademien, die großen Vergnügungs- und Unterhaltungsorte, Ausstellungen, Museen, Theater, Konzertsäle usw. Tausende zieht der Beruf, Tausende das Vergnügen, noch mehr Tausende die Hoffnung auf leichteren Verdienst und angenehmen Lebensunterhalt hin.

Diese in der gegenwärtigen Entwicklung notwendigen, gewissermaßen die Revolutionszentren bildenden Massenansammlungen haben in der neuen Gesellschaft ihren Zweck erfüllt. Ihre allmähliche Auflösung ist notwendig, *indem die Bevölkerung jetzt umgekehrt von den großen Städten auf das Land wandert, dort neue, den veränderten Verhältnissen entsprechende Gemeinden bildet und ihre industrielle Tätigkeit mit der landwirtschaftlichen verbindet.*

Durch die Dezentralisierung der Bevölkerung wird also auch der gegenwärtig bestehende Gegensatz zwischen Land- und Stadtbevölkerung verschwinden.

Überblicken wir die bisherige Darlegung, so finden wir, daß mit der Aufhebung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln und mit ihrer

Verwandlung in gesellschaftliches Eigentum allmählich die Menge der Übel verschwindet, welche die heutige Gesellschaft auf Schritt und Tritt uns zeigt und die in ihr immer größer und unerträglicher werden. Die Herrschaft einer Klasse und ihrer Vertreter hört auf, die Gesellschaft wendet ihre Tätigkeit planmäßig an und leitet und kontrolliert sich selbst. Wie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, durch Aufhebung des Lohnsystems, so ist dem Schwindel und Betrug, der Nahrungsmittelverfälschung, dem Börsentreiben usw. durch Aufhebung des Unternehmertums jeder Boden jetzt entzogen. Die Hallen der Mammonstempel stehen leer, denn Staatspapiere, Aktien, Schuld- und Pfandbriefe, Hypothekenscheine usw. sind Makulatur geworden. Das Schillersche Wort: „Unser Schuldbuch sei vernichtet, ausgesöhnt die ganze Welt" hat reale Wirklichkeit erlangt, und das biblische Wort: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen" gilt nunmehr auch für die Helden der Börse und die Drohnen des Kapitalismus. Indes die Arbeit, die sie als gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft zu leisten haben, wird sie nicht erdrücken, und ihr körperliches Befinden wird sich wesentlich dabei heben. Die Sorge um den Besitz, die nach den pathetisch vorgetragenen Versicherungen unserer Unternehmer und Kapitalisten oft schwerer zu tragen sein soll als das unsichere und dürftige Los des Arbeiters, wird ihnen für immer abgenommen. Die Aufregungen der Spekulation, die unseren Börsenjobbern so viele Herzleiden und Schlaganfälle verursachen und sie mit Nervosität belasten, werden ihnen erspart. Die Sorglosigkeit für sich und ihre Nachkommen wird ihr Los, und sie werden sich schließlich sehr wohl dabei befinden.

Mit der Aufhebung des Privateigentums und der Klassengegensätze fällt auch allmählich der Staat; er verschwindet, ohne daß wir ihn vermissen.

Mit dem Staat verschwinden auch seine Repräsentanten: Minister, Parlamente, stehendes Heer, Polizei und Gendarmen, Gerichte, Rechts- und Staatsanwälte, Gefängnisbeamte, die Steuer- und Zollverwaltung, mit einem Wort: der ganze politische Apparat. Kasernen und sonstige Militärbauten, Justiz- und Verwaltungspaläste, Gefängnisse usw. harren jetzt einer besseren Bestimmung. Zehntausende von Gesetzen, Erlassen und Verordnungen sind Makulatur geworden; sie besitzen nur noch historischen Wert. Die großen und doch so kleinlichen parlamentarischen Kämpfe, bei denen die Männer der Zunge sich einbilden, durch ihre Reden die Welt zu beherrschen und zu lenken, sind verschwunden; sie haben Verwaltungskollegien und Verwaltungsdelegationen Platz gemacht, die sich mit der besten Einrichtung der Produktion, der Distribution, der Festsetzung der Höhe der notwendigen Vorräte, der Einführung und

Verwendung zweckentsprechender Neuerungen in der Kunst, dem Bildungswesen, dem Verkehrswesen, dem Produktionsprozeß usw. zu befassen haben. Das sind alles praktische, sichtbare und greifbare Dinge, denen jeder objektiv gegenübersteht, weil kein der Gesellschaft feindliches persönliches Interesse für ihn vorhanden ist. Kein einzelner hat ein anderes Interesse als die Allgemeinheit, die darin besteht, alles aufs beste, zweckmäßigste und vorteilhafteste für alle einzurichten und herzustellen.

Die Hunderttausende ehemaliger Repräsentanten des Staats treten in die verschiedensten Berufe über und helfen mit ihrer Intelligenz, ihren Kräften, den Reichtum und die Annehmlichkeiten der Gesellschaft vermehren. Man kennt künftig weder politische Verbrechen und Vergehen, noch gemeine. Die Diebe sind verschwunden, weil das Privateigentum verschwunden ist und jeder in der neuen Gesellschaft seine Bedürfnisse leicht und bequem, gleich allen anderen, durch Arbeit befriedigen kann. „Stromer und Vagabonden" existieren ebenfalls nicht mehr; sie sind das Produkt einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft und hören auf zu sein, sobald dieses fällt. Mord? Weshalb? Keiner kann am anderen sich bereichern; selbst der Mord aus Haß oder Rache hängt direkt oder indirekt mit dem heutigen Sozialzustand der Gesellschaft zusammen. Meineid, Urkundenfälschung, Betrug, Erbschleicherei, betrügerischer Bankerott? Das Privateigentum fehlt, an dem und gegen das diese Verbrechen begangen werden konnten. Brandstiftung? Wer soll daran Freude oder Befriedigung suchen, da die Gesellschaft ihm jede Möglichkeit zum Haß nimmt. Münzverbrechen? „Ach, das Geld ist nur Chimäre", der Liebe Müh' wäre umsonst. Religionsschmähung? Unsinn; man überläßt dem „allmächtigen und allgütigen Gott", zu bestrafen, wer ihn beleidigt, vorausgesetzt, daß man sich um die Existenz Gottes noch streitet.

So werden alle Fundamente der heutigen „Ordnung" zur Mythe. Die Eltern erzählen davon den Kindern wie aus alten märchenhaften Zeiten. Und die Erzählungen von den Hetzereien und Verfolgungen, womit man heute die Männer der neuen Ideen überschüttet, werden ihnen genau so klingen, als wenn wir gegenwärtig von Ketzer- und Hexenverbrennungen hören. Alle die Namen der „großen" Männer, die heute mit ihren Verfolgungen gegen die neuen Ideen sich hervortun und von ihren beschränkten Zeitgenossen mit Beifall überschüttet werden, sind vergessen und verweht und stoßen höchstens dem Geschichtsforscher auf, wenn er in alten Werken blättert. Die Bemerkungen, die er dabei machen dürfte, wollen wir heute verschweigen, da wir leider noch nicht in den glücklichen Zeiten sind, in welchen die Menschheit frei atmen darf.

Und wie mit dem Staat, geht's mit der Religion. Diese wird nicht „abgeschafft", man wird „Gott nicht absetzen", nicht „den Leuten

die Religion aus dem Herzen reißen", und wie sonst die albernen Redensarten lauten, womit man heute die atheistisch gesinnten Sozialdemokraten anklagt. Solche Verkehrtheiten überläßt die Sozialdemokratie den bürgerlichen Ideologen, die in der französischen Revolution solche Mittel versuchten und natürlich elend Schiffbruch litten. Ohne jeden gewaltsamen Angriff und ohne jede Unterdrückung von Meinungen, welcher Art immer sie sind, wird auch die Religion allmählich verschwinden.

Edward Bellamy

1850—1898



Ein Rückblick

von

Edward Bellamy

Vorbemerkung

Der Erzähler wird im Jahre 1887 in seinem Hause in Boston verschüttet und wacht im Jahre 2000 im Hause des Doktor Leete wieder auf, der ihn über die Neuordnung der Dinge unterrichtet.

„Die Arbeiterorganisationen und die Ausstände waren nur eine Wirkung der Konzentration des Kapitals, das sich in größeren Massen als je zuvor aufgehäuft hatte. Ehe diese Konzentration begann, und als Handel und Industrie noch von unzähligen kleinen Geschäften mit geringem Kapital anstatt von einer kleinen Anzahl großer Geschäfte mit großem Kapital betrieben wurde, hatte der einzelne Arbeiter dem Unternehmer gegenüber eine verhältnismäßig wichtige und unabhängige Stellung. Solange ferner ein geringes Kapital oder eine neue Idee hinreichten, jemanden ein eigenes Geschäft beginnen zu lassen, wurden Arbeiter beständig zu Unternehmern und gab es keine feste Grenze zwischen den beiden Klassen. Arbeiterverbindungen waren damals unnötig, und allgemeine Ausstände konnten nicht vorkommen. Aber als der Ära der kleinen Geschäfte mit kleinem Kapital die der großen Kapitalansammlungen folgte, ward alles anders. Der einzelne Arbeiter, der für den kleinen Unternehmer relativ wichtig gewesen war, wurde den großen Korporationen gegenüber bedeutungs- und machtlos, während ihm zugleich der Weg aufwärts zur Stellung eines Unternehmers abgeschnitten wurde. Die Notwehr trieb ihn zur Vereinigung mit seinen Genossen.

„Die Berichte aus jener Periode zeigen, daß der Aufschrei gegen die Konzentration des Kapitals furchtbar war. Die Menschen glaubten, daß jene die Gesellschaft mit einer Form der Tyrannei bedrohe, die abscheulicher sei als irgendeine zuvor erduldete. Sie glaubten, daß die großen Korporationen ein Joch schimpflicherer Sklaverei für sie vorbereiteten, als je dem Menschengeschlecht auferlegt worden sei: eine Sklaverei nicht unter Menschen, sondern unter seelenlosen Maschinen, die jedes Motivs außer unersättlicher Gier unfähig sind. Wenn wir zurückblicken, können wir uns über ihre Verzweiflung nicht wundern,

denn gewiß stand die Menschheit niemals vor einem elenderen und gräßlicheren Lose, als jene Ära der Tyrannei von Korporationen gewesen sein würde, welche sie erwarteten.

„Inzwischen nahm, ganz ungehindert durch alle Klagen, die Aufsaugung der Geschäfte durch immer weiter sich ausdehnende Monopolisierungen ihren Fortgang. In den Vereinigten Staaten, wo diese Tendenz sich weiter entwickelt hatte als in Europa, konnte nach dem Beginn des letzten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts kein individuelles Unternehmen in irgendeinem wichtigen Gebiete der Industrie gelingen, wenn nicht ein großes Kapital dahinter stand. Im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts waren die kleinen Geschäfte, welche noch geblieben waren, schnell zugrunde gehende Überreste einer vergangenen Epoche oder bloße Parasiten der großen Korporationen, oder aber sie existierten auf Gebieten, die zu klein waren, um die großen Kapitalisten anzuziehen. Die Kleinbetriebe, welche sich noch hielten, waren auf den Zustand von Ratten und Mäusen heruntergekommen, die in Löchern und Winkeln hausen und, um das Dasein zu fristen, unbeachtet zu bleiben suchen. Die Eisenbahnen waren weiter und weiter vereinigt worden, bis einige wenige große Syndikate jede Schiene im Lande in ihrer Gewalt hatten. Auch im Fabrikswesen wurde jeder wichtige Artikel durch ein Syndikat beherrscht. Diese Syndikate, Ringe oder Trusts, was nun ihr Name sein mochte, setzten die Preise fest und schlugen alle Konkurrenz nieder, außer wenn Verbindungen entstanden, die ebenso mächtig waren wie sie selbst. Dann folgte ein Kampf, der in einer noch größeren Konsolidierung des Kapitals endete. Der große Bazar in der Stadt vernichtete seine Konkurrenten auf dem Lande durch Zweiggeschäfte und sog in der Stadt selbst seine kleineren Konkurrenten auf, bis der Handel eines ganzen Viertels unter einem Dache vereinigt war, wo hundert früher selbständige Kaufleute als Kommis dienten. Da der kleine Kapitalist sein Geld nicht in ein eigenes Geschäft stecken konnte, so fand er, während er in den Dienst der großen Gesellschaft trat, keine andere Anlage für sein Geld als in deren Aktien und wurde so doppelt abhängig von ihr.

„Die Tatsache, daß der verzweifelte Widerstand des Volkes gegen die Vereinigung des Geschäftsbetriebes in wenigen mächtigen Händen erfolglos blieb, beweist, daß es für dieselbe einen starken wirtschaftlichen Grund gegeben haben muß. Die kleinen Kapitalisten mit ihren unzähligen winzigen Geschäften hatten in der Tat darum dem Großkapital das Feld geräumt, weil sie einer Periode voll kleinlicher Verhältnisse angehörten und den Anforderungen eines Zeitalters des Dampfes und der Telegraphie und dem Riesenmaß seiner Unternehmungen in keiner Weise gewachsen waren. Die frühere Ordnung der Dinge wiederherstellen, wenn das

möglich gewesen wäre, hieß zu den Tagen der Postkutschen zurückkehren. So drückend und unerträglich die Herrschaft des Großkapitals auch sein mochte, so mußten doch selbst dessen Opfer, während sie es verwünschten, die wunderbare Zunahme der Leistungsfähigkeit, welche die nationale Industrie erfahren hatte, die großen Ersparnisse, welche durch die Konzentration des Betriebes und die Einheitlichkeit der Leitung erzielt wurden, anerkennen und zugestehen, daß, seit das neue System an die Stelle des alten getreten, der Reichtum der Welt sich in einem früher ungeahnten Maße gesteigert habe. Ohne Zweifel, diese ungeheure Zunahme desselben hatte hauptsächlich dahin gewirkt, die Reichen reicher zu machen und die Kluft zwischen ihnen und den Armen zu erweitern; aber die Tatsache blieb bestehen, daß, lediglich als ein Mittel, Reichtum zu schaffen, betrachtet, das Kapital sich in dem Maße seiner Konsolidierung leistungsfähig bewiesen hatte. Die Wiedereinführung des alten Systems mit seiner Verteilung des Kapitals würde, wenn sie möglich gewesen wäre, in der Tat vielleicht eine größere Gleichheit in der Lebenslage mit größerer persönlicher Würde und Freiheit hergestellt haben; aber allgemeine Armut und Stillstand alles materiellen Fortschritts würden der Preis dafür gewesen sein.

„Gab es denn also kein Mittel, sich jenes mächtige, Reichtum erzeugende Prinzip des konsolidierten Kapitals dienstbar zu machen, ohne sich einer Plutokratie gleich der Karthagos zu unterwerfen? Sobald die Menschen sich diese Frage vorzulegen begannen, fanden sie die fertige Antwort. Die Bewegung in der Richtung eines durch immer größere und größere Kapitalien geleiteten Geschäftsbetriebes, die Tendenz zu Monopolen, der man sich so verzweifelt und vergeblich widersetzt hatte, wurde endlich in ihrer wahren Bedeutung erkannt: als ein Prozeß, der nur seine logische Entwicklung zu vollenden brauchte, um der Menschheit eine goldene Zukunft zu eröffnen.

„Am Anfange des letzten Jahrhunderts war der Entwicklungsprozeß durch die schließliche Konsolidierung des gesamten Kapitals der Nation vollendet. Industrie und Handel des Landes, nicht mehr durch eine Gruppe unverantwortlicher, aus Privatpersonen bestehender Korporationen und Aufsichtsräte nach eigener Laune und für eigenen Nutzen geleitet, waren einem einzigen Aufsichtsrat, welcher das Volk repräsentierte, anvertraut, um im Interesse und zum Nutzen aller geregelt zu werden. Das heißt, die Nation organisierte sich zu dem einen großen Geschäftsverbande, in welchem alle anderen Verbände aufgingen; sie wurde der einzige Kapitalist an Stelle aller anderen Kapitalisten, der einzige Unternehmer, der letzte Monopolist, der alle früheren und kleineren Monopole verschlang, ein Monopolist, an dessen Gewinn und Ersparnis

alle Bürger teil hatten. Die Epoche der Ringe hatte mit ‚dem großen Ring' geendigt. Mit einem Worte, das Volk der Vereinigten Staaten beschloß, die Leitung seines Geschäfts selbst in die Hand zu nehmen, gerade so wie es hundert Jahre zuvor die Leitung seiner Regierung selbst in die Hand genommen hatte, indem es sich jetzt zu industriellen Zwecken auf genau derselben Grundlage organisierte, auf welcher es sich damals zu politischen Zwecken organisiert hatte. Endlich, seltsam spät in der Weltgeschichte, gewahrte man die augenscheinliche Tatsache, daß kein Geschäft so wesentlich das Geschäft des Staates ist wie Handel und Gewerbe, von denen des Volkes Lebensunterhalt abhängt, und daß, diese Privatpersonen anzuvertrauen, welche sie zu ihrem Privatvorteil betreiben, eine Torheit ist, ähnlich der, doch bei weitem größer als die, daß man einst die Funktionen der politischen Regierung Privatpersonen überließ, welche sie zu ihrer persönlichen Verherrlichung führten."

„Solch ein erstaunlicher Wandel, wie Sie ihn beschreiben," sagte ich, „konnte natürlich nicht ohne großes Blutvergießen und schreckliche Erschütterungen Platz greifen."

„Ganz im Gegenteil," erwiderte Dr. Leete, „es fand nicht die geringste Gewalttätigkeit statt. Der Wandel war längst vorausgesehen worden. Die öffentliche Meinung war dazu völlig reif geworden, und die ganze Masse des Volkes stand dahinter. Es war so wenig mehr möglich, ihm durch Gewalt wie durch Gründe Widerstand zu leisten. Andererseits hatten die Gefühle des Volkes den großen Gesellschaften und deren Vertretern gegenüber ihre Bitterkeit verloren, da es deren Notwendigkeit als eines Gliedes, einer Übergangsphase in der Entwicklung des wahren Wirtschaftssystems erkannte. Die heftigsten Gegner der großen Privatmonopole waren nun gezwungen, die unschätzbaren und unentbehrlichen Dienste anzuerkennen, welche dieselben darin geleistet hatten, das Volk bis zu dem Punkte zu erziehen, wo es die Verwaltung seines Geschäfts selbst übernehmen konnte. Fünfzig Jahre zuvor würde die Vereinigung der Industrien des Landes unter staatlicher Leitung selbst dem sanguinischsten Menschen als ein sehr gewagtes Experiment erschienen sein. Aber durch einen Anschauungsunterrichts-Kursus, den alle mitmachten, hatten die großen Betriebsgesellschaften dem Volk ganz neue Ideen über diesen Gegenstand gelehrt. Es hatte viele Jahre lang Einkünfte, größer als die von Staaten, durch Syndikate verwalten und durch sie die Arbeit von Hunderttausenden von Menschen mit einem Erfolge und einer Sparsamkeit leiten sehen, wie sie in kleineren Betrieben unerreichbar sind. Es war als ein Axiom anerkannt worden, daß, je größer der Betrieb, um so einfacher die darauf anzuwendenden Prinzipien seien, und daß, wie die Maschine zuverlässiger ist als die Hand,

so das System, welches in einem großen Betriebe das leistet, was in einem kleinen das Auge des Herrn, sicherere Ergebnisse erziele. So kam es denn, dank den Betriebsgesellschaften selbst, daß, als der Vorschlag gemacht wurde, der Staat solle deren Funktionen übernehmen, dieser Rat nichts enthielt, was selbst dem Ängstlichen untunlich erschienen wäre. Sicherlich war es ein Schritt, größer als je einer getan worden; aber man sah, daß gerade die Tatsache, daß die Nation die einzige übrigbleibende Betriebsgesellschaft sein würde, das Unternehmen von vielen Schwierigkeiten befreien werde, mit denen die Einzelgesellschaften zu kämpfen gehabt hätten."

Doktor Leete hörte auf zu reden, und ich verharrte im Schweigen, indem ich mir eine allgemeine Vorstellung von den Veränderungen in der Gesellschaftsordnung zu bilden suchte, welche durch eine so ungeheure Umwälzung wie die von ihm beschriebene hatte herbeigeführt werden müssen.

Endlich sagte ich: „Die Idee einer solchen Ausdehnung der Regierungstätigkeit ist, gelinde gesagt, ein wenig überwältigend."

„Ausdehnung!" wiederholte er, „wieso Ausdehnung?"

„Zu meiner Zeit", versetzte ich, „war man der Ansicht, daß sich die Aufgaben der Regierung, genau genommen, auf die Aufrechterhaltung des Friedens und die Verteidigung des Volkes gegen den Feind, das heißt, auf die Ausübung der polizeilichen und militärischen Gewalt, beschränkten."

„Und in des Himmels Namen, wo sind denn die Feinde des Volkes?" rief Doktor Leete aus. „Sind es Frankreich, England, Deutschland, oder Hunger, Kälte und Blöße? Zu Ihrer Zeit pflegten die Regierungen bei dem geringsten internationalen Mißverständnisse die Leiber von Bürgern mit Beschlag zu belegen und sie zu Hunderttausenden dem Tode und der Verstümmelung preiszugeben, indem sie zugleich deren Reichtümer wie Wasser vergeudeten, — und alles das meist ohne jeden denkbaren Nutzen für die Opfer. Wir haben jetzt keine Kriege, und unsere Regierung hat keine Kriegsmacht; aber zu dem Zwecke, jeden Bürger gegen Hunger, Kälte und Blöße zu schützen und für alle seine körperlichen und geistigen Bedürfnisse zu sorgen, wird ihr, jedesmal für eine bestimmte Reihe von Jahren, die Aufgabe übertragen, seine Gewerbetätigkeit zu leiten. Nein, Herr West, ich bin sicher, wenn Sie nachdenken, werden Sie gewahren, daß wohl zu Ihrer, nicht aber zu unserer Zeit die Ausdehnung der Regierungstätigkeit eine außerordentliche war. Selbst nicht für die besten Zwecke würden die Menschen jetzt ihren Regierungen eine Macht einräumen, wie sie damals zu den unheilvollsten ausgeübt wurde."

„Ich will keine Vergleiche anstellen," sagte ich, „aber das Demagogen-

tum und die Bestechlichkeit unserer Politiker würde zu meiner Zeit als ein unüberwindlicher Einwand gegen die Übernahme der Verwaltung der nationalen Industrie durch den Staat gegolten haben. Wir würden gedacht haben, daß keine Einrichtung schlimmer sein könnte, als die Politiker mit der Leitung der Reichtum schaffenden Produktionsmittel des Landes zu betrauen. Die materiellen Interessen waren schon unter den damals bestehenden Verhältnissen nur zu sehr der Spielball von Parteien."

„Ohne Zweifel hatten Sie recht," entgegnete Doktor Leete, „aber alles das ist jetzt anders. Wir haben keine Parteien oder Politiker, und was das Demagogentum und die Bestechlichkeit anbetrifft, so sind das Worte, die nur noch eine historische Bedeutung haben."

„Dann muß sich die menschliche Natur selbst sehr geändert haben," sagte ich.

„Ganz und gar nicht," war Doktor Leetes Entgegnung; „aber die menschlichen Lebensbedingungen haben sich geändert und mit ihnen die Motive des menschlichen Handelns. Die Einrichtung der Gesellschaft war zu Ihrer Zeit eine derartige, daß die Beamten stets in Versuchung waren, ihre Gewalt zum eigenen oder zu anderer Vorteil zu mißbrauchen. Unter solchen Umständen erscheint es beinahe befremdlich, daß Sie ihnen überhaupt die Leitung Ihrer Angelegenheiten anvertrauen konnten. Jetzt dagegen ist der Staat so eingerichtet, daß ein Beamter, wie sehr er auch dazu geneigt sein möchte, durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt absolut keinen Vorteil für sich oder andere erzielen könnte. Mag er ein noch so schlechter Beamter sein, bestechlich ist er nicht, weil ihm das Motiv dazu genommen ist. Unser soziales System setzt keine Prämie mehr auf die Unehrlichkeit. Aber das sind Dinge, welche Sie erst werden verstehen können, wenn Sie im Laufe der Zeit mit uns besser bekannt geworden sind."

„Aber Sie haben mir noch nicht gesagt, wie Sie die Arbeiterfrage erledigt haben. Bisher haben wir das Problem des Kapitals erörtert," bemerkte ich. „Nachdem die Nation die Leitung der Fabriken, der Maschinen, der Eisenbahnen, des Land- und Bergbaus und überhaupt alles Kapitals des Landes übernommen hatte, blieb die Arbeiterfrage doch bestehen. Mit der Übernahme der Aufgaben des Kapitals hatte die Nation auch die Schwierigkeiten der Stellung des Kapitalisten übernommen."

„In dem Augenblicke, wo die Nation die Aufgaben des Kapitals übernahm, verschwanden diese Schwierigkeiten," erwiderte Doktor Leete. „Die nationale Organisation der Arbeit unter einer Leitung war die vollständige Lösung dessen, was zu Ihrer Zeit und unter Ihrem System mit Recht als die unlösbare Arbeiterfrage angesehen wurde. Als die

Nation der einzige Unternehmer ward, da wurden alle Bürger infolge ihres Bürgerrechts Arbeiter, die den Bedürfnissen der Industrie gemäß verteilt wurden."

„Das heißt," bemerkte ich, „Sie haben einfach das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, wie es zu meiner Zeit verstanden wurde, auf die Arbeiterfrage angewandt."

„Ja," sagte Doktor Leete, „das war etwas, was sich von selbst ergab, als die Nation der einzige Kapitalist geworden war. Das Volk war bereits an die Vorstellung gewöhnt, daß die Wehrpflicht jedes nicht physisch unfähigen Bürgers, welche die Verteidigung der Nation sicherte, eine gleiche und absolute sei. Daß es in gleicher Weise die Pflicht jedes Bürgers sei, für den Unterhalt der Nation seinen Teil gewerblicher oder geistiger Arbeit beizusteuern, war gleich augenscheinlich, obwohl erst, als der Staat der Arbeitgeber wurde, die Bürger diese Dienstpflicht mit einem Scheine der Allgemeinheit oder Gleichheit erfüllen konnten. Keine Organisation der Arbeit war möglich, solange das Unternehmertum unter Hunderte oder Tausende von Individuen oder Gesellschaften verteilt war, zwischen denen eine Einhelligkeit irgendwelcher Art weder verlangt wurde, noch in der Tat möglich war. Es geschah daher beständig, daß eine große Anzahl von Personen, welche gern arbeiten wollten, keine Beschäftigung finden konnten, und andererseits konnten die, welche sich ganz oder teilweise ihrer Verpflichtung entziehen wollten, dies leicht tun."

„Die Teilnahme an der vom Staate organisierten Arbeit ist jetzt also wohl für alle obligatorisch?" bemerkte ich.

„Sie ist zu sehr eine Sache, die sich von selbst versteht, als daß es des Zwanges bedürfte," entgegnete Doktor Leete. „Sie wird für so absolut natürlich und vernünftig angesehen, daß man an die Vorstellung, daß sie ein Zwang ist, gar nicht mehr denkt. Man würde die Person für unglaublich verächtlich halten, die in einem solchen Falle des Zwanges bedürfte. Nichtsdestoweniger würde, vom Dienste als von einer Zwangspflicht zu reden, ein nur schwacher Ausdruck für dessen absolute Unvermeidlichkeit sein. Unsere ganze Gesellschaftsordnung ist so völlig darauf gegründet und daraus abgeleitet, daß, wenn es denkbar wäre, daß ein Mensch sich ihr entzöge, ihm kein Mittel bleiben würde, für seinen Unterhalt zu sorgen. Er würde sich aus der Welt ausgeschlossen, von seinesgleichen abgeschnitten, mit einem Worte, Selbstmord begangen haben."

„Ist die Dienstzeit in dieser industriellen Armee eine lebenslängliche?"

„O nein; sie beginnt später und endet früher, als die durchschnittliche

Arbeitsperiode zu Ihrer Zeit. Ihre Werkstätten waren mit Kindern und Greisen gefüllt; aber uns gilt die Periode der Jugend als der Erziehung und die Periode der Reife, wo die Körperkräfte abzunehmen beginnen, als der Ruhe und angenehmen Erholung geweiht. Die Arbeitsdienstzeit währt vierundzwanzig Jahre: sie beginnt am Schlusse des Erziehungskursus mit einundzwanzig und endet mit fünfundvierzig. Nach dem fünfundvierzigsten Jahre kann der Bürger, obwohl der allgemeinen Arbeitspflicht enthoben, doch noch im Notfalle, wenn ein plötzlicher großer Mehrbedarf an Arbeitskräften eintritt, wieder einberufen werden, bis er das Alter von fünfundfünfzig Jahren erreicht; solche Einberufungen finden jedoch selten, in der Tat fast niemals statt. Der fünfzehnte Oktober jedes Jahres heißt bei uns der Musterungstag, weil dann diejenigen, welche das Alter von einundzwanzig erreicht haben, zum Arbeitsdienste ausgehoben und zugleich die, welche nach vierundzwanzigjährigem Dienste das Alter von fünfundvierzig Jahren erreicht haben, ehrenvoll entlassen werden. Das ist bei uns das große Ereignis des Jahres, von dem an wir alle anderen Ereignisse rechnen, — unsere Olympiade, nur daß sie jährlich ist."

„Nachdem Sie Ihre industrielle Armee ausgehoben haben," sagte ich, „muß, so würde ich erwarten, die Hauptschwierigkeit beginnen; denn hier hört die Analogie mit dem Kriegsheere auf. Soldaten haben alle dasselbe zu tun, und zwar etwas sehr Einfaches, nämlich sich in der Handhabung der Waffen zu üben, zu marschieren und Wache zu stehen. Aber das Arbeitsheer muß zwei- oder dreihundert verschiedene Gewerbe und Berufsarten lernen und ausüben. Welches Verwaltungstalent kann der Aufgabe gewachsen sein, weise zu entscheiden, welches Gewerbe oder Geschäft jeder einzelne in einer großen Nation betreiben soll!"

„Die Verwaltung hat mit der Entscheidung dieses Punktes nichts zu tun."

„Wer hat ihn denn zu entscheiden?" fragte ich.

„Jedermann für sich selbst, gemäß seinen natürlichen Anlagen, da man sich die größte Mühe gegeben hat, jeden dazu zu befähigen, daß er ausfindig mache, worin seine natürlichen Anlagen wirklich bestehen. Das Prinzip, nach welchem unsere industrielle Armee organisiert ist, ist dieses: daß eines Menschen natürliche Anlagen, die geistigen und die körperlichen, darüber entscheiden, welche Arbeit er zum größtmöglichen Nutzen für die Nation und zu seiner eigenen Befriedigung übernehmen könne. Während der allgemeinen Dienstpflicht überhaupt sich niemand entziehen kann, hängt von der freien Wahl eines jeden, die nur einer notwendigen Regulierung unterworfen ist, die Entscheidung ab, welche besondere Dienst-

leistung er zu übernehmen habe. Da des einzelnen Zufriedenheit während seiner Dienstzeit dadurch bedingt ist, daß er eine Beschäftigung hat, die nach seiner Neigung ist, so achten Eltern und Lehrer schon von den ersten Jahren an auf Anzeichen einer besonderen Anlage der Kinder. Ein wichtiger Teil unserer Erziehung ist das eingehende Studium unseres nationalen Industriesystems und seiner Geschichte sowie die Kenntnis der Anfangsgründe aller großen Gewerbe. Während die industrielle Ausbildung nicht die allgemeine geistige Kultur, welche in unsern Schulen angestrebt wird, beeinträchtigen darf, wird sie doch hinreichend betrieben, um unserer Jugend neben der theoretischen Kenntnis der nationalen Industrien eine gewisse Vertrautheit mit den Werkzeugen und deren Anwendung zu verschaffen. Unsere Schüler besuchen häufig unsere Werkstätten, und man macht oft längere Ausflüge mit ihnen, damit sie gewisse industrielle Unternehmungen kennen lernen. Zu Ihrer Zeit brauchte sich niemand zu schämen, wenn er in allen Geschäften außer seinem eigenen unwissend war; bei uns würde eine solche Unwissenheit nicht mit der Idee vereinbar sein, daß ein jeder in der Verfassung sein sollte, sich mit offenen Augen eine Beschäftigung, für welche er Fähigkeit und Neigung hat, zu wählen. Gewöhnlich hat der junge Mann schon lange vor seiner Einmusterung sich für einen Beruf entschieden, eine gewisse Kenntnis desselben erworben und wartet mit Ungeduld darauf, eingereiht zu werden."

„Sicherlich", sagte ich, „ist es kaum möglich, daß die Anzahl der sich für ein Gewerbe meldenden Freiwilligen genau der erforderlichen Arbeiterzahl entspricht. Sie muß in der Regel entweder hinter der Nachfrage zurückbleiben oder sie übersteigen."

„Man erwartet immer, daß das Angebot von Freiwilligen der Nachfrage völlig entsprechen werde," erwiderte Doktor Leete. „Es ist die Aufgabe der Verwaltung, dafür zu sorgen. Man achtet genau auf die Freiwilligenzahl in jedem Gewerbe. Wenn sich zeigt, daß in einem Gewerbe der Andrang Freiwilliger das Maß des Bedarfs merklich überschreitet, so schließt man, daß das Gewerbe eine größere Anziehungskraft hat, als andere. Wenn andererseits die Freiwilligenzahl für ein Gewerbe die Neigung zeigt, hinter der Nachfrage zurückzubleiben, so schließt man, daß es für anstrengender gilt. Es ist die Aufgabe der Verwaltung, die Anziehungskraft der Gewerbe, soweit die Arbeitsbedingungen in denselben in Betracht kommen, beständig im Gleichgewicht zu halten, so daß alle Gewerbe für Personen, die eine natürliche Neigung für sie haben, gleich anziehend sind. Dies geschieht dadurch, daß man die Arbeitszeit in den verschiedenen Gewerben gemäß deren Schwere verschieden sein läßt. Die leichteren Berufsarten, die unter den angenehmsten Verhältnissen

ausgeübt werden, haben in dieser Weise die größte Stundenzahl, während ein schwerer Beruf, wie der Bergbau, eine sehr kurze Arbeitszeit hat. Eine Theorie, eine apriorische Regel, durch welche die verhältnismäßige Anziehungskraft der Berufe bestimmt wird, gibt es nicht. Wenn die Regierung der einen Klasse von Arbeitern Lasten abnimmt und sie anderen auflegt, so folgt sie einfach den Schwankungen in der Meinung der Arbeiter selbst, wie sie sich in dem Zudrange von Freiwilligen kundgibt. Der Grundsatz ist, daß keines Menschen Arbeit im großen und ganzen für ihn schwerer sein sollte, als die irgendeines anderen für diesen ist, wobei die Arbeiter selbst die Richter sein müssen. Die Anwendung dieser Regel ist uneingeschränkt. Wenn irgendeine besondere Verrichtung so anstrengend oder drückend ist, daß, um ihr Freiwillige zuzuführen, das Tagewerk in derselben auf zehn Minuten herabgesetzt werden müßte, so würde es geschehen. Wenn selbst dann noch niemand willens sein würde, sie zu tun, so unterbleibt sie. Aber tatsächlich reicht natürlich eine mäßige Herabsetzung der Arbeitszeit oder die Gewährung anderer Vorzüge hin, die nötigen Freiwilligen für irgendeine der Menschheit notwendige Verrichtung zu sichern. Aber wenn wirklich die unvermeidlichen Schwierigkeiten und Gefahren solch einer notwendigen Arbeit so groß wären, daß kein Anreiz durch anderweitige Vorteile die Abneigung der Menschen gegen sie überwinden würde, so brauchte die Verwaltung dieselbe nur aus der allgemeinen Klasse der Gewerbe durch die Erklärung herauszunehmen, daß sie ein ‚besonderes Wagnis' und diejenigen, welche sie übernähmen, der Dankbarkeit der Nation besonders würdig seien, um von Freiwilligen überlaufen zu werden. Unsere jungen Leute sind sehr ehrgeizig und lassen sich eine solche Gelegenheit nicht leicht entgehen. Natürlich werden Sie sehen, daß diese Abhängigkeit der Industrie von der völlig freien Berufswahl die Beseitigung jedes irgendwie gesundheitswidrigen Umstandes oder jeder besonderen Gefahr für Leib und Leben in allen Betrieben zur Voraussetzung hat. Gesundheit und Sicherheit sind bei allen Gewerben verbürgt. Die Nation verstümmelt und schlachtet nicht ihre Arbeiter zu Tausenden, wie die Privatkapitalisten und Aktiengesellschaften Ihrer Zeit es taten."

„Wenn ihrer nun mehr sind, die in einen besonderen Beruf eintreten wollen, als Platz für sie da ist, wie entscheidet man da zwischen den Bewerbern?" fragte ich.

„Man gibt denjenigen den Vorzug, welche sich hinsichtlich des Berufes, den sie wählen wollen, die meisten Kenntnisse erworben haben. Niemandem jedoch, der jahrelang bei seinem Wunsche verharrt, zu zeigen, was er in einem besonderen Gewerbe leisten kann, wird die Gelegenheit dazu andauernd verschlossen. Inzwischen pflegt derjenige, welcher an-

fänglich zu dem Berufe, den er vorzieht, keinen Zutritt gewinnen kann, auch noch für einen oder mehrere andere Berufe eine gewisse Neigung und eine gewisse, wenn auch nicht die höchste Befähigung zu haben. In der Tat wird von jedem erwartet, er werde seine Anlagen so ausbilden, daß er nicht nur für ein Fach, sondern auch für ein zweites und drittes befähigt wird. Falls er alsdann, sei es schon zu Beginn seiner Laufbahn oder später, infolge des Fortschrittes der Erfindungen oder veränderter Anforderungen unfähig werden sollte, seinen ersten Beruf zu erfüllen, so könnte er dann doch immer noch eine ihm verhältnismäßig zusagende Beschäftigung finden. Dies Prinzip einer an zweiter Stelle beabsichtigten Berufswahl ist in unserem System von großer Wichtigkeit. Ich sollte noch hinzufügen, daß, wenn in einem besonderen Gewerbe ein plötzlicher Mangel an Freiwilligen eintritt oder eine erhöhte Tätigkeit plötzlich notwendig wird, die Verwaltung, während sie sich der Regel nach hinsichtlich der Füllung der Gewerbe auf das Wahlsystem verläßt, im Notfall immer noch die Möglichkeit hat, besondere Freiwillige einzuberufen oder aus anderen Berufszweigen die nötigen Kräfte herbeizuziehen. Im allgemeinen jedoch können alle Bedürfnisse dieser Art durch Aushebungen aus der Klasse der ungelernten oder gewöhnlichen Arbeiter befriedigt werden."

„Wie wird diese Klasse der gewöhnlichen Arbeiter rekrutiert?" fragte ich. „Sicherlich wird in diese niemand freiwillig eintreten."

„Es ist der Grad, dem alle Rekruten in den ersten drei Jahren angehören. Erst nach dieser Periode, während welcher sie für jede Art der Arbeit ihren Vorgesetzten zur Verfügung stehen, dürfen sie einen besonderen Beruf wählen. Von diesen drei Jahren ernster Zucht wird niemand dispensiert, und unsere jungen Leute freuen sich sehr, wenn sie von dieser strengen Schule zu der größeren Freiheit des selbsterwählten Berufes übergehen können. Wenn aber jemand so stumpf wäre, daß er für keine Beschäftigung eine besondere Vorliebe zeigte, so würde er einfach ein gewöhnlicher Arbeiter bleiben. Solche Fälle kommen jedoch, wie Sie sich denken können, nicht oft vor."

„Wenn man einmal einen Beruf erwählt hat und in ihn eingetreten ist, so muß man wohl", fragte ich, „zeitlebens in demselben verbleiben?"

„Das ist nicht notwendig," erwiderte Doktor Leete. „Obwohl ein häufiger und rein launenhafter Berufswechsel nicht ermutigt und sogar nicht gestattet wird, so steht es doch, natürlich unter gewissen Bedingungen und in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Dienstes, jedem Arbeiter frei, zu einem andern Industriezweige überzugehen, wenn er glaubt, daß er sich für denselben besser als für den zuerst erwählten eigne. In diesem Falle wird seine Bewerbung unter denselben Bedin-

gungen angenommen, als wenn er zum ersten Male eine Wahl träfe. Und zudem kann ein Arbeiter es auch, unter gewissen Bedingungen und nicht zu häufig, erlangen, daß er einem Betriebe derselben Industrie in einem andern Teile des Landes zugeteilt wird, wenn er eine solche Versetzung aus irgendeinem Grunde wünscht. Unter Ihrem System konnte ein unzufriedener Arbeiter allerdings seine Arbeit nach Belieben aufgeben, aber er gab damit auch seinen Unterhalt auf und stellte seine ganze Zukunft in Frage. Wir finden, daß die Anzahl derjenigen, welche eine gewohnte Beschäftigung um einer neuen willen aufzugeben oder alte Freunde und Genossen gegen neue auszutauschen wünschen, gering ist. Es sind nur die schlechteren Arbeiter, die solche Veränderungen wählen, so oft unsere Vorschriften es gestatten. Versetzungen und Entlassungen, welche der Gesundheitszustand verlangt, werden natürlich immer bewilligt."

„Für die handwerksmäßigen Betriebe, denke ich, muß dies System außerordentlich erfolgreich sein," sagte ich; „aber ich sehe nicht, daß es für die höheren Berufe, für die Menschen, welche der Nation mit dem Kopfe anstatt mit der Hand dienen, Sorge trägt. Ohne die Kopfarbeiter können Sie ja doch natürlich nicht auskommen. Wie werden diese denn nun von denjenigen, welche als Landleute oder Handwerker zu dienen haben, ausgeschieden? Das muß, sollte ich meinen, einen sehr feinen Sichtungsprozeß erfordern."

„So ist es auch," erwiderte Doktor Leete, „die sorgfältigste Prüfung ist hier nötig, und daher überlassen wir die Frage, ob jemand mit dem Kopfe oder mit der Hand arbeiten soll, ihm selbst. Am Ende der dreijährigen Dienstzeit, die jeder als gewöhnlicher Arbeiter durchmachen muß, hat er sich, seinen natürlichen Neigungen gemäß, zu entscheiden, ob er sich für eine Kunst oder einen gelehrten Beruf ausbilden oder Landmann oder Handwerker werden will. Wenn er meint, daß er mit dem Hirn besser als mit den Muskeln arbeiten kann, so ist ihm jede mögliche Gelegenheit geboten, die Nachhaltigkeit der vorausgesetzten Neigung festzustellen, sie auszubilden und ihr, wenn er dazu befähigt ist, als seinem Berufe zu folgen. Die Lehranstalten für Technik, Medizin, Plastik und Malerei, Musik, Schauspielkunst und höhere wissenschaftliche Studien sind den Bewerbern stets bedingungslos geöffnet."

„Sind die Schulen nicht von jungen Leuten überfüllt, deren einziges Motiv ist, sich der Arbeit zu entziehen?"

Doktor Leete lächelte ein wenig boshaft. „Seien Sie versichert," sagte er, „nicht einer wird in diese Berufsschulen eintreten zu dem Zwecke, sich der Arbeit zu entziehen. Sie sind für diejenigen bestimmt, welche für die Zweige, die sie lehren, eine besondere Befähigung haben, und jeder andere würde es leichter finden, die doppelte Zahl von Stunden in

seinem Gewerbe zu arbeiten, als in jenen Schulen durchzukommen zu versuchen. Natürlich irren sich viele in ihrem Berufe und geben denselben, wenn sie sich den Anforderungen der Schule nicht gewachsen finden, auf und kehren zum gewerblichen Dienste zurück. Damit ist kein Makel verbunden; denn es entspricht dem öffentlichen Wohle, die Entwicklung aller vermuteten Talente zu ermutigen, deren Vorhandensein nur durch entsprechende Leistungen erwiesen werden kann. Die Kunst- und Gelehrtenschulen Ihrer Zeit hingen in ihrer Existenz von dem Besuche der Schüler ab, und es scheint ein allgemeiner Brauch gewesen zu sein, Zeugnisse an unfähige Personen zu erteilen, die dann ihren Weg in die betreffenden Berufe fanden. Unsere Schulen sind Nationalinstitute, und ihre Prüfungen bestanden zu haben ist ein Beweis einer unzweifelhaften besonderen Befähigung.

„Diese Gelegenheit zu berufsmäßiger Ausbildung," fuhr der Doktor fort, „bleibt jedem offen, bis er das Alter von dreißig Jahren erreicht hat, nach welchem Studierende nicht mehr angenommen werden, da sonst der Zeitraum, in welchem er der Nation in seinem Berufe dienen könnte, bevor er das Alter der Entlassung erreicht, zu kurz werden würde. Zu Ihrer Zeit mußten die jungen Leute schon sehr früh ihre Beschäftigung wählen, und sie verfehlten deshalb in sehr vielen Fällen gänzlich ihren Beruf. Heutzutage ist anerkannt, daß sich bei manchen die natürlichen Fähigkeiten später entwickeln als bei anderen, und deshalb bleibt die Berufswahl, während sie schon mit vierundzwanzig Jahren stattfinden kann, noch sechs weitere Jahre offen."

Eine Frage, welche mir schon ein dutzendmal auf den Lippen geschwebt hatte, fand jetzt Ausdruck, — eine Frage, welche einen Punkt berührte, der zu meiner Zeit für den schwierigsten hinsichtlich der endgültigen Lösung des industriellen Problems angesehen worden war. „Es ist etwas sehr Merkwürdiges," sagte ich, „daß Sie mir noch kein Wort über die Art der Festsetzung der Löhne gesagt haben. Da die Nation der einzige Unternehmer ist, so muß die Regierung die Höhe der Löhne anordnen und bestimmen, wieviel jeder, vom Doktor bis zum Tagelöhner, verdienen soll. Alles, was ich sagen kann, ist, daß dieses System bei uns nie durchzuführen gewesen wäre, und ich sehe nicht, wie es jetzt geschehen kann, falls nicht die menschliche Natur sich geändert hat. Zu meiner Zeit war niemand mit seinem Lohn oder Gehalt zufrieden. Selbst wenn er wußte, daß er genug erhielt, so war er doch sicher, daß sein Nachbar zu viel hatte, was ebenso schlimm war. Wenn die allgemeine Unzufriedenheit in dieser Beziehung, anstatt sich in Verwünschungen und Streiks, die gegen unzählige Unternehmer sich richteten, zu zersplittern, auf einen sich hätte konzentrieren können, und zwar auf

die Regierung, so würde die stärkste, die jemals existiert hat, nicht zwei Zahltage erlebt haben."

Doktor Leete lachte herzlich.

„Sehr wahr, sehr wahr," sagte er, „ein allgemeiner Ausstand würde höchstwahrscheinlich dem ersten Zahltage gefolgt sein, und ein gegen eine Regierung gerichteter Ausstand ist eine Revolution."

„Wie verhüten Sie denn, daß nicht an jedem Zahltage eine Revolution ausbricht?" fragte ich. „Hat irgendein gewaltiger Philosoph einen neuen Kalkul erfunden, durch den der genaue und relative Wert einer jeden Arbeit, sei sie die der Muskeln oder des Hirns, der Hand oder der Stimme, des Ohres oder des Auges, zur Zufriedenheit aller bestimmt werden kann? Oder hat sich die menschliche Natur selbst verändert, so daß keiner mehr auf seinen eigenen Vorteil sieht, sondern jeder auf den seines Nächsten? Das eine oder das andere dieser Ereignisse muß die Erklärung sein."

. . . . .

„Es ist sehr einfach," sagte Doktor Leete. „Als unzählige, in keinem Zusammenhange stehende und voneinander unabhängige Personen die verschiedenen, für Leben und Wohlsein nötigen Dinge produzierten, da mußte ein endloser Austausch zwischen den einzelnen Personen stattfinden, damit diese sich mit dem versorgen konnten, was sie wünschten. Dieser Austausch bildete den Handel, und Geld war das notwendige Medium. Aber sobald die Nation der einzige Produzent aller Waren wurde, da hatten die Individuen, um das zu erhalten, was sie brauchten, keinen Austausch mehr nötig. Alles konnte man aus einer Quelle und nicht anderswoher beziehen. Ein System direkter Verteilung aus den nationalen Warenlagern trat an die Stelle des Handels, und zu jenem war das Geld unnötig."

„Wie geschieht diese Verteilung?" fragte ich.

„Auf die möglichst einfache Weise," erwiderte Doktor Leete. „Ein Kredit, der seinem Anteil an der jährlichen Produktion des Landes entspricht, wird jedem Bürger am Anfange eines jeden Jahres in der Staatsbuchführung eingeräumt, und eine Kreditkarte wird ihm ausgestellt, auf Grund welcher er sich aus den öffentlichen Warenlagern, die es in jeder Gemeinde gibt, das besorgt, was er nur wünscht und wann er es wünscht. Diese Einrichtung beseitigt, wie Sie sehen, vollständig die Notwendigkeit aller Handelsgeschäfte zwischen einzelnen Personen. Vielleicht möchten Sie sehen, wie eine solche Kreditkarte aussieht."

„Sie bemerken," fuhr er fort, als ich neugierig das Stück Kartonpapier betrachtete, welches er mir gegeben hatte, „daß diese Karte auf eine gewisse Anzahl Dollars ausgestellt ist. Wir haben das alte Wort

beibehalten, aber nicht die Sache. Der Ausdruck, wie wir ihn brauchen, entspricht nicht einem wirklichen Dinge, sondern dient nur als ein algebraisches Zeichen, um die Werte der verschiedenen Produkte miteinander zu vergleichen. Zu diesem Zwecke ist für alle ein Preis in Dollars und Cents festgesetzt, ganz wie zu Ihrer Zeit. Der Wert der von mir auf Grund dieser Karte entnommenen Gegenstände wird von dem Beamten gebucht, welcher aus diesen Reihen von Vierecken den Preis des von mir Bestellten ausschneidet."

„Wenn Sie von Ihrem Nachbar etwas zu kaufen wünschten, könnten Sie ihm dann einen Teil Ihres Kredits als Entschädigung übertragen?" fragte ich.

„Zunächst," erwiderte Doktor Leete, „haben unsere Nachbarn uns nichts zu verkaufen; aber jedenfalls würde unser Kredit nicht übertragbar sein, da er streng persönlich ist. Bevor die Nation auch nur daran denken könnte, irgendeine solche Übertragung, von der Sie reden, anzuerkennen, würde sie verbunden sein, alle Einzelheiten der Verhandlung zu untersuchen, um imstande zu sein, sich von deren völliger Rechtmäßigkeit zu überzeugen. Es würde Grund genug gewesen sein, selbst wenn es keinen anderen gegeben hätte, das Geld abzuschaffen, daß der Besitz desselben kein Beweis des rechtmäßigen Anspruchs auf dasselbe war. In den Händen des Menschen, der es gestohlen oder durch Mord erlangt hatte, war es ebensoviel wert, wie in den Händen desjenigen, der es durch seinen Fleiß erworben. Die Menschen tauschen heutzutage Gaben der Freundschaft untereinander aus; aber Kaufen und Verkaufen gilt für etwas, das unverträglich ist mit dem gegenseitigen Wohlwollen und der Uneigennützigkeit, welche zwischen den Bürgern herrschen sollten, und mit dem Gefühle der Gemeinsamkeit der Interessen, auf welchem unsere Gesellschaftsordnung beruht. Nach unseren Ansichten ist Kaufen und Verkaufen in allen seinen Folgen gesellschaftsfeindlich. Es erzieht zur Selbstsucht auf Kosten anderer; und kein Gemeinwesen, dessen Bürger in einer solchen Schule gebildet worden sind, kann sich über einen sehr niedrigen Grad der Zivilisation erheben."

„Wie nun aber, wenn Sie einmal mehr ausgeben müssen, als Ihre Karte Ihnen zugesteht?" fragte ich.

„Der Betrag ist so reichlich, daß es wahrscheinlicher ist, daß wir ihn bei weitem nicht ausgeben werden," erwiderte Doktor Leete. „Aber wenn außerordentliche Ausgaben ihn erschöpfen sollten, so können wir einen beschränkten Vorschuß von dem Kredit des nächsten Jahres erhalten, obwohl man diesen Brauch nicht ermutigt und einen großen Abzug macht, um ihm Einhalt zu tun. Natürlich, wenn jemand sich als ein sorgloser Verschwender erweisen sollte, so würde er sein Gehalt monatlich

oder wöchentlich erhalten, oder wenn es notwendig wäre, würde es ihm überhaupt nicht gestattet werden, dasselbe zu verwalten."

„Wenn Sie Ihr Guthaben nicht verbrauchen, so wächst es wohl an?"

„Das ist bis zu einem gewissen Umfange auch gestattet, falls eine besondere Ausgabe zu erwarten ist. Aber wenn nicht das Gegenteil angezeigt wird, so wird angenommen, daß der Bürger, welcher seinen Kredit nicht völlig ausnutzt, keine Gelegenheit dazu gehabt hat, und der Rest wird zu dem allgemeinen Überschuß hinzugeschlagen."

„Ein solches System ermutigt die Bürger nicht eben zur Sparsamkeit," sagte ich.

„Das soll es auch nicht," war die Antwort. „Die Nation ist reich, und sie wünscht nicht, daß man sich irgendwelches Gute versage. Zu Ihrer Zeit waren die Menschen genötigt, Geld und Gut aufzuspeichern, um sich gegen künftige Verluste zu schützen und für ihre Kinder zu sorgen. Die Notwendigkeit machte die Sparsamkeit zur Tugend. Aber jetzt würde sie kein solch löbliches Ziel haben, und da sie ihre Nützlichkeit eingebüßt hat, wird sie nicht mehr als eine Tugend angesehen. Niemand sorgt mehr für den kommenden Tag, weder für sich noch für seine Kinder; denn die Nation verbürgt die Ernährung, die Erziehung und den behaglichen Unterhalt eines jeden Bürgers, von der Wiege bis zum Grabe."

„Das ist eine gar große Bürgschaft!" sagte ich. „Welche Sicherheit besteht, daß der Wert der Arbeit eines Menschen die Nation für ihre Auslagen entschädigen wird? Im ganzen mag die Gesellschaft imstande sein, den Unterhalt aller ihrer Glieder zu beschaffen; aber einige müssen weniger erwerben, als für ihren Unterhalt hinreicht, und andere mehr: und das bringt uns wieder zur Lohnfrage zurück, über welche Sie bisher noch gar nichts gesagt haben. Wenn Sie sich erinnern, war es gerade dieser Punkt, bei dem unsere Unterhaltung gestern abbrach; und ich sage abermals, daß nach meiner Meinung hier ein nationales Industriesystem, wie das Ihrige, seine Hauptschwierigkeit finden muß. Wie, so frage ich nochmals, können Sie in befriedigender Weise die verhältnismäßigen Löhne und Entgelte für die Menge der so verschiedenen und unvergleichbaren Berufsarten feststellen, welche der Dienst der Gesellschaft erfordert? Zu unserer Zeit bestimmte der Marktpreis den Preis aller Arten von Arbeit sowohl als von Gütern. Die Unternehmer bezahlten so wenig, und die Arbeiter nahmen so viel, wie sie konnten. Moralisch, das gebe ich zu, war dies kein schönes System; aber es gewährte uns wenigstens eine brauchbare ungefähre Formel zur Entscheidung einer Frage, welche jeden Tag zehntausendmal entschieden werden mußte, wenn die Welt überhaupt vorwärts kommen sollte. Es schien uns kein anderes anwendbares Mittel zu geben."

„Ja," erwiderte Doktor Leete, „es war auch das einzige anwendbare Mittel unter einem Systeme, welches das Interesse eines jeden Individuums zu dem jedes andern in Gegensatz brachte; aber es würde erbärmlich gewesen sein, wenn die Menschheit niemals einen bessern Plan hätte ersinnen können; denn der Ihrige war nur die Anwendung der Teufelsmaxime ‚Deine Not ist mein Nutzen' auf die gegenseitigen Beziehungen der Menschen. Die Belohnung für irgendeine Dienstleistung hing nicht von ihrer Schwierigkeit, Unannehmlichkeit oder Gefahr ab, — denn es scheint, daß in der ganzen Welt die gefährlichste, härteste und widerwärtigste Arbeit von den am schlechtesten bezahlten Klassen geleistet wurde; sondern lediglich davon, wieviel die, welche den Dienst brauchten, zu geben gezwungen waren."

„Alles das ist zuzugeben," sagte ich. „Aber bei allen seinen Mängeln war doch das Verfahren, die Preise nach Angebot und Nachfrage zu regeln, eine praktische Methode; und ich kann mir nicht denken, welchen befriedigenden Ersatz Sie dafür ersonnen haben können. Da der Staat der einzige Unternehmer ist, so gibt es natürlich keinen Arbeitsmarkt oder Marktpreis. Die Löhne aller Art müssen von der Regierung willkürlich festgesetzt werden. Ich kann mir keine verwickeltere und heiklere Aufgabe denken, als diese sein muß, — keine, die, wie immer sie gelöst werden möge, so sicher ist, allgemeine Unzufriedenheit hervorzurufen."

„Ich bitte um Verzeihung," erwiderte Doktor Leete, „ich denke, Sie übertreiben die Schwierigkeit. Nehmen Sie an, eine aus verständigen Männern bestehende Behörde wäre damit beauftragt, die Löhne für alle Arten von Gewerben unter einem Systeme festzusetzen, welches, wie das unserige, bei freier Wahl des Berufes allen Beschäftigung verbürgt. Sehen Sie nicht, daß, wie ungenügend auch die erste Abschätzung sein möge, die Fehler sich bald von selbst berichtigen würden? Die begünstigten Gewerbe würden zu viele Freiwillige und die zurückgesetzten zu wenige haben, bis der Fehler verbessert wäre. Aber das bemerke ich nur nebenbei; denn obwohl dieser Plan, denke ich, praktisch genug sein würde, so ist er doch kein Teil unseres Systems."

„Wie regeln Sie denn nun also die Löhne?" fragte ich noch einmal.

Doktor Leete antwortete erst nach mehreren Augenblicken schweigenden Nachsinnens. „Ich weiß natürlich", sagte er endlich, „genug von der alten Ordnung der Dinge, um genau zu verstehen, was Sie mit jener Frage meinen; aber die gegenwärtige Ordnung ist in diesem Punkte so ganz anders, daß ich ein wenig verlegen bin, wie ich Ihre Frage am besten beantworte. Sie fragen mich, wie wir die Löhne regeln; ich kann nur erwidern, daß es in der modernen Nationalökonomie keinen Begriff

gibt, welcher irgendwie dem entspricht, der zu Ihrer Zeit unter Lohn verstanden wurde."

„Sie meinen wohl, daß Sie kein Geld haben, worin der Lohn gezahlt wird?" sagte ich. „Aber der dem Arbeiter gewährte Anspruch auf Bezug von Waren aus den öffentlichen Vorräten entspricht dem, was bei uns Lohn war. Wie wird nun die Höhe des Kredits, der den Arbeitern in den verschiedenen Berufszweigen eröffnet wird, bestimmt? Unter welchem Rechtstitel beansprucht der einzelne seinen besonderen Anteil? Was ist die Grundlage der Verteilung?"

„Sein Rechtstitel", erwiderte Doktor Leete, „ist sein Menschentum. Sein Anspruch ruht auf der Tatsache, daß er ein Mensch ist."

„Auf der Tatsache, daß er ein Mensch ist!" wiederholte ich ungläubig. „Sie meinen damit doch nicht etwa, daß alle den gleichen Anteil haben?"

„Ganz sicher."

Die Leser dieses Buches, welche nie eine andere Einrichtung praktisch kennen gelernt und nur durch geschichtliche Studien davon Kunde haben, daß in früheren Epochen ein ganz anderes System herrschte, können sich unmöglich das an Betäubung grenzende Erstaunen vorstellen, in welches Doktor Leetes einfache Erklärung mich versetzte.

„Sie sehen," sagte er lächelnd, „es liegt nicht bloß daran, daß wir kein Geld haben, worin wir den Lohn bezahlen können, sondern daß wir, wie ich sagte, überhaupt nichts haben, was Ihrem Begriffe des Lohnes entspricht."

Inzwischen hatte ich mich hinreichend erholt, um einigen der kritischen Einwände Ausdruck geben zu können, welche mir, dem Manne des neunzehnten Jahrhunderts, gegen diese mich verblüffende Einrichtung zuerst aufstießen. „Manche leisten noch einmal so viel als andere!" rief ich aus. „Sind die geschickten Arbeiter mit einem Systeme zufrieden, das sie mit den mittelmäßigen auf eine Linie stellt?"

„Wir lassen nicht den geringsten Grund übrig, irgendwie über Ungerechtigkeit zu klagen," erwiderte Doktor Leete, „da wir von allen genau dasselbe Maß der Dienstleistung verlangen."

„Wie können Sie das, möchte ich gern wissen, da es doch kaum zwei Menschen gibt, deren Kräfte die gleichen sind?"

„Nichts kann einfacher sein," war Doktor Leetes Erwiderung. „Wir verlangen von jedem, daß er die gleiche Anstrengung macht; das heißt, wir fordern von ihm die beste Leistung, deren er fähig ist."

„Und angenommen, alle leisten das Beste, was sie können," antwortete sie, „so wird doch das Arbeitsprodukt des einen noch einmal so groß sein wie das des andern."

„Sehr wahr," erwiderte Doktor Leete; „aber die Größe des Arbeits-

produktes hat gar nichts mit unserer Frage zu tun, die eine Frage des Verdienstes ist. Verdienst ist ein moralischer Begriff und die Größe des Arbeitsproduktes ein materieller. Er würde eine sonderbare Art von Logik sein, welche eine moralische Frage durch einen materiellen Maßstab zu entscheiden versuchte. Der Grad der Anstrengung allein kommt beim Verdienst in Frage. Alle, welche ihr Bestes leisten, leisten das Gleiche. Die Begabung eines Menschen, so göttlich sie auch sein möge, bestimmt nur das Maß seiner Verpflichtung. Der hochbegabte Mensch, der nicht alles tut, was er kann, wird, ob er auch mehr leiste als der wenig begabte, welcher sein Bestes tut, für einen minder verdienstvollen Arbeiter gehalten als der letztere, und stirbt als Schuldner seiner Mitmenschen. Der Schöpfer stellt den Menschen ihre Aufgaben durch die Fähigkeiten, welche er ihnen verleiht; wir fordern nur deren Erfüllung."

„Ohne Zweifel ist das eine sehr edle Philosophie," sagte ich; „nichtsdestoweniger erscheint es hart, daß derjenige, welcher zweimal soviel schafft als ein anderer, gesetzt auch, daß beide ihr Bestes tun, nur denselben Gewinnanteil haben sollte."

„Erscheint es Ihnen in der Tat so?" antwortete Doktor Leete. „Mir nun wieder erscheint dies seltsam. Die Art, wie heutzutage die Menschen die Sache auffassen, ist: daß jemand, der mit der gleichen Anstrengung zweimal so viel als ein anderer leisten kann, anstatt dafür belohnt zu werden, bestraft werden sollte, wenn er es nicht tut. Belohntet ihr wohl im neunzehnten Jahrhundert ein Pferd, weil es eine schwerere Last zog als eine Ziege? Wir würden es tüchtig peitschen, wenn es das nicht getan hätte, aus dem Grunde, weil es das hätte tun sollen, da es ja so viel stärker ist. Es ist sonderbar, wie sich die moralischen Maßstäbe ändern." Der Doktor sagte dies mit einem solchen Zwinkern in seinem Auge, daß ich lachen mußte.

„Ich vermute," sagte ich, „daß der wahre Grund, weswegen wir die Menschen für ihre Anlagen belohnten, während wir die von Pferden und Ziegen nur als einen Umstand ansehen, welcher die streng von ihnen zu fordernde Leistung festsetzte, der war, daß die Tiere, als vernunftlose Geschöpfe, von Natur das Beste taten, was sie konnten, während die Menschen nur dadurch dazu bestimmt werden konnten, daß man sie nach der Größe ihrer Leistung belohnte. Das läßt mich fragen, ob Sie nicht, falls sich nicht die menschliche Natur in den hundert Jahren gewaltig verändert hat, derselben Notwendigkeit unterworfen sind."

„Das sind wir," erwiderte Doktor Leete. „Ich glaube nicht, daß sich in dieser Hinsicht die menschliche Natur seit Ihrer Zeit irgendwie verändert hat. Sie ist immer noch so beschaffen, daß besondere Reiz-

mittel in der Gestalt von Preisen und zu erringenden Vorteilen erforderlich sind, um beim Durchschnittsmenschen in irgendeiner Richtung die höchste Anspannung seiner Kräfte hervorzurufen."

„Aber welche Antriebe", fragte ich, „kann ein Mensch haben, die höchsten Anstrengungen zu machen, wenn, wie viel oder wie wenig er auch vollbringen möge, sein Einkommen dasselbe bleibt? Erhabene Charaktere können unter jeder Gesellschaftsordnung durch die Hingabe an das Gemeinwohl bewegt werden; aber hat nicht der Durchschnittsmensch die Neigung, mit seinem Streben nachzulassen, indem er denkt, daß es ja keinen Zweck hat, sich zu bemühen, da alle Anstrengung sein Einkommen doch nicht vermehren und die Unterlassung derselben es nicht vermindern wird?"

„Scheint es Ihnen wirklich so," antwortete mein Gefährte, „daß die menschliche Natur für alle anderen Motive außer der Furcht vor Mangel und der Liebe zum Wohlleben unempfindlich ist, so daß Sie erwarten müssen, mit der Sicherheit und Gleichheit des Unterhalts werde jeglicher Antrieb zu Anstrengungen aufhören? Ihre Zeitgenossen glaubten es tatsächlich nicht, ob sie sich gleich eingebildet haben mögen, es zu glauben. Wenn es sich um die höchsten Arten der Anstrengung handelte, um die völlige Selbstaufopferung, dann verließen sie sich auf ganz andere Antriebe. Nicht höherer Lohn, sondern Ehre und die Hoffnung auf die Dankbarkeit der Menschen, Vaterlandsliebe und Pflichtgefühl waren die Motive, welche sie ihren Soldaten zeigten, wenn es sich darum handelte, für sein Volk zu sterben; und nie gab es ein Zeitalter der Welt, wo diese Motive nicht das Beste und Edelste im Menschen hervorriefen. Und nicht nur dies; sondern wenn Sie die Liebe zum Gelde, welche der gewöhnliche Trieb zur Anstrengung in Ihren Tagen war, untersuchen, so werden Sie finden, daß die Furcht vor Mangel und der Wunsch nach Wohlleben nicht die einzigen Motive waren, welche dem Streben nach Gelderwerb zugrunde lagen. Bei vielen Menschen waren andere Motive weit einflußreicher: das Streben nach Macht, nach gesellschaftlicher Stellung, nach der Ehre, als Mann von Talent und Erfolg zu gelten. So sehen Sie denn, daß, obwohl wir die Armut und die Furcht davor, übermäßigen Luxus und die Hoffnung darauf beseitigt haben, wir den größeren Teil der Motive, die in früheren Zeiten der Liebe zum Gelde zugrunde lagen, und alle diejenigen, welche die erhabeneren Arten der Tätigkeit beseelten, unberührt gelassen haben. Die roheren Beweggründe, die uns nicht mehr antreiben, sind durch höhere ersetzt worden, welche dem bloßen Lohnarbeiter Ihrer Zeit völlig unbekannt waren. Jetzt, da der Gewerbefleiß jeder Art nicht mehr Selbstdienst, sondern Dienst der Nation ist, wird der Arbeiter, wie zu Ihrer

Zeit der Soldat, durch Patriotismus und Liebe zur Menschheit angetrieben. Das Heer der Arbeit ist ein Heer, nicht allein durch seine vollkommene Organisation, sondern auch durch den Opfermut, der seine Glieder beseelt.

„Aber wie Sie die Motive der Vaterlandsliebe durch die Liebe zum Ruhme zu ergänzen pflegten, um die Tapferkeit Ihrer Soldaten anzuspornen, so tun auch wir es. Da unser industrielles System auf dem Prinzip beruht, von einem jeden das gleiche Maß von Anstrengung zu verlangen, nämlich das Beste, was er leisten kann, so werden Sie sehen, daß die Mittel, durch welche wir die Arbeiter antreiben, ihr Bestes zu tun, ein sehr wesentlicher Teil unseres Systems sind. Bei uns ist Eifer im Dienste der Nation der einzige und der sichere Weg zu öffentlicher Anerkennung, sozialer Auszeichnung und amtlicher Macht. Der Wert der Dienste eines Menschen für die Gesellschaft bestimmt seinen Rang in derselben. Verglichen mit unseren Mitteln, die Menschen zu eifriger Tätigkeit anzuspornen, halten wir Ihre Methode, sich auf die Wirkung des Anblicks drückender Armut und üppiger Pracht zu verlassen, für ebenso schwach und unsicher, wie sie barbarisch war. Die Gier nach Ehre trieb selbst in Ihrer niedrig gesinnten Zeit anerkanntermaßen die Menschen zu verzweifelteren Anstrengungen an, als es die Liebe zum Gelde vermocht hätte."



Georges Sorel



Apologie der Gewalt

von

Georges Sorel

1908

Wer sich mit revolutionären Worten an das Volk wendet, muß seine Aufrichtigkeit einer genauen Probe unterziehen. Denn die Arbeiter verstehen diese Worte in dem Sinne, wie sie sich ihnen in ihrer Sprache darstellen, und geben sich nicht mit Deutungen ab. Als ich zuerst über proletarische Gewaltmaßnahmen schrieb, war ich mir vollständig klar darüber, welche schwere Verantwortlichkeit ich auf mich nahm, als ich versuchte, die historische Rolle der Gewaltakte zu schildern, welche unsere Sozialisten im Parlament so eifrig zu verhüllen bestrebt sind. Heute zögere ich nicht, zu erklären, daß der Sozialismus ohne eine Apologie der Gewalt nicht bestehen könne.

Das Proletariat verkündet seine Macht, seine Existenz, in den Streiks. Ich kann mich nicht entschließen, in einem Streik etwas Ähnliches zu erblicken, wie in dem zeitweiligen Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen einem Krämer und seinem Lieferanten, weil die beiden sich nicht über die Preise verständigen können. Der Streik ist eine Erscheinung des Krieges, es ist deshalb eine große Unwahrheit, daß die Gewalt eine Erscheinung ist, die aus den Streiks verschwinden muß.

Die soziale Revolution ist eine Ausdehnung dieses Krieges, dessen Episoden aus Streiks bestehen; deshalb sprechen die Syndikalisten von der Revolution in der Sprache der Streiks, der Sozialismus nimmt für sie den Gedanken der Erwartung und der Vorbereitung des Generalstreiks an, der ähnlich wie ein Sieg Napoleons ein zum Sterben reifes System vernichten wird.

Ein solcher Begriff verträgt sich mit keiner der feinsinnigen Auslegungen, in denen ein Jaurès Meister ist. Es handelt sich um einen Umsturz, in dessen Verlauf die Unternehmer und der Staat durch die organisierten Arbeiter verjagt werden. Unsere Intellektuellen, die von der Demokratie die ersten Plätze erhoffen, werden auf ihre Wissenschaft verwiesen, die Parlamentssozialisten, die in den durch die Bourgeoisie geschaffenen Organisationen die Mittel finden, eine gewisse Rolle zu spielen, werden überflüssig werden.

Die Beziehungen zwischen den gewaltsamen Streiks und dem Kriege sind sehr ausbaufähig. Niemand zweifelt, daß der Krieg den antiken Republiken die Ideen geliefert hat, die den Schmuck unserer modernen Kultur bildet. Der soziale Krieg, auf den das Proletariat sich in den Syndikaten unablässig vorbereitet, kann die Elemente einer neuen Zivilisation schaffen, die sich für ein Volk von Arbeitern und Erzeugern schickt. Ich werde nie müde, die Aufmerksamkeit meiner jungen Freunde auf die Probleme hinzulenken, welche der Sozialismus von dem Gesichtspunkte einer Zivilisation von Arbeitern bietet. Ich stelle fest, daß sich heute eine Philosophie entwickelt, die sich auf diesen Plan einstellt und an die man vor wenigen Jahren kaum gedacht hätte; diese Philosophie ist mit einer Apologie einer Gewalt eng verknüpft.

Ich habe für den „schöpferischen Haß" niemals die Bewunderung gehegt, die Jaurès ihm gewidmet hat. Ich empfinde für die Meister der Guillotine nicht die gleiche Nachsicht wie er. Ich verabscheue jede Maßregel, die den Besiegten unter dem Schein eines Urteilsspruchs erschlägt. Der am hellen lichten Tage geführte Krieg, der keine heuchlerische Milde angesichts der Leiche eines unversöhnlichen Feindes kennt, schließt alle Erniedrigungen aus, die die Bürger der Revolution des 18. Jahrhunderts entehrt hat. Die Apologie der Gewalt ist in diesem Fall besonders leicht.

Es würde wenig nützen, den Armen zu erklären, daß sie im Unrecht sind, gegen ihre Herren Eifersuchts- und Rachegefühle zu empfinden; diese Gefühle sind zu stark, als daß sie durch Ermahnungen unterdrückt werden können, und auf die Allgemeinheit dieser Empfindungen gründet vor allem die Demokratie ihre Gewalt. Der soziale Krieg kann, indem er an das Ehrgefühl appelliert, welches sich so natürlich in jeder organisierten Armee entwickelt, die häßlichen Empfindungen ausschalten, gegen die die Moral ohnmächtig geblieben wäre. Wenn es keinen anderen Grund gäbe als diesen, um dem revolutionären Syndikalismus einen hohen zivilisatorischen Wert beizumessen, so würde dieser Grund mir ausreichend scheinen, um mich auf die Seite der Apologisten der Gewalt zu stellen.

Der Gedanke des Generalstreiks, der durch die Praxis der gewaltsamen Streiks erzeugt wird, enthält den Begriff eines nicht wieder abzuändernden Umsturzes. Darin liegt etwas Erschreckendes, — um so mehr als bis dahin die Gewalt einen großen Raum in den Geistern der Proletarier eingenommen haben wird. Aber indem sie ein ernstes, furchtbares und erhabenes Werk unternehmen, erheben sich die Sozialisten über unsere leichtfertige Gesellschaft und werden würdig, der Welt neue Namen zu zeigen.

Man könnte die Parlamentssozialisten mit den Bematen vergleichen, aus denen Napoleon einen neuen Adel gebildet hatte und die sich mühten, den von dem „Ancien Régime“ überkommenen Staat zu kräftigen. Der revolutionäre Syndikalismus würde den napoleonischen Armeen entsprechen, deren Soldaten soviel Heldentaten verrichteten, obwohl sie wußten, daß sie arm bleiben würden. Was ist von dem Kaiserreich geblieben? Nichts als das Heldengedicht der Großen Armee! Was von der gegenwärtigen sozialistischen Bewegung bleiben wird, das wird die Epoche der Streiks sein.



Hubert Lagardelle



Le socialisme ouvrier

von

Hubert Lagardelle

1908

Der französische Syndikalismus ist aus der Reaktion des Proletariats gegen die Demokratie entstanden. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Arbeiterklasse die Rückkehr zu den früheren politischen Verfassungen erträumt oder die verhältnismäßige Überlegenheit des gegenwärtigen Systems verkennt. In der Demokratie erkennt sie nur die volkstümliche Gestalt der Herrschaft der Bourgeoisie. Dies scheint zunächst paradox. Wie kann die Arbeiterklasse sich gegen die ideale Regierung des Volkes durch das Volk auflehnen? Ist die Demokratie nicht stets das Endziel der volkstümlichen Forderungen gewesen? Tatsächlich erscheint diese Abneigung der französischen Arbeiter gegen den republikanisch gewordenen Staat mit das Charakteristikum der Geschichte der jüngsten Zeit zu sein.

Was ist die Ursache? Man muß sie in der demokratischen Erfahrung selbst suchen? Die französischen Arbeiter haben die Volksmacht am Werke gesehen und haben festgestellt, daß weder der Wechsel in der persönlichen Regierung noch die Umgestaltung der politischen Einrichtungen das Wesen des Staates verändert haben. Die Gestalt ist erneuert, die Grundlage ist geblieben, die Staatsmaschine bleibt immer dieselbe Zwangsgewalt im Dienste der politischen Macht, und das gerade ist die Enttäuschung, welche die französischen Arbeiter erfahren haben, indem sie unter der Verschiedenheit der Formen die Identität des Staates festgestellt haben, die ihnen die wahre Natur der Macht enthüllt hat. Von diesem Augenblick ab haben sie beschlossen, nicht die Regierung zu wechseln, sondern sie zu vernichten. Darin liegt es, daß, während die Erzeuger in den meisten andern Ländern als Ursache ihrer Leiden den nicht genügend volkstümlichen Mechanismus des Staates anklagen und während sie das Heil von neuen politischen Männern erwarten, die Proletarier Frankreichs, die alle Formen der Macht erschöpft haben, sich gegen die Macht selber empören.

Hieraus muß man die politischen Stimmungen der kämpfenden Arbeiter beurteilen. Ich verkenne nicht, wie schwierig es für die Proletarier der imperialistisch oder monarchistisch regierten Länder ist, die

syndikalistische Aktion zu verstehen. Solange die Arbeiterklassen nicht die politische Gleichberechtigung erhalten haben, das allgemeine Stimmrecht, die parlamentarische Regierungsform, solange kämpfen sie unablässig um den Sieg der Volksregierung, und erst in dem Augenblick, wo sie sie besitzen, sagen sie sich davon los. . . .

Der Zweck des Sozialismus ist, die Fabrik von der Herrschaft des Unternehmers und die Gesellschaft von der Herrschaft des Staates zu befreien. Der Sozialismus will den frei vereinigten Erzeugern das Eigentum an den Produktionsmitteln geben und den sozialen Körper von der drückenden Vormundschaft des Staates befreien. Es handelt sich mit anderen Worten für den Sozialismus darum, gleichzeitig die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Regierung des Menschen durch den Menschen aufzuheben.

Ich lege Wert darauf, von Anfang an nicht nur den unternehmerfeindlichen, sondern auch den staatsfeindlichen Charakter des sozialistischen Kampfes zu betonen. Nur zu oft läßt die Propaganda die Verneinung des Staates hinter der Verneinung des Unternehmertums zurücktreten. Und dennoch ist es die ununterbrochene Überlieferung des sozialistischen Gedankens von Marx bis Proudhon, diese beiden Endziele der sozialen Umwälzung aufzustellen. Wie konnte man sich auch ein Volk von freien Arbeitern vorstellen ohne ein anderes Gesetz als die Verpflichtung zu arbeiten und ohne einen anderen Zwang als die freiwillige Disziplin der Fabrik, wenn dieser ungeheuerliche Auswuchs, Staat genannt, nicht verschwände, um der Gesellschaft endlich ein freies Aufatmen zu ermöglichen.

Dieses doppelte Ziel — Befreiung der Fabrik, Befreiung der Gesellschaft, Abschaffung des Unternehmertums, Abschaffung des Staates — hat eine schwerwiegende Folge. Die arbeitende Klasse, die unter Ausschluß der anderen Klassen der Träger dieser Umwandlung ist, muß gewärtig werden, eines Tages in der Fabrik die Nachfolge des Kapitalismus zu übernehmen und gleichzeitig die Gesellschaft dem Parasiten Staat zu entreißen. Das dem Sozialismus hiermit gestellte Problem bedeutet also, zu wissen, wie sich allmählich der Aufstieg des Proletariats zu der politischen Kapazität vollziehen wird, d. h. wie die Arbeiterklasse die Fähigkeit erlangen wird, die Gesamtheit der sozialen Beziehungen von Grund auf umzugestalten.

Es liegen verschiedene Vorschläge vor, welche die großen, sich gegenseitig bekämpfenden Leitgedanken darstellen. Die Reformtendenz ist von dem Genossen Varenne und die revolutionäre Tendenz von dem Genossen Lafargue dargelegt worden. Varenne hat vorgeschlagen, die revolutionäre Phrase abzuschaffen und nur die reformierende Praxis zu behalten.

Lafargue hat der Praxis des Tages die Möglichkeit bestritten, eine Umwälzung herbeizuführen, und er hat dem demokratischen Reformismus den herkömmlichen Gesichtspunkt der totalen Revolution gegenübergestellt, die sofort realisierbar sei, ohne daß vorher die gegenwärtige Gesellschaft sozialistisch durchdrungen würde.

Diese beiden Anträge bringen nichts Neues. Seit langer Zeit fordert der Reformismus mit Bernstein, die sozialistische Theorie aufzugeben, um nur die Reform-Praxis beizubehalten, und seit längerer Zeit stellt die offizielle Orthodoxie mit Kautsky der demokratischen Praxis die alte Zusammenbruchs-Theorie im romantischen Sinne des Wortes gegenüber. Es scheint also unnötig, sich bei diesen beiden Anträgen länger aufzuhalten. Aber es liegen drei weitere Resolutionen vor, darunter die des Genossen Jaurès. Alle drei erkennen an, daß die syndikalistische Bewegung einen genauen Anhalt gegeben hat, um eine praktische sozialistische Politik betreiben zu können. Aber nur die Entschließung des Genossen Jaurès ist ein Versuch, eine neue Lösung der sich bietenden Probleme zu bringen. Jaurès billigt der syndikalistischen Erfahrung einen hervorragenden revolutionären Wert zu. Seine Entschließung übernimmt zu einem nicht unwesentlichen Teil die Gedanken des Syndikalismus, aber im weiteren Verlauf vergißt sie diese Voraussetzungen und gelangt zu der Forderung eines Zusammenarbeitens der verschiedenen Klassen, wie sie schlimmer kein Reformsozialist hätte ausdenken können.

Wenn man den Teil der Jaurèsschen Resolution liest, der die Überschrift „Syndikalismus" trägt, so wird man die Grundsätze des Syndikalismus wiederfinden. Das Syndikat wird als das natürliche Organ des Klassenkampfes betrachtet, die unmittelbare Aktion wird als die normale Form des Arbeiterkampfes bezeichnet, und der Generalstreik erscheint als das spezifische Mittel der sozialen Befreiung.

Im Syndikat also, dem wirtschaftlichen Boden der Arbeiterklasse, trennen sich die Arbeiter von den andern Klassen und fühlen sich als besondere Klasse. Im Syndikat diskutieren nur Arbeiter mit Arbeitern, und zwar ausschließlich über Arbeiterfragen. Das Syndikat erfaßt somit den Erzeuger nur in seiner Eigenschaft als Erzeuger und stellt ihn der Gesamtheit der Nichterzeuger gegenüber.

Es genügt, der syndikalistischen Gruppierung die anderen Gruppierungen gegenüberzustellen, z. B. die Gruppierung der Wähler oder die genossenschaftliche Gruppierung. Die beiden letzteren stellen einen Typ dar, der auf allen Abstufungen der sozialen Welt der gleiche ist. Jedermann ist Wähler, jedermann ist Verbraucher, und man kann nicht sagen, daß eine Klasse der Wähler sich einer Klasse der Nichtwähler oder einer

Klasse der Verbraucher sich einer Klasse der Nichtverbraucher gegenüberstellt.

Aber nicht nur deshalb, weil das Syndikat den Arbeiter in seiner gesellschaftlichen Situation erfaßt und darin festhält, hat es für das Proletariat eine unvergleichlich größere Bedeutung als die anderen Organisationsformen, wie groß auch deren tatsächliche Macht sein möge. Das Syndikat erfaßt auch den Arbeiter in seiner ursprünglichen Funktion, in der Funktion der Erzeugung, die die wunderbarste Manifestation des menschlichen Könnens ist. Auch Jaurès wird den Unterschied erkennen, der das Werk der Erzeugung von der Geste des Wählers oder der Leistung des Verbrauchers unterscheidet. Was den Wert des Syndikats ausmacht, ist, daß es den Arbeiter in der edelsten Haltung seiner Natur ergreift, in seiner Schöpfertätigkeit, in seiner Anstrengung, die tote Materie umzugestalten und ihr beinahe lebendige Züge zu verleihen. Und bei diesem Anlaß wird man sich erinnern, daß aus den Werken eines Proudhon und eines Marx gleichsam ein ständiger Hymnus auf die Arbeit erklingt, auf das Mysterium der Erzeugung, auf die höchste Leistung, die der Mensch erfüllen kann, das eigentlich poetische Werk, das Werk der Schöpfung.

Die unmittelbare Aktion appelliert an die eigenen Kräfte, an die Empfindungen der Initiative und der Verantwortlichkeit, an die unermüdlichen Anstrengungen des kämpfenden Proletariats. Ihr Zweck ist, die Persönlichkeit des Arbeiters über sich selbst hinaus zu heben, ihr das Maximum an Spannung und Energie zu verleihen. Die unmittelbare Aktion steht der indirekten und legalen Aktion der Demokratie des Parlamentes und der Parteien gegenüber. Sie bedeutet, daß an Stelle der Entsendung anderer nach dem demokratischen Verfahren die Arbeiterklasse selbst und für sich selbst handeln will.

Deshalb bedeutet die unmittelbare Aktion das wirkungsvolle Auftreten beherzter Minderheiten: nicht die schwerfällige und zögernde Masse soll den Kampf aufnehmen, nicht mehr soll es die Zahl sein, die das Gesetz macht, nicht die Menge die Regel erzeugen. Sondern eine ausgewählte Mannschaft lenkt die Masse und führt sie auf den Weg des Kampfes. Es geht im Arbeiterkampf zu wie in allen Kämpfen: die Mutigsten, die Kühnsten, die Gewissenhaftesten, die Männer, die sich durch den Glauben an den Heroismus der Aufopferung hinreißen lassen, marschieren an der Spitze. Aber sie lenken die Masse, indem sie ihre tiefsten und eigentlichsten Empfindungen verstehen. Wenn ein Widerspruch zwischen den Betätigungen der revolutionären Elite und den dunklen Ideen der Masse bestünde, würde nur eine von der Gesamtheit der Arbeiterklasse losgelöste einflußlose Führer-Aristokratie bestehen, die bald

wieder verschwände. Aber die unmittelbare Aktion muß sich im Einklang mit den unter der Oberfläche liegenden Masseninstinkten befinden. Die Aktion der eigentlichen Interessenten, d. h. der Massen selbst, soll nicht etwa bedeutungslos werden, die Sache ist vielmehr die, daß die Massen, wenn sie ihre Wünsche auch nicht selbst unmittelbar zum Ausdruck bringen können, sie doch instinktiv fühlen, wer ihre Wünsche vertritt und wer sie verrät. —

Wiederum sieht man hier den großen Gegensatz zwischen der unmittelbaren Aktion und den friedlichen und versöhnlichen Praktiken des Parlamentarismus. Es läßt sich keinesfalls leugnen, daß der Parlamentarismus einen negativen und kritischen Wert hat. Marx hat mit Recht betont, daß der Parlamentarismus allen anderen politischen Systemen überlegen ist, insofern es für ihn nichts Heiliges gibt, er alles profaniert, alles zerstört, alles bezweifelt und keine lebende Autorität gelten läßt. Das aber ist nur eine Seite des Parlamentarismus, die andere Seite ist konservativ. Das liegt daran, daß das letzte Ende des Parlamentarismus der soziale Friede ist. Wenn man lange genug gestritten hat, wenn die verschiedensten Interessen zu Worte gekommen sind, dann erscheint der Kompromiß, der Kuhhandel, und es kommt in Form eines Gesetzes ein Vergleich zustande. Sobald das Gesetz erlassen ist, muß man schweigen, Parlamentarismus ist gleichbedeutend mit Legalität. Wie könnte ein solches System die edelsten Empfindungen der menschlichen Seele entwickeln? Es kann allerdings reale Vorteile erzeugen, aber der Sozialismus verlangt mehr: er will eine Erneuerung der Gewissen, er will der Gesellschaft den Grundsatz der Unabhängigkeit der Arbeit und der Freiheit des Arbeiters bringen. Und diejenigen, die glauben, daß der Sozialismus aus dem demokratischen Mechanismus hervorgehen wird, wollen nicht sehen, daß der Parlamentarismus alles leugnet, was wir behaupten, und alles zerstört, was wir aufbauen.

Die unmittelbare Aktion bedeutet auch, daß das Proletariat selbst die Umwelt schafft, in der es wohnen, wo es kämpfen, wo es seine eigene Zukunft schmieden will. Die rasche Blüte der Syndikate, der Syndikats-Verbände, der Arbeiterbörsen, die Gesamtheit der praktischen Probleme, welche die Arbeiterschaft täglich kühnen Mutes anfaßt, der Wille, sich selbst zu genügen, alles das beweist die aufbauende Wirksamkeit der unmittelbaren Aktion.

Der Begriff bedeutet aber auch und vor allen die ständige revolutionäre Aktion des Proletariats innerhalb der Fabrik. Wenn ich daran erinnert habe, daß das Ziel des Sozialismus ist, die Herrschaft des Unternehmers aus der Fabrik zu vertreiben, so dachte ich an diese tägliche und wesentliche Aufgabe der Syndikate, an die fortschreitende Zurück-

drängung der Rechte der Fabrikherren bei der Bestimmung der Arbeitsordnung und an das Recht der Arbeiter, ihre Arbeit selbst zu regeln. Hierin zeigt sich der Grad des Aufstiegs der Arbeiterklasse: das Proletariat schreitet voran, und der Sozialismus vollendet sich in dem Maße, wie das Arbeiterrecht stärker wird. Wie dieser Weg begangen werden soll? Durch den Kampf der Syndikate, durch den Streik, durch die verschiedenen Modalitäten der unmittelbaren Aktion, durch die ständig wachsende Organisierung des Proletariats.

Der Kampf zwischen den beiden feindlichen Mächten, den Unternehmern, die Herren im Hause bleiben wollen, und den Arbeitern, die die Herren im Hause werden wollen, dieser Kampf setzt sich jenseits der Fabrik fort. Auf allen Gebieten greift das Arbeiterrecht das Recht des Unternehmers an. Nachdem die moralische Macht des Unternehmers beschnitten ist, geht es an seine wirtschaftliche Macht. Der Satz des Profits sinkt im gleichen Maße, wie seine Autorität schwindet. Jener hat einen geistigen und einen materiellen Verlust, der Arbeiter einen doppelten Gewinn, mehr Freiheit und mehr Wohlstand. Ein Genosse hat behauptet, er kenne kein Arbeiterrecht. Aber das ist ja gerade das Arbeiterrecht: das Recht der Arbeit, sich selbst zu organisieren und selbst seine Lebensbedingungen zu bestimmen. Das Unternehmerrecht ist das entgegengesetzte Recht, es ist das Recht des Fabrikherrn, die Fabrik nach seinem Gefallen zu organisieren und den Arbeiter nach seinem Belieben auszubeuten. Und der Klassenkampf ist nur der Kampf zwischen diesen beiden Rechten, ein Kampf, in dem es nur einen Richter gibt: die Gewalt!

Aber die Wirkung der unmittelbaren Aktion ist damit nicht erschöpft, sie wirkt auch auf den Kapitalismus selbst zurück. Sie stößt den Kapitalismus in eine Bahn fortwährenden Fortschreitens. Je anspruchsvoller die Arbeiter werden, um so mehr vervollkommnen die Kapitalisten ihre Technik, vermehren sie ihre Produktion, um in Gestalt reichlicherer Profite die kostspieligsten Zugeständnisse wettzumachen, welche die Arbeiter ihnen abgezwungen haben. Für die wirtschaftliche Entwicklung gibt es nichts Verhängnisvolleres als eine träge Arbeiterklasse, die den Kapitalismus auf seinen eigenen Lorbeeren schlummern läßt. Der Kapitalismus wird nicht immer von dem Rausch gigantischer Unternehmungen hingerissen, er ist gern bequem und selbstgenügsam, um nicht alle Augenblicke ein überlebtes Verfahren und veraltete Maschinen erneuern zu müssen. Aber ein kühnes Proletariat, das in seinen Ansprüchen unersättlich ist, treibt den Kapitalismus fast gegen seinen Willen zu neuen Triumphen der Technik und des Erfolges.

Der dritte Programmpunkt des Syndikalismus ist der Generalstreik. Auch dieser Gedanke hat sich nur ganz allmählich zu seiner vor-

nehmsten Erscheinungsform entwickelt. Zunächst war er ein legitimer Begriff: die Revolution der gekreuzten Arme. Dann nahm er die Gestalt einer politischen Aktion an, man überließ es Ausschüssen und Unterausschüssen, den Generalstreik vorzubereiten, um ihn im geeigneten Moment zu dekretieren. Endlich löste sich der Gedanke allmählich von der Nachahmung politischer Methoden los und erschien in seiner symbolischen Reinheit: der große Gedanke einer äußersten und höchsten Handlung des Proletariats. Dieser Gedanke verleiht den kleinsten Vorkommnissen des täglichen Arbeiterkampfes einen höheren Sinn, er vereint alle mehr oder weniger heterogenen Arbeitergruppen, er rettet täglich den Syndikalismus, der jeden Augenblick in eine Genossenschaftsbewegung oder eine demokratische Reformbewegung zu fallen droht. Der Gedanke des Generalstreiks will sagen, daß die Arbeiter an dem Tage, wo sie nach langem Mühen genügend organisiert sind, die ganze Erzeugung lahmzulegen und mit einem Schlag die kapitalistische Welt zu desorganisieren vermögen. Es handelt sich nicht darum, einen bestimmten Tag im voraus zu bestimmen, es genügt, daß das Proletariat den Augenblick in Gedanken erfaßt hat und daß seine gesamte Handlungsweise eine Vorbereitung auf diesen Moment ist. Wir sind weit entfernt von dem kindlichen Glauben, daß die Welt sich durch die magische Wirkung einer politischen Revolution umgestalten läßt. Die Syndikalisten wissen, daß der Generalstreik in weiter Ferne ist, daß er erst ausbrechen wird, wenn die in langer Schulung und geduldiger Arbeit erzogene Arbeiterschaft fähig sein wird, ihn auszusprechen. Dadurch verliert diese symbolische Idee jeden utopischen Charakter, um als das zu erscheinen, was sie ist: die am tiefsten realistische Idee, die das streitende Proletariat fassen kann.



N. Lenin



Staat und Revolution

Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution

von

N. Lenin

1918

Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871

1. Worin bestand der Heroismus des Versuchs der Kommunarden?

Bekanntlich warnte Marx einige Monate vor der Kommune, im Herbst 1870, die Pariser Arbeiter und wies nach, daß der Versuch, die Regierung zu stürzen, der Ausfluß einer verzweifelten Dummheit wäre. Als aber im März 1871 den Arbeitern ein entscheidender Kampf aufgezwungen wurde und sie ihn annahmen, als der Aufstand zur Tatsache wurde, begrüßte Marx mit der größten Begeisterung die proletarische Revolution trotz der schlimmen Prophezeiungen. Marx versteifte sich nicht auf eine pedantische Verurteilung der „unzeitgemäßen“ Bewegung wie der zu trauriger Berühmtheit gelangte russische Renegat des Marxismus Plechanow, der im November 1905 im Sinne einer Förderung des Kampfes der Arbeiter und Bauern schrieb und nach Dezember 1905 nach liberalem Muster schrie: „Ihr hättet nicht zu der Waffe greifen müssen.“

Marx begnügte sich jedoch nicht damit, sich an dem Heroismus der, wie er sich ausdrückte, „himmelstürmenden“ Kommunarden zu begeistern. Er erblickte in der revolutionären Massenbewegung, obgleich sie ihr Ziel auch nicht erreichte, einen historischen Versuch von ungeheurer Tragweite, einen praktischen Schritt, der wichtiger war als Hunderte von Programmen und Darlegungen. Diesen Versuch zu analysieren, aus ihm Lehren der Taktik zu gewinnen, auf Grund dieses Versuches seine Theorie zu revidieren — dies waren die Aufgaben, die Marx sich stellte.

Die letzte Korrektur, die Marx am Kommunistischen Manifest vorzunehmen für notwendig erachtete, führte er aus auf Grund der revolutionären Erfahrungen der Pariser Kommunarden.

Das letzte, von beiden Verfassern unterzeichnete Vorwort zur neuen deutschen Auflage des Kommunistischen Manifestes ist vom 24. Juni 1872 datiert. In diesem Vorwort erklären die Verfasser Karl Marx und Friedrich Engels, daß das Programm des Kommunistischen Manifestes „heute ... stellenweise veraltet" sei.

„Namentlich", fahren sie fort, „hat die Kommune den Beweis geliefert, daß ‚die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann' ..."

Somit maßen Marx und Engels der Haupt- und Grundlehre der Pariser Kommune eine so ungeheure Bedeutung bei, daß sie sie als wesentliche Korrektur dem Kommunistischen Manifest einfügten.

Es ist überaus bezeichnend, daß gerade diese wesentliche Korrektur von den Opportunisten entstellt worden ist. Ihr eigentlicher Sinn ist sicherlich neun Zehnteln, wenn nicht gar neunundneunzig Hundertsteln der Leser des Kommunistischen Manifestes unbekannt. Ausführlicher kommen wir auf diese Entstellung weiter unten in dem Kapitel zu sprechen, das sich speziell mit den Entstellungen befaßt. Vorläufig genügt es, hervorzuheben, daß das geläufige, vulgäre „Verständnis" für den von uns zitierten berühmten Ausspruch von Marx darauf hinausläuft, als hätte Marx hier die Idee von der allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Eroberung der Macht und ähnlichem betont.

In Wirklichkeit liegt die Sache g e r a d e u m g e k e h r t. Marxens Gedanke ist, daß die Arbeiterklasse „die fertige Staatsmaschinerie" zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf die Besitzergreifung zu beschränken hat.

Am 12. April 1871, d. h. gerade während der Kommune, schrieb Marx an Kugelmann:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire' nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bureaukratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu z e r b r e c h e n, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen."

In diesen Worten „die bureaukratisch-militärische Maschinerie ... zu zerbrechen", ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus zur Frage über die Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten. Und gerade diese Lehre ist nicht nur völlig vergessen, sondern von der herrschenden Kautskyschen „Auslegung" des Marxismus direkt entstellt worden!

Es ist interessant, besonders zwei Stellen aus den angeführten Darlegungen von Marx hervorzuheben. Erstens beschränkt er seine Schlußfolgerung auf den Kontinent. Dies war 1871 verständlich, als England noch das Muster eines rein kapitalistischen Staates ohne Militarismus und in hohem Maße ohne Bureaukratie war. Marx schloß daher damals England aus, wo eine Revolution und selbst eine Volksrevolution ohne die vorherige Zerstörung der „fertigen Staatsmaschinerie" möglich schien und war.

Jetzt, im Jahre 1917, im Zeitalter des ersten großen imperialistischen Krieges, fällt diese Marxsche Einschränkung fort, und England und Amerika, die größten und letzten Vertreter anglo-sächsischer „Freiheit" in der Welt im Sinne des Nichtvorhandenseins von Militarismus und Bureaukratie, sind vollständig in den gesamt-europäischen schmutzigen, blutigen Sumpf der bureaukratisch-militärischen Institutionen hinabgeglitten, die sich alles unterordnen, alles erdrücken. Jetzt ist auch in England und Amerika die „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution" der Abbruch, die Zerstörung der „fertigen Staatsmaschinerie" (die dort in den Jahren 1914—1917 die europäische, dem Imperialismus gemeinsame Vollkommenheit erreicht hat).

Zweitens verdient besondere Beachtung die überaus inhaltreiche Bemerkung von Marx, daß die Zerstörung der bureaukratisch-militärischen Staatsmaschinerie „die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution" bilde. Dieser Begriff von der „Volks"revolution erscheint sonderbar im Munde eines Marx, und die russischen Plechanowleute und Menschewiki, diese Schüler Struves, die als Marxisten gelten möchten, könnten diesen Ausdruck von Marx vielleicht für einen „falschen Zungenschlag" erklären. Sie haben den Marxismus in einer so jammervoll-liberalen Weise verfälscht, daß für sie bloß die Gegenüberstellung zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution existiert, wobei sie auch von diesem Unterschied eine absolut unlebendige Auffassung haben.

Wendet man sich beispielsweise den Revolutionen des zwanzigsten Jahrhunderts zu, so muß man natürlich auch die portugiesische und die türkische Revolution für bürgerlich erklären. Aber weder die eine noch die andere waren „Volks"revolutionen, denn die Volksmassen, die ungeheure Mehrheit des Volkes haben weder an der einen noch an der anderen Revolution sich irgendwie merklich aktiv, selbständig, mit eigenen wirtschaftlichen und politischen Forderungen beteiligt. Dagegen war die russische bürgerliche Revolution von 1905—1907, obgleich ihr so „glänzende" Erfolge versagt blieben, wie sie zeitweilig von der portugiesischen und türkischen Revolution errungen wurden, zweifellos eine „wirkliche ‚Volks'revolution", denn die Masse des Volkes, die Mehrheit desselben,

die geknechteten und ausgebeuteten niedrigsten gesellschaftlichen Schichten, erhoben sich selbständig, gaben dem ganzen Verlauf der Revolution durch ihre Forderungen, ihre Versuche, auf eigene Art eine neue Gesellschaft an Stelle der zerstörten alten aufzubauen, ihr Gepräge.

In Europa bildete 1871 auf dem Kontinent in keinem Lande das Proletariat die Mehrheit des Volkes. Eine „Volks"revolution, die wirklich die Mehrheit des Volkes mit der Bewegung mitreißt, kann nur dann eine solche sein, wenn sie Proletariat und Bauernschaft umfaßt. Beide Klassen bilden dann das „Volk". Beide Klassen haben das gemein, daß die „bureaukratisch-militärische Staatsmaschinerie" sie knechtet, bedrückt, ausnutzt. Diese Maschinerie zu zerschlagen, zu zerbrechen erfordert das wirkliche Interesse des „Volkes", der Mehrheit desselben, der Arbeiter und der Mehrzahl der Bauern. Dies ist die „Vorbedingung" eines freien Bundes zwischen den ärmeren Bauern und den Proletariern; ohne einen solchen Bund ist die Demokratie wenig gefestigt und eine sozialistische Umgestaltung unmöglich.

Zu einem solchen Punkte bahnte sich bekanntlich auch die Pariser Kommune den Weg, die aus einer Anzahl innerer und äußerer Gründe ihr Ziel nicht erreichte.

Wenn somit Marx von einer wirklichen Volksrevolution sprach, so vergaß er durchaus nicht die Eigentümlichkeiten des Kleinbürgertums (er sprach oft und viel von ihnen) und wägte scharf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse der Klassen in den meisten kontinentalen Staaten Europas anno 1871 ab. Andererseits konstatierte er, daß die Zerstörung der Staatsmaschinerie im Interesse der Arbeiter und Bauern gelegen ist, diese verbündet, sie vor die gemeinsame Aufgabe stellt, den „Parasiten" zu beseitigen und ihn durch etwas Neues zu ersetzen.

Und zwar wodurch?

2. Wodurch soll die zerstörte Staatsmaschinerie ersetzt werden?

Auf diese Frage gab Marx 1847 im Kommunistischen Manifest noch eine völlig abstrakte Antwort, richtiger eine Antwort, die die Aufgaben, aber nicht deren Lösung wies. Sie durch eine „Organisation des Proletariats zur herrschenden Klasse", durch „Erkämpfung der Demokratie" zu ersetzen — dies war die Antwort des Kommunistischen Manifestes.

Ohne sich Utopien hinzugeben, erwartete Marx von den Erfahrungen der Massenbewegung eine Antwort auf die Frage, welche konkrete Form diese Organisation des Proletariats als herrschende Klasse annehmen wird, in welcher Weise diese Organisation sich mit der voll-

ständigsten und folgerichtigsten „Erkämpfung der Demokratie" wird verbinden lassen.

Die Erfahrungen der Kommune, so gering sie auch waren, unterzieht Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich" einer genauen Analyse. Wir führen hier die wichtigsten Stellen aus dieser Schrift an:

Im neunzehnten Jahrhundert entwickelte sich die aus dem Mittelalter stammende „zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen — stehende Armee, Polizei, Bureaukratie, Geistlichkeit, Richterstand". Mit Verschärfung der Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit „erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfes bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offner und offner hervor". Die Staatsmacht wird nach der Revolution von 1848—49 „das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit". Das zweite Kaiserreich festigt dies.

„Der gerade Gegensatz zum Kaisertum war die Kommune. Der Ruf nach der „sozialen Republik", womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst.

Worin bestand denn nun diese „bestimmte" Form der proletarisch-sozialistischen Republik? Wie war der Staat beschaffen, dessen Gestaltung sie in Angriff nahm?

... „Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk."

Diese Forderung findet sich heute im Programm aller Parteien, die sich sozialistische nennen wollen. Aber den Wert ihrer Programme erkennt man am besten aus dem Verhalten unserer Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiki, die gerade nach der Revolution vom 27. Februar auf die Verwirklichung dieser Forderung verzichtet haben!

... „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse" ...

„Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. ... Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. ... Von

den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. ... Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung, einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistige Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen. ... Die richterlichen Beamten sollten fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein"...

Die zertrümmerte Staatsmaschinerie wurde somit von der Kommune scheinbar „nur" durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des ständigen Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller beamteten Personen. In Wirklichkeit jedoch bedeutete dieses „nur" die gigantische Ersetzung der einen Institutionen durch Institutionen von prinzipiell anderem Charakter. Hier ist gerade einer der Fälle von „Umwandlung der Quantität in Qualität" zu beobachten: die in denkbar größter Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was schon kein Staat mehr ist.

Die Bourgeoisie und ihren Widerstand zu unterdrücken ist noch immer notwendig. Für die Kommune war dies ganz besonders notwendig, und einer der Gründe ihrer Niederlage ist, daß sie dies nicht entschlossen genug getan hat. Aber das unterdrückende Organ ist hier bereits die Mehrheit und nicht die Minderheit des Volkes, wie dies bisher immer unter der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Lohnsklaverei der Fall war. Wenn aber die Mehrheit des Volkes selbst die eigenen Bedrücker unterdrückt, so ist hierfür eine besondere Gewalt nicht mehr nötig. In diesem Sinne beginnt der Staat abzusterben. Statt besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (das privilegierte Beamtentum, die Führer des ständigen Heeres) kann dies die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen. Je größeren Anteil jedoch das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, um so weniger bedarf es dieser Macht.

Die vollständig durchgeführte Wählarbeit und Absetzbarkeit aller beamteten Personen ohne Ausnahme zu jeder beliebigen Zeit, die Reduzierung ihrer Gehälter auf die Stufe des gewöhnlichen Arbeiterlohnes, diese einfachen und „selbstverständlichen" demokratischen Maßnahmen verbinden die Interessen der Arbeiterschaft mit denen der Mehrheit der Bauern und dienen gleichzeitig als Verbindungssteg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Diese Maßnahmen beziehen sich auf den staatlichen, rein politischen Umbau der Gesellschaftsordnung, sie erhalten aber natürlich ihren eigentlichen Sinn und ihre Bedeutung erst mit der Verwirklichung oder Vorbereitung der „Expropriation der Ex-

propriateure", d. h. mit dem Übergang vom kapitalistischen Privatbesitz an Produktionsmitteln zum öffentlichen Besitz.

„Die Kommune", schrieb Marx, „machte das Stichwort aller Bourgeois-Revolutionen — wohlfeile Regierung — zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und Beamtentum, aufhob.

Aus der Bauernschaft wie auch aus anderen Schichten des Kleinbürgertums gelangt nur eine geringfügige Minderheit „an die Oberfläche", „wird zum Menschen" in bürgerlichem Sinne, d. h. wird entweder zu einem wohlhabenden Menschen, einem Bourgeois, oder zu einem gutsituierten, privilegierten Beamten. Die überwältigende Mehrheit der Bauern wird in jedem kapitalistischen Staat, in dem Bauern vorhanden sind (wie dies in der Mehrzahl der kapitalistischen Staaten der Fall ist), von der Regierung geknechtet. Die Bauern sehnen daher deren Sturz, sehnen eine „billige" Regierung herbei. Verwirklicht werden kann dies **nur** durch das Proletariat, und indem es dies verwirklicht, tut es einen Schritt zur Umgestaltung des Staates zu einem sozialistischen.

3. Beseitigung des Parlamentarismus

„Die Kommune", schrieb Marx, „sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit." . . .

„Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen."

Diese bemerkenswerte Kritik des Parlamentarismus aus dem Jahre 1871 gehört jetzt auch infolge des herrschenden Sozial-Chauvinismus und Opportunismus zu den „vergessenen Worten" des Marxismus. Die Minister und professionellen Parlamentarier, die Verräter am Proletariat und Posten verteilende Sozialisten unserer Tage überließen die Kritik des Parlamentarismus vollständig den Anarchisten und erklärten aus diesem erstaunlich klugen Grunde **jede** Kritik des Parlamentarismus für „Anarchismus"! Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß das Proletariat der vorgeschrittenen parlamentarischen Länder beim Anblick solcher „Sozialisten" wie die Scheidemann, David, Legien, Sembat, Renaudel, Henderson, Vandervelde, Stauning, Branting, Bissolati & Co. der Ekel erfaßte und sie immer öfter dem Anarcho-Syndikalismus ihre Sympathien zum Ausdruck brachten, obgleich dieser der leibliche Bruder des Opportunismus ist.

Für Marx war die revolutionäre Dialektik nie jene leere, moderne Phrase, jene Kinderklapper, zu der sie Plechanow, Kautsky u. a. m. gemacht haben. Marx verstand es, dem Anarchismus schonungslos zu Leibe zu gehen, weil er es nicht einmal vermochte, den „Stall“ des bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, namentlich solange keine revolutionäre Situation gegeben war; gleichzeitig verstand er aber auch, eine wahrhaft revolutionär-proletarische Kritik des Parlamentarismus zu liefern.

In mehreren Jahren einmal zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll — das ist das eigentliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.

Fragt man aber nach dem Staat, betrachtet man den Parlamentarismus als eine von den staatlichen Institutionen vom Standpunkte des Proletariats aus auf diesem Gebiet — wo findet sich dann der Ausweg vom Parlamentarismus? Wie kann man ohne ihn auskommen?

Immer wieder muß man sagen: Marx' auf dem Studium der Kommune begründete Lehren sind so gründlich vergessen worden, daß dem modernen „Sozialdemokraten“ (lies dem modernen Verräter des Sozialismus) eine andere denn anarchistische oder reaktionäre Kritik des Parlamentarismus einfach unverständlich erscheint.

Der Ausweg vom Parlamentarismus ist natürlich nicht in einer Beseitigung der Vertretungskörperschaften und der Wählarbeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Parlamente aus Schwatzbuden in „arbeitende“ Institutionen. „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“

„Nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft“ — das ist ein Schuß, der die modernen Parlamentarier und die „Schoßhündchen“ der parlamentarischen Sozialdemokratie gerade ins Herz trifft. Betrachtet ein beliebiges, parlamentarisch regiertes Land von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen usw.: die eigentliche „staatliche“ Arbeit wird hinter den Kulissen von den Departements, Kanzleien, Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwätzt, um das „einfache Volk“ zu nasführen. Das ist bis zu einem solchen Grade richtig, daß selbst in der russischen bürgerlich-demokratischen Republik, noch ehe sie Zeit fand, ein richtiges Parlament zu schaffen, sich sofort alle diese Ziele des Parlamentarismus geltend machten.

Der käufliche und versumpfte Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft wird von der Kommune durch Körperschaften ersetzt, in

denen die Freiheit des Urteils und der Prüfung nicht zum Betruge ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst prüfen, was sie verwirklichen, selbst vor ihren Wählern die unmittelbare Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber ein Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung zwischen gesetzgebender und vollziehender Arbeit, als Vorzugsstellung für Parlamentarier besteht hier nicht. Wir können uns eine Demokratie ohne Vertreterkörperschaften nicht vorstellen, auch die proletarische Demokratie nicht, ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns vorstellen, falls die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht leere Worte sind, falls unser Streben nach dem Sturze der Herrschaft der Bourgeoisie ein ernstes und aufrichtiges Bestreben ist und nicht eine „Wahl"phrase zum Stimmenfang unter den Arbeitern, wie dies bei den Menschewiki und Sozialisten-Revolutionären, den Scheidemann und Legien, dem Sembat und Vandervelde der Fall ist.

Es ist äußerst lehrreich, daß Marx, als er auf die Funktionen jenes Beamtentums zu sprechen kommt, das auch die Kommune und die proletarische Demokratie braucht, zum Vergleich die Angestellten eines jeden anderen Arbeitgebers heranzieht, d. h. eines gewöhnlichen kapitalistischen Unternehmens mit Arbeitern, Aufsehern und Buchhaltern.

Bei Marx findet sich auch nicht ein Tropfen Utopismus in dem Sinne, daß er sich die „neue" Gesellschaft zurechtlegt, zusammenphantasiert. Nein, er studiert wie einen natürlichen historischen Prozeß die Entstehung der neuen Gesellschaft aus der alten, die Übergangsformen von der zweiten zur ersten. Er hält sich an die tatsächliche Erfahrung der proletarischen Massenbewegung und ist bemüht, aus ihr praktische Lehren zu ziehen. Er „lernt" von der Kommune, wie alle großen revolutionären Denker sich nicht scheuten, aus den Erfahrungen der großen Erhebungen unterdrückter Klassen zu lernen, ohne jemals pedantische „Morallehren" an sie zu richten (in der Art Plechanows: „Sie hätten nicht zu den Waffen greifen sollen" oder Zeretellis: „Eine Klasse muß sich selbst beschränken").

Von einer plötzlichen, restlosen Beseitigung des Beamtentums an allen Orten kann keine Rede sein. Dies wäre Utopie, aber den alten Beamtenapparat sofort zertrümmern und gleichzeitig mit dem Bau eines neuen zu beginnen, der die allmähliche Beseitigung jeglichen Beamtentums ermöglicht — das ist keine Utopie, sondern eine Erfahrung der Kommune, es ist die direkte auf der Tagesordnung des revolutionären Proletariats stehende Aufgabe.

Der Kapitalismus vereinfacht die Funktionen der „Staatsverwaltung", gestattet die „Obrigkeit" zu beseitigen und die ganze Sache auf

die Organisation der Proletarier (als herrschende Klasse), die namens der gesamten Gesellschaft „Arbeiter, Aufseher und Buchhalter" einstellt, zurückzuführen.

Wir sind keine Utopisten. Wir „träumen" nicht davon, wie man plötzlich ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte. Diese auf einem Mißverstehen der Aufgaben der Diktatur des Proletariats beruhenden anarchistischen Träume sind dem Marxismus wesensfremd und dienen nur einer Verzögerung der sozialistischen Revolution, solange die Menschen nicht anders geartet sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den heutigen Menschen durchführen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne „Aufseher und Buchhalter" nicht auskommen können.

Aber unterzuordnen hat man sich dem bewaffneten Vortrupp aller Ausgebeuteten und Werktätigen — dem Proletariat. Mit der Beseitigung des spezifischen Vorgesetztentums der Staatsbeamten kann und muß sofort, von heute auf morgen, begonnen werden, und an deren Stelle müssen die einfachen Funktionen von Aufsehern und Buchhaltern treten, zu denen bei dem heutigen Entwicklungsniveau die Städter schon jetzt befähigt sind und die sie durchaus zu dem „Arbeiterlohn" auszuüben vermögen.

Wir, die Arbeiter selbst, organisieren den Großbetrieb, indem wir das, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, ausbauen, gestützt auf die eigene Erfahrung der Arbeiter, wir verwirklichen eine durch die Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter unterstützte strenge, eiserne Disziplin und machen die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten „Aufsehern und Buchhaltern" (natürlich mitsamt den Technikern jeder Art, jeden Ranges und Grades) — dies ist unsere Aufgabe, die Aufgabe des Proletariats, das ist es, womit bei Ausführung der proletarischen Revolution *begonnen* werden muß. Ein solches Beginnen auf der Basis des Großbetriebes führt von selbst zum allmählichen „Absterben" jedweden Beamtentums, zur allmählichen Schaffung einer solchen Ordnung, einer Ordnung ohne Gänsefüßchen, die mit Lohnsklaverei nichts zu tun hat, einer Ordnung, bei der die sich immer einfacher gestaltenden Funktionen der Aufsicht und Abrechnung abwechselnd von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und allmählich als *Sonder*funktionen einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen.

Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat bezeichnete in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die *Post* als Muster einer sozialistischen Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Die Post ist gegenwärtig eine in der Art eines staatlich-*kapitalistischen* Monopols organisierte Wirt-

schaft. Der Imperialismus verwandelt allmählich alle Trusts in Organisationen solcher Art. Über der „einfachen" werktätigen Bevölkerung, die da hungert und mit Arbeit überhäuft ist, steht hier die gleiche bürgerliche Demokratie. Der Mechanismus der öffentlichen Bewirtschaftung ist hier jedoch bereits fertig vorhanden. Nach dem Sturze der Kapitalisten, nach Überwältigung des Widerstandes dieser Ausbeuter durch die eiserne Faust der bewaffneten Arbeiter, nach Zertrümmerung der bureaukratischen Maschinerie des modernen Staates haben wir einen vom „Parasiten" befreiten Mechanismus von hoher technischer Vollkommenheit vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter engagieren und sie alle, wie überhaupt alle Staatsbeamten zum Arbeiterlohn ihre Tätigkeit ausüben lassen. Dies ist die konkrete, praktische, sofort ausführbare Aufgabe in bezug auf die Trusts, die die arbeitende Bevölkerung von Ausbeutung befreit, unter Verwertung der Erfahrungen, die die Kommune bei ihren praktischen Versuchen (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaus) bereits gemacht hat.

Unser nächstes Ziel ist, die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbilde der Post zu organisieren, und zwar so, daß alle unter der Kontrolle und Leitung des organisierten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein den Arbeiterlohn nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die wirtschaftliche Grundlage des Staates, wie wir ihn brauchen. Das ist es, was die Beseitigung des Parlamentarismus, die Beibehaltung der Vertretungskörperschaften uns geben werden, was die arbeitenden Klassen von der Prostituierung dieser Institutionen durch die Bourgeoisie befreien wird.



L. Nikolai Bucharin



Das Programm der Bolschewiki

von

I. Nikolai Bucharin

1918

Macht der Räte oder eine bürgerliche Republik?

Aus der Ansicht über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats erwächst als unvermeidliche Schlußfolgerung auch der Kampf gegen die veraltete Form der parlamentarischen bürgerlichen Republik (man nennt sie bisweilen auch „demokratisch"), der wir eine neue Form der Staatsordnung — die Macht der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten — entgegenstellen.

Die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre verteidigen aus allen Kräften die Konstituante und die parlamentarische Republik. Sie schelten auf allen Kreuzwegen über die Macht der Räte. Warum? In erster Linie deshalb, weil sie die Macht der Arbeiter fürchten und die Macht der Bourgeoisie überlassen wollen. Die Kommunisten aber, die nicht auf dem Papier, sondern in der Tat die kommunistische (sozialistische) Gesellschaftsordnung verwirklichen wollen, müssen unvermeidlich für die Diktatur des Proletariats und für endgültigen Sturz der Bourgeoisie kämpfen. Hierin besteht der ganze Unterschied. Und gerade deshalb halten die Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit den Parteien des Großbürgertums Schritt.

Worin besteht der Hauptunterschied zwischen einer parlamentarischen Republik und einer Republik der Räte? Darin, daß die nicht arbeitenden Klassen in der Räterepublik kein Stimmrecht haben und keinen Anteil an der Staatsverwaltung nehmen. Über das Land herrschen die Räte. Diese Räte werden aber vom Arbeitsvolk an den Orten der Arbeit gewählt: in den Fabriken, Hüttenwerken, Werkstätten, Bergwerken, in den großen und kleinen Dörfern. Bourgeoisie, frühere Gutsbesitzer, Bankiers, Handelsleute, Spekulanten, Kaufleute, Krämer, Wucherer, die bürgerliche Intelligenz, Pfaffen, Bischöfe — mit einem Wort, die ganze schwarze Rotte hat kein Stimmrecht, hat keine fundamentalen politischen Rechte. Den Grund der parlamentarischen Republik legt die Konstituante. Das höchste Organ der Räterepublik ist der Kongreß der Räte.

Wodurch unterscheidet sich dieser Kongreß der Räte in erster Linie von der Konstituante? Auf diese Frage zu antworten, fällt es niemandem schwer, der wenigstens mit Fingern zu zählen versteht. Die Herren Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre bemühen sich freilich, die Sache in Nebel zu hüllen, indem sie für die Konstituante verschiedene feierliche Benennungen in der Art des „Herren des russischen Reiches“ ersinnen. Die Wahrheit läßt sich aber nicht verbergen. Die Konstituante unterscheidet sich dadurch von dem Kongreß der Räte, daß sie nicht von den Arbeitenden allein, sondern auch von der Bourgeoisie und allen Agenten der Bourgeoisie gewählt wird. Sie unterscheidet sich dadurch von dem Kongreß der Räte, daß dort, in der Konstituante, nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern auch Bankiers, Gutsbesitzer, Kapitalisten tagen können; nicht nur die Arbeiterpartei — die Kommunisten, nicht nur die linken Sozialrevolutionäre, und sogar nicht nur die Sozialverräter in der Art der rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiki, sondern auch Kadetten (die Partei des Volksverrats), Oktobristen, Ultra-Reaktionäre. Um ihre Stimmen geht es den würdigen Kompromißlern. Wenn sie von der Notwendigkeit der „allgemeinen“ „allnationalen“ Konstituante schreien, so halten sie die Räte deshalb nicht für allnational, weil es dem russischen Volke dort an der r u s s i s c h e n B o u r g e o i s i e, an verschiedenen Ausbeutern und Aussaugern, f e h l t. Den Arbeitenden die ganze Horde der Parasiten hinzuzufügen, diesen Feinden des Volkes alle Rechte zu geben, sie neben sich ins Parlament zu setzen, aus der Klassenregierung der Arbeiter und Bauern unter der Maske des Allnationalen eine Regierung der Bourgeoisie zu machen — das ist die Aufgabe der rechten Sozialrevolutionäre, der Menschewiki, der Kadetten, mit einem Wort, des Großkapitals und seiner kleinbürgerlichen Agenten.

Die Erfahrung aller Länder zeigt, daß die Bourgeoisie dort, wo sie alle Rechte genießt, immer die Arbeiterklasse und die Armen betrügt.

Indem die Bourgeoisie die Presse, die Zeitungen und Journale in den Händen hält, große Reichtümer besitzt, die Beamten bestellt, die Dienste von Hunderttausenden ihrer Agenten ausnutzt, ihre eingeschüchterten Sklaven bedroht und sie erschreckt, erreicht sie, daß die Macht nicht aus ihren Händen schlüpft. Dem Anschein nach stimmt fast das ganze Volk ab. In Wirklichkeit aber wird durch dieses Deckblatt die Herrschaft des Finanzkapitals verdeckt, das sich auf vortreffliche Weise einrichtet und noch damit prahlt, daß es dem „Volke“ zu stimmen und verschiedene „demokratische“ Freiheiten zu bewahren erlaubt. Deshalb ist in allen Ländern, wo es eine bürgerliche Republik gibt (z. B. in Frankreich, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten Amerikas), ungeachtet des allgemeinen Stimmrechts, die Macht völlig in den Händen der Leiter der

Banken. So ist es verständlich, was die rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu erreichen wünschen, wenn sie die Macht der Räte stürzen und die „Konstituante" zusammenberufen wollen. Indem sie der Bourgeoisie Stimmrecht geben, wollen sie einen Übergang zu derselben Ordnung vorbereiten, die in Frankreich und Amerika herrscht. Denn sie meinen ja, daß die russischen Arbeiter „nicht genügend reif" sind, um selbst die Macht in den Händen zu halten. Die Partei der kommunistischen Bolschewiki meint im Gegenteil, daß eben eine Diktatur der Arbeiter notwendig ist, daß von der Abtretung der Macht keine Rede sein kann. Man muß der Bourgeoisie jede Möglichkeit nehmen, das Volk zu betrügen. Man muß sie auf entschiedenste Weise von der Regierung fernhalten, weil es eben eine Zeit gespannten Kampfes ist. Man muß die Diktatur der Arbeiter und der ärmsten Bauern verstärken und erweitern. Deshalb ist die Staatsmacht der Räte notwendig. Hier gibt es keine Bourgeoisie. Hier gibt es keine Gutsbesitzer. Hier herrschen über das Reich die Organisationen der Arbeiter und Bauern, die zusammen mit der Revolution erwuchsen und auf ihren Schultern die ganze Last des großen Kampfes getragen haben.

Das ist nicht alles. Die einfache Republik bedeutet nur die Macht der Bourgeoisie. Sie kann ihrer ganzen Einrichtung nach niemals vom Geist der Arbeiter durchdrungen werden. In einer parlamentarischen Republik gibt jeder Bürger alle vier oder fünf Jahre einmal seinen Stimmzettel ab, damit ist seine Rolle erschöpft. Alles andere wird den Abgeordneten, Ministern, Präsidenten überlassen, die über alles walten. Hier gibt es keine Verbindung mit den Massen. Die Massen des arbeitenden Volkes werden hier nur von den Beamten des bürgerlichen Staates bearbeitet und ausgebeutet, sie nehmen aber überhaupt keinen richtigen Anteil an der Regierung.

Etwas ganz anderes ist die Räterepublik, die der Arbeiterdiktatur entspricht. Hier ist die ganze Regierung auf ganz besondere Weise organisiert. Die Macht der Räte ist keine Organisation von Beamten, die von der Masse unabhängig und von der Bourgeoisie abhängig sind. Die Macht der Räte und ihre Organe stützen sich auf die größten Organisationen der Arbeiterklasse und des Bauerntums. Gewerkschaften, Fabrikkomitees, provinzielle Räte der Arbeiter- und Bauern-, Soldaten- und Matrosenorganisationen, sie alle unterstützen die Zentralmacht der Räte. Von der Zentralmacht der Räte spannen sich nach allen Seiten Tausende und Millionen Fäden, diese Fäden knüpfen sich zuerst an die Gebiets- und Gouvernementsräte, dann an die städtischen, von dort aus an die städtischen Rayons, reichen an die Fabriken und Hüttenwerke, die Hunderttausende Arbeiter vereinigen. Ebenso sind auch alle obersten Einrichtungen der

Macht der Räte organisiert. Da ist z. B. der oberste Rat der Volkswirtschaft. Er ist aus Vertretern der Vorstände der Gewerkschaften, Fabrikkomitees und anderer Organisationen gebildet. Die Gewerkschaften ihrerseits vereinigen ganze Betriebe, haben Abteilungen in verschiedenen Städten, stützen sich auf die organisierte Masse der Fabriken und Hüttenwerke. Nun gibt es in jeder Fabrik ein Fabrikskomitee, das von den Arbeitern dieser Fabrik gewählt wird; diese Fabrikskomitees sind miteinander verbunden. Und sie schicken auch ihre Vertreter in den Obersten Rat der Volkswirtschaft, der die Pläne ausarbeiten und die Produktion verwalten soll. Also ist auch hier das Zentralorgan der Industrieverwaltung aus Vertretern der Arbeiter gebildet und stützt sich auf die Massenorganisationen der Arbeiterklasse und der ärmsten Bauern. Hier haben wir also eine ganz andere Einrichtung wie in der bürgerlichen Republik. Der Bourgeoisie sind nicht nur die Rechte genommen, es ist auch nicht nur das richtig, daß die Vertreter der Arbeiter und Bauern über das Land herrschen; es ist weit richtiger, daß die Räte in beständiger Verbindung mit den Massenverbänden der Arbeiter und Bauern herrschen und die große Masse auf diese Weise an der Regierung des Arbeiter- und Bauernstaates teilnimmt. Deshalb kann hier jeder organisierte Arbeiter seinen Einfluß geltend machen. Er nimmt nicht nur deshalb an der Staatsverwaltung teil, weil er einmal im Monat oder alle zwei Monate seine Vertrauensmänner wählt. Die Gewerkschaften arbeiten z. B. Pläne der Organisation der Produktion aus, dann werden diese Pläne in den Räten oder in den Räten der Volkswirtschaft begutachtet, später aber erhalten sie, wenn sie annehmbar sind, Gesetzeskraft, wenn das Zentral-Exekutivkomitee der Räte sie gutheißt. Jede beliebige Gewerkschaft, jedes beliebige Fabrikskomitee kann auf diese Weise an der gemeinsamen Arbeit der Gestaltung des neuen Lebens teilnehmen.

In der bürgerlichen Republik fühlt sich der Staat desto wohler, je weniger Tätigkeit die Masse selber entwickelt. Denn das Interesse der Masse widerspricht dem Interesse des kapitalistischen Staates. Wenn z. B. in der nordamerikanischen Republik die Masse zu handeln begönne, das würde bedeuten, daß das Ende der Bourgeoisie und ihres Staates naht. Der bürgerliche Staat beruht auf dem Betrug der Massen, auf ihrer Einschläferung, darauf, daß die Massen von jeglichem Anteil an der alltäglichen Staatsarbeit beiseite geschoben sind, daß sie nur einmal im Laufe einiger Jahre gerufen werden, abzustimmen und durch ihre Abstimmung sich selbst zu betrügen. Ganz anders ist es in der Räterepublik. Die Räterepublik kann, da sie die Diktatur der Volksmassen verkörpert, keinen Augenblick leben, wenn sie sich von den Massen losreißt; sie ist um so stärker, je selbsttätiger die Massen sind, je mehr Energie

sie äußern, je mehr an Ort und Stelle — in den Fabriken und Hüttenwerken, in einzelnen Städten, in großen und kleinen Dörfern — geleistet wird. Deshalb war es durchaus kein zufälliger Umstand, daß sich die Räteregierung bei der Veröffentlichung ihrer Dekrete an die Massen selbst wendete mit der Forderung, daß die Arbeiter und die ärmsten Bauern selbst sie durchführen.

Deshalb veränderte sich seit der Oktoberrevolution die Bedeutung verschiedener Arbeiter- und Bauernorganisationen. Früher waren sie Mittel des Klassenkampfes gegen die herrschende Bourgeoisie. Nehmen wir z. B. die Gewerkschaften und die kleinen Bauernräte. Früher mußten sie den Kampf gegen das Kapital führen, um höheren Arbeitslohn, kürzeren Arbeitstag, in den Dörfern mußten sie den Kampf gegen die Gutsbesitzer führen, um ihnen den Grund und Boden wegzunehmen. Nun, wo die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern ist, werden diese Organisationen selbst zum Räderwerk der Staatsmacht. Die Gewerkschaften kämpfen nun nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern sie nehmen als Organe der Arbeitermacht, als Teile der Räteregierung, auch Anteil an der Organisation der Produktion, an der Verwaltung der Industrie; ebenso führen die Dorf- und Bauernräte nicht nur den Kampf gegen die Blutsauger, die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer, sondern sie beschäftigen sich auch mit der Feststellung der neuen Ordnung auf dem Agrargebiet, d. h. sie verwalten als Organe der Arbeiterregierung die Agrarangelegenheiten; sie arbeiten als Schrauben der kolossalen Maschine der Staatsverwaltung, wo die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern ruht.

So werden nach und nach durch die Arbeiterorganisationen, durch die Organisationen der Bauern die tiefsten Schichten des arbeitenden Volkes zur Verwaltung des Landes herangezogen. Nichts Ähnliches gibt es in einem andern Lande, weil es noch in keinem andern Lande einen Sieg der Arbeiterklasse gibt, weil es dort keine Arbeitermacht, keine Diktatur des Proletariats, keine Räterepublik, keinen Rätestaat gibt.

Es versteht sich, daß die Macht der Räte, die der Diktatur des Proletariats entspricht, allen den Gruppen der Bevölkerung nicht paßt, die interessiert sind an der Rückkehr zur kapitalistischen Sklaverei, nicht aber an dem Vorwärtsstreben zur kommunistischen Gesellschaftsordnung. Es versteht sich auch, daß sie nicht offen erklären können: „Wir wünschen für die Arbeiter Peitsche und Knüttel.“ Hier ist Betrug notwendig. Dieser Betrug ist die Spezialität der rechten Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, die vom „Kampf für die demokratische Republik“, von der Konstituante, die angeblich von allem Übel errettet, usw. lärmen.

In Wirklichkeit ist die Rede davon, die Macht der Bourgeoisie zu übergeben. Und hier, in dieser Hauptfrage kann keine Übereinkunft zustande kommen zwischen uns Kommunisten und verschiedenen Menschewiki, rechten Sozialrevolutionären, der Gruppe „Nowaja Shisn" und anderer Herren. Sie sind für den Kapitalismus, wir — für Vorwärtsstreben zum Kommunismus. Sie sind für die Macht der Bourgeoisie, wir — für die Diktatur der Arbeiter. Sie sind für eine bürgerlich-parlamentarische Republik, wo das Kapital herrscht, wir — für die sozialistische Räterepublik, wo die ganze Macht den Arbeitern und ärmsten Bauern gehört.

Bis zur russischen Revolution des Jahres 1917 schrieb man nur von der Diktatur des Proletariats. Niemand aber wußte genau, wie diese Diktatur verwirklicht wird. Die russische Revolution deutete die Art und die Form der Diktatur an; diese Form ist die Räterepublik. Darum heben nun die besten Avantgarden des internationalen Proletariats auf ihrem Banner die Losung der Räterepublik und die Macht der Räte hervor. Deshalb besteht unsere Aufgabe nur in allseitiger Festigung der Macht der Räte, in ihrer Säuberung von unehrlichen Elementen, in Hinzuziehung einer ungleich größeren Menge begabter Genossen, die die Arbeiter- und Bauernmassen hervorbringen, zum Werk der Umgestaltung. Nur eine solche Macht, die Macht der Räte, die Macht der Arbeiter und Bauern, können und müssen die Arbeiter und Bauern verteidigen.

Wenn die Arbeiter und Bauern bei uns eine Niederlage erlitten hätten, wenn die Konstituante zusammenberufen worden wäre, wenn an Stelle der Macht der Räte eine gewöhnliche bürgerliche Republik in der Art der französischen und amerikanischen entstanden wäre, dann hätte die Arbeiterklasse den Sturz dieser Republik auf die Tagesordnung setzen müssen, und sie hätte keinerlei Verpflichtungen gehabt, sie zu verteidigen. Denn ihre Sache ist's — die Macht der Arbeiter zu verteidigen, aber nicht die Macht der Bourgeoisie. Gegen die Macht der Bourgeoisie hat sie nur eine Verpflichtung: diese Macht zu stürzen.

Die Arbeitsdisziplin der Arbeiter und der armen Bauern

Die Produktion so zu ordnen, daß man ohne Herren, nach genossenschaftlichen Prinzipien leben könnte, das wäre allerdings schön. Es ist aber ein Unterschied zwischen Reden und Handeln. Es gibt hier Schwierigkeiten in Hülle und Fülle; erstens haben wir das Erbe des schweren und unglücklichen Krieges, der schließlich das Land ruiniert hat. Die Arbeiterklasse muß nun die Suppe auslöffeln, die Nikolai Romanow

und seine Diener — die Stürmer, Suchomlinows, Protopopows einbrockten, die später Gutschkow und Rodsjanko mit ihren Dienern — Kerenski, Zeretelli, Dan und die übrige verräterische Gesellschaft — frisch aufrührten; zweitens muß die Arbeiterklasse die Produktion organisieren, die Hiebe der bösesten Feinde abwehren: der einen, die die Menschenfresserzähne fletschend, von außen auf sie eindringen; der anderen, die bestrebt sind, die Arbeitermacht von innen in die Luft zu sprengen. Unter solchen Umständen muß die Arbeiterklasse, um zu siegen, endgültig und ein für allemal zu siegen, auch ihre eigene Rückgratlosigkeit besiegen. Die Arbeitsarmee organisierend, muß man auch eine revolutionäre Arbeitsdisziplin dieser Armee schaffen. Es gibt ja noch Schichten der Arbeiter, die, wie es scheint, nicht glauben, daß sie selber nun zu den Herren des Lebens geworden sind. Denn die Ratskasse ist nun die Kasse der Arbeiter und Bauern; die Fabriken sind Fabriken des Volkes; der Grund und Boden ist Grund und Boden des Volkes; Wälder, Maschinen, Bergwerke, Gruben, Inventar, Häuser, das alles geht ja jetzt in die Hände des arbeitenden Volkes über. Die Verwaltung alles dessen ist eine Arbeiterverwaltung. Nun darf sich der Arbeiter und Bauer nicht mehr solchem Gut gegenüber verhalten wie früher: damals gehörte es dem Herrn, nun aber — dem ganzen Volke. Der Herr erpreßte aus dem Arbeiter alles was er konnte. Der Gutsherr zog dem armen Bauern oder Knechte das Fell über die Ohren. Die Arbeiter und Knechte hatten daher recht, wenn sie sich nicht für verpflichtet hielten, gezwungenermaßen für den Herrn, zwecks Festigung der Gewalt und Macht ihrer Peiniger, gut zu arbeiten. Deshalb kann von keiner Arbeitsdisziplin die Rede sein, wenn im Nacken des Arbeiters die Peitsche des Kapitalisten, im Nacken des Bauern und Knechtes aber die Knute des Gutsbesitzers pfeift. Ganz anders verhält sich die Sache jetzt. Diese Peitschen sind vernichtet. Das Arbeitsvolk arbeitet für sich, es macht nicht Geld für den Kapitalisten, sondern vollführt das Werk des ganzen Volkes, das Werk des arbeitenden Volkes, das sich früher in Sklaverei befand.

Nichtsdestoweniger, wiederholen wir, gibt es noch solche klassenbewußte Arbeiter, die, wie es scheint, alles das nicht sehen. Weshalb? Weil sie zu lange Sklaven waren. Sklavische und knechtische Gedanken kommen ihnen fortwährend in den Sinn. Im Innersten des Herzens meinen sie, daß man am Ende ohne Gott und ohne Wirt nicht auskommen könne. Und sie nützen die Revolution so aus, daß sie streben, möglichst viel in ihre eigene Tasche zu stecken, müßig zu gehen, wo es möglich ist, — bei der Arbeit denken sie niemals an ihre Pflichten sowie nicht daran, daß Nachlässigkeit und Prellerei bei der Arbeit nun ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse selbst ist. Denn nicht

für den Eigentümer wird nun gearbeitet: diese Arbeit kommt den Arbeitern, den armen Leuten, zugute, die nun am gesellschaftlichen Steuer stehen. Man betrügt nun nicht die Direktoren und Bankiers, sondern die Mitglieder der Arbeiterverwaltungen, die Arbeiterverbände, die Arbeiter- und Bauernräte. Wenn sie mit den Maschinen nachlässig umgehen, die Instrumente zerbrechen, bestrebt sind, in den üblichen Stunden nichts zu tun, um die Arbeit bis zu den Überstunden hinzuziehen, um das Doppelte zu bekommen, dadurch betrügen sie nicht den Ausbeuter, schädigen sie nicht den Kapitalisten, sondern die gesamte Arbeiterklasse und damit sich selbst. Ebenso verhält es sich mit dem Grund und Boden: Wer jetzt Inventar entwendet, daß die Bauern und Knechte registriert haben, der bestiehlt die Gesellschaft, nicht den Gutsbesitzer, den man schon lange hinausgejagt hat. Wer Holz haut, ungeachtet des Verbotes der Bauernorganisationen, der stiehlt es den Armen. Wer, anstatt auf dem Grund und Boden, der den Gutsherren genommen ist, zu arbeiten, sich mit Kornspekulation beschäftigt oder Branntwein brennt, der ist ein Gauner und Verbrecher gegen die Arbeiter und Bauern.

Es ist wohl einem jeden klar, daß die Arbeiter, um die Produktion einzurichten und zu organisieren, auch sich selbst organisieren, ihre eigene Arbeitsordnung schaffen müssen. In den Fabriken und Hüttenwerken müssen die Arbeiter selbst achtgeben, daß jeder Genosse so viel arbeitet, wie es sich gehört. Die Gewerkschaften der Arbeiter, die Räte der Arbeiter verwalten die Produktion. Sie können, wenn es möglich ist, den Arbeitstag verkürzen; und wir streben zu einer so vollkommenen Organisation der Produktion, daß der Anteil jeder Schicht nicht acht, sondern sechs Stunden Arbeit beträgt. Die Arbeiterorganisationen aber, und mit ihnen auch die Arbeiterregierung, und mit ihr die ganze Arbeiterklasse, können und müssen von ihren Mitgliedern das behutsamste Verhalten zu dem Gute des Volkes und das gewissenhafteste Verhalten zu ihrer Arbeit fordern. Die Arbeiterorganisationen, in erster Linie die Gewerkschaften, bestimmen selbst die Norm der Produktion, d. h. die Menge des Produktes, die jeder im Laufe des Arbeitstages produzieren muß. Wer nicht diese Menge produziert (hier ist natürlich nicht Krankheit oder unnormale Schwäche in Betracht gezogen), der sabotiert, der sprengt das Werk der Einrichtung der neuen, freien sozialistischen Ordnung in die Luft, der hindert die Arbeiterklasse, den Weg zum völligen Kommunismus zu gehen.

Die Produktion ist eine ungeheure Maschine, deren alle Teile einander angepaßt und gleich vollkommen, gleich gut sein müssen. Ein schlechtes Instrument in den Händen eines tüchtigen Arbeiters ist Unsinn, ein gutes Instrument in den Händen eines schlechten Arbeiters ist auch Unsinn. Es

ist notwendig, daß das Instrument tauglich und der Arbeiter dabei auch tüchtig sei. Daher müssen wir aus allen Kräften die Lieferung von Heizmaterial und Rohstoff organisieren, die Transportmittel in Ordnung bringen, das Heizmaterial und den Rohstoff regelmäßig verteilen, andererseits aber alle Maßregeln ergreifen zur Selbstdisziplin, Beharrlichkeit und Gewissenhaftigkeit der arbeitenden Massen.

Das ist in Rußland schwieriger zu vollführen als in einem beliebigen anderen Lande. Die Arbeiterklasse (in noch geringerem Maße aber die armen Bauern) hat nicht jene langjährige Organisationsschule durchgemacht wie der westeuropäische und amerikanische Arbeiter. Bei uns gibt es viele Arbeiter, die erst kürzlich Arbeiter wurden, die sich erst an die gemeinsame Arbeit gewöhnen, sich erst des Gedankens entwöhnen: „was kümmert's uns". Solche Leute sind immer uneinig. Je mehr es solcher Leute gibt, die den Gedanken im Sinn tragen: selbst eigene Herren zu werden, Geld zu sparen und einen Laden zu eröffnen, — desto schwerer ist eine wirkliche Arbeiterdisziplin einzuführen. Desto stärker aber müssen die Bestrebungen der Avantgarde der Revolution — der leitenden Arbeiter, der Arbeiterorganisationen — sein, eine solche Disziplin festzustellen, durchzuführen und zu sichern. Wenn das gelingt, dann gelingt alles zu organisieren, und die Arbeiterklasse geht als Sieger aus den Schwierigkeiten hervor, die der Krieg, die Sabotage, die ganze Barbarei und Grausamkeit der kapitalistischen Ordnung geschaffen.



Programme



Allgemeine Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation

1848

In Erwägung,
daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß;

Daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft;

Daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit;

Daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist;

Daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

Daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;

Daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellen Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich feierliche Warnung erteilt gegen einen Rückfall in die alten Irrtümer und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhanglosen Bewegungen drängt;

Aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiter-Assoziation gestiftet worden.

Sie erklärt:

Daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität;

Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten.

Und in diesem Geist sind die nachfolgenden Statuten verfaßt.

Art. 1. Die gegenwärtige Assoziation ist gegründet zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des planmäßigen Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.

Art. 2. Der Name der Gesellschaft ist: Internationale Arbeiter-Assoziation.

Art. 3. Es versammelt sich jährlich ein allgemeiner Arbeiterkongreß, bestehend aus Abgeordneten der Zweige der Assoziation. Der Kongreß verkündet die gemeinsamen Bestrebungen der Arbeiterklasse, ergreift die für das erfolgreiche Wirken der Internationalen Assoziation notwendigen Maßregeln und ernennt den Generalrat der Gesellschaft.

Art. 4. Jeder Kongreß bestimmt Zeit und Ort für die Zusammenkunft des nächsten Kongresses. Die Abgeordneten versammeln sich zur bestimmten Zeit und Stelle, ohne daß dazu eine besondere Einladung erheischt wäre. Der Generalrat kann im Notfall den Ort der Zusammenkunft verlegen, aber nicht ihren Zeitpunkt aufschieben. Der Kongreß bestimmt jährlich den Sitz des Generalrates und ernennt dessen Mitglieder. Der so ernannte Generalrat ist ermächtigt, sich neue Mitglieder beizufügen.

Auf seinen jährlichen Zusammenkünften erhält der Kongreß einen öffentlichen Bericht über die Jahresarbeit des Generalrates. Letzterer kann in dringenden Fällen den Kongreß vor dem regelmäßigen jährlichen Termin berufen.

Art. 5. Der Generalrat wird gebildet aus Arbeitern der verschiedenen, in der Internationalen Assoziation vertretenen Länder. Er besetzt aus seiner Mitte die zur Geschäftsführung nötigen Stellen, wie die des Schatzmeisters, Generalsekretärs, der korrespondierenden Sekretäre für die verschiedenen Länder usw.

Art. 6. Der Generalrat wirkt als Internationale Agentur zwischen den verschiedenen nationalen und lokalen Gruppen der Assoziation, so daß die Arbeiter eines Landes fortwährend unterrichtet bleiben über die Bewegungen ihrer Klasse in allen andern Ländern; daß eine Untersuchung über den sozialen Zustand der verschiedenen Länder Europas gleichzeitig und unter gemeinsamer Leitung stattfindet, daß Fragen von allgemeinem

Interesse, angeregt von einer Gesellschaft, von allen andern aufgenommen werden, und daß im Fall der Notwendigkeit sofortiger praktischer Schritte — wie z. B. bei internationalen Zwisten — die verbündeten Gesellschaften sich gleichzeitig und gleichförmig betätigen können.

Bei jeder passenden Gelegenheit ergreift der Generalrat die Initiative der den verschiedenen nationalen oder lokalen Gesellschaften zu unterbreitenden Vorlagen.

Zur Erleichterung seines Verkehrs mit den Zweiggesellschaften veröffentlicht der Generalrat periodische Berichte.

Art. 7. Da einerseits der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur gesichert werden kann durch die Macht der Einigung und Kombination, während andererseits die Wirksamkeit des internationalen Generalrats wesentlich dadurch bedingt ist, daß er mit wenigen nationalen Zentren der Arbeitergesellschaften verhandelt, statt mit einer großen Anzahl kleiner und zusammenhangloser lokaler Gesellschaften, — so sollen die Mitglieder der Internationalen Assoziation alle ihre Kräfte aufbieten zur Vereinigung der zerstreuten Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder in nationale Körper, repräsentiert durch nationale Zentralorgane.

Es versteht sich von selbst, daß die Anwendung dieses Artikels von den Sondergesetzen jedes Landes abhängt, und daß, abgesehen von gesetzlichen Hindernissen, keine unabhängige lokale Gesellschaft von direkter Korrespondenz mit dem Generalrat ausgeschlossen ist.

Art. 8. Jede Sektion hat das Recht, ihren eigenen, mit dem Generalrat korrespondierenden Sekretär zu ernennen.

Art. 9. Jeder, der die Prinzipien der Internationalen Arbeiter-Assoziation anerkennt und verteidigt, ist wählbar als Mitglied derselben. Jede Zweiggesellschaft ist verantwortlich für die Unbescholtenheit der Mitglieder, die sie aufnimmt.

Art. 10. Bei Veränderung des Wohnsitzes von einem Land zum andern erhält jedes Mitglied der Internationalen Assoziation die brüderliche Unterstützung der mitverbündeten Arbeiter.

Art. 11. Obgleich vereinigt zu einem ewigen Bund brüderlichen Zusammenwirkens, behalten Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation anschließen, ihre bestehende Organisation unversehrt.

Art. 12. Die gegenwärtigen Statuten können durch jeden Kongreß abgeändert werden, sobald zwei Drittel der anwesenden Delegierten sich dafür erklären.

Art. 13. Alles, was nicht in den vorstehenden Statuten vorgesehen ist, wird durch besondere Verordnungen ergänzt, welche der Revision jedes Kongresses unterliegen.

Inaugural-Adresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation

1864

Manifest an die arbeitende Klasse Europas

Arbeiter!

Es ist Tatsache, daß das Elend der arbeitenden Klassen nicht abgenommen hat während der Periode 1848—1864, und dennoch steht diese Periode mit ihrem Fortschritt von Industrie und Handel beispiellos da in den Annalen der Geschichte. Im Jahre 1850, weissagte eins der bestunterrichteten Organe der englischen Mittelklasse: steigt Englands Ein- und Ausfuhr um 50%, so fällt der englische Pauperismus auf Null. Nun wohl! Am 7. April 1864 hat der Schatzkanzler Gladstone seine parlamentarische Audienz durch den Nachweis entzückt, daß Großbritanniens Gesamt-Aus- und Einfuhr 1863 nicht weniger als 443 955 000 £ betrug! „Eine erstaunliche Summe, ungefähr dreimal so groß als die Summe des britischen Gesamthandels in der kaum verschwundenen Epoche von 1843!" Trotzdem war er beredt über „Armut". „Denkt", rief er, „an die, welche am Abgrund des Elends schweben", an „nicht gestiegene Löhne", an „das Menschenleben in neun Fällen von zehn ein bloßer Kampf um die Existenz"! Er sprach nicht von dem Volke in Irland, mehr und mehr ersetzt durch Maschinerie im Norden und durch Schafweiden im Süden, obgleich selbst die Schafe in jenem unglücklichen Lande abnehmen — es ist wahr, nicht so rasch wie die Menschen. Er wiederholte nicht, was die Repräsentanten der 10 000 Vornehmen soeben verraten hatten, in einem plötzlichen Schreckanfall. Während der Höhe des Garrot-Panics ernannte nämlich das Haus der Lords eine Untersuchungs-Kommission über Deportation und Strafarbeit. Ihr Bericht steht in dem umfangreichen Blaubuch von 1863 und beweist durch offizielle Zahlen und Tatsachen, daß der Auswurf des Verbrechens, daß die Galeerensklaven Englands und Schottlands viel weniger abgeplackt und viel besser genährt werden als die Ackerbauer Englands und Schottlands. Aber das war nicht alles! Als der amerikanische Bürgerkrieg die Fabrikarbeiter von Lancashire und Cheshire auf das Pflaster warf, entsandte dasselbe Haus der Lords einen Arzt in jene Manufaktur-Distrikte mit dem Auftrag, zu

untersuchen, welcher kleinste Betrag von Kohlen- und Stickstoff, eingegeben in der wohlfeilsten und ordinärsten Form, durchschnittlich gerade ausreiche, um „Hungerkrankheiten abzuwehren" („to avert starvation diseases"). Dr. Smith, der ärztliche Bevollmächtigte, fand aus, daß eine wöchentliche Portion von 28 000 Gran Kohlen- und 1330 Gran Stickstoff einen Durchschnittserwachsenen genau über dem Niveau der Hungerkrankheiten halten werde, und daß dieser Dosis ungefähr die spärliche Nahrung entsprach, wozu der Druck äußerster Not die Baumwollenarbeiter heruntergebracht hatte. Aber nun merkt auf! Derselbe gelehrte Doktor wurde später wieder durch den Medizinalbeamten des Geheimen Rats (Privy Council) beauftragt mit der Untersuchung über den Ernährungsstand des ärmeren Teils der Arbeiterklasse. Die Ergebnisse seiner Forschung sind einverleibt in den „Sechsten Bericht über den Zustand der öffentlichen Gesundheit", veröffentlicht im Lauf des gegenwärtigen Jahres auf Befehl des Parlaments. Was entdeckte der Doktor? Daß Seidenweber, Nähterinnen, Handschuhmacher, Strumpfwirker und andere Arbeiter jahraus, jahrein im Durchschnitt nicht einmal jene Notration der unbeschäftigten Baumwollarbeiter erhalten, nicht einmal jenen Betrag von Kohlen- und Stickstoff, der „gerade hinreicht zur Abwehr von Hungerkrankheiten". „Außerdem", wir zitieren den offiziellen Bericht, „zeigt sich in bezug auf die untersuchten Familien der Ackerbaubevölkerung, daß mehr als ein Fünftel weniger als das veranschlagte Minimum von kohlenhaltiger Nahrung, mehr als ein Drittel weniger als das veranschlagte Minimum von stickstoffhaltiger Nahrung erhält, und daß in die durchschnittliche Lokal-Nahrung der drei Grafschaften Berkshire, Oxfordshire und Somersetshire ein unzureichendes Maß stickstoffhaltiger Lebensmittel eingeht.

Man muß erwägen, fügt der offizielle Bericht hinzu, daß Mangel an Nahrung nur sehr widerstrebend ertragen wird, und daß große Dürftigkeit der Diät in der Regel nur kommt, nachdem Entbehrungen aller Art vorhergingen. Reinlichkeit selbst wird vorher kostspielig und mühevoll, und werden aus Selbstachtung noch Versuche gemacht, um sie aufrecht zu halten, so stellt jeder solcher Versuch eine zusetzliche Hungerqual vor. — Das sind peinliche Betrachtungen, namentlich wenn man sich erinnert, daß die Armut, wovon hier die Rede, nicht die verdiente Armut des Müßiggangs ist; es ist in allen Fällen die Armut von Arbeiterbevölkerungen. Ja, die Arbeit, die die armselige Nahrungsration erhält, ist tatsächlich meist über alles Maß verlängert." Der „Bericht" enthüllt die sonderbare und sicher unerwartete Tatsache, daß „von den vier Abteilungen des vereinigten Königreichs" wie England, Wales, Schottland und Irland „die Ackerbaubevölkerung Englands, der reichsten Abteilung bei weitem die schlechteste ist"; daß aber die elenden Ackerbautaglöhner

von Berkshire, Oxfordshire und Somersetshire besser genährt sind als die große Masse der geschicktesten Handwerker in London.

Dies sind offizielle Aufstellungen, auf Parlamentsbefehl veröffentlicht im Jahre 1864, während des tausendjährigen Reichs des Freihandels, zu einer Zeit, wo der britische Staatskanzler das Haus der Gemeinen belehrt, daß „die Durchschnittslage des britischen Arbeiters sich in einem Maß verbessert hat, wovon wir wissen, daß es außerordentlich und beispiellos in der Geschichte aller Länder und aller Epochen dasteht". Mißtönend knurrt in diese offiziellen Glückwünschungen das dürre Wort des offiziellen Gesundheitsberichts: „die öffentliche Gesundheit eines Landes bedeutet die Gesundheit seiner Masse, und wie können die Massen gesund sein, wenn sie nicht bis auf ihre untersten Schichten herab mindestens erträglich gedeihen?"

Geblendet von der Fortschritts-Statistik des National-Reichtums, die vor seinen Augen tanzt, ruft der Schatzkanzler in wilder Ekstase:

„Von 1842 bis 1852 wuchs das steuerbare Landeseinkommen um 6 Prozent; in den acht Jahren von 1853 bis 1861 ist es, ausgehend von der Basis um 1853, um 50 Prozent gewachsen. Die Tatsache ist bis zum Unglaublichen erstaunlich! — Dieser berauschende Zuwachs von Reichtum und Macht", fügt Herr Gladstone hinzu, „ist ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt."

Wenn ihr wissen wollt, unter welchen Bedingungen gebrochener Gesundheit, befleckter Moral und geistigen Ruins jener „berauschende Zuwachs von Reichtum und Macht, ganz und gar beschränkt auf die besitzenden Klassen" produziert wurde und produziert wird durch die arbeitenden Klassen, betrachtet die Schilderung der Arbeitslokale von Druckern, Schneidern und Kleidermacherinnen in dem letzten „Bericht über den öffentlichen Gesundheitszustand"! Vergleicht den „Bericht der Kommission von 1863 über die Beschäftigung von Kindern", wo ihr unter anderm lest: „die Töpfer als eine Klasse, Männer und Weiber, repräsentieren eine entartete Bevölkerung, physisch und geistig entartet"; die ungesunden Kinder werden ihrerseits ungesunde Eltern, eine fortschreitende Verschlechterung der Rasse ist unvermeidlich", und dennoch „ist die Entartung (degenerescence) der Bevölkerung der Töpferdistrikte verlangsamt durch die beständige Rekrutierung aus den benachbarten Landdistrikten und die Zwischenheiraten mit gesunden Rassen!" Werft einen Blick auf das von Herrn Tremenheere redigierte Blaubuch über die „Beschwerden der Bäckergesellen"! Und wer schaudert nicht vor dem Paradoxen, eingetragen in die Berichte der Fabrikinspektoren und beleuchtet durch die Tabellen der General-Registratur, dem Paradoxen, daß zur Zeit, wo ihre Nahrungsration sie kaum über dem Niveau der Hunger-

krankheit hielt, die Gesundheit der Arbeiter von Lancashire sich verbesserte infolge ihres zeitweiligen Ausschlusses aus der Baumwollfabrik durch die Baumwollnot, und daß die Sterblichkeit der Fabrikkinder abnahm, weil es ihren Müttern jetzt endlich freistand, ihnen statt der Opiummixtur die Brust zu reichen.

Kehrt die Medaille wieder um! Die Einkommen- und Eigentumsteuerlisten, am 20. Juli 1864 dem Hause der Gemeinen vorgelegt, zeigen, daß die Personen mit jährlichem Einkommen von 50 000 £ und über 50 000 £ sich vom 5. April 1862 bis zum 5. April 1863 durch ein Dutzend und eins rekrutiert hatten, indem ihre Anzahl in diesem einen Jahr von 67 auf 80 stieg.

Dieselben Listen enthüllen die Tatsache, daß ungefähr dreitausend Personen ein jährliches Einkommen von ungefähr 25 Millionen £ unter sich teilen, mehr als das Gesamteinkommen, welches der Gesamtmasse der Ackerbauarbeiter von England und Wales jährlich zugemessen wird!

Öffnet den Zensus von 1861, und ihr findet, daß die Zahl der männlichen Grundeigentümer von England und Wales von 16 934 im Jahre 1851 herabgesunken war zu 15 066 im Jahre 1861, so daß die Konzentration des Grundeigentums in zehn Jahren um 11 Prozent wuchs. Wenn die Konzentration des Landes in wenigen Händen gleichmäßig fortschreitet, wird sich die Grund- und Bodenfrage (the landquestion ganz merkwürdig vereinfachen, wie zur Zeit des römischen Kaiserreichs, als Nero grinste über die Entdeckung, daß die halbe Provinz von Afrika sechs Gentlemen angehörte.

Wir haben so lange verweilt bei diesen „bis zum Unglaublichen erstaunlichen Tatsachen", weil England das Europa der Industrie und des Handels anführt und in der Tat auf dem Weltmarkt repräsentiert. Vor wenigen Monaten beglückwünschte einer der verbannten Söhne Louis Philippes den englischen Ackerbauarbeiter öffentlich wegen des Vorzugs seiner Lage über die seiner minder blühenden Genossen jenseits des Kanals. In der Tat, mit veränderten Lokalfarben und in verjüngtem Maßstab wiederholen sich die englischen Tatsachen in allen industriellen und fortgeschrittenen Ländern des Kontinents. Seit 1848 in ihnen allen unerhörte Entwicklung der Industrie und ungeahnte Ausdehnung der Aus- und Einfuhr! In ihnen allen ein wahrhaft „berauschender Zuwachs von Reichtum und Macht", „ganz und gar beschränkt auf die besitzenden Klassen"! In allen, wie in England, Steigen des Reallohns, d. h. der mit dem Geldlohn beschaffbaren Lebensmittel, für eine Minderheit der Arbeiterklasse, während in den meisten Fällen das Steigen des Geldlohns keinen wirklichen Zuwachs von Komfort anzeigte, so wenig als etwa der Insasse eines Londoner Armen- oder Waisenhauses im geringsten

besser daran war, weil seine ersten Lebensmittel im Jahre 1861 der Verwaltung 9 £ 15 sh 8 d kosteten anstatt der 7 £ 7 sh 4 d des Jahres 1851. Überall die Massen der Arbeiterklasse tiefer sinkend in demselben Verhältnisse wenigstens, als die Klassen über ihnen in der gesellschaftlichen Wagschale aufschnellten!

Und so ist es jetzt in allen Ländern Europas eine Wahrheit, erwiesen für jeden vorurteilsfreien Geist und nur geleugnet durch die interessiert klugen Prediger eines Narrenparadieses, daß keine Entwicklung der Maschinerie, keine chemische Entdeckung, keine Anwendung der Wissenschaft auf die Produktion, keine Verbesserung der Kommunikationsmittel, keine neuen Kolonien, keine Auswanderung, keine Eröffnung von Märkten, kein Freihandel, noch alle diese Dinge zusammen genommen, das Elend der arbeitenden Massen beseitigen können, sondern daß vielmehr umgekehrt, auf der gegenwärtigen falschen Grundlage, jede frische Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit dahin streben muß, die sozialen Kontraste zu vertiefen und den sozialen Gegensatz zuzuspitzen. Während dieser „berauschenden Epoche" ökonomischen Fortschritts hob sich der Hungertod beinahe zum Rang einer Institution in der Hauptstadt des britischen Reichs. In den Annalen des Weltmarkts ist dieselbe Epoche gekennzeichnet durch die raschere Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödlichere Wirkung der gesellschaftlichen Pest, die man industrielle und kommerzielle Krise heißt.

Nach dem Fehlschlag der Revolution von 1848 wurden auf dem Kontinent alle Parteiorganisationen und Parteijournale der arbeitenden Klasse von der eisernen Hand der Gewalt unterdrückt, die fortgeschrittensten Söhne der Arbeit flohen in Verzweiflung nach der transatlantischen Republik, und der kurzlebige Traum der Emanzipation zerrann vor einer Epoche von fieberhaftem Industrialismus, moralischem Marasmus und politischer Reaktion. Die Niederlagen der kontinentalen Arbeiterklassen, wozu die diplomatische Einmischung des britischen Kabinetts, damals wie jetzt, im brüderlichen Bund mit dem Kabinett von St. Petersburg, nicht wenig beitrug, verbreitete ihre ansteckende Wirkung bald diesseits des Kanals. Während der Untergang der kontinentalen Arbeiterbewegung die britische Arbeiterklasse entmannte und ihren Glauben in ihrer eigenen Sache brach, stellte er das bereits etwas erschütterte Vertrauen des Landlords und der Geldlords wieder her. Bereits öffentlich angekündigte Konzessionen wurden mit absichtiger Insolenz zurückgezogen. Die Entdeckung neuer Goldlande führte kurz darauf zu einem ungeheuren Exodus, der unersetzliche Lücken in den Reihen des britischen Proletariats hinter sich ließ. Andere seiner früher tätigsten Glieder, durch den Köder größerer Beschäftigung und augenblicklicher Lohnerhöhung bestochen, „trugen den

bestehenden Verhältnissen Rechnung". Alle Versuche, die Chartistenbewegung aufrecht zu erhalten oder neu zu gestalten, scheiterten vollständig, alle Preßorgane der Arbeiterklasse starben, eins nach dem andern, an der Apathie der Masse, und in der Tat, nie zuvor schien die englische Arbeiterklasse so ausgesöhnt mit einem Zustand politischer Nichtigkeit. Hatte daher zwischen den britischen und den kontinentalen Arbeiterklassen keine Gemeinsamkeit der Aktion existiert, so existierte jetzt jedenfalls eine Gemeinsamkeit der Niederlage.

Und dennoch war die Periode von 1848 bis 1864 nicht ohne ihre Lichtseite. Hier seien nur zwei große Ereignisse erwähnt.

Nach einem dreißigjährigen Kampf, der mit bewundernswürdiger Ausdauer geführt ward, gelang es der englischen Arbeiterklasse durch Benutzung eines augenblicklichen Zwiespalts zwischen Landlords und Geldlords, die Zehnstundenbill durchzusetzen. Die großen physischen, moralischen und geistigen Vorteile, die den Fabrikarbeitern aus dieser Maßregel erwuchsen und die man in den Berichten der Fabrikinspektoren halbjährig verzeichnet findet, sind jetzt von allen Seiten anerkannt. Die meisten kontinentalen Regierungen nehmen das englische Fabrikgesetz in mehr oder minder veränderter Form an, und in England selbst wird seine Wirkungssphäre jährlich vom Parlament ausgedehnt. Aber von der praktischen Wichtigkeit abgesehen, hatte der Erfolg dieser Arbeitermaßregel eine andere große Bedeutung. Die Mittelklasse hatte durch die notorischsten Organe ihrer Wissenschaft, durch Dr. Ure, Professor Senior und andere Weisen von diesem Schlag, vorhergesagt und nach Herzenslust demonstriert, daß jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit die Totenglocke der englischen Industrie läuten müsse, einer Industrie, die vampyrmäßig Menschenblut saugen müsse, vor allem Kinderblut. In alten Zeiten war der Kindermord ein mysteriöser Ritus der Religion des Moloch, aber er ward nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten praktiziert, vielleicht einmal im Jahre, und zudem hatte Moloch keine besondere Liebhaberei für die Kinder der Armen.

Der Kampf über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufgeschreckter Habsucht, in der Tat die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum ersten Male erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.

Ein noch größerer Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals stand bevor.

Wir sprechen von der Kooperativbewegung namentlich der Kooperativfabriken, diesem Werk weniger kühnen „Hände" (hands). Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht überschätzt werden. Durch die Tat, statt durch Argumente, bewiesen sie, daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von Meistern (masters), die eine Klasse von „Händen" anwendet: daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst, und daß, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenarbeit, so Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt, zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichem Herzen verrichtet. In England wurde der Samen des Kooperativsystems von Robert Owen ausgestreut; die auf dem Kontinent versuchten Arbeiterexperimente waren in der Tat der nächste praktische Ausgang der Theorien, die 1848 nicht erfunden, wohl aber laut proklamiert wurden.

Zur selben Zeit bewies die Erfahrung der Periode von 1848 bis 1864 unzweifelhaft, was die intelligentesten Führer der Arbeiterklasse in den Jahren 1851 und 1852 gegenüber der Kooperativbewegung in England geltend machten, daß, wie ausgezeichnet im Prinzip und wie nützlich in der Praxis, kooperative Arbeit, wenn beschränkt auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche vereinzelter Arbeiter, unfähig ist, das Wachstum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien, ja die Wucht ihres Elends auch nur merklich zu erleichtern. Es ist vielleicht gerade dies der Grund, warum plausible Lords, bürgerlich-philanthropische Salbader und ein paar trockene politische Ökonomen jetzt mit demselben Kooperativsystem schön tun, das sie früher in seinem Keim zu ersticken versucht hatten, das sie verhöhnt hatten als die Utopie des Träumers und verdammt hatten als die Ketzerei der Sozialisten. Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Aber die Herren vom Grund und Boden und die Herren vom Kapital werden ihre politischen Privilegien stets gebrauchen zur Verteidigung und zur Verewigung ihrer ökonomischen Monopole. Statt die Emanzipation der Arbeit zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen. Lord Palmerston sprach aus ihrer Seele, als er in der letzten Parlamentssitzung den Verteidigern der Rechte der irischen Pächter höhnend zuschrie: „Das Haus der Gemeinen ist ein Haus von Grundeigentümern!"

Politische Macht zu erobern, ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen. Sie scheinen dies begriffen zu haben, denn in England, Frankreich, Deutschland und Italien zeigt sich ein gleichzeitiges Wiederaufleben und finden gleichzeitige Versuche zur Reorganisation der Arbeiterpartei statt. Ein Element des Erfolges besitzt sie, die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Wagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet. Die vergangene Erfahrung hat gezeigt, wie Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches die Arbeiter der verschiedenen Länder verbinden und sie anfeuern sollte in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinander zu stehen, stets gezüchtigt wird durch die gemeinschaftliche Vereitelung ihrer zusammenhanglosen Versuche. Es war dies Bewußtsein, das die Arbeiter verschiedener Länder, versammelt am 28. September 1864 in dem öffentlichen Meeting zu St. Martins Hall, London, anspornte zur Stiftung der „Internationalen Assoziation".

Eine andere Überzeugung beseelte jenes Meeting.

Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heroische Widerstand der englischen Arbeiterklassen gegen ihre verbrecherische Torheit bewahrte den Westen Europas vor einer transatlantischen Kreuzfahrt für die Verewigung und Propaganda der Sklaverei. Der schamlose Beifall, die Scheinsympathie oder idiotische Gleichgültigkeit, womit die höheren Klassen Europas dem Meuchelmord des heroischen Polens und der Erbeutung der Bergfeste des Kaukasus durch Rußland zusahen; die ungeheuren und ohne Widerstand erlaubten Übergriffe dieser barbarischen Macht, deren Kopf zu St. Petersburg und deren Hand in jedem Kabinett von Europa, haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen, wenn möglich: entgegenzuwirken; wenn unfähig: zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.

Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Das Gothaer Programm

1875

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen*) Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für die Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

---

*) Nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurde auf dem Kongreß zu Schloß Wyden (Schweiz) 1880 das Wort ‚gesetzlich‘ gestrichen, im übrigen das Programm unverändert gelassen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Regelung der Gefängnisarbeit.

8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Das Erfurter Programm

1891

I

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu

sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Grundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerken, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich e i n s mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung.

Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

II

Erster Abschnitt

I

Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen.

Proportional-Wahlsystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Zweijährige Gesetzgebungsperioden.

Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter.

Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

II

Direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde.

Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben.

Jährliche Steuerbewilligung.

III

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit.

Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

IV

Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

V

Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

VI

Erklärung der Religion zur Privatsache.

Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.

Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

VII

Weltlichkeit der Schule.

Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen.

Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

VIII

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes.

Berufung in Strafsachen.

Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter, Verurteilter.

Abschaffung der Todesstrafe.

IX

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

X

Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind.

Selbsteinschätzungspflicht.

Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zweiter Abschnitt

I

Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung.

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.

b) Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder unter vierzehn Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.

d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Trucksystems (der Bezahlung der Arbeiter in Waren statt in Geld).

II

Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern.

Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

III

Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesindeordnungen.

IV

Sicherstellung des Koalitionsrechtes.

V

Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Das Zimmerwalder Manifest*)

1915

Proletarier Europas!

Mehr als ein Jahr dauert der Krieg. Millionen von Leichen bedecken die Schlachtfelder, Millionen von Menschen wurden für ihr ganzes Leben zu Krüppeln gemacht. Europa gleicht einem gigantischen Menschenschlachthaus. Die ganze, durch die Arbeit vieler Generationen geschaffene Kultur ist der Verwüstung geweiht. Die wildeste Barbarei feiert heute ihren Triumph über alles, was bis jetzt den Stolz der Menschheit ausmachte.

Welches auch immer die Wahrheit über die unmittelbare Verantwortung für den Ausbruch dieses Krieges sei — das eine steht fest: Der Krieg, der dieses Chaos erzeugte, ist die Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren.

Wirtschaftlich rückständige und politisch schwache Nationen fallen dabei der Unterjochung durch die Großmächte anheim, die in diesem Kriege versuchen, die Weltkarte ihrem Ausbeutungsinteresse entsprechend mit Blut und Eisen neu zu gestalten. So droht ganzen Ländern und Völkern, wie Belgien, Polen, den Balkanstaaten, Armenien, das Geschick, als Beutestücke im Spiel der Kompensationen, ganz oder in Teile zerrissen, annektiert zu werden.

Die treibenden Kräfte des Krieges treten in seinem Verlauf in ihrer ganzen Niedertracht hervor. Fetzen um Fetzen jenes Schleiers fällt, mit dem der Sinn dieser Weltkatastrophe vor dem Bewußtsein der Völker verhüllt wurde. Die Kapitalisten aller Länder, die aus dem vergossenen Blut des Volkes das rote Gold der Kriegsprofite münzen, behaupten, der Krieg diene der Verteidigung des Vaterlandes, der Demokratie, der Befreiung unterdrückter Völker. Sie lügen. In Tat und Wahrheit begraben sie auf den Stätten der Verwüstung die Freiheit des eigenen Volkes mitsamt der Unabhängigkeit anderer Nationen. Neue Fesseln, neue Ketten, neue Lasten entstehen, und das Proletariat aller Länder,

*) Dieses Manifest wurde von der vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald bei Berg abgehaltenen internationalen sozialistischen Konferenz einstimmig beschlossen.

der siegreichen wie der besiegten, wird sie zu tragen haben. Hebung des Wohlstandes ward beim Ausbruch des Krieges verkündet — Not und Entbehrung, Arbeitslosigkeit und Teuerung, Unterernährung und Volksseuchen sind das wirkliche Ergebnis. Auf Jahrzehnte hinaus werden die Kriegskosten die besten Kräfte der Völker verzehren, die Errungenschaften der sozialen Reformen gefährden und jeden Schritt nach vorwärts verhindern.

Kulturelle Verödung, wirtschaftlicher Niedergang, politische Reaktion — das sind die Segnungen dieses greuelvollen Völkerringens.

So enthüllt der Krieg die nackte Gestalt des modernen Kapitalismus, der nicht nur mit den Interessen der Arbeitermassen, nicht nur mit den Bedürfnissen der geschichtlichen Entwicklung, sondern mit den elementaren Bedingungen der menschlichen Gemeinschaft unvereinbar geworden ist.

Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte, die monarchischen wie die republikanischen Regierungen, die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche — sie alle tragen das Gewicht der vollen Verantwortung für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für ihre Interessen geführt wird.

Arbeiter!

Ausgebeutet, entrechtet, mißachtet — nannte man euch beim Ausbruch des Krieges, als es galt, euch auf die Schlachtbank, dem Tod entgegenzuführen, Brüder und Kameraden. Und jetzt, da euch der Militarismus verkrüppelt, zerfleischt, erniedrigt und vernichtet, fordern die Herrschenden von euch die Preisgabe eurer Interessen, eurer Ziele, eurer Ideale, mit einem Wort: die sklavische Unterordnung unter den Burgfrieden. Man beraubt euch der Möglichkeit, eure Ansichten, eure Gefühle, euren Schmerz zu äußern, man verwehrt es euch, eure Forderungen zu erheben und sie zu vertreten. Die Presse geknebelt, die politischen Rechte und Freiheiten mit Füßen getreten — so herrscht heute die Militärdiktatur mit eiserner Faust.

Diesem Zustande, der die gesamte Zukunft Europas und der Menschheit bedroht, können und dürfen wir nicht weiter tatenlos gegenüberstehen. Jahrzehntelang hat das sozialistische Proletariat den Kampf gegen den Militarismus geführt. Mit wachsender Besorgnis beschäftigen sich seine Vertreter auf ihren nationalen und internationalen Tagungen mit der aus dem Imperialismus immer bedrohlicher hervorgehenden Kriegsgefahr. Zu Stuttgart, zu Kopenhagen, zu Basel haben die inter-

nationalen sozialistischen Kongresse den Weg gezeichnet, den das Proletariat zu betreten hat.

Sozialistische Parteien und Arbeiterorganisationen verschiedener Länder, die diesen Weg mitbestimmten, haben die daraus fließenden Verpflichtungen seit Beginn des Krieges mißachtet. Ihre Vertreter haben die Arbeiterschaft zur Einstellung des Klassenkampfes, des einzig möglichen und wirksamen Mittels der proletarischen Emanzipation, aufgefordert. Sie haben den herrschenden Klassen die Kredite zur Kriegführung bewilligt, sie haben sich den Regierungen zu den verschiedensten Diensten zur Verfügung gestellt, sie haben durch ihre Presse und ihre Sendboten die Neutralen für die Regierungspolitik ihrer Länder zu gewinnen versucht, sie haben den Regierungen sozialistische Minister als Geiseln zur Wahrung des Burgfriedens ausgeliefert, und damit haben sie vor der Arbeiterklasse, vor ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft, die Verantwortung für diesen Krieg, für seine Ziele und seine Methoden übernommen. Und wie die einzelnen Parteien, so versagte die berufenste Vertretung der Sozialisten aller Länder: das Internationale Sozialistische Bureau.

Diese Tatsachen haben es mitverschuldet, daß die internationale Arbeiterklasse, die der nationalen Panik der ersten Kriegsperiode nicht anheim fiel oder sich davon befreite, noch bis jetzt, im zweiten Jahre des Völkermordens, keine Mittel und Wege fand, um den tatkräftigen Kampf für den Frieden gleichzeitig in allen Ländern aufzunehmen.

In dieser unerträglichen Lage haben wir, die Vertreter der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und ihrer Minderheiten, wir Deutsche, Franzosen, Italiener, Russen, Polen, Letten, Rumänen, Bulgaren, Schweden, Norweger, Holländer und Schweizer, wir, die wir nicht auf dem Boden der nationalen Solidarität mit der Ausbeuterklasse, sondern auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes stehen, uns zusammengefunden, um die zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen neu zu knüpfen und die Arbeiterklasse zur Selbstbesinnung und zum Kampfe für den Frieden aufzurufen.

Dieser Kampf ist der Kampf für die Freiheit, für die Völkerverbrüderung, für den Sozialismus. Es gilt dieses Ringen, um den Frieden aufzunehmen, für einen Frieden ohne Annexion und Kriegsentschädigungen. Ein solcher Friede ist aber nur möglich unter Verurteilung jedes Gedankens an eine Vergewaltigung der Rechte und Freiheiten der Völker. Weder die Besetzung von ganzen Ländern noch von einzelnen Landesteilen darf zu ihrer gewaltsamen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene noch eine maskierte, auch keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur

noch unerträglicher gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein.

Proletarier!

Seit Ausbruch des Kriegs habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen, proletarischen Klassenkampf.

Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der kriegführenden Länder ist es, diesen Kampf mit voller Wucht aufzunehmen, Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der neutralen Staaten, ihre Brüder in diesem Ringen gegen die blutige Barbarei mit allen wirksamen Mitteln zu unterstützen.

Niemals in der Weltgeschichte gab es eine dringendere, eine höhere, eine erhabenere Aufgabe, deren Erfüllung unser gemeinsames Werk sein soll. Kein Opfer zu groß, keine Last zu schwer, um dies Ziel: den Frieden unter den Völkern zu erreichen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Mütter und Väter! Witwen und Waisen! Verwundete und Verkrüppelte! Euch allen, die ihr vom Kriege und durch den Krieg leidet, rufen wir zu: über die Grenzen, über die dampfenden Schlachtfelder, über die zerstörten Städte und Dörfer hinweg:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Zimmerwald (Schweiz), im September 1915.

Im Namen der internationalen sozialistischen Konferenz:

Für die deutsche Delegation: Georg Ledebour. Adolf Hoffmann.
Für die französische Delegation: A. Bourderon. A. Merrheim.
Für die italienische Delegation: G. E. Modigliani. Constantino Lazzari.
Für die russische Delegation: N. Lenin. Paul Axelrod. M. Bobroff.
Für die polnische Delegation: St. Lapinski. A. Warski. Cz. Hanecki.
Für die interbalkanische sozialistische Föderation:
Im Namen der rumänischen Delegation: C. Racovski.
Im Namen der bulgarischen Delegation: Wassil Kolarow.
Für die schwedische und norwegische Delegation: Z. Höglund. Ture Nerman.
Für die holländische Delegation: H. Roland Holst.
Für die schweizerische Delegation: Robert Grimm. Charles Naine.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hat sich mit dem Zweck der Konferenz einverstanden erklärt und offizielle Delegierte zu ihren Verhandlungen bestimmt. Die Regierung des „freien“, „demokratischen“

Englands verweigerte aber den Delegierten ihre Pässe, so daß die Reise nach dem Konferenzort nicht erfolgen konnte. Aus diesem Grunde konnte das Manifest, dessen Richtlinien die Unabhängige Partei beistimmt, von Vertretern der englischen Arbeiterpartei noch nicht unterzeichnet werden.

Von den französischen und deutschen Delegierten wurde außerdem folgende gemeinschaftliche Erklärung einstimmig der Konferenz unterbreitet:

Erklärung.

Nach einem Jahre dieses verheerenden Krieges hat sich sein unzweideutig imperialistischer Charakter mehr und mehr offenbart. Das beweist, daß seine Ursachen in der imperialistischen und Kolonialpolitik aller Regierungen liegen, welche die Verantwortung für die Entfesselung dieses furchtbaren Blutvergießens tragen.

Durch den Burgfrieden, den die Nutznießer des Kapitalismus in allen Ländern erklärten, wurden die Volksmassen für diesen Krieg gewonnen, dem der Anschein eines Rassenkampfes, eines Krieges für Recht und Freiheit verliehen wurde. Unter dem Druck der so hervorgerufenen Gefühle wurde in jedem Lande ein sehr großer Teil der Arbeiter von dem Nationalismus fortgerissen. Seitdem hat die den Machthabern unterstellte Presse nicht aufgehört, den angeblichen Befreiungscharakter dieses Krieges zu unterstreichen.

Heute bezeichnen die Chauvinisten jeder Nation als Ziel des Krieges: die Eroberung von ganzen Ländern oder Landesteilen. Die Verwirklichung dieser Absichten würde den Keim künftiger Kriege in sich bergen.

Im Gegensatz zu diesen Plänen haben sich in allen Nationen entschlossene Minderheiten gebildet, die sich bemühen, die Pflichten zu erfüllen, die durch die internationalen Kongresse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel den Sozialisten aller Länder auferlegt sind.

Es ist ihre Aufgabe, heute mehr denn je sich diesen Annexionsbestrebungen zu widersetzen und die Beendigung dieses Krieges zu beschleunigen, der schon den Verlust von Millionen von Menschenleben verursacht, zahllose Verstümmelte geschaffen und drückende Not unter den Arbeitern aller Länder hervorgerufen hat. Deshalb erklären wir deutsche und französische Sozialisten und Gewerkschafter:

Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!

Wir verurteilen aufs entschiedenste die Verletzung der belgischen Neutralität, die feierlich durch internationale Verträge kriegführender Staaten verbürgt ist. Wir fordern und werden nicht aufhören zu fordern, daß Belgien in seiner ganzen Integrität und Unabhängigkeit wieder hergestellt wird.

Wir erklären, daß wir das Ende des Krieges durch einen nahen

Frieden wollen, der kein Volk und keine Nation vergewaltigt, daß wir niemals Eroberungsplänen unserer Regierungen zustimmen, die unvermeidlich den Keim neuer Kriege in sich tragen müßten; daß wir, jeder in seinem Lande, für einen Frieden arbeiten, der den zwischen den Völkern gesäten Haß zerstreut und ihnen den Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit wieder ermöglicht.

Ein solcher Frieden ist unseres Erachtens nur zu erreichen bei völligem Verzicht auf Vergewaltigung der Völker. Die Besetzung von ganzen Ländern oder Landesteilen darf nicht zu deren gewaltsamen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene, noch eine maskierte, auch keine wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unerträglicher gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unverbrüchlich zu achten.

Wir nehmen die ausdrückliche Verpflichtung auf uns, unablässig in diesem Sinne, jeder in seinem Lande, zu wirken, damit die Friedensbewegung stark genug wird, unseren Regierungen die Beendigung dieser Schlächterei aufzuzwingen.

Indem wir uns vom Burgfrieden lossagen, indem wir dem Klassenkampf treu bleiben, der die Grundlage zur Errichtung der sozialistischen Internationale bildet, stehen wir deutschen und französischen Sozialisten und Gewerkschafter unter unsern Volksgenossen fest im Kampfe gegen dieses furchtbare Verhängnis und für die Beendigung des Völkermordens, das die Menschheit entehrt.

Für die deutschen Teilnehmer:

Adolf Hoffmann. Georg Ledebour.

Für die französischen Teilnehmer:

A. Merrheim. A. Bourderon.

Das Kienthaler Manifest*)

1916

1. Der Weltkrieg hat die Resultate der vierzigjährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht, indem er die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als eines politischen Machtfaktors und das moralische Prestige des Sozialismus vernichtet, die proletarische Internationale gesprengt, ihre Sektionen zum Brudermord gegeneinander geführt und die Wünsche und Hoffnungen der Volksmassen in den wichtigsten Ländern der kapitalistischen Entwicklung an das Schiff des Imperialismus gekettet hat.

2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Proklamation des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England (mit Ausnahme der Unabhängigen Arbeiterpartei) dem Imperialismus den Rücken gestärkt, die Volksmassen zum geduldigen Ertragen des Elends und der Schrecken des Krieges veranlaßt und so zur zügellosen Entfesselung der imperialistischen Raserei, zur Verlängerung des Gemetzels und zur Vermehrung seiner Opfer beigetragen, die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen mit übernommen.

3. Diese Taktik der offiziellen Parteiinstanzen der kriegführenden Länder, in allererster Linie in Deutschland, dem bisherigen führenden Lande der Internationale, bedeutet einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, an allen demokratischen Interessen der Völker. Dadurch ist die sozialistische Politik auch in jenen Ländern zur Ohnmacht verurteilt worden, wo die Parteiführer ihren Pflichten treu geblieben sind: in Rußland, Serbien, Italien und — mit einer Ausnahme — Bulgarien.

4. Indem die offizielle Sozialdemokratie der führenden Länder den Klassenkampf im Kriege preisgab und auf die Zeit nach dem Kriege verschob, hat sie den herrschenden Klassen in allen Ländern Frist gewährt, ihre Positionen auf Kosten des Proletariats wirtschaftlich, politisch und moralisch, ungeheuer zu stärken.

---

*) Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Eine größere Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands hat von Kienthal die folgenden Leitsätze angenommen, die eine Anwendung des Erfurter Programms auf die gegenwärtigen Probleme des internationalen Sozialismus darstellen.

5. Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen; er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete. In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.

6. Aus der Politik der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege kann für keine unterdrückte Nation Freiheit und Unabhängigkeit hervorsprießen. Die kleinen Nationen, deren herrschende Klassen Anhängsel und Mitschuldige ihrer Klassengenossen in den Großstaaten sind, bilden nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Großmächte und werden ebenso wie deren arbeitende Massen während des Krieges als Werkzeug mißbraucht, um nach dem Kriege den kapitalistischen Interessen geopfert zu werden.

7. Der heutige Weltkrieg bedeutet unter diesen Umständen bei jeder Niederlage und bei jedem Sieg eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Er treibt bei jedem Ausgang — ausgenommen die revolutionäre Intervention des internationalen Proletariats — zur Stärkung des Militarismus, der internationalen Gegensätze, der weltwirtschaftlichen Rivalitäten. Er steigert die kapitalistische Ausbeutung und die innerpolitische Reaktion, schwächt die öffentliche Kontrolle und drückt die Parlamente zu immer gehorsameren Werkzeugen des Militarismus herab. Der heutige Weltkrieg entwickelt so zugleich alle Voraussetzungen neuer Kriege.

8. Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne, wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über „Abrüstung", „Freiheit der Meere", „Abschaffung des Seebeuterechts", „europäische Staatenbünde", „mitteleuropäische Zollvereine", „nationale Pufferstaaten" u. dgl. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Wagschale zu werfen.

9. Der Imperialismus als letzte Lebensphase und höchste Entfaltung der politischen Weltherrschaft des Kapitals ist der gemeinsame Todfeind des Proletariats aller Länder. Aber er teilt auch mit den früheren Phasen

des Kapitalismus das Schicksal, die Kräfte seines Todfeinds in demselben Umfange zu stärken, wie er sich selbst entfaltet. Er beschleunigt die Konzentration des Kapitals, die Zermürbung des Mittelstandes, die Vermehrung des Proletariats, weckt den wachsenden Widerstand der Massen und führt so zur intensiven Verschärfung der Klassengegensätze. Gegen den Imperialismus muß der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Krieg in erster Reihe konzentriert werden. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung: „Krieg dem Kriege" unter Aufbietung der vollen Kraft und des äußersten Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt.

10. Zu diesem Zwecke richtet sich die Hauptaufgabe des Sozialismus heute darauf, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht zusammenzufassen, es durch eine starke internationale Organisation mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und politischer Aktionsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, wozu es durch die Geschichte berufen ist.

11. Die II. Internationale ist durch den Krieg gesprengt. Ihre Unzulänglichkeit hat sich erwiesen durch ihre Unfähigkeit, einen wirksamen Damm gegen die nationale Zersplitterung im Kriege aufzurichten und eine gemeinsame Taktik und Aktion des Proletariats in allen Ländern durchzuführen.

12. Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkung vom Boden der proletarischen Internationale auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik ist es eine Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt.

Sie muß, um ihre historische Aufgabe zu lösen, auf folgenden Grundlagen beruhen:

1. Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse in ihrem welthistorischen Befreiungskampfe. Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt

keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

2. Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muß im Frieden wie im Kriege auf die Bekämpfung des Imperialismus und Verhinderung der Kriege als auf ihr Hauptziel gerichtet werden. Die parlamentarische Aktion, die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung muß dem Zweck untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzukehren, sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich außerhalb der Internationale.

5. In den Kämpfen gegen den Imperialismus und den Krieg kann die entscheidende Macht nur von den kompakten Massen des Proletariats aller Länder eingesetzt werden. Das Hauptaugenmerk der Taktik der nationalen Sektionen ist somit darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und zur entschlossenen Initiative zu erziehen, den internationalen Zusammenhang der Massenaktion zu sichern, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, daß durch iher Vermittlung jederzeit das rasche und tatkräftige Zusammenwirken aller Sektionen gewährleistet und der Wille der Internationale so zur Tat der breitesten Arbeitermassen aller Länder wird.

6. Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert. Die nationalen Sektionen haben ihre Agitation in den Parlamenten wie in der Presse dahin zu richten, die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale.

Das Revolutions-Programm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1919

Unter den Stürmen der Revolution hat in Berlin vom 2. bis 6. März 1919 der zweite Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getagt. Er hat der Partei den Weg gewiesen, der zur Besitzergreifung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus führt. In scharfen Meinungskämpfen wurde die Selbstverständigung erzielt und das nachstehende Aktionsprogramm aufgestellt:

Programmatische Kundgebung

Unter Aufrechterhaltung der leitenden Gedanken des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms erklärt der Parteitag:

Im November 1918 haben die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Macht nicht befestigt und die kapitalistische Klassenherrschaft nicht überwunden.

Die Führer der Rechtssozialisten haben den Pakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Sie treiben eine Verwirrungspolitik mit den Worten Demokratie und Sozialismus.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit erfolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialisierung, wie die Rechtssozialisten sie betreiben, ist ein Gaukelspiel. Sie begnügen sich, unter Schonung der kapitalistischen Interessen, mit einer „gemischt-wirtschaftlichen“ Bewirtschaftung und sogar nur mit der „öffentlichen Kontrolle“ der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Vergesellschaftung reifen Betriebe.

Das klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß sein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann, sondern daß dazu auch eine neue proletarische Kampforganisation erforderlich ist.

Im Rätesystem hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie faßt die Arbeitermassen in den Betrieben

zu revolutionärem Handeln zusammen. Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.

In allen kapitalistischen Ländern entwickelt sich das Rätesystem aus den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und wird zum Träger der proletarischen Weltrevolution.

Die geschichtliche Aufgabe der U. S. P. ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein. Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht.

Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.

Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente.

Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die nächsten Forderungen der U. S. P. sind:

1. Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.
2. Völlige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
3. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energie-Erzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens. Großgrundbesitz und große Forsten sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, sowie Förderung der Genossenschaft

zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. In den Städten ist das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeindeeigentum zu überführen, und ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.

4. Wahl der Behörden und der Richter durch das Volk. Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege und an der Verhinderung eines zeitigeren Friedens zur Verantwortung zu ziehen hat.
5. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wegzusteuern. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch stufenweis steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern zu decken. Die Kriegsanleihen sind zu annullieren unter Entschädigung der Bedürftigen, der gemeinnützigen Vereine, Anstalten und der Gemeinden.
6. Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Den Kriegerwitwen und -waisen und den Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Benutzung zu übergeben. Grundlegende Neuordnung des öffentlichen Gesundheitswesens.
7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule. Öffentliche Einheitsschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten ist. Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und die Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel.
8. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Inserate und Übertragung an die Kommunalverbände.
9. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Räterepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kiental.

Die U. S. P. ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieser Kundgebung ist aber die notwendige Voraussetzung der Einigung der Arbeiterklasse.

Diese programmatische Kundgebung ist die Richtschnur für die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Damit hat der Parteitag Klarheit geschaffen über die Bahn, die das Proletariat zu verfolgen hat.

Es darf sich nicht ablenken lassen durch die Illusion, daß gewaltsames Vorgehen von Minderheiten und vereinzelte Teilaktionen es seinem Ziele näherbringen. Birgt dies die Gefahr der Zersplitterung und Schwächung der Arbeiterklasse in sich, so würde das Verlassen grundsätzlicher proletarischer Politik die Zukunft des Sozialismus vernichten. Das zeigt die Politik der Rechtssozialisten, die im Verein mit bürgerlichen Demokraten und mit dem Zentrum eine Regierung bilden, deren blutige Gewaltpolitik die Proletarier aus dem rechtssozialistischen Lager treibt.

Die Massen strömen uns zu. Es gilt, sie zu sammeln unter dem Banner des revolutionären, internationalen Sozialismus, das die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgepflanzt hat. So muß es, so wird es zur Geschlossenheit des gesamten klassenbewußten Proletariats kommen. Genossen und Genossinnen! Ans Werk mit revolutionärer Kraft!

Das Programm des Spartakusbundes

1919

Am 9. November haben Arbeiter und Soldaten das alte Regime in Deutschland zertrümmert. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs war der blutige Wahn von der Weltherrschaft des preußischen Säbels zerronnen. Die Verbrecherbande, die den Weltbrand entzündet und Deutschland in das Blutmeer hineingetrieben hat, war am Ende ihres Lateins angelangt. Das vier Jahre lang betrogene Volk, das im Dienste des Molochs Kulturpflicht, Ehrgefühl und Menschlichkeit vergessen hatte, das sich zu jeder Schandtat mißbrauchen ließ, erwachte aus der vierjährigen Erstarrung — vor dem Abgrund.

Am 9. November erhob sich das deutsche Proletariat, um das schmachvolle Joch abzuwerfen. Die Hohenzollern wurden verjagt, Arbeiter- und Soldatenräte gewählt.

Aber die Hohenzollern waren nie mehr als Geschäftsträger der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums. Die bürgerliche Klassenherrschaft: das ist der wahre Schuldige des Weltkrieges in Deutschland wie in Frankreich, in Rußland wie in England, in Europa wie in Amerika. Die Kapitalisten aller Länder: das sind die wahren Anstifter zum Völkermord. Das internationale Kapital — das ist der unersättliche Baal, dem Millionen dampfender Menschenopfer in den blutigen Rachen geworfen werden.

Der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Kriege und baldigster Untergang im Chaos und in der Anarchie, oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung.

Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verwirkt. Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Orgie hinterlassen hat.

Produktionsmittel sind in ungeheurem Maßstab vernichtet, Millionen Arbeitskräfte, der beste und tüchtigste Stamm der Arbeiterklasse hingeschlachtet. Der am Leben Gebliebenen harrt bei der Heimkehr das grinsende Elend der Arbeitslosigkeit. Hungersnot und Krankheiten drohen

die Volkskraft an der Wurzel zu vernichten. Der finanzielle Staatsbankerott infolge der ungeheuren Last der Kriegsschulden ist unabwendbar.

Aus all dieser blutigen Wirrsal und diesem gähnenden Abgrund gibt es keine Hilfe, keinen Ausweg, keine Rettung als im Sozialismus. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Arbeit und Brot verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen. Nieder mit dem Lohnsystem! Das ist die Losung der Stunde. An Stelle der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft soll die genossenschaftliche Arbeit treten. Die Arbeitsmittel müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein, sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und Ausgebeuteten mehr! Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit. Abschaffung wie der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist.

An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven: freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit niemandes Qual, weil jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Hunger hinfür nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Müßiggängers Strafe!

Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft entwurzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. Erst dann wird es heißen: *dieser Krieg ist der letzte gewesen.*

Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit. Über den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Menetekel die Worte des „Kommunistischen Manifests“:

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.

Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.

In allen bisherigen Revolutionen war es eine kleine Minderheit des Volkes, die den revolutionären Kampf leitete, die ihm Ziel und Richtung gab und die Masse nur als Werkzeug benutzte, um ihre eigenen Inter-

essen, die Interessen der Minderheit zum Siege zu führen. Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann.

Die Masse des Proletariats ist berufen, nicht bloß der Revolution in klarer Erkenntnis Ziele und Richtung zu stecken. Sie muß auch selbst, durch eigene Aktivität Schritt um Schritt den Sozialismus ins Leben einführen.

Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.

Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft: die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte durch eigene Klassenorgane: die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen. Und nur in ständiger, lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den A.- und S.-Räten kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen.

Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen. Die nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung sind allein ein leeres Wort. Nur die Arbeiterschaft kann das Wort durch eigene Tat zum Fleische machen. In zähem Ringen mit dem Kapital, Brust an Brust in jedem Betriebe, durch unmittelbaren Druck der Massen, durch Streiks, durch Schaffung ihrer ständigen Vertretungsorgane können die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen.

Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moraliche Grundlage, wie Stumpfsinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Alle diese sozialistischen Bürgertugenden, zusammen mit Kenntnissen

und Befähigungen zur Leitung der sozialistischen Betriebe, kann die Arbeitermasse nur durch eigene Betätigung, eigene Erfahrung erwerben.

Sozialisierung der Gesellschaft kann nur durch zähen unermüdlichen Kampf der Arbeitermasse in ihrer ganzen Breite verwirklicht werden, auf allen Punkten, wo Arbeit mit Kapital, wo Volk mit bürgerlicher Klassenherrschaft einander ins Weiße des Auges blicken. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.

Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbeglocke für jede Knechtschaft und Unterdrückung. Darum erheben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitalisten, Junker, Kleinbürger, Offiziere, alle Nutznießer und Parasiten der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod.

Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliere wie die amerikanischen Sklavenhändler, die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten — sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterkaste die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes: ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat.

Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzeleien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen, sie wird der Revolution zwanzig Vendeen auf den Hals hetzen, sie wird den äußeren Feind, das Mordeisen der Clemenceau, Lloyd George und Wilson als Retter ins Land rufen, — sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln, als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. Den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse. Den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen. Den parlamentarischen Obstruktionsmanövern der Bourgeoisie die tatenreiche Organisation der Arbeiter- und Soldatenmasse. Der Allgegenwart und den tausend Machtmitteln der bürgerlichen Gesellschaft — die konzentrierte, zusammengeballte, aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse. Die geschlossene Front des gesamten deutschen Proletariats: des süddeutschen mit dem norddeutschen, des städtischen mit dem ländlichen, der Arbeiter mit den Soldaten, die lebendige geistige Fühlung der deutschen Revolution mit der Internationale, die Erweiterung der deutschen Revolution zur Weltrevolution des Proletariats vermag allein die granitne Basis zu schaffen, auf der das Gebäude der Zukunft errichtet werden kann.

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen — zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Tor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

Um dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, fordert der Spartakusbund:

I. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch A.- und S.-Räte.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.
4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
5. Entfernung der Offiziere und der Kapitulanten aus allen Soldatenräten.
6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der A.- und S.-Räte.
7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.
8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

II. Auf politischem und sozialem Gebiete:

1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche sozialistische Republik.
2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch A.- und S.-Räte sowie deren Ausschüsse und Organe.
3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land nach Betrieben, sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.

4. Wahlen von Delegierten der A.- und S.-Räte im ganzen Reich für den Zentralrat der A.- und S.-Räte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat.
5. Zusammentritt des Zentralrats vorläufig mindestens alle drei Monate — unter jedesmaliger Neuwahl der Delegierten — zur ständigen Kontrolle über die Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der A.- und S.-Räte im Reiche und ihrem obersten Regierungsorgan. Recht der lokalen A.- und S.-Räte zur jederzeitigen Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln. Recht des Vollzugsrats, die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und -beamten zu ernennen und abzusetzen.
6. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
7. Einschneidende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg; sechsstündiger Höchstarbeitstag.
8. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesens im Geiste und Sinne der proletarischen Revolution.

III. Nächste wirtschaftliche Forderungen

1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.
2. Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen bis zu einer bestimmten Höhe, die durch den Zentralrat der A.- und S.-Räte festzusetzen ist.
3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.
4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.
6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.

7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.
8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission, die mit den Betriebsräten der beginnenden Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der A.- und S.-Räte sichern soll.

IV. Internationale Aufgaben

Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.

V.

Das will der Spartakusbund.

Und weil er das will, weil er der Mahner, der Dränger, weil er das sozialistische Gewissen der Revolution ist, wird er von allen offenen und heimlichen Feinden der Revolution und des Proletariats gehaßt, verfolgt und verleumdet.

Kreuziget ihn! rufen die Kapitalisten, die um ihre Kassenschränke zittern.

Kreuziget ihn! rufen die Kleinbürger, die Offiziere, die Antisemiten, die Preßlakeien der Bourgeoisie, die um die Fleischtöpfe der bürgerlichen Klassenherschaft zittern.

Kreuziget ihn! wiederholen noch wie ein Echo getäuschte, betrogene, mißbrauchte Schichten der Arbeiterschaft und Soldaten, die nicht wissen, daß sie gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüten, wenn sie gegen den Spartakusbund wüten.

Im Hasse, in der Verleumdung gegen den Spartakusbund vereinigt sich alles, was gegenrevolutionär, volksfeindlich, antisozialistisch, zweideutig, lichtscheu, unklar ist. Dadurch wird bestätigt, daß in ihm das Herz der Revolution pocht, daß ihm die Zukunft gehört.

Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußte Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.

Der Spartakusbund lehnt es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie, mit den Scheidemann-Ebert, die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in einer solchen Zusammenwirkung einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, eine Stärkung der Gegenrevolution und eine Lähmung der Revolution erblickt.

Der Spartakusbund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet und die Unabhängigen durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten sind.

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.

Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen.

Der Sieg des Spatakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.

Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!



Kritik



Grundlegung der politischen Ökonomie

von

Adolf Wagner (1835–1918)

1892

Das volkswirtschaftliche Problem guter Verteilung des Volkseinkommens ist früher über dem Problem größtmöglicher Produktion der Güter auch in der Theorie nicht genügend zur Geltung gekommen. Besonders hat der ökonomische Individualismus der neueren Wissenschaft seit Ad. Smith es vernachlässigt und viel zu sehr eine „gute Verteilung" ohne weiteres als notwendiges Ergebnis des „sich selbst überlassenen Verkehrs" betrachtet. Das Verteilungsproblem darf wohl gegenwärtig fast noch als das wichtigere dieser beiden Hauptprobleme der Volkswirtschaft bezeichnet werden. Der ökonomische Sozialismus hat das Verdienst, es in den Vordergrund geschoben zu haben. Aber er hat dabei den innigen Zusammenhang zwischen beiden Problemen zu sehr hintangesetzt. Dieser ist im Vorausgehenden demgemäß überall hervorgehoben worden. Damit ist zugleich die Grundlage für die volkswirtschaftliche Beurteilung des Rechtsinstituts des Privateigentums, besonders des privaten Kapital- und Grundeigentums, gewonnen worden.

Der Standpunkt, welcher hier hinsichtlich der Aufstellung eines Ziels der volkswirtschaftlichen Entwicklung und hinsichtlich des Verteilungsproblems vertreten wird, steht im Widerspruch mit anderen Standpunkten, namentlich mit demjenigen einer Richtung in der deutschen historischen Schule der Nationalökonomie, wonach die Aufstellung eines Ziels der volkswirtschaftlichen Entwicklung überhaupt unrichtig sei; ferner mit dem Standpunkte des sogenannten Kommunismus und des extremen Sozialismus; endlich mit demjenigen des extremen ökonomischen Individualismus.

Die Berechtigung, ein solches Ziel der volkswirtschaftlichen Entwicklung aufzustellen, ist prinzipiell mit dem Einwand, daß damit bedenkliche Ideologie betrieben, nach falscher „idealistischer Methode" verfahren werde, bestritten worden. So neuerdings namentlich von Roscher. Jedoch handelt es sich hier keineswegs um die Aufstellung unpraktischer Idealzustände, für welche keine Erfahrung vorliegt, nicht um Ausmalen von Utopien. Vielmehr muß durch Beobachtung nachgewiesen werden,

wie die Gestaltung der Volkswirtschaft den Bedürfnissen des Volks entspricht. Dabei ist dann aber eine prinzipielle Untersuchung, wie die vorausgehende, über den Bedürfnisstand und sein Verhältnis zum Einkommen unausbleiblich, wenn man zu einem theoretisch und praktisch brauchbaren Ergebnis kommen will. Durch eine solche Untersuchung muß ein von subjektiver Willkür möglichst freier Maßstab gewonnen werden, an dem man die Zustände prüft und durch den die Wirtschaftspolitik eine Direktive erhält. Auf Grund eines solchen Vorgehens wird ein ideales Ziel der Gestaltung des Bedürfnisstands, des Volkseinkommens und der Verteilung des letzteren für ein bestimmtes Zeitalter und ein bestimmtes Volk, bzw. für die Kulturvölker unserer Rasse in der Gegenwart sehr wohl aufzustellen sein. Vollends von demjenigen Standpunkte aus, welcher das System der freien Konkurrenz nicht als einzige oder letzte Lösung des volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsproblems anerkennt, kann eine Aufstellung eines solchen Ziels der volkswirtschaftlichen Entwicklung nicht nur nicht verurteilt, sondern muß sie sogar gefordert werden.

Der hier eingenommene Standpunkt steht in Widerspruch mit den Forderungen des sogenannten (reinen) Kommunismus und des extremen oder vollständigen (ökonomischen) Sozialismus. Die Ausdrücke „Kommunismus" und „Sozialismus" werden aber so verschieden aufgefaßt und sind namentlich im populären Sprachgebrauch so wenig mit einem klaren Begriff verbunden, daß es notwendig ist, hier erst den Sinn und Begriff dieser Ausdrücke festzustellen.

1. Wissenschaftlich kann unter „Kommunismus" nichts andres verstanden werden als „Gemeinwirtschaft". Jeder andere „Sinn" des Worts ist „Unsinn". Soweit Gemeinwirtschaft und insbesondere Zwangsgemeinwirtschaft besteht, ist daher „Kommunismus" vorhanden: der Staat ist „Kommunismus", soweit er finanziell auf eigentlichen Steuern (im Unterschied von Gebühren) beruht und mit diesen Mitteln aller für die Zwecke aller, d. h. für die allgemeinen Staatszwecke, ohne Anwendung des Prinzips der speziellen Entgeltlichkeit von Leistung und Gegenleistung wie im privatwirtschaftlichen Verkehr, arbeitet, d. h. Leistungen produziert; die Gemeinde desgleichen. Die einzelne Staats- oder Gemeindeanstalt, welche ganz oder teilweise durch allgemeine eigentliche Steuern ihre Erhaltungs- und Betriebskosten deckt, ist „Kommunismus"; die Staatseisenbahn, die Post, die Telegraphie des Staats, welche zu ihren eigenen Einnahmen Zuschüsse braucht, ist „Kommunismus". Die allgemeine prinzipielle Opposition gegen diesen Kommunismus hat daher gar keinen Sinn. Sie ist nur im speziellen Fall verständlich und läuft dann auf die alten beiden Streitfragen hinaus: einmal über die richtigen

Grenzen zwischen Staats-, Gemeinde- usw. Tätigkeit einer- und privater Tätigkeit andererseits; sodann über die finanzielle Behandlung einer „öffentlichen" Tätigkeit, nach dem Prinzip der reinen Ausgabe, also der Deckung der Kosten durch eigentliche Steuern oder nach dem Gebührenprinzip usw. Je mehr die öffentlichen Tätigkeiten des Staats, der Gemeinde und ähnlichen Körper sich erweitern und je mehr das Gebührenprinzip durch dasjenige der reinen Ausgabe verdrängt wird, desto mehr „Kommunismus", welcher allerdings insofern in steigendem Maße in einer Aussicht steht und jetzt schon sich verwirklicht.

2. In einem anderen „Sinn", welcher meistens denjenigen, die ihn als Freunde und Feinde anwenden, selbst völlig unklar ist, wird unter „Kommunismus" oder wie er zum Unterschiede vom obigen besser genannt wird, unter sogenanntem (reinem) Kommunismus ein Gesellschaftszustand ohne jedes Privateigentum verstanden, daher nicht nur, wie in den Forderungen des ökonomischen Sozialismus der Gegenwart, ohne Privateigentum an sachlichen Produktionsmitteln (Boden und Kapital), sondern selbst ohne Privateigentum am Gebrauchs-, mindestens am Nutzvermögen. Der weitere, auch nur sehr unklar vorschwebende Gedanke ist dabei, daß, soweit man in einem solchen Zustande überhaupt von individuellem „Einkommen" sprechen könnte, dies für alle Individuen oder Familien völlig gleich oder m. a. W. die ökonomische Lebenslage und Bedürfnisbefriedigung aller die gleiche sei. Es ist dies ein kaum denkbarer, geschweige praktisch möglicher Zustand, über den kein Wort zu verlieren ist. Er wird aber kaum auch nur von einzelnen wirren Phantasten ausgemalt und muß hier überhaupt nur aus einem äußeren Grunde erwähnt und einfach als töricht abgewiesen werden. Denn unklare oder tendenziöse Gegner des vorhin genannten Kommunismus (im allein faßbaren wissenschaftlichen Sinn) und des modernen ökonomischen Sozialismus haben sich gern in ein Windmühlengefecht gegen diesen sogenannten Kommunismus eingelassen, und ihrer eigenen Sache, d. h. derjenigen der bestehenden Wirtschaftsordnung dadurch mehr schadend als nützend, sich den falschen Anschein gegeben, als zögen sie die vermeintlichen Konsequenzen dieses Sozialismus usw. und widerlegten dieselben durch die Identifizierung des letzteren mit diesem rein phantastischen Kommunismus. Ein leider gefährlicher Irrtum.

3. Kaum weniger unklar sind, besonders bei seinen Gegnern, die Ideen, welche mit dem Wort „Sozialismus" verbunden werden. Wissenschaftlich kann es sich nur um zwei Bedeutungen des Worts handeln, um eine allgemeinere und eine speziellere und in der letzteren um einen extremen oder vollständigen und um einen partiellen Sozialismus. Die allgemeinere und die speziellere Bedeutung hängen aber zusammen.

a) Im allgemeinen Sinn ist „Sozialismus" der Gegensatz zum „Individualismus", daher ein Prinzip der Ordnung der Gesellschaft und Volkswirtschaft zunächst nach den Bedürfnissen dieser als Totalitäten, oder von Gesellschafts wegen, während „Individualismus" ein Prinzip ist, das in Gesellschaft und Volkswirtschaft das Individuum voranstellt, zum Ausgangspunkt nimmt und dessen Interessen und Wünsche zur Norm für die Gesellschaft und Volkswirtschaft macht. Die („liberale") Nationalökonomie der Physiokraten und der Smithschen Schule ist, wie die gleichzeitige Rechts- und Staatsphilosophie, wesentlich auf dies Prinzip des Individualismus gebaut. Die historische und organische Rechts- und Staatslehre hat dies, und die jetzige wissenschaftliche Nationalökonomie muß dies als eine Einseitigkeit anerkennen. Das in diesem Sinn „sozialistische" oder — um Mißdeutungen und Entstellungen zu vermeiden, — das „soziale" Prinzip muß vorangestellt werden. Dies ist in der Staatslehre schon geschehen, in der Privatrechts-Lehre größtenteils noch zu tun, beginnt aber auch hier (Jhering), und ist auch in der Nationalökonomie notwendig. Der extreme Sozialismus hat dies richtig erkannt und danach gehandelt. Er ist aber in die andere Einseitigkeit verfallen und hat das individualistische Prinzip, statt es zu modifizieren, negiert. Das richtige ist aber nicht: Sozialismus oder Individualismus, sondern Sozialismus und Individualismus, nur der erstere als leitendes Prinzip der genannten Art voranstehend. Dies ist auch der Standpunkt dieses Werks. Sozialismus und Individualismus sind zwei Lebensprinzipien der Gesellschaft und Volkswirtschaft, ihre Verwirklichung in wechselndem Maße durchzieht die Geschichte beider letzteren. Das sozialistische Prinzip ist aber aus entwicklungsgesetzlichen, namentlich wieder mit der Entwicklung der Produktions-Technik zusammenhängenden Gründen bei fortschreitenden Kulturvölkern, zumal unserer Periode, im Vordringen begriffen. Aus dem Gesagten folgt auch, daß jede einzelne volkswirtschaftliche Erscheinung und volkswirtschaftspolitische Maßregel notwendig immer ein sozialistisches und individualistisches Moment enthält, von denen bald das eine, bald das andere zu begünstigen ist.

b) Auf dem Boden dieses eben erläuterten „Sozialismus" hat sich nun in neuerer Zeit, besonders durch französische Anregungen (St-Simon und seine Schule, Fourier und seine Anhänger, L. Blanc), eine wesentlich ökonomische Theorie entwickelt, welche mit dem Namen „Sozialismus" belegt worden ist: der Sozialismus im spezielleren Sinn. Diese Theorie ist aber erst durch Deutsche (einerseits Rodbertus, anderseits Marx, Engels, Lassalle) gerade in ihrem ökonomischen Kern, nach der Seite der Kritik der bestehenden Wirtschaftsordnung und der Postulate für eine Neugestaltung der letzteren, wissenschaftlich ausgebildet und zu begründen gesucht worden.

Diese deutsche sozialistische Theorie bildet den „extremen Sozialismus" oder den „modernen wissenschaftlichen ökonomischen Sozialismus". Um zu ihm in den wichtigsten und schwierigsten Fragen des volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsproblems richtig Stellung zu nehmen, ist es notwendig, gegenüber der bei vielen Anhängern und bei noch mehr Gegnern desselben bestehenden großen Unklarheit, ihn richtig und scharf in seiner „Quintessenz" darzulegen, so daß er auch für das populäre Verständnis faßbar wird.

Dieser extreme Sozialismus ist ein dem heutigen entgegengesetztes System der wirtschaftlichen Rechtsordnung, wo die sachlichen Produktionsmittel, d. h. Grund und Boden und Kapital, nicht, wie jetzt meistens, im Privateigentum einzelner privater Mitglieder der Gesellschaft, sondern im öffentlichen oder Gesamteigentum der Gesellschaft selbst, bzw. ihrer Vertreter, sich befinden; wo daher nicht die privaten, auf Gewinn (Kapital- und Unternehmergewinn) berechneten Unternehmungen und nach den Bedingungen des Arbeitsvertrags bezahlte Lohnarbeiter sich gegenüberstehen und je untereinander selbst wieder konkurrieren; wo nicht die Produktion eine von den einzelnen Unternehmern nach individuellem Ermessen des Bedarfs bestimmte, daher im Ganzen regellose, vom Gang der Spekulation und dem Einfluß der Konjunktur abhängige ist, die Verteilung des Produktionsertrags aber nach dem Zufall des „Gesetzes von Angebot und Nachfrage" erfolgt; sondern wo die Produktion planmäßig nach dem vorher ermittelten und veranschlagten Bedarf der Konsumenten von oben aus geregelt, großenteils in genossenschaftlicher Weise, oder in Staats-, Kommunalanstalten u. dgl. m. ausgeführt und ihr Ertrag in der Annahme nach gerechterer Art, als gegenwärtig mittelst des Gesetzes von Angebot und Nachfrage und mittelst der „Lohnabfindungsverträge", unter die Produzenten (Arbeiter) verteilt wird.

Dieser extreme Sozialismus ist daher ein neues großes nationalökonomisches System, welches als solches dem System des ökonomischen Individualismus, d. h. der wissenschaftlichen Lehre der Physiokraten, A. Smiths und seiner Schule von der Volkswirtschaft, eine Lehre, welche in unserer modernen wirtschaftlichen Gesetzgebung im wesentlichen Geltung erlangt hat, als Gegenpol gegenübersteht. In diesem Sozialismus handelt es sich, wie man sieht, um eine grundsätzlich durchaus andere als heute zu Recht bestehende Lösung des volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsproblems. Zu diesem Zweck will derselbe eine prinzipielle Umgestaltung von Hauptpunkten des Privatrechts vornehmen, namentlich das Privateigentum an Boden und Kapital, als Produktionsmitteln, und den heutigen Arbeitsvertrag beseitigen. Damit würde alles Renteneinkommen für Private fortfallen und bloßes Arbeitseinkommen übrig

bleiben. Über die Grundsätze für die Regelung des letzteren gehen die Ansichten auseinander. Für den vorliegenden Zweck braucht auf diese Frage nicht näher eingegangen zu werden.

Mit diesem extremen Sozialismus steht der oben in der Behandlung des Verteilungsproblems eingenommene Standpunkt in Widerspruch. Die weitere und sehr eingehende Auseinandersetzung mit ihm, die gegenwärtig eine der theoretisch und praktisch wichtigsten Aufgaben der wissenschaftlichen Nationalökonomie bildet, erfolgt im Verlauf dieses ganzen Werks.

Eine solche Behandlung ist durchaus geboten, nicht durch die wissenschaftliche Bedeutung des extremen Sozialismus in der Kritik der anderen Theorien und im systematischen Aufbau einer neuen ökonomischen Theorie, sondern mehr noch, weil der extreme Sozialismus nur eine Übertreibung eines partiellen Sozialismus ist, welcher in der geschichtlichen Entwicklung des gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Lebens aller, besonders der Kulturvölker längst bestanden hat und einen wesentlichen, vielfach in notwendiger und sichtbarer Ausdehnung begriffenen Bestandteil der überall bei uns vorhandenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rechtsordnung bildet. Damit wird aber ein partiell durchaus richtiger Kern auch im extremen Sozialismus anerkannt.

Es handelt sich daher auch hier, ebenso wie bei dem Sozialismus in der obigen allgemeineren Bedeutung dem Individualismus gegenüber, nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Mehr-Weniger zwischen diesem extremen ökonomischen Sozialismus und dem ökonomischen Individualismus der neueren Nationalökonomie. Gerade dieser Umstand erschwert die theoretische und praktische Aufgabe sehr, denn damit erweist sich eine Abwägung von Fall zu Fall unvermeidlich.

Ganz oder teilweise auf dem Boden der Produktionsordnung des Sozialismus, in ökonomischer und rechtlicher Hinsicht, steht unsere Praxis bereits mit dem „öffentlichen" Eigentum an Grund und Boden und an Kapitalien und mit dem Betrieb von materiellen Produktionszweigen durch ihr Staats-Domänen-, Forst-, Berg- und Hütten-, Fabrik-, Bankwesen usw.; durch ihre großen Staats-Verkehrswege und Anstalten, ihre Straßen, Eisenbahnen, ihre Post, ihre Telegraphie; durch ihre Staatsmonopole, wie Salz und Tabak; durch ihre öffentlichen Versicherungsanstalten; durch ihre etwaigen Zuschüsse für Produktivassoziationen aus öffentlichen Geldern (nach Lassalle und Bismarck); durch ihre materiell-wirtschaftlichen Kommunalanstalten, für Gasbeleuchtung, Wasserversorgung, Viehhöfe, Markthallen, Lagerhäuser usw. usw., sowie durch vieles andre mehr. Der extreme Sozialismus fordert nur, daß solches öffentliches Eigentum ganz verallgemeinert und daher alleinherrschend werde, ungeschichtlich und sich über die entgegenstehenden technischen und ökonomi-

schen Bedenken und Schwierigkeiten mit seinem abstrakt-absoluten Prinzip hinwegsetzend. Dadurch bezeichnet er den äußersten Rückschlag gegen seinen Gegenpol, den ökonomischen Individualismus, welcher seinerseits nicht weniger ungeschichtlich, seinem abstrakt-absoluten Prinzip gemäß, den Staat, die Gemeinde usw. ganz aus dem Eigentum an und aus dem Wirtschaftsbetrieb mit sachlichen Produktionsmitteln herausdrängen will oder wollte: vom Standpunkt der Gegenwart so „utopisch" wie das sozialistische Postulat.

Selbst auf dem Boden der Verteilungsordnung des Sozialismus steht unsere Praxis, namentlich in Deutschland, bereits lange in bezug auf eine wichtige Arbeiter- oder „Produzenten"kategorie, die „öffentlichen Beamten", namentlich im Staatsdienst. Auch hier erfolgt nicht unmittelbar nach individueller Nachfrage und Angebot die Lohnregelung, sondern auf Grund bestimmter Bedarfsskalen und zugleich bestimmter Abmessungen des gesellschaftlichen Werts der betreffenden Arbeitsart wird ein Gehaltssystem aufgestellt, welches die Besoldungen der einzelnen „Arbeiter" regelt. Ein entwickeltes Pensionssystem (Ruhegehalte, Alterspensionen, Witwen- und Waisenpensionen) verbindet sich damit. Die eminenten Vorzüge dieses „Besoldungswesens" gegenüber dem „Lohnwesen" der gewöhnlichen Arbeiter sind augenscheinlich. Man hat das erkannt und wegen der Übelstände im letzteren gerade neuerdings nach Einrichtungen gestrebt, welche den Arbeiter durch ein entwickeltes Versicherungswesen in einiger Hinsicht ähnlich wie den Beamten sicherstellen. Das läßt sich freilich nicht ohne größere Einmischung in den „freien Arbeitsvertrag" erreichen und führt unvermeidlich von der Lohnregelung des ökonomischen Individualismus weiter ab. So befindet man sich auch hier bereits und gelangt immer mehr in einen „partiellen Sozialismus", von welchem das staatliche Besoldungswesen ein sehr interessantes Beispiel ist. Aber überall ist die vom extremen Sozialismus verkannte Aufgabe, an das geschichtlich Gewordene und rechtlich Bestehende anzuknüpfen, allenfalls Entwicklungen in bestimmter Richtung, die sich ohnehin bereits anbahnen, zu postulieren, aber nicht diese weiteren geschichtlichen Entwicklungen durch ein abstrakt-absolutes Prinzip, dem sich alles beugen müsse, antizipieren zu wollen, ohne daß für die Verwirklichung das Wie und Wo auch nur zu ersehen ist. Anderseits ergibt sich auch hier wieder, daß der extreme ökonomische Individualismus nicht weniger einseitig, seinem abstrakt-absoluten Prinzip von der Notwendigkeit und Ersprießlichkeit der „naturgesetzlichen" Regelung durch freie Individual-Verträge gemäß, bereits bestehende Verhältnisse, schon erreichte und sich fortsetzende Entwicklungen negiert. Die Wahrheit liegt in der Mitte zwischen beiden Extremen.

Nach diesen hier vorläufig nur kurz anzudeutenden Gesichtspunkten

sind die großen Probleme, welche der wissenschaftliche Sozialismus nicht bloß, sondern die moderne, technische, wirtschaftliche und kulturliche Entwicklung in die theoretische und praktische Diskussion geworfen haben, im weiteren Verlauf zu erörtern. Die Hauptforderung, die grundsätzliche Beseitigung alles privaten Kapitals und Bodens, damit alles privaten Rentenbezugs, und die grundsätzliche Ausschließlichkeit bloßen Arbeitseinkommens ist zwar durch die moderne Entwicklung der Technik mit hervorgerufen und insofern weniger unbedingt unausführbar geworden. Aber gegen sie spricht nicht nur heute und für unabsehbare Zeit noch die ganze bisherige geschichtliche Entwicklung, sondern eine Reihe der schwerstwiegenden technischen und ökonomischen Gründe und wahrster Volks-Kulturinteressen, nicht nur Opportunitäts-, sondern prinzipielle Rücksichten. Das ist schon im vorigen Abschnitt vom Standpunkt der Konsumtion aus mit Bezug auf die Entwicklungsbedingungen der materiellen und der Kulturbedürfnisse der Einzelnen und des Volks ausgeführt worden. Die weiteren Argumente sind der Funktion des Privatreichtums, des karitativen Systems, der freien Gemeinwirtschaften, der Rücksicht auf die individuelle Freiheit und auf die im Gesamtinteresse wirkende Funktion des wirtschaftlichen Selbstinteresses der Individuen zu entnehmen, wie sich dies im einzelnen in der Lehre von der Organisation der Volkswirtschaft, von der persönlichen Freiheit und von der technischen, ökonomischen und sozialen Gesamtfunktion der beiden großen Rechtsinstitute des Privatkapitals und des privaten Grundeigentums zeigen wird: Untersuchungen, welche gegenwärtig noch zu umgehen, „Vogel-Strauß-Politik" ist.

c) Wie sich aus dem Vorausgehenden ergibt, kann aber von unserem Standpunkte aus auch nur Front gegen den extremen ökonomischen Individualismus gemacht werden. Dieser erwartet von dem „sich selbst überlassenen Verkehr" in einer Volkswirtschaft, welche möglichst wenig Staatswirtschaft ist, die relativ beste, ökonomisch und technisch richtigste Lösung des Produktionsproblems und zugleich die richtigste und gerechteste Lösung des Verteilungsproblems. Damit setzt er sich, ebenso wie der extreme Sozialismus, über die geschichtliche Entwicklung und die Tatsachen des volkswirtschaftlichen Lebens blind hinweg. Er erkennt nicht die Bedenken gegen solche übermäßige Einkommens- und Vermögensungleichheiten, welche wesentlich nur zur üppigeren Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Reichen und zum Teil nur auf Kosten der in Dürftigkeit darbenden Masse der Bevölkerung führen. Er nimmt ohne weiteres an, als würden dergleichen Extreme in der Verteilung des Volkseinkommens am Besten und Sichersten vermieden, wenn im sog. System der freien Konkurrenz jedermann möglichst ganz

auf sich selbst gestellt und die volkswirtschaftliche Entwicklung demgemäß „frei gehen gelassen" werde. Er übersieht, daß gerade daraus bei Anerkennung der vollen persönlichen Freiheit der sich selbst überlassenen Massen und bei der Statuierung vollsten Privateigentums an den wirtschaftlichen Gütern, namentlich an den Produktionsmitteln, eine Tendenz steigender Ungleichheit des Einkommens und Vermögens hervorgeht. Die Auseinandersetzung mit dieser ökonomischen Theorie ist nicht minder wichtig als diejenige mit dem extremen Sozialismus. Auch sie erfolgt in den nächsten Kapiteln dieser und in der ganzen zweiten Abteilung der Grundlegung.

Weder der Quietismus der historisch-nationalökonomischen Schule — das Seitenstück zu demjenigen der historischen Rechtsschule, wo er jetzt bereits überwunden ist, — noch sogenannter Kommunismus, noch extremer Sozialismus mit seinen pessimistischen Übertreibungen, noch extremer ökonomischer Individualismus mit seinem bequemen Optimismus, sondern ein mittlerer Standpunkt wird daher hier vertreten. Von diesem aus wird auch in der Theorie schon die prinzipielle Notwendigkeit von Kompromissen zwischen den Forderungen verschiedener wirtschaftlicher Organisationsprinzipien anerkannt.

Das Verteilungsproblem

Die Privateigentumsinstitution und die verschiedenen Kategorien des Privateigentums erscheinen zwar nicht schlechtweg natürlich begründet, aber wohl aus Gründen ökonomischer Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit durch die Rechtsbildung geschaffen. Es sind bestimmte geschichtliche und lokale Verhältnisse, der Technik, der Kultur, des gesellschaftlichen Zusammenlebens überhaupt, welche die Institution im ganzen wie in ihren einzelnen Arten mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Natur der Menschen im Rechte entstehen lassen. Wir haben es also beim Privateigentum mit einer historischen, nicht mit einer natürlich-notwendigen, ohne weiteres aus der menschlichen Natur folgenden, nicht mit einer rein ökonomischen Kategorie zu tun, von welcher sich sagen ließe, daß ohne sie eine regelmäßige Bedürfnisbefriedigung, eine Volkswirtschaft überhaupt undenkbar wäre.

Die Konsequenzen dieser Auffassung sind für die ganze Eigentumslehre, besonders aber für die Lehre vom privaten Grundeigentum und Kapitaleigentum fundamental. Sie richten sich gegen die beiden extremen Ansichten in dieser Lehre, gegen die Auffassung der unbedingten Anhänger der heutigen Eigentumsordnung und gegen diejenige der unbedingten

Gegner derselben, gegen den „Kapitalismus“ wie gegen den „Sozialismus“.

Privates Kapital- und Grundeigentum sind als auf ökonomischen Zweckmäßigkeitsgründen beruhend keine ewig unveränderlichen Institutionen des Rechts und der Volkswirtschaft. Gerade die geschichtliche Betrachtung im Unterschied von der abstrakten muß dies anerkennen, wenn sie nicht mit sich selbst in Widerspruch kommen will. Die maßgebenden Zweckmäßigkeitsgründe wechseln oder fallen selbst fort mit allgemeinen geschichtlichen Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der Volksdichtigkeit, der Technik in der Produktion. Das Postulat ist also: nicht Stillstand der Entwicklung, sondern zweckmäßige Weiter- und Umbildung des Eigentumsrechts und der ganzen Eigentumsinstitution nach Maßgabe der veränderten Verhältnisse und der wahrgenommenen volkswirtschaftlichen Funktion des bisherigen Rechts.

Hiernach kann z. B. auch eine gänzliche oder teilweise Wiederbeseitigung des Grundeigentums oder eine wesentliche Beschränkung des Inhalts des Eigentumsrechts an Produktionsmitteln überhaupt im Prinzip immer und im konkreten Falle alsdann für zulässig erklärt werden, wenn die sonst gebotene Rücksicht auf die volkswirtschaftlich nützliche Wirksamkeit des wirtschaftlichen Selbstinteresses der Privateigentümer beiseite gesetzt werden darf. Charakteristische Wendungen nach dieser Richtung hat sogar die positive Rechtsbildung neuerdings schon gemacht, z. B. beim Kapitaleigentum hinsichtlich der aus dem Prinzip der persönlichen Freiheit und aus dem vollen Privateigentum abgeleiteten vollen Vertragsfreiheit. Der prinzipielle Vorbehalt gewissen Grundeigentums für die Zwangsgemeinwirtschaften (Staat, Gemeinde), also der Ausschluß der Privaten, ist bei Waldboden, Wegeboden (Eisenbahnen) schon ernstlicher in Frage gekommen, selbst bei städtischem Wohnungsboden schon wissenschaftlich diskutiert worden. Wesentliche Beschränkungen der Verfügungsbefugnisse des Eigentümers, abweichend vom ländlichen Grundeigentum und vom allgemeinen Eigentumsrechte, sind bei Waldboden, städtischem Boden, Bergwerksboden, Wegeboden teils seit alters in unserem Rechte vorhanden, teils neu eingeführt worden. Auch die grundsätzliche Aufhebung alles privaten Grundeigentums in Händen der Privatwirtschaften und gewisser Hauptarten des privaten Kapitaleigentums ist wenigstens eine diskutable Frage, welche, so unrichtig wahrscheinlich ihre Bejahung ist und für unabsehbare Zeit sein wird, nicht ohne weiteres mit dem Hinweis auf die menschliche Natur überhaupt oder auf die wirtschaftliche Natur des Menschen speziell abgewiesen werden kann. Denn immer fordert auch die wirtschaftliche Natur des Menschen solches Privateigentum nur unter der einen Voraussetzung, daß es nicht

möglich ist, durch andere Motive als das Selbstinteresse dieselbe wirtschaftliche Leistung vom Menschen zu erzielen und daß gerade diese Leistung in bestimmter Gestalt durch die Technik der Bodenbestellung, der Kapitalverwendung unter den obwaltenden geschichtlichen und lokalen Verhältnissen notwendig im Gesamtinteresse ist.

Die unbedingten Gegner des Privateigentums an Produktionsmitteln verfallen leicht in den prinzipiell gleichen Fehler, wie die unbedingten Anhänger dieser Institution. Sie betrachten sie ebenso einseitig als volkswirtschaftlich schädlich und ersetzbar als historische Kategorie durch eine andere Rechtsordnung, wie die Anhänger sie einseitig als volkswirtschaftlich nützlich und unersetzbar ansehen. Gerade die Auffassung des Privateigentums an Produktionsmitteln als historische Kategorie, als eine Einrichtung relativer Zweckmäßigkeit wegen der Macht und Allgemeinheit des wirtschaftlichen Selbstinteresses in den Individuen macht es untunlich, sich kurzweg „aus Prinzip“ für oder gegen die Institution zu entscheiden. Man kann so wenig den Schluß der Anhänger billigen, daß dieses Eigentum niemals in Frage gestellt werden dürfe, als den Schluß der Gegner, daß es jederzeit beliebig verändert, beschränkt, beseitigt werden könne. Darüber kann nur richtig entschieden werden, wenn die mittelst Deduktion aus der wirtschaftlichen Natur des Menschen zugunsten des Privateigentums gezogenen Schlüsse durch Beobachtungen der zeitlichen und örtlichen Verhältnisse, der Funktion des Privateigentums, der Technik der Produktion und der für die Menschen konkretenfalls im Wirtschaften maßgebenden Motive modifiziert oder widerlegt worden sind. Auch für die richtige Behandlung der Eigentumsfrage vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus erweist sich demnach die allgemeine Forderung der Methodenlehre der Politischen Ökonomie als geboten: Ergänzung der Deduktion durch Induktion.



Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie

von

Dr. Albert E. Fr. Schäffle

1885

Die Sozialdemokratie ist die Partei des industriellen Proletariates. Den volkswirtschaftlichen Wünschen und Neigungen des letzteren ist die ganze Lehre wie Agitation derselben angepaßt. Die Kollektivproduktion soll alle Herzenswünsche des Proletariates erfüllen, den Kapitalisten beseitigen, die Erwerbsstockungen und die „Lohnknechtschaft" aus der Welt schaffen. Die Sozialdemokratie fragt nicht, ob die Übel der schrankenlos freien kapitalistischen Produktion nicht auch ohne Abschaffung des Privatkapitals sich heilen lassen. Sie hält nicht für nötig, zu erwägen, ob jede Art von Produktion und jede ganz zur Einheit sich zusammenziehen lasse. Auch nicht, ob — wenn solches möglich wäre — die Produktivität schwer darunter leiden und daher eine Verarmung aller eintreten könnte. Noch viel weniger, ob nicht andere gleich wesentliche Gesellschaftsinteressen nichtwirtschaftlicher Art die Kollektivproduktion ausschließen. Der Kapitalprofit, die Erwerbsunsicherheit, die Lohnknechtschaft müssen fort, also demokratische Kollektivproduktion! Die kapitalistische Poduktionsweise ist unheilbar schlecht, also bringt die kollektivistische das allgemeine irdische Glück!

Ich dagegen hoffe, den schlagenden Beweis erbringen zu können, daß die Sozialdemokratie als Demokratie und Radikalismus nicht eine einzige ihrer Verheißungen erfüllen kann und daß außerdem jede der erwähnten Vorfragen, über welche ihr Fanatismus hinwegtaumelt, bei richtiger Entscheidung den demokratischen Kollektivismus als unmöglich erscheinen läßt.

Eine e r s t e Täuschung ist es, zu meinen, daß Kollektivproduktion in einer von der Basis bis zur Spitze der sozialen Pyramide demokratischen Republik sich überhaupt organisieren und regieren ließe. Es ist zwar unrichtig, wenn man sagt, Kollektivproduktion oder gar Kollektivwirtschaft sei überhaupt nicht denkbar und müsse an der zentralistischen Überladung der politischen Einheitsgewalt scheitern. Ganz gewiß ist dagegen, daß ohne die gemessenste Autorität und Macht der leitenden Organe von unten herauf bis zu den Zentralstellen die Kollektivproduktion

— dieses Universalmittel der Sozialdemokratie — schlechterdings unmöglich wäre. Weder von unten herauf noch vom Mittelpunkt her dürfte immerfort gerüttelt, geändert, verwirrt, experimentiert werden. Wenn das nicht geschehen soll, dann ist eine in sich selbst fest ruhende Zentralgewalt und ein ebensolches Beamtentum nötig. Beide aber können ewig nur auf sehr breiten Quadern aristokratischer mäßigender Elemente ruhen. Wenn aber dies, wo bleibt die demokratische Republik von oben bis unten und von unten bis oben? Wo die Gleichheit und Freiheit? Wo die Unmöglichkeit des Herrschaftsmißbrauches und der Ausbeutung? Die demokratische Kollektivproduktion ist unmöglich. Die „autoritäre", welche möglich und zum Teil wirklich ist, ist undemokratisch und ohne jeden Reiz für das Proletariat.

Der Kollektivismus merzt zweitens aus dem Problem der Einkommensbildung den mitbestimmenden Einfluß des Privatbesitzes und der Natur aus, indem er das Eigentum an den Produktionsmitteln völlig auf das Gemeinwesen überträgt und indem er alle gleichartigen Produktionsgeschäfte, wie ungleich die Naturwirksamkeit der Hilfsmittel in den einzelnen Geschäftssektionen sein mag, zu einem „sozialen" Produktionszweig — mit gleich hoher Anschreibung gleich großer Arbeitszeit-Leistungen — zusammengezogen sehen will. Diese Ausmerzung von zweien unter drei Produktivfaktoren wäre praktisch möglich, vielleicht sogar gerecht, wenn die Kollektivproduktion autoritär genug organisiert wäre; die Erfahrung zeigt wenigstens, daß der Staat ohne Schwierigkeit den nötigen Realbedarf aller seiner Kollektivwirtschaften aufbringt und aufrechterhält und einen einheitlichen Besoldungsstatus für ein ganzes Netz von Ämtern durchzuführen weiß. Bei durchaus demokratischer Organisation jedoch werden die bestrickend einfachen Ausmerzungen nie ausführbar sein; eine materialistisch begehrliche Masse volkssouveräner, stets beschmeichelter Individuen wird sehr schwer zu Opfern für die Vermehrung der Produktionsmittel zu bestimmen sein, noch weniger werden die Angehörigen solcher Produktionssektionen, welche mit den natürlich wirksamsten Produktionsmitteln bewaffnet sind, geneigt sein, den Mehrertrag ihrer Arbeit gegen den Minderertrag der anderen einzuwerfen. Streit und Verwirrung ohne Ende müßte deshalb eintreten. Die genannten Ausmerzungen, welche überdies den Reiz des Kapitalprofites sowie des Grund-, überhaupt Prioritäts-Rentenbezuges einfach abschaffen, können gerade der sozialdemokratischen Kollektivproduktion und Ertragsteilung praktisch nie und nimmer gelingen. Werden sie aber mehr oder weniger „autoritär" vollzogen, so bricht die Ungleichheit sowie die Gelegenheit zu Ausbeutung und Bevorzugung in breiten Strömen wieder herein.

Die Sozialdemokratie verspricht zum dritten etwas Unmögliches, wenn sie alle Produktionszweige und in jedem Produktionszweig alle einzelnen Geschäfte und Produzenten zu einheitlichen Körpern mit gleichmäßiger Anschreibung und Beteiligungsverrechnung der Arbeitszeiten ohne Gefährdung des Produktionserfolges zusammenziehen zu können glaubt. Sie geht hierbei von der Voraussetzung aus, daß die ganze Produktion dem Großbetriebe, und zwar dem lokal geschlossenen fabrikmäßigen Großbetriebe zustrebe. Und doch ist dies die willkürlichste Annahme. Selbst im Gewerbe wird eine Masse zerstreuten, gar nicht kontrollierbaren Kleinbetriebes in Kunsthervorbringungen, persönlichen Diensten, Reparaturarbeiten immer übrig bleiben. In der Landwirtschaft ist der geschlossene Fabrikgroßbetrieb der Sache nach ausgeschlossen. Die Latifundien-Großwirtschaft wird um so schwieriger und uneinträglicher, je intensiver und künstlicher die Bodenbewirtschaftung wird. Es mag wohl sein, daß in die Landwirtschaft der Zukunft Kollektivveranstaltungen der Kraftübertragung, der Zu- und Abfuhr, der Be- und Entwässerung, der gemeinsamen Maschinenbenutzung, der Verladung und Versendung, immer mehr eindringen. Der Großbetrieb dagegen, wie auf der Dalrymplefarm im Redrivergebiet oder auf der Glennfarm in Kalifornien, ist als die Regel mit nichten zu erwarten. Die Sozialdemokraten, welche davon träumen, werden mit großem Nutzen den jüngsten Zensus der Vereinigten Staaten lesen; denn sie werden hier finden, daß ohne jede Ausnahme Jahrzehnt um Jahrzehnt in dem Maß, als der Betrieb intensiver, die Bevölkerung dichter, die Arbeit freier wurde, auch die Latifundienbildung abnahm, der bäuerliche Betrieb sich mehrte und die Ausdehnung der Farm sich verminderte. Es sind dort auch sehr gut die Umstände auseinandergesetzt, welche der Landwirtschaft überwiegend eine der Industrie entgegengesetzte Richtung auf Mittel- und Kleinbetrieb anweisen. Je dichter die Bevölkerung wird, desto mehr sichern die — von Kollektivvorrichtungen nur unterstützten — Mittel- und Kleinwirtschaften die Volksernährung. Wie aber will man überhaupt, wie ohne autoritäre Kontroll- und Anschreibungsorgane die zerstreute Arbeitsleistung in der Landwirtschaft einheitlich zusammenziehen und alle Arbeit auf mittlere soziale Arbeitszeit reduzieren? Die Kollektivproduktion in der Landwirtschaft wäre, obwohl sehr unproduktiv und daher unannehmbar, bei autoritärer Organisation wenigstens noch denkbar. Bei demokratischer Organisation ist sie es nicht. Die ganze gewaltige Summe individuellen Lebensglücks, welches der freie Besitz der eigenen, vom Vater ererbten Scholle der zahlreichsten Volksklasse gibt, würde obendrein von der Sozialdemokratie dem Industrieproletariat zulieb verpufft sein; die Gleichheit ist eine schöne Sache! Der Bauernstand wird und muß erhalten

bleiben, an seinem antikollektivistischen Schädel und an seinen Söhnen im Soldatenrock wird die Sozialdemokratie nach der siegreichsten Revolution zerschellen!

Die Sozialdemokratie verspricht zum vierten dem Industrieproletariat eine fabelhafte Steigerung des Ertrages der Nationalproduktion, also die Vergrößerung des Dividendus der Einkommensbildung, mithin eine allgemeine Erhöhung des Arbeitseinkommens aller. Die Steigerung der Produktivität für die Industrie wäre vielleicht denkbar, wenn es gelänge, der Kollektivproduktion eine unerschütterliche Leitung zu geben und jedem Mitproduzenten das höchste Interesse so der Kostenminderung wie der Ertragssteigerung einzuhauchen. Allein die Sozialdemokratie als solche weist die zu jener Leitung erforderliche Autorität ab und kann ein Verdienst- und Straf-Prämiensystem für die Gruppe im ganzen und für den einzelnen innerhalb jeder Produktionsgruppe nicht durchführen, so sehr dies auch eine Bedingung reichlichen Ertrages ist. Andernfalls wäre ja nicht Freiheit und nicht Gleichheit! Auch nach der Seite der Produktivität sind daher alle Vorspiegelungen über die Leistungsfähigkeit und Möglichkeit demokratischer Kollektivproduktion völlig nichtig. Ohne höchste Interessierung der Leitenden und der Ausführenden mit ideellen und materiellen Vorteilen und Nachteilen ist nicht entfernt auch nur jenes Maß von Produktivität der Nationalarbeit zu erwarten, welches die kapitalistische Produktion dem Kapitalprofit, dem Risiko und der Lohnskala zu entlocken weiß. Die Anbringung gleich starker, selbst überlegener Garantien allgemeinster Wirtschaftlichkeit in teilweiser Kollektivproduktion mag einstens nicht unmöglich erscheinen. Unmöglich ist aber dieser Erfolg, wenn man das einzige Mittel derselben, die volle und rückhaltlose Beteiligung der Aristokratie des Verdienstes mit Vorzugsportionen an materiellen und ideellen Gütern, nicht in Anwendung bringen will und darf. Ohne ausreichend starke Reize der Vergeltung für jede hervorragende Gruppen- und Individualleistung, ohne abschreckend starke Abzüge und Ersatzverbindlichkeiten für schlechte Produktionsleistungen, ist eine Kollektivproduktion undenkbar, vollends eine solche, welche der kapitalistischen Produktion im Ertrage auch nur annähernd gleich kommen soll. So starke Verdienst- und Strafprämien erträgt aber die demokratische Gleichheit durchaus nicht. Ist doch selbst die Prämiierung der Besten durch die Ehre der Führung und Vorstandschaft dem Demokratismus innerlichst zuwider; die Besoldungsskala der bestehenden Zivil- und Militär-Kollektivwirtschaft würde vom Sozialdemokratismus am ersten Tage umgeworfen werden, und „prinzipiell“ mit Recht. Demokratische Kollektivproduktion kann ihr Versprechen nicht halten, weil sie die ihr in ganz besonderer Stärke nötigen Reiz- und

Schreckmittel zu individueller und gruppenweiser Wirtschaftlichkeit nicht erträgt, so lange die Menschen nicht annähernd Engel geworden sind, wozu es gute Weile hat.

Das fünfte, eigentlich das erste und das einseitigst individualistische Versprechen, nämlich die genaue Beteilung jedes Mitglieds der Produktionsgemeinschaft mit dem vollen Gegenwert des Ertrages seines Sozialarbeits-Anteils, ist eine reine Täuschung. Die Versprechung ist zwar durch die sozialdemokratischen Reiseprediger von den Dächern gepredigt worden, aber dennoch reiner Aberglaube, wenn nicht gar bewußter Humbug. Auch der Sozialismus hat die unfindbare Formel des „gerechten", d. h. mit dem Ertragswert jedes Arbeitsbeitrages der einzelnen sich allgemein und genau deckenden Einkommens nicht gefunden. Das Verhältnis der Mitverursachung des Produktenwertes ist bei gemeinschaftlicher Produktion überhaupt nicht zu entziffern, nicht in der kapitalistischen und nicht in der das Privatkapital ausmerzenden sozialistischen Produktionsweise. Wie viel die Arbeit und wie viel das Kapital zum Wert und zur Menge des gemeinschaftlichen Produktes beitrage, läßt sich nie und nimmer ermitteln; das Produkt ist unteilbares Ergebnis der Arbeit, des Kapitals und der unentgeltlich mitwirkenden Natur. Der Sozialismus beseitigt freilich in zwei Kaiserschnitten das Kapital und die Naturfaktoren aus den Verteilungs(Einkommens)-Fragen, indem er das Kapital ins Gesamteigentum überführt, für welches kein Profit mehr abfallen kann, und indem er alle Produktionsgeschäfte gleicher Art — die mit den ungünstigsten und die mit den günstigsten Naturfaktoren ausgerüsteten — zu einer Abrechnungsgemeinschaft mit gleicher Anschreibung gleicher Arbeitszeitleistungen zusammenzieht. Ich sehe von den schon erwähnten Unmöglichkeiten demokratischer Ausführung dieser Doppelausmerzung ab. Ist denn selbst dann der „gerechte" Bezug des eigenen Arbeitsertragswerts allen gesichert, wenn man für das Gemeinwesen den nötigen Bedarf vorwegnimmt und den Rest des Produktionsertrages (bewertet nach den von den Gütermassen verschluckten Mengen sozialisierter Arbeitszeit) pro rata der abgeleisteten Arbeitszeitmengen verteilt? Das ist mitnichten der Fall. Vielmehr wäre jeder in derselben Zeit mehr leistende Sozialarbeiter schon bei Vorwegnahme der öffentlichen Bedarfe in verdeckter Weise unverhältnismäßig belastet. Dann wären alle diejenigen, deren mittlere Arbeitsstunde mehr produziert als diejenige der anderen, auch bei der Einkommenszuteilung verkürzt. Derjenige, welcher die wirklich gebrauchswerte Güterproduktion veranlaßt, derjenige, welcher den die höhere Produktivität allein bewirkenden technischen Gedanken findet, derjenige, welcher durch eine Tat der Sorgfalt und Wachsamkeit den Ertrag gerettet hat — sie alle wären auch bei arbeitszeitlicher Auf-

teilung des verteilbaren Produktrestes nicht nur nicht genau, sondern nicht annähernd im Verhältnis zum Wert ihrer Produktionsleistung beteilt. Davon ganz abzusehen, daß nicht bloß die Arbeiter durch den Kapitalisten und die Arbeiter durcheinander, sondern auch durch jene Demagogen, die von der Masse der Gemeinen an die Spitze gehoben würden, durch Begünstigung der Lumpe, durch Zurücksetzung der Tüchtigen, durch Faulheit der Masse aufs gröblichste ausgebeutet werden können. Es ist auch zwischen den Arbeitern allein eine genaue Abrechnung über den Produktwert nach Verhältnis des Ertragswertes der produktiven Arbeitsbeiträge ganz unmöglich. Die zu unteilbarem Produktwert zusammenfließenden Arbeitszeitteile verschiedenartiger Arbeiter sind nicht in gleichem, geschweige in genau bestimmbarem Verhältnis an der Menge und vollends am Wert der Produkte ursachlich beteiligt. Es läßt sich schlechterdings das genaue Verhältnis nicht ermitteln, in welchem „Kapital" und „Arbeit" und „Natur" oder jeder der nacheinander tätigen Kapitalisten oder jede der neben- und nacheinander tätigen Arbeitskräfte zur Menge, namentlich aber zum jetzigen Tauschwert oder zum etwaigen kollektivistischen Taxwert des Produkts beiträgt. Der Fanatismus, womit das Evangelium der Marxschen Sozialkostenwerttheorie als die allbeglückende und erlösende Zuteilungsgerechtigkeit gepredigt wurde, beruht auf abergläubisch oberflächlicher Verkennung der Tatsachen. Die ganze sozialdemokratische Literatur beweist lediglich das eine, daß die Herabdrückung des Ertragswert-Anteiles der Arbeit bis zu Hungerlöhnen möglich und daß eine den Notbedarf übersteigende Beteilung der Arbeit eine völlig gerechte und billige Forderung ist. Daß die Beteilung nach Maßgabe der Sozialarbeitszeit-Beiträge eine genaue Beteilung nach Verhältnis der Mitverursachung des Produktwertes herstellen würde, ist ganz und gar nicht bewiesen, vielmehr gänzlich unwahr.

Man muß das Kind beim rechten Namen zu nennen wagen: die Gerechtigkeit der Beteilung der Arbeiter am Poduktionsertrage liegt gar nicht in der individuell genauen Übereinstimmung zwischen ihrem Einkommen und Arbeitsteils-Ertragswert, sondern darin, daß jeder Teilnehmer an der Produktion so viel erhalte, um nicht nur notdürftig bestehen, sondern als tüchtige Kraft im Dienste der Gemeinschaft wirken und ein zufriedenes Leben ohne Mietlingsgesinnung führen zu können. Dieses wäre mit dem Sozialzeit-Arbeitseinkommen gerade nicht gesichert, nicht entfernt auch nur so weit gesichert, wie es in der kapitalistischen Volkswirtschaft durch die privaten Preis-, Lohn- und Rentenkämpfe ereicht ist. Nicht, als ob der schrankenlose Kapitalismus eine vollkommene Einkommensordnung ergeben würde; die überhaupt mögliche Vervollkommnung ist erreichbar, ohne irgendeine der drei Formeln ins

öffentliche oder ins private Recht einzuführen. Man kann streiten, ob bei autoritärer Kollektivproduktion jene Formel der Sozialdemokratie eine zureichende Verhältnismäßigkeit der Besoldungsskala einmal bewirken würde. Bei demokratischer Einrichtung der Kollektivproduktion wäre eine gerechte Anschreibung der Arbeitszeiten ohne Zurücksetzung der Fleißigen und Hinaufsetzung der Faulen schlechterdings nicht sicher, ja nicht wahrscheinlich. Der Gebrauchswert der Arbeit, ihre soziale Verdienstlichkeit, ist bei Entlohnung nach einer bloßen Kostenwerttheorie voraus vernachlässigt.

Die Sozialdemokratie hat nicht bloß die mathematische Formel der austeilenden Gerechtigkeit nicht gefunden, sie hält zum sechsten nicht einmal und kann nicht halten das Versprechen der im unteilbaren Interesse des Individuums und der Gesellschaft unentbehrlichen, die Wirtschaftlichkeit im Dienst der Gesamtheit verbürgenden Verhältnismäßigkeit zwischen dem sozialen Wert der Leistungen und dem Wert der Bezüge aus der Gemeinschaft. Diese annähernd, jedoch nicht exakt durchführbare Forderung ist ein „ewig“ wahres, und zwar ein echt soziales, nicht ein individualistisches Prinzip; denn wenn derjenige obenan kommt, welcher mehr für die Gesellschaft leistet, so kommen die Früchte des Fleißes, der Einsicht, der Treue, der Tugend, der Wirtschaftlichkeit aller hervorragenden Individuen allen, dem ganzen Volke, zugut; die Gemeinschaft und in ihr die einzelnen erreichen durch die Verhältnismäßigkeit der materiellen und ideellen Vergeltung das überhaupt erreichbare Maß des Wohlbefindens; mit einem Wort: das Ergebnis ist Teilnahme der Massen an den Früchten der besseren Arbeit, eine Fülle praktischer Ausgleichung. Allein so gemeinnützig diese Verhältnismäßigkeit auch ist und so wenig irgendeine geschichtliche Stufe der Zivilisation derselben wird entbehren können, ebenso unleugbar ist dieses Prinzip im höchsten und besten Sinne des Wortes aristokratisch. Es bedeutet die Aristokratie des Verdienstes, das Mehrgelten, das materielle und ideelle Mehrgenießen und Hervorragen der Mehrleistenden im Interesse des Ganzen. Mit einseitiger demokratischer Gleichheit ist diese Verhältnismäßigkeit ganz unverträglich. Eine Sozialdemokratie, welche derselben ganz gerecht würde, wäre eben keine Demokratie mehr. Die gegenwärtige Sozialdemokratie wird aber dieser Grundforderung jeder produktiven Gesellschaftsorganisation in Wirklichkeit gar nicht gerecht; sie will lediglich nach Verhältnis der Arbeits*zeit*-Leistungen — intensive auf mittlere Arbeit reduziert — den verteilbaren Produktionsertrag austeilen, durchaus nicht nach Verhältnis der Verdienstlichkeit und Produktivität der Arbeit. Dazu ist ja eben die bekannte schon in der „Quintessenz“ abgewiesene Sozialkosten-Werttheorie zurecht gemacht. Bei autoritär organisierter Kol-

lektivproduktion wäre die Einsetzung und Belebung aristokratischer Hebel und Reize noch denkbar; bei demokratischer Kollektivproduktion ließen sie sich nicht einmal einführen, noch viel weniger in genügender Stärke aufrechterhalten und ausbilden.

Dies führt auf die Unerfüllbarkeit eines fernern — bereits des siebenten — Versprechens der Sozialdemokratie, des Versprechens brüderlicher Austeilung des Produktionsertrages weiter auch nach Verhältnis der Bedürftigkeit. Selbst wenn die Sozialdemokratie beweisen könnte, was sie nicht beweisen kann, daß sie jedem den Ertragswert seiner Arbeit als Einkommen verbürge, so wäre ihr Einkommenssystem gleichwohl vollständig unzureichend, ein Faustschlag ins Gesicht des „eigentlichen" Kommunismus selbst. Der folgerichtige Gleichheitsmann und die praktische Bruderschaft verlangen eine Beteilung auch der Schwachen nach Maßgabe ihrer Bedürftigkeit. In der Tat vollzieht sich eine solche schon in der heutigen Gesellschaft; denn der ersten „kapitalistischen" Einkommenszuweisung folgt eine zweite und dritte und vierte durch die liebende Mitteilung an die Angehörigen und Freunde, durch Gegenseitigkeit im Versicherungswesen, durch Wohltätigkeit und Armenpflege gegen die Unglücklichen und Notleidenden, durch Zuschiebung der Staatslasten nach Verhältnis der Leistungsfähigkeit. Die Bedürftigkeit muß in jeder wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung mehr oder weniger Berücksichtigung finden; das ist die relative Wahrheit des „eigentlichen" Kommunismus. Die demokratische Kollektivproduktion mit Austeilung nach dem Arbeitszeitbeitrag sieht bisher überhaupt nichts für diese Notwendigkeit vor; das Schlimmere ist, daß die Sozialdemokratie diese Lücke auch gar nicht füllen und ihren Brüderlichsten daher nicht gerecht werden kann. Wenn man bei demokratischem Kollektivismus mit dem Austeilen von oben her auch nur anfangen, wenn man nicht nach der Arbeitseinlage, sondern nach der Bedürftigkeit gesellschaftsseitig Güter zuweisen wollte, so würde jedes Teilchen vom souveränen Volk höchst bedürftig sein und scheinen. Alles ginge außer Rand und Band, und die völlige Gleicherklärung der Bedürftigkeit wäre das einzig praktisch denkbare, aber schrecklich ungerechte, faulmachende und langweilige Ende. Der demokratische Kollektivismus kann nicht bloß der verhältnismäßigen Arbeitsvergeltung, sondern auch der brüderlichen Verteilung nach Verhältnis der Bedürftigkeit schlechterdings nicht gerecht werden.

Der demokratische Kollektivismus macht ein weiteres und hauptsächliches Versprechen, indem er achtens die völlige Unterdrückung aller „Ausbeutung" oder, wie Marx es ausdrückt, aller Auffaugung von „Arbeitsmehrwert" in unbedingt gewisse Aussicht stellt. Ich leugne nicht, daß bei schrankenloser Freiheit kapitalistischen Erwerbes viele Aus-

beutung wirklich vorkomme und Ausbeutung der Lohnarbeiter bis zur Stellung auf die Hungerration stattfinden könne. Damit ist noch lange nicht bewiesen, daß bei kapitalistischer Produktion der Arbeitsaussaugung nicht gewehrt werden könne. Noch weniger, daß der ganze Kapitalprofit in seinem den Entgelt der Unternehmerarbeitszeit übersteigenden Betrage Aneignung des den Lohnarbeitern gestohlenen Teils vom wirklichen Ertragswert der Lohnarbeit sei. Da wie nachgewiesen der Gegenwert des Arbeitsbeitrages bei Arbeitsteilung überhaupt nicht ermittelt werden kann, so ist auch im „Volksstaat" die Ausschließung jeder Ausbeutung, wie im Kapitalistenstaat die Mehrwertsaneignung, gar nicht beweisbar, ist der Kapitalprofit gar nicht allgemein solche Mehrwertsaneignung. Gerade im Sozialstaat könnte, weil keine Hausproduktion mehr stattfände, eine Beteilung mit dem ganzen Arbeitsertrag oder dessen vollem Gegenwert überhaupt nicht mehr stattfinden; der Volksstaat dehnt den Spielraum möglicher Ausbeutung weiter aus als jedes andere Produktionssystem. Diese ganze dem Proletariat eingepumpte einseitigst individualistische Vorstellung genauer Deckung zwischen Einkommen und Ertragswert der Arbeit ist durchaus nichtig. Der größte Kapitalprofit kann ein wohl verdienter sein, wenn der Unternehmer hauptsächlich, durch Einsetzung seines Kapitals und seiner Arbeit oder des ersten allein, einen großen Produktionserfolg erzielt. Wie viel vom Wert des gemeinsamen Produktes der Wirkung des Kapitals, wie viel derjenigen der Lohnarbeitsleistungen zuzuschreiben sei, das läßt sich wie schon bemerkt schlechterdings nicht ermitteln; die Bezeichnung des ganzen Kapitalprofites als „Plusmacherei" (Marx) durch Aneignung vom Wert des Arbeitsertrages der Lohnarbeit ist selbst eine Plusmacherei hyperkritischer Logik. Die Vorspiegelung ist völlig eitel, daß im Idealstaate der demokratischen Kollektivproduktion Tür und Tor gegen jede „Ausbeutung" verrammelt und das Herabsinken der Arbeitseinkünfte auf die Ration gegen das Hungersterben ausgeschlossen sein würde. Der Privatkapitalist allerdings könnte nicht mehr die Lohnarbeit ausbeuten; denn alles Privatkapital wäre abgetakelt. Der Arbeiter könnte dagegen den Arbeiter, der führende den angeführten, der faule den fleißigen, der freche den bescheidenen Mitproduzenten, der Demagog den Gegner recht gründlich ausbeuten. Bei demokratischer Kollektivproduktion lassen sich hiergegen am wenigsten Schranken aufrichten. Sie wäre das ausbeutbarste Produktionssystem, da sie sich der praktischen Demagogie der Zurücksetzung der produktiveren und gebrauchswerteren Arbeit gar nicht erwehren könnte. Bei der quantitativen Kontrolle der Arbeitszeiten, bei der Feststellung der „Normalwerkleistung", bei der Umrechnung von intensiver in extensive Arbeitsleistung könnte es so ur- oder ungemütlich zugehen,

daß der Marxsche Kapitalist-„Vampyr" gegen die sozialdemokratischen Schmarotzer, Volksbetrüger und Majoritätsfaulenzer eine sehr respektable Figur sein dürfte. Der Hauptvampyr wäre der Staat, welcher dem Volk Vergnügen zu schaffen und jedem jede höchste Erdenlust zu erfüllen hätte. Auch durch die Einziehung alles Grundeigentums zu Staatspachtland oder durch steuertechnische Auffsaugung aller Bodenrente, wie dies Henry Georges „Nationalisierung" des Grundeigentums im Schilde führt, wäre die Ausbeutung in Form der Staatsverschwendung für einen süßen Pöbel nicht entfernt ausgeschlossen.

Nicht erfüllbarer ist ein neuntes Versprechen des demokratischen Kollektivismus: die Verhütung aller Erwerbsstockungen.

Das Elend der unverschuldeten Erwerblosigkeit bildet den größten Schrecken für das Leben des arbeitsamen Besitzlosen. Die sozialdemokratische Kritik schreibt den Jammer der großen Erwerbsstockungen der kapitalistischen Produktionsweise und nur dieser zu. Zwei Eigentümlichkeiten der letzteren seien es, welche mit Notwendigkeit immer wieder die Erwerbsstockungen herbeiführen: die von der Gesellschaft nicht gezähmte Übermacht der Konjunktur und die Kaufunfähigkeit der Massen bei einer hinter dem Arbeitsertrag zurückbleibenden Entlohnung. Von zahllosen konkurrierenden Geschäften produziere jedes ins Blaue hinein, ohne Kenntnis des Bedarfes, ohne Kenntnis des Umfanges der Produktion anderer; so werde die „Konjunktur" oder die Macht der unbeherrschbaren Sozialzusammenhänge, welche namentlich von Lassalle überaus geistvoll erörtert ist, übermächtig in der kapitalistischen Gesellschaft; Bedarf und Angebot geraten periodisch in grelle Mißverhältnisse; das gestörte Gleichgewicht könne nur durch Erwerbsstockungen wieder ausgeglichen werden. Der andere Faktor der Erwerbsstockungen in der industriellen Großproduktion sei — so wird weiter behauptet — dies, daß der Arbeitslohn nicht im Verhältnis der zunehmenden Produktivität von Arbeit und Kapital mitsteige; dies ergebe Produktion, für welche keine zahlungsfähige Nachfrage da sei, also Überproduktion, folglich Erwerbsstockung, Darben mitten im Überfluß, Beschäftigungslosigkeit bei Arbeitswilligkeit und bei Produktionsfähigkeit der darbenden Arbeitermassen. Beide Übelstände verspricht der Kollektivismus zu heben; die einheitlich geschlossene, auf genauer Erhebung von Nachfrage und Bedarf beruhende Kollektivproduktion soll die Vorräte jeder Art mit den Bedarfen jeder Art stets im Gleichgewicht halten und die Arbeiter, welche im Arbeitszeiteinkommen angeblich den ganzen Ertrag der Arbeit zugeschieden erhalten, bleiben im ganzen Umfang der Produktenmenge zahlungs- und konsumfähig; im „Sozialstaat" gebe es daher keine Erwerbsstockungen. Dies die sozialdemokratische Lehre. Man kann meines

Erachtens nicht genug tun, um das Elend der Arbeitsstockungen zu verhüten und zu bekämpfen; wie ein Damoklesschwert hängt es auch in beschäftigter Zeit über dem Haupte der besitzlosen Arbeit; es verbittert jeden denkenden und familienbesorgten Proletarier. Nur soll man nicht meinen, daß die geschlossene Kollektivproduktion, gar die demokratische, die Übermacht der Konjunktur ganz ausschließen würde und daß Lohnverkürzung die Hauptursache der Erwerbsstockungen und der großen Gleichgewichtsstörungen zwischen Angebot und Bedarf sei. Die Konjunktur ist nicht bloß Macht der Sozial-, sondern auch der Naturzusammenhänge, und ein sehr großer Teil beider Arten übermächtiger Verkettungen wäre auch für den „Volksstaat" unbeherrschbar. Das Schwanken der Ernten, der Wechsel warmer und kalter Winter, die Umwälzungen in der Technik, die Unregelmäßigkeit in der Bevölkerungsbewegung, der Mangel an Organisation der Auswanderung und der Arbeitsnachweisung, die Freiheit der Berufs- und Aufenthaltswahl, die Freiheit der Bedürfnisbestimmung und anderes haben einen sehr großen und nicht zu vertilgenden Anteil an jenen Gleichgewichtsstörungen. Selbst der „Zukunftsstaat" könnte dieser Ursachen nicht einfach Herr werden, und auch im Jetztstaat sind starke und ausreichende Schutzwehren durch eine positive Sozial- und Wirtschaftspolitik möglich. Der autoritäre Kollektivismus würde vielleicht des Übels in erheblichem Maße Herr werden, allerdings nur mittelst strammer Regelung der Bedarfe auf Kosten der individuellen Freiheit der Bedarfsbestimmung, mittelst Zwanges gegen die individuelle Freiheit in der Wahl des Produktionsberufes, mittelst scharfer bevölkerungspolitischer Eingriffe; doch bleibt zweifelhaft, ob diese Mittel zusammen nicht mehr Unglück anderer Art verhängen würden. Der demokratische Kollektivismus darf und kann — der Freiheit wegen — zur Lösung der großen Aufgabe sich nicht erheben; die ewige Unruhe und Störung im Gange der Produktionsleitung zusammen mit dem launischen Bedürfniswechsel des souveränen Volkes würde die Übermacht, womit das „Fatum" der Erwerbsstockungen hereinbricht, gewiß ganz außerordentlich erhöhen. Die beharrliche Vorwegnahme von Arbeitsertragswert durch das Kapital, worauf die Krisen weiter beruhen sollen, ist, wie bemerkt, nicht erweisbar und ist, soweit Ausbeutung vorkommt, nicht durch Kollektivproduktion, sondern durch ganz andere Mittel zu bekämpfen; auch würde, wenn die Abdarbung auf den Hungerlohn wirklich die Regel wäre, die Aufsaugung von Arbeitsertragswert nur die Mehrproduktion der vom Kapitalisten begehrten Produktions- und Gebrauchsgüter, nicht die Stockung verursachen.

Der demokratische Kollektivismus verspricht — zehntens — die Aufhebung des Privatlohndienstes, welcher die fortdauernde Sklaverei

des Proletariates darstelle. Die „Lohnsklaverei" soll durch ein allgemeines Arbeiten beim unmittelbaren Dienste der Gesamtheit ersetzt werden; die ganze produktive Arbeit würde in den Stand eines besoldeten Beamtentums der demokratischen Republik übergehen. Kein Zweifel, daß der Privatdienst für Arbeiter von höherem Selbstgefühl und von persönlicher Überlegenheit über den Prinzipal tief niederdrückend ist. Es ist aber nicht erwiesen, daß für die Masse der heutigen Lohnarbeiter das Privatdienstverhältnis nicht auf andere Weise erträglich gemacht werden kann, noch ist dargetan, daß die Elite der Arbeiter innerhalb und außerhalb der kapitalistischen Sphäre der Volkswirtschaft leitende Stellungen, welche auch hohes Selbstgefühl zu befriedigen geeignet sind, nicht finden könne. Dagegen ist es gewiß, daß es überhaupt keine Gesellschaftsordnung gibt, in welcher keiner gehorchen muß und jeder herrschen kann oder auch nur alles Herrschen eitel Lust und Vergnügen wäre. Gerade auch in der Staats-, Gemeinde- und Korporations-Wirtschaft der bestehenden Gesellschaftsordnung erkauft die Masse des Beamtentums den großen Vorteil unmittelbarer und ununterbrochen ernährender Arbeit im Dienste der Gemeinschaft mit sehr strammem Gehorsam gegen oft recht unbedeutende und schikanierende Protektionskinder und mit sehr großen Ungewißheiten über das gleichheitlich gerechte Emporrücken auf der Leiter der Beamtenhierarchie. Die Freiheit und Gleichheit verlöre in einem Maße, welches die Demkoratie gar nicht ertragen würde. Der demokratische Kollektivismus selbst würde, da die Volksherrschaft leicht Pöbelherrschaft wird und diese stets dem Gemeinen und Unbedeutenden günstiger ist als dem Edlen und Hervorragenden, auf die allerempfindlichste Weise die reizbarsten Selbstgefühle massenhaft verletzen, ohne auch nur den Ausweg des beliebigen Herren-, Orts- und Berufswechsels so frei zu erhalten, wie es beim kapitalistischen Privatdienstverhältnis einigermaßen noch der Fall ist. Der demokratische Kollektivismus müßte auch an dieser Klippe scheitern und könnte am wenigsten den besseren Arbeitern, deren Selbstgefühl sich jetzt sträubt, auch in diesem Stücke seine Versprechungen halten.

Die Theorie der sozialen Entwickelung

von

Julius Wolf

A. Einleitung

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!" Deswegen haben wir unserer theoretischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus die historisch-statistische vorangestellt. Die Theorie strebt ja nur den Nachweis an, es könne nicht anders sein in unserer Gesellschaftsordnung, als es ist nach der Ansicht des Sozialismus; die Einrichtungen unserer Gesellschaftsordnung schlössen mit dem Zwange der logischen Konsequenz, der innern Notwendigkeit den sozialen Rückschritt und die Zersetzung in sich. Da ist dann aber sicherlich die Feststellung, daß das, wovon die Theorie nur beweisen will, warum es da ist, und daß es unter den gegebenen Verhältnissen da sein müsse, in Wahrheit gar nicht da ist, von einigem Belang. Rückt diese Tatsache des Widerspruchs der vom Sozialismus vorausgesetzten und „erklärten" Tatsachen zu den wirklich vorhandenen die Theorie des Sozialismus nun in ein zweifellos recht bedenkliches Licht, so dürfen wir uns darum doch der speziellen Beschäftigung mit ihr kaum entschlagen. Denn auch für sich betrachtet ist sie eine Macht. Sie hat ihre Thesen überzeugend zu machen verstanden, und mancher mag wohl, von ihr gefangen genommen, den Ziffern nicht trauen. Irren wir nicht, so ist es Sumner Maine gewesen, der einmal die Bemerkung macht, es sei mit gewissen Vorurteilen so wie mit dem Helden einer englischen Ballade, der, nachdem er in der Schlacht die Beine verloren, auf den Stumpen weiterkämpft. Solcher Lebenskraft haben wir uns auch beim Sozialismus zu versehen, und zwar deswegen, weil er auf dem Fundament einer tief im Menschen wurzelnden Empfindung ruht. Der Sozialismus ist für den Sozialisten Herzensbedürfnis. Und deswegen kann man, wenn man ihn als falsch erkannt hat, im Nachweis dessen kaum zu viel tun.

Im übrigen hätten wir auch sonst die theoretische Untersuchung nicht umgehen können. Wir haben durch Ziffern und Geschichte den Beweis erbracht, daß die gesellschaftliche Bewegung nicht eine retrograde, sondern eine fortschrittliche ist. Aber die Tatsache des Fortschritts schließt noch lange nicht aus, daß trotzdem großen Gesellschaftsklassen oder

vielen einzelnen nicht ihr volles Recht wird. Die Entscheidung aber darüber, ob dem so ist, und wenn — so etwa sein muß oder nicht, ist wieder der Theorie anheim gegeben. Die letzte Auseinandersetzung mit den Tatsachen, die wir kritisch zu beleuchten haben, kann also nur auf dem Boden theoretischer Untersuchung erfolgen.

Wir fragen zuerst nach der Analyse, die der Sozialismus der von ihm behaupteten Tatsache der gesellschaftlichen Deteriorierung gewidmet hat. Welches ist die Kraft, die bewirkt, daß der Gesellschaftsbau knirschend aus den Fugen geht und das eiserne Band der geschichtlich überlieferten Machtverhältnisse immer mehr und mehr sich lockert? Woher kommt es, daß, wie der sozialistische Programmentwurf uns mitteilt, „die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zunimmt, und immer ungleicher die Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter wird?"

Die Antwort auf diese Frage gibt der Sozialismus durch eine These, die man ohne weiteres als die des ehernen Lohngesetzes bezeichnen könnte, wäre dieser Name nicht zu sehr mit dem Lohngesetz speziell Lassalles verknüpft. Das Phänomen der gesellschaftlichen Scheidung in Ausbeuter und Ausgebeutete wird von Lassalle und Marx verschieden erklärt. Lassalle verweist auf die physiologischen, Marx auf die ökonomischen Potenzen. Aber beide stimmen darin überein, daß ein Zuviel an Menschen die Ohnmacht der Masse mit sich bringt. Nur trägt nach Lassalle die Schuld an diesem Zuviel der Mensch selbst bzw. seine ursprüngliche und nicht abzustreifende physische Veranlagung; nach Marx ist das Zuviel unabweisbare Konsequenz des ökonomischen Fortschritts in unserer Gesellschaftsordnung. Im näheren wird dies so ausgeführt.

B. Das Lassallesche eherne Lohngesetz

Das Lassallesche eherne Lohngesetz wird heute von Sozialisten nicht minder wie von Nichtsozialisten als obsolet betrachtet. Zur Zeit aber, als Lassalle es aus dem Schutte der klassischen Theorie ausgrub und mit neuen glutvollen Farben übermalte, war die Sensation gewaltig und hatte er sich des Beifalls sogar vieler wohlmeinender Nichtsozialisten zu erfreuen. Lassalle selbst pries den Arbeitern das Gesetz als wirksamstes Amulett gegen die Poltergeister des Liberalismus. Es sei ein unfehlbares Mittel gegen alle Verführungskünste von dieser Seite her, das Pentagramma, über das Mephisto-Schulze und Genossen nie hinweg könnten.

„Dieses eherne und grausame Gesetz, meine Heren," — das sind

Lassalles Worte an die Arbeiter — „müssen Sie sich vor allem tief, tief in die Seele prägen und bei allem Ihrem Denken von ihm ausgehen. Jedem, der Ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes spricht, müssen Sie vor allem die Frage vorlegen, ob er dieses Gesetz anerkennt. Erkennt er es nicht an, so müssen Sie sich von vornherein sagen, daß dieser Mann entweder Sie täuschen will oder aber von der kläglichsten Unerfahrenheit in der nationalökonomischen Wissenschaft ist."

Was ist nun aber dieses eherne Lohngesetz? Er erläutert es wie folgt: „Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstünde durch die leichte bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welches den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderung, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt."

„Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Notstandes und der Krisen)."

Als auf Zeugen für das Vorhandensein des Gesetzes berief sich Lassalle auf die klassischen und spätere liberale wie radikale Nationalökonomen. Es habe durch ein halbes Jahrhundert alle Größen der nationalökonomischen Wissenschaft um sich versammelt: Ad. Smith wie Say, Ricardo wie Malthus, Bastiat wie J. St. Mill. Sie alle „sind einstimmig darin, es anzuerkennen".

Welche Wirkung Lassalle mit Nennung des Gesetzes auf seine Zeitgenossen übte, wurde erwähnt. Von seinen Feinden sagt er, mit einiger Übertreibung, daß ihre Wut, nachdem er jenes Gesetz in seinem

„offenen Antwortschreiben“ enthüllt habe, „grenzenlos“ gewesen sei: „Wären meine Feinde Römer, sie hätten mich niedergestoßen auf offenem Markte, wie die Patrizier einst den Gracchen taten.“ Man erklärte, er habe die von ihm zitierten Autoren gefälscht oder mißverstanden. Lange hat dies später eine Dreistigkeit genannt, und neuere Gegner Lassalles haben es sich sogar angelegen sein lassen, sein Lohngesetz über Smith hinaus auf die Physiokraten, insbesondere Turgot zurückzuleiten. Marx hat 1875, nach Lassalles Tode (in den „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“) erklärt: „Von dem ‚ehernen Lohngesetz‘ gehört Lassalle nichts als das“ aber wieder „den Goetheschen ‚ewigen, ehernen großen Gesetzen‘ entlehnte Wort ‚ehern‘“. Zu seiner Zeit sprang Rodbertus unserem Lassalle zur Seite, indem er bezeugte, jenes eherne Gesetz sei „von allen großen Nationalökonomen aller zivilisierten Völker unumwunden anerkannt“. Das materielle Fazit aber aus der Diskussion zwischen Lassalle und den Manchestermännern wurde von Bischof Ketteler von Mainz (Die Arbeiterfrage und das Christentum, 3. Auflage 1864, S. 17) so gezogen: „Die Wahrheit dieses Gesetzes ist durch die bekannten Kontroversen zwischen Lassalle und seinen Gegnern so evident gemacht, daß nur die Absicht, das Volk zu täuschen, sie besteiten kann.“ Und weiter: „In ihm liegt, wie mit vollem Recht behauptet worden, die ganze Arbeiterfrage, auf der einen Seite die Arbeiternot, auf der andern Seite der Probierstein für den Wert aller Vorschläge, dem Arbeiterstande zu helfen.“ —

Das eherne Lohngesetz ist seitdem ein sozialistisches Argument für den Handgebrauch geworden und es geblieben, selbst nachdem die Autorität von Marx die von Lassalle verdrängt hatte, und hat als solches, wie Liebknecht 1891 freudig bewegt erklärte, „seinen Zweck auch herrlich erfüllt“. Unserem Marx war es stets ein Greuel, und das Eisenacher Programm der spezifisch marxistischen deutschen „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (Liebknecht, Bebel) von 1869 erwähnt es darum mit keinem Wort. Nachdem später jedoch in Gotha im Mai 1875 die Fusion zwischen Lassalleanern und Marxisten vollzogen worden war, erhielt das Gesetz trotz der Einrede und der Verwünschungen von Marx, der darin „ein ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht“ oder wohl richtiger „eitel Abgötterei“ erblickte, im Parteiprogramm seinen Platz, um ihn dann erst 1891 nach dem Parteitag in Erfurt wieder einzubüßen. Es war in dieser Zeit unter den Angriffen von antisozialistischer und marxistischer Seite und gegenüber den Tatsachen der Lohnentwicklung doch zu fadenscheinig geworden, als daß man es, ohne der Sache der Partei zu schaden, noch weiter hätte aufrecht halten dürfen.

Das eherne Lohngesetz fand den Stoff, der die Gesellschaftsmischung stets neu zersetzt und in die beiden Teile scheidet — in die auf der niedrigsten Lebensstufe festgehaltene Masse einerseits, die auf der Höhe des Genusses stehende, alle wachsende Produktivität der Volkswirtschaft sich zueignende Aristokratie des Geldes andererseits — in dem physiologischen Zwange verstärkter Proliferation bei jeder zeitweiligen Steigerung der Lebenshaltung in der Masse. Ob er es nun Wort haben wollte oder nicht, der Standpunkt Lassalles war genau der von Malthus: hoher Lohn — mehr Kinder — stärkerer Zuwachs zur Arbeiterarmee. (Geringere Krankheitsfrequenz und Sterblichkeit treten als Folgeerscheinung höheren Lohnes schon deswegen zurück, weil die Kinder den Nahrungsspielraum der Eltern notwendig beengen.)

Was wurde und wird nun gegen das eherne Lohngesetz eingewendet, vor allem von nichtsozialistischer Seite? Das vorhin Gesagte macht bereits klar, daß man an das Gesetz nur auf dem Wege über die Malthusische Theorie herankann. Mit dieser also gilt es sich auseinanderzusetzen. Aber gerade hier liegt die Schwierigkeit. Die Bevölkerungstheorie gilt als bis heute nicht zu irgendwelcher Erledigung gekommen. Was man zu behaupten wagt und in der Tat behaupten darf auf Grund des bisher bearbeiteten statistischen Materials (vgl. beispielsweise Mithoff im Schönbergschen Handbuche), ist 1. daß eine Verbesserung der Lebenshaltung des Arbeiters durchaus nicht notwendig zur Vermehrung der Kinderzahl führe; überdies, 2. daß während des Wachsens der Bevölkerung auch die Nachfrage nach Arbeit steigen kann, wonach jeder neu auf die Welt gesetzte Arbeiter von vornherein eine Beschäftigung findet und die wirtschaftliche Position seiner Genossen nicht beeinträchtigen muß. Diese letztere These kommt jedoch über die erste nicht weit hinaus. Sie wiederholt, daß das Malthusische Gesetz örtlich oder zeitlich außer Wirksamkeit stehen kann und das eherne Lohngesetz danach wohl eine Möglichkeit darstellt, nicht aber eine Notwendigkeit. Von einem Gesetz sei also nicht die Rede. Brentano hat unter verwandtem Gesichtspunkt darauf aufmerksam gemacht, daß es mindestens nicht allgemeines Gesetz sei. Die Möglichkeit, über das Gesetz hinauszukommen, sich ihm zu entziehen, sei für gewisse Arbeiterklassen stets Wirklichkeit gewesen. Es gelte für den unorganisierten Arbeiter allein, oder genauer, „wo nicht mehr das Herkommen den Lohnsatz bestimmt und noch nicht die Organisation der Arbeiter den Druck der Beschäftigungslosen abhält" (Brentano).

Hier ist dann einzufügen der Verweis auf die nicht nur klassenmäßige, sondern gebietsweise Verschiedenheit der Löhne in jedem Lande, die weit über die Verschiedenheit der Preise, der Lebenskosten hinausgeht

und mit dem ehernen Lohngesetz gleichfalls nicht stimmen will. In größerer Annäherung endlich an die von Mithoff formulierten Einwendungen, aber mit Zusätzen, die den Wert dieses Zugeständnisses aufheben, hat der Sozialist Bernstein das Lohngesetz Lassalles zum Gesetz einer hinter uns liegenden Zeit, der sogenannten Manufakturperiode, erklärt.

Weiterhin ist dann aber noch geltend gemacht worden, daß, indem das „Gesetz" dem Arbeiter die Befriedigung seiner „gewohnheitsmäßig erworbenen" Bedürfnisse in Aussicht stellt, es eo ipso die Potenz unserer Wirtschaftsordnung nach der sozialen Seite hin zugesteht, trotzdem es das Gegenteil zu behaupten vorgibt. („Nicht die Gewohnheit", sagt einmal Fichte [in den Reden an die deutsche Nation], „entscheidet über das an sich Entbehrliche und das an sich Unentbehrliche, sondern die Natur.") Das Gesetz Lassalles in der ihm von diesem gegebenen Formulierung habe eine Elastizität, die sich zur Bezeichnung „ehern" in den lächerlichsten Widerspruch setze und jene völlig zur marktschreierischen Reklame werden lasse, mit der es auf Täuschung beider Parteien abgesehen sei.

Dem allen ist endlich das noch hinzuzufügen, daß, wenn man das Gesetz selbst mit all seinen Voraussetzungen in die Konsequenzen ausbaut, es unter der Hand ein anderes wird. Bei näherem Zusehen wird nämlich klar — daß die Momente, welche nach Lassalle bei Überlohn alsbald eine Zurückführung auf das normale Niveau bewerkstelligen sollen, von außerordentlich viel schwächerer und vor allem langsamerer Wirkung sind als die entgegengesetzten, die einen Unterlohn wieder an die Oberfläche des gesetzmäßigen bringen. Die „neugezeugten" Arbeiter sind erst nach fünfzehn Jahren Arbeiter! Der Hebel des Regulators setzt dann erst ein Marx erwähnt (S. 655): „Bevor infolge der Lohnerhöhung irgendein positives Wachstum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber- und abermal abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß."

Ganz anders, wenn der Lohn einmal unter das Existenzminimum sinkt. Ist dieses Existenzminimum wirklich Existenzminimum gewesen, so sind Elend und Krankheit die sich unverweilt einstellenden Folgen der Erniedrigung. Ist derart aber das Verschwinden von Arbeitern im Falle zu niedrigen Lohnes sicherer und rascher als der Zuwachs neuer im Falle „zu hohen" Lohnes zu erwarten, so scheint gerade aus dem ehernen Lohngesetz Lassalles eine Tendenz zu steten oder mindestens länger anhaltenden Erhöhungen gefolgert werden zu können. Nur wären allerdings die Mittel, durch welche sich dieses Gesetz der Lohnerhöhung durchsetzt, die allergrausamsten: sein Weg ginge über Arbeiterleichen.

Man sieht also, das Lassallesche Lohngesetz ist ein Messer ohne

Klinge, dem der Stiel fehlt. Es widerspricht nicht nur den Tatsachen, sondern widerspricht sich selbst.

Indes, wenn das Lohngesetz von Lassalle auch in dieser Weise nicht richtig formuliert worden sein sollte — hat er dann nicht etwa bloß einer verwandten Erscheinung die unrichtige Auslegung gegeben? Mit dem, was wir eben anführten, wäre ja Malthus noch nicht widerlegt, der da behauptet, daß jeder Besserung der Lebenslage ein Zuviel an Menschen folgt, von denen die einen nur, indem sie die andern überrennen und zu Tode treten, an das Ziel der — nackten Lebensmöglichkeiten gelangen. Wir sind also, wie ja vorauszusehen war, nach erfolgter Auseinandersetzung mit dem, was lassallisch am Lassalleschen ehernen Lohngesetz ist, auf die Frage nach der Richtigkeit der Malthusischen Theorie zurückgeworfen.

Ihre — notwendig sehr weitläufige — Prüfung können wir an dieser Stelle aber nicht vornehmen. Wir verweisen dafür auf den zweiten Band. Hier soll nur eines seiner Ergebnisse vorweggenommen sein. Danach ist vermehrte Kinderzeugung bei erhöhtem Lohn Sache einer hinter uns liegenden Periode gewesen. Gegenwärtig ist die Kinderzahl weit entfernt davon, sich den Einkommensschwankungen anzuschließen. Auch die Malthusische Theorie ist derart in ihrer allgemeinen Fassung durchaus unzutreffend. Damit ist aber dem Lassalleschen Lohngesetz jeder Boden unter den Füßen weggezogen. Es mag das falsch gefaßte Gesetz einer Epoche (nicht der von Bernstein genannten) gewesen sein — heute gilt es längst nicht mehr.

Der psycho-physiologische Zeugungszwang ist also nicht die Kraft, die unsere Gesellschaft in die zwei Welten der Besitzenden und der Habenichtse scheidet. Wo anders wollen wir sie suchen? Indem wir, von Lassalle uns abwendend, diese Frage neuerdings stellen, bietet sich uns Marx zur Führung an.

C. Das Marxische Gesetz der industriellen Reservearmee

Von einem „Ehernen Lohngesetz" kann nicht die Rede sein, erklärte Bernstein, einer der literarischen Führer des deutschen Sozialismus, in dem Präludium, das er in Gestalt einiger Aufsätze „Zur Frage des ehernen Lohngesetzes" den Erfurter Verhandlungen vorangehen ließ: Fabrikgesetzgebung und Streikvereine hätten es längst aufgehoben. Doch fügt er sofort hinzu, so sei es nicht gemeint, als ob die „kapitalistische Entwicklung durch Arbeiterkoalitionen oder Arbeiterschutzgesetze sistiert oder zurückgehalten werden könne. Was aber den Lebensvorgang angeht,

der die althergebrachte Gesellschaftslagerung durchbricht und zu beiden Seiten eines gießbachmäßig vorschreitenden und sich immer tiefer einwühlenden Gewässers hohe Ufer aufwirft, so habe man gesehen, „wie es ihre, d. h. der kapitalistischen Gesellschaft Tendenz ist, fortgesetzt Arbeiter überflüssig zu machen, indem die tote mechanische Kraft an Stelle des lebendigen Arbeiters gesetzt wird," gesehen, „wie infolgedessen ein stets vrohandenes und in Zeiten der Krisen riesenhaft anschwellendes Heer von Arbeitslosen geschaffen wird, das die Unternehmer in den Stand setzt, auf die jeweilig Beschäftigten einen Druck auszuüben, und das von Jahr zu Jahr die Möglichkeit, Lohnerhöhungen durchzusetzen, vermindert, jene, Lohnherabsetzungen durchzuführen, erhöht". Damit sind wir in die Marxische Lehre von der Ursache der Dismembration der Gesellschaft eingeführt.

Daß Marx von dem ehernen Lohngesetz in der speziell Lassalleschen Formulierung nichts wissen will, wurde erwähnt. Aber auch die Malthusische Lehre macht er nicht zu der seinen. Nennt er Malthus selbst an verschiedenen Stellen seines Buches verächtlich einen Plagiator, so verwirft er auch seine Bevölkerungstheorie, wonach vermehrtes Einkommen der arbeitenden Klassen die Proliferation fördern soll. Im schärfsten Gegensatze zu ihm stellt er fest, daß aller Erfahrung nach „die absolute Größe der Familien in umgekehrtem Verhältnis steht zur Höhe des Arbeitslohnes". Die Sinnwidrigkeit dieser Erscheinung wird willig von ihm zugestanden. Aber eben, es handelt sich um ein „Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft". Es „klänge unsinnig unter Wilden oder selbst zivilisierten Kolonisten", aber in unserer Gesellschaft besteht es nichtsdestoweniger zu Recht. In dieser Gesellschaft ist eben alles möglich. Übrigens habe es seine Analogie bei andern Lebewesen. Marx erinnert an die massenhafte Reproduktion individuell schwacher und vielgehetzter Tierarten. Er nennt auch eine Reihe Autoren, die gleicher Ansicht sind wie er: A. Smith, Galiani, Laing.

Dies also die Bevölkerungstheorie von Marx. Hat er wohl bedacht, was diese „Sinnwidrigkeit" der kapitalistischen Gesellschaft für den Arbeiter bedeutet? Man urteile! Der Lohn ist gestiegen, vorerst zeitweilig, aber in seinem Gefolge geht die Kinderzeugung zurück. Kein Moment ist — aus dem Gesichtspunkte der Bevölkerungsbewegung — wirksam, um ihn wieder herabzubringen. Höherer Lohn trägt also in der „kapitalistischen Gesellschaft" die Tendenz, sich weiter zu erhöhen, in sich, indem er eine Verminderung in der Zahl der sich anbietenden Arbeiter mit sich führt! Marx hat diese Schlußfolgerung aus dem von ihm ausdrücklich als solches bezeichneten „Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft" übersehen oder überschlagen. Jedenfalls erwähnt er sie nicht.

Mit um so größerer Ausführlichkeit handelt Marx von dem Gesetze der industriellen Reservearmee.

„Als Maschine wird das Arbeitsmittel sofort zum Konkurrenten des Arbeiters selbst." „Das Arbeitsmittel erschlägt den Arbeiter." „Alle zurechnungsfähigen Repräsentanten der politischen Ökonomie geben zu, daß neue Einführung der Maschinerie pestartig wirkt auf die Arbeiter in den überlieferten Handwerken und Manufakturen, womit sie zunächst konkurriert." Aber auch weiterhin „vermindert sich mit dem Umfang der Konzentration und der technischen Wirksamkeit der Produktionsmittel progressiv der Grad, worin sie Beschäftigungsmittel der Arbeiter sind". „Neben der Maschine wirkt die kapitalistische Akkumulation arbeitsparend." So vereinigen sich alle Entwicklungsmomente, um eine „industrielle Reservearmee" zu produzieren. Diese industrielle Reservearmee „gehört dann aber dem Kapital ganz so absolut, als ob sie es auf seine eigenen Kosten großgezüchtet hätte. Sie schafft für seine wechselnden Verwertungsbedürfnisse das stets bereite exploitable Menschenmaterial". „Die industrielle Reservearmee drückt während der Perioden der Stagnation und mittleren Prosperität auf die aktive Arbeiterarmee und hält ihre Ansprüche während der Periode der Überproduktion und des Paroxysmus im Zaum." „Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des andern Teils und umgekehrt wird also Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten." „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol."

Will man die Marxische Auffassung von der antisozialen Kraft in unserer Gesellschaft auf drei Worte, allerdings ungenau, extrahieren, so ist zu sagen, daß der wachsende Ersatz von Menschen durch die Maschinen, wie ihn die gegenwärtige Gesellschaft im Streben nach Profit besorgt, Menschen notwendig immer neu überflüssig macht, die dann als „industrielle Reservearmee" hinter den zur Arbeit berufenen stehen und ihnen die Möglichkeit eines Aufstiegs in die höhere Einkommensklasse durch ihren Wettbewerb und ihre Bereitschaft, um jeden Preis zu arbeiten, benehmen. Der Fortschritt in der Produktivität der Arbeit, der Gewinn daraus fällt immer nur dem Kapitalisten zu. Der Arbeiter bleibt im Bann der kläglichsten Lebensnotdurft.

Vergebens reckt er die Arme nach den lichten Höhen. Wollte er einen Fuß vor den andern setzen und den Aufstieg versuchen, die Armee des Hungers würde sich ihm an die Beine hängen, und wer sich frevelhaft vermaß, ein „Herr" werden zu wollen, durch seinen „Ersatzmann" nur um so tiefer hinabgestoßen sein. Diese Armee des Hungers ist es also,

die sich zwischen Reich und Arm drängt und dem ersten treue Wacht hält, auf daß von den Armen keiner den schmalen Steg passiere. Sie erhofft sich hierfür die Belohnung, daß dann und dann einer der ihren gewürdigt werde, von den Ärmsten zu den Armen aufzusteigen.

Wir befinden uns hier im Schlüsselpunkt der theoretischen Position des Sozialismus. Denn in der industriellen Reservearmee wird die Kraft erzeugt, die an der Kurbel der gesellschaftlichen Bewegung steht. Sie bewirkt, daß der arbeitende Arbeiter stets auf dem Maße der absoluten Lebensnotdurft festgehalten werden kann und aller Gewinn aus gesteigerter Produktivkraft der Arbeit den Unternehmern zufällt.

Marx tritt im besonderen den Nachweis an, daß, wenn das Gesamtkapital im Lande wächst, bestenfalls etwa die gleiche Arbeiterbevölkerung wie früher Beschäftigung finden könne, eben weil immer mehr der Menschen durch die Maschine ersetzt werden und die Maschine also einen immer größeren Bruchteil des Kapitals für sich in Anspruch nimmt. Genau vermag er sich allerdings — nur zu begreiflich — über das gegenseitige Verhältnis beider Kapitalsteile, des „variablen", dessen Betrag über die Zahl zu verwendender Arbeiter entscheidet, und des übrigen, des „konstanten" — nicht auszusprechen; aber er führt, um seine Ansicht zu erläutern, ein Beispiel an, in welchem, während das Gesamtkapital von zwei auf acht wächst, der variable Kapitalsteil, wir dürfen sagen, die Zahl der verwendeten Arbeiter, die gleiche bleibt, nämlich einer, so daß, wenn ursprünglich $1/2$ des Kapitals für Lohnzahlungen an die Arbeiter hinausging, zuletzt nur $1/8$ für sie zur Verfügung steht. Ob Marx damit die typischen Maße der Entwicklung bezeichnen wollte? Kaum! Denn, so meint er später: „mit dem Wachstum des Großkapitals wächst auch sein variabler Bestandteil oder die ihm einverleibte Arbeitskraft"; nur freilich — „in beständig abnehmender Proportion".

Marx vertritt also die Auffassung, daß im Zeitalter der kapitalistischen Gesellschaft auch bei wachsender Kapitalsmenge nicht leicht erheblich mehr Menschen als zuvor werden Beschäftigung finden können. Jedenfalls sei die Zahl der Arbeit findenden Arbeiter im Verhältnis zu den Arbeit suchenden und überhaupt zur Gesamtbevölkerung in stetem Rückgang begriffen. —

Wie wollen wir uns zu dieser Lehre stellen? Ihr sei vor allem die Tatsache der Bevölkerungsvermehrung in Europa, die seit Beginn unseres Jahrhunderts etwa 200 Millionen Menschen betrug, zur Erklärung aufgegeben. Daß diese 200 Millionen nicht oder nur zum kleinsten Teile haben Beschäftigung finden können, die „industrielle Reservearmee" heute also 200 Millionen Menschen umfasse, oder wenn nicht 200 so 100, 50 Millionen, wird auch ein Marx nicht behaupten wollen; die Neu-

beschäftigung von 200 Millionen Menschen in Europa scheint aber mit der von Marx in den Vordergrund seiner Gesellschaftserklärung gestellten Tatsache des Menschenersatzes durch die Maschine in grellem Widerspruch zu stehen.

Indes Marx bringt Ziffern, um seine Theorie zu belegen. Er vergleicht die englischen Zensusaufnahmen von 1851 mit denen von 1862 und stellt fest, daß in einer großen Anzahl von Industrien die Zahl der Arbeiter zurückgegangen ist. Es fanden nämlich Beschäftigung

	Arbeiter 1851	Arbeiter 1861
in der Landwirtschaft	2 011 447	1 924 110
„ „ Kammgarnfabrikation	102 714	79 241
„ „ Seidenfabrikation	111 940	101 678
„ „ Kattundruckerei	12 098	12 556
„welche geringe Zunahme trotz des enorm ausgedehnten Geschäfts, große proportionelle Abnahme in der Zahl der beschäftigten Arbeiter bedingt"		
„ „ Hutmacherei	15 957	13 814
„ „ Strohhut- und Bonnetmacherei	20 393	18 176
„ „ Mälzerei	10 566	10 677
„ „ Lichtgießerei	4 949	4 686
„ „ Kammmacherei	2 038	1 478
„ „ Holzsägerei	30 552	31 642
„geringe Zunahme infolge des Aufschwungs von Sägemaschinen"		
„ „ Nagelmacherei	26 940	26 130
„ Zinn- und Kupferwerken	31 360	32 410
dagegen in Baumwollspinnereien und Webereien	371 777	456 646
in Kohlenbergwerken	183 389	246 613

Marx fügt dieser Tabelle die Bemerkung bei: „Die Zunahme von Arbeitern ist im allgemeinen am größten seit 1851 in solchen Zweigen, worin die Maschinerie bisher noch nicht mit Erfolg angewandt worden."

Irgendwelche weitere statistische Belege außer diesen bringt Marx für seine grundlegende These nicht bei. Inwieweit ist der eine aber nun geeignet, die Richtigkeit derselben zu erhärten?

Bei der ersten Betrachtung der Ziffernreihen fällt ihre Buntheit auf. Mit der Landwirtschaft wird begonnen, dann kommt plötzlich die Kammgarnfabrikation und Kattundruckerei, und der Weg zu andern textilen Industrien hat man über die Mälzerei, Lichtgießerei, Kammacherei zu nehmen. Auch sonst läßt sich eine sichtende Hand, die die Statistik nach den hier in Betracht kommenden Gesichtspunkten irgend geordnet hätte, völlig vermissen. Weder sind die Produktionen nach ihrer numerischen Bedeutung noch nach ihrem ökonomischen Charakter — etwa mehr oder weniger maschinell, fabrikmäßig oder handwerksmäßig betrieben — aneinander gereiht. Marx hat einfach ganz wahllos in den Scheffel der Berufsstatistik gegriffen und eine Hand voll Daten auf den Tisch vor

uns ausgeleert. Der englische Zensus für 1861 zählt 431 Berufe auf. Die Anzahl Posten, die Marx uns bringt, ist — 14. Allerdings sind darunter mehrere Sammelbegriffe, aber doch erstreckt sich seine Zusammenstellung (1861) auf nur 2 960 000 von insgesamt 13 560 000 beruflich Beschäftigten. Warum hat er Dutzende von nicht minder charakteristischen Industrien übergangen? Warum verliert er über die restlichen 10 600 000 Menschen, welche nebst den von ihm angeführten 2 960 000 eine Beschäftigung haben, kein Wort?

Aber weiter. Prüft man die Daten, welche unserm Autor sein alles sind, näher, so macht man alsbald die erstaunliche Entdeckung, daß sie insgesamt keine Abnahme der beruflich beschäftigten Bevölkerung, sondern eine geringe Zunahme derselben aufweisen. Marx hat sich freilich für die Summen der von ihm nachgewiesenen Einzelziffern nicht interessiert. Er bringt die Ziffern überhaupt nicht tabellarisch, sondern im Texte einer größeren Anmerkung. Hätte er sich aber die Mühe genommen, eine einfache Addition auszuführen, so hätte er die ihm ungelegene Beobachtung machen müssen, daß er auf die Berufe, die 1851 2 936 120 Menschen in Anspruch nahmen, 1861 2 959 488 aufweist. Allerdings steht nun dieses Mehr nicht im Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung. Aber doch konnte an solche ärmliche Daten nur ein Marx die tönende Erklärung knüpfen: „Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen relativen Überzähligmachung."

Die Daten, die Marx uns bringt, sind — das ist unser „Also" — für den Nachweis seiner Theorie durchaus unbrauchbar. Sie beweisen überhaupt nichts, sie vermögen, diese paar Ziffern, überhaupt keine Tendenz aufzudecken. Zieht man nun aber in Betracht, daß wir hier vor der Frage der Fragen stehen, an der Stelle, auf der sich Sieg oder Niederlage in dem theoretischen Feldzug, den Marx unternommen hat, entscheidet, und wo Marx also notwendig seine Kerntruppen, die jedem Angriff standhalten, versammeln und entfalten mußte, so kann man über die Dreistigkeit nur staunen, mit der hier der Gegner durch ein paar Figuranten, die Marx mit drohender Gebärde und all dem Nachdruck, der Ziffern innewohnt, aufmarschieren läßt, überrumpelt werden sollte.

Er ist aufs Haupt geschlagen und vernichtet für die Parteigänger des Sozialismus. Nach Marx hat noch Schippel einiges dazu getan. In richtigem Gefühl dafür, daß über „Sein oder Nichtsein" hier die Würfel fallen, hat dieser Sozialist jener Frage der „modernen Übervölkerung" seine Hauptarbeit gewidmet. Er überschüttet uns hier förmlich mit Belegen für das Marxische Gesetz der industriellen Reservearmee. Und die Sache verpflichtet uns, auch ihm dabei zu folgen.

Schippel teilt erst aus einer Reihe von Gewerben mehr zufällig ihm bekannt gewordene Ziffern zur Disposition gestellter Arbeiter mit: aus den Kohlenminen von 1874—80, aus der Seeschiffahrt von 1870—79, aus der Leinenproduktion von 1830—32 auf 1875—78, und bemerkt darauf S. 224: „Die Bildung einer Überschußbevölkerung steht nicht etwa vereinzelt da; sie wiederholt sich vielmehr ohne Unterbrechung in allen Industrien, in denen sich ein technischer Fortschritt durchsetzt." Er bringt dann noch Belege aus der Baumwollweberei, dem Nagelschmiedehandwerk, der Papierfabrikation und aus der Landwirtschaft, endlich aus verschiedenen Zweigen der Textilindustrie. Doch läßt er sich's auch hieran nicht genügen. „Das alles waren vereinzelte Beispiele aus verschiedenen Zeiträumen, welche über die ganze Größe der beständig durch technische Verbesserungen erzeugten Übervölkerung keine zulängliche, vielleicht in Einzelheiten auch keine zutreffende Vorstellung gewähren. Eine solche, wenn nicht zulängliche, so doch annähernde Vorstellung von der erschreckend großen Zahl von Existenzen, welche in jedem Jahrzehnt aus unserm Wirtschaftsorganismus heraus und dem Elend und dem Verbrechen zur Beute fallen, wenn sie nicht auswandern und der Heimat vollständig verloren gehen — eine solche Vorstellung bietet der englische Zensus." Schippel gibt zunächst die einigen wenigen Beispiele, „welche der ‚General Report' aus dem ungeheuren Material der Zählung im Jahre 1861 heraushebt". Lehrreicher sei die Vergleichung der Jahre 1861 und 1871. Hier teilt Schippel eine ausführliche Tabelle mit. Und in der Tat! Bei allen Industrien, die er anführt, ist ausnahmslos die Anzahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen! Er schließt an die Wiedergabe jener Daten daher die Betrachtung (S. 229): „Ein Bild grauenhafter Verwüstung könnte man die angeführte Tabelle nennen, obwohl sie noch lange nicht alle Verluste aufdeckt, noch manche Ergänzungen erfahren müßte, wenn sie die Gesamtheit der Gewerbszweige Englands umfassen sollte. Die obigen Zahlen sind nicht systematisch aus dem ungeheuren Material des Zensus herausgesucht, sondern mehr durch die Gunst des Zufalls entdeckt worden. Es dürften sich in den offiziellen Listen noch viele kleine und mittlere Gewerbszweige finden lassen, bei denen ebenfalls durch technische Fortschritte ein Teil der Arbeiter entbehrlich geworden ist."

Was ist zu dieser Schippelschen Statistik zu bemerken? Schippel hat durchaus recht, wenn er bemerkt, daß nach den englischen Zensusberichten von 1861, 1871, 1881 die Zahl der in einer Anzahl Industrien beschäftigten Arbeiter absolut zurückgegangen oder mindestens relativ im Verhältnis zum Zuwachs der Bevölkerung. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Ziffern, die er für 1871 gegen 1861 bringt, einen Rückgang der beschäftigten Arbeiter um über 1 Million (1 034 000) ausweisen. Aber!

warum nennt er nicht beim Vergleich von 1871 gegen 1861 auch die Industrien, in denen nach dem Zensus die Zahl der Arbeiter hinaufgegangen ist? Er spricht von der „Gunst des Zufalls“, die ihn speziell die Ziffern, die er mitteilt, hat „entdecken“ lassen. Jedenfalls ein merkwürdiger „Zufall“, dessen „Gunst“ ihn bloß zu Industrien, deren Entwicklung zu seiner Theorie zu stimmen scheint, führt. Und warum braucht es überhaupt „Entdeckungen“ den vollständigen Listen gegenüber? Auch weiterhin bekennt Schippel ganz naiv, daß seine Listen „nicht den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit machen“. Er gebärdet sich und meint es so, daß diese „Unvollständigkeit“ ein Vorzug sei! Man stößt sich vor den Kopf und will es nicht für möglich halten. Aber es ist nicht anders: Wie Marx der Meister hat auch Schippel der Schüler überschlagen, daß neben den Berufen, die die Zahl ihrer Arbeiter vermindert haben, solche stehen, wo sie größer geworden ist, und solche, die neu aufgetaucht sind und Arbeiter beschäftigen, wo es früher überhaupt keine gab. Man betrachte zunächst die Ziffern für die britischen „Manufacturing industries“. Hier waren Arbeiter beschäftigt (Ziffern aus Booths Digest of Censuses):

	1841	1861	1881
Chemische Industrie . . .	7 000	31 000	55 000
Papierindustrie	15 000	32 000	61 000
Lederindustrie	44 000	65 000	72 000
Keramische Industrie . . .	34 000	61 000	78 000
Nahrungsindustrien . . .	119 000	190 000	230 000
Handwerker	197 000	265 000	286 000
Metallindustrien	250 000	451 000	572 000
Bekleidungsindustrie . . .	795 000	1 230 000	1 223 000
Textilindustrie	1 481 000	1 457 000	1 282 000
Verschiedene Industrien . .	195 000	382 000	675 000

Die Zahl der Arbeiter hat also von 1841 bis 1881 zugenommen:

in der chemischen Industrie . .	um	685,7 %
„ „ Papierindustrie	„	306,7 „
„ verschiedenen Industrien . .	„	246,2 „
„ der keramischen Industrie . .	„	119,4 „
„ „ Metallindustrie	„	118,4 „
„ „ Nahrungsindustrie . . .	„	93,3 „
„ „ Lederindustrie	„	63,6 „
„ „ Bekleidungsindustrie . .	„	53,9 „
unter den Handwerkern	„	45,2 „

abgenommen einzig in der Textilindustrie um 13,4%.

Insgesamt waren in den britischen Industrien gegen 3 137 000 in 1841 im Jahre 1881 4 535 000 Arbeiter beschäftigt. Ihre Zahl ist um 45% gestiegen, während gleichzeitig die Bevölkerung von 26 855 000 auf 35 003 000, also um 30% angewachsen ist. Die Zahl der industriellen

Arbeiter hat also um 50% stärker als die Bevölkerung zugenommen. Dies trotzdem, nach dem Urteile Mulhalls a. a. O. S. 370, von einem einzelnen Arbeiter heute vermittelst der Maschine durchschnittlich das Zweieinhalbfache dessen von 1841 produziert wird. Dem Werte nach soll 1841 auf den einzelnen Arbeiter ein Produkt von 127 Pfd. Sterl., 1888 von 181 Pfd. Sterl. entfallen sein. Aber der Wert der Industrieprodukte ist während dieser Zeit im Verhältnis von 5:3 zurückgegangen, woraus sich dann jenes vorerwähnte Verhältnis von 1:2½ als Fortschritt in der sogenannten Produktivität der Arbeit ergibt.

Wo bleibt nun die industrielle Reservearmee?! Die eben mitgeteilten Ziffern sind jenen Zensusberichten entnommen, die für Schippel die höchste Autorität in der vorwürfigen Frage sind. Trotzdem wo früher (1841) 5 Arbeiter nötig waren, man heute (1881) deren nicht viel mehr als 2 bedarf, ist die Zahl der industriellen Arbeiter um die Hälfte stärker als die Gesamtbevölkerung gewachsen. Man sieht danach, wie sehr der reinen Theorie gegenüber Vorsicht geboten ist. Die Tatsache, daß die Maschine Arbeiter außer Arbeit setzt, ist ja so zweifellos, daß die Theorie der industriellen Reservearmee sicher den ersten Eindruck für sich hat. Dies hindert nicht, daß sie der Wirklichkeit ins Gesicht schlägt.

Wo liegt nun ihre Schwäche? Sie liegt darin, daß das Gesetz, das das Vorhandensein der industriellen Reservearmee zur Bedingung hat, seinerseits wieder Bedingung ist für den Nachweis des Vorhandenseins dieser. Es ist der Fehler einer petitio principii begangen.

In Wahrheit steht die Sache so, daß im Laufe der Zeit infolge gesteigerter Produktivität der Arbeit (Einführung von Maschinen) und der sich anschließenden Verbilligung gewisser Produkte die Masse, deren Einkommen darum nicht verliert, konsumfähiger wird 1. für eine größere Menge dieser verbilligten, überdies 2. für eine Anzahl anderer Produkte, die bis dahin ihrem Haushalt vielleicht nicht oder fast nicht angehört haben. Wenn irgendein Gegenstand des Lebensbedarfs sich verbilligt, so wird ja ganz selbstverständlich der Überschuß, der dem Wirtschafter nach Deckung seines Hauptbedarfs bleibt, nicht bloß dazu verwendet, um nun von eben diesem Gegenstande mehr zu kaufen, sondern mindestens ein Teil dient der Erwerbung anderer Artikel. Auf diese Weise wird insbesondere durch Verbilligung von Gegenständen des dringendsten Bedarfs das Feld frei für solche, die mehr dem Behagen oder gar dem Luxus dienen. Von einem gewissen Zeitpunkt an treten auf diese Weise gerade die Gegenstände des Massenkonsums verhältnismäßig zurück, und solche, die dem Wohlstande eigentümlich sind und den Komfort bezeichnen, verlassen mit großer Raschheit die bescheidene Position, die sie bis dahin eingenommen haben.

Übrigens — um Einwänden zuvorzukommen — wird die Steigerung der Produktivität der Arbeit ihren wirtschaftlichen Ausdruck unter Umständen nicht in Verbilligung der Waren oder nicht in solcher allein, sondern in Erhöhung der Gewinne und der Löhne der im produktiver gewordenen Gewerbe Beschäftigten finden. In diesem Falle ist es das Plus der Gewinne bzw. des Lohnes, das neue Konsumfähigkeiten schafft. Unter allen Umständen aber werden solche durch „gesteigerte Produktivität der Arbeit" hervorgerufen, und kehren daher die augenblicklich durch die Maschine verdrängten Arbeiter entweder in ihre alte Fabrik, die jetzt, um der größeren Nachfrage zu genügen, mehr Arbeiter braucht, zurück, oder sie werden beschäftigt in verwandten, etwa auch völlig neuen Berufen, für deren Produkte eine Nachfrage erstanden ist.

Das sind die gesellschaftlichen Folgen einer Steigerung in der sogenannten „Produktivität der Arbeit", einer Einstellung von Maschinen in den Betrieb, einer Ausbeutung von Produktionsvorteilen, die man bis dahin nicht genoß.

Die sozialistische Theorie gibt — den Tatsachen der Konsumstatistik zum Trotz — eine solche Entwicklung aber nicht zu; das Gesetz der industriellen Reservearmee verhindere den Arbeiter, einen Lohn zu gewinnen, der ihm mehr als die Befriedigung des naturnotwendigen Bedarfs gestattet. Weil aber das Gesetz der industriellen Reservearmee ihn daran hindert, entsteht überhaupt eine industrielle Reservearmee, die es ja nicht gäbe, wenn infolge des gestiegenen Arbeiterkonsums (d. h. Produktionsbedarfs) die etwa (durch die Maschinen in einzelnen Industrien) überflüssig gewordene Arbeiter anderweitig Verwendung fänden.

In diesem circulus vitiosus bewegt sich also der scheinbar so unanfechtbare Beweis von der Notwendigkeit des Vorhandenseins einer industriellen Reservearmee. Was bewiesen werden soll, wird als Voraussetzung genommen, von der ausgegangen werden müsse: Weil die industrielle Reservearmee das Lohnminimum als Lohnmaximum statuiert, gibt es eine industrielle Reservearmee.

Daß aber die Theorie der industriellen Reservearmee nicht nur auf logisch unhaltbarem Boden steht, sondern ebensosehr die Tatsachen der Entwicklung verleugnet, haben die vormitgeteilten Ziffern dargetan. Diese sind jedoch weit entfernt, die Erscheinung, um die es sich hier handelt, vollständig zu zeichnen. Faßt man die gesamte Wirtschaft des Landes ins Auge, so zeigt sich die Verschiebung als eine außerordentlich viel gewaltigere, und deutlich tritt ihre innere Notwendigkeit hervor.

Von 1000 beruflich tätigen Personen im Vereinigten Königreich (Großbritannien mit Irland) zählte man:

	1841	1881	Zu- oder Abnahme
in der Landwirtschaft . . .	298	162	— 136
„ „ Industrie	277	288	+ 11
im Verkehr und Handel . . .	60	124	+ 64
in Bergwerken	22	41	+ 19
im Baugewerbe	43	61	+ 18
in den liberalen Berufen . .	19	33	+ 14
Dienstboten	137	156	+ 19
anderweitige	144	135	— 9
	1000	1000	

Man sieht also, wie insbesondere Handel und Verkehr mächtig wachsen, d. h. heute (1881) außerordentlich viel mehr Menschen in Anspruch nehmen als vor 40 Jahren (1841). Die Erklärung dafür liegt in zwei Worten: Die Arbeitsteilung wird immer vielfältiger, und immer größer wird die Zahl der auswärtigen Produkte, auf die die lokale Wirtschaft Anspruch macht. Infolgedessen ein außerordentlich gesteigerter Verkehr im Lande und über das Land hinaus. 1840 importierte Großbritannien Waren im Werte von 51,6 Millionen Pfd. Sterl., 1880 von 411,2 Millionen. Der Menge nach waren die Eingänge zur See 1840: 4 720 000, 1880: 29 360 000 Tonnen. Daß aber diese Importe und die Verteilung dieser ungeheuren Warenmassen eine stets wachsende Bedienungsmannschaft erfordern, ist jedermann klar. Was will nicht allein schon die Entwicklung des Eisenbahnwesens bedeuten! Sie beginnt mit den vierziger Jahren. 1843 waren die Einnahmen der Eisenbahnen im Königreich 4 540 000 Pfd. Sterl., 1880 63 000 000. Daß weitaus der größte Teil der sieghaften Dampfmaschine Transportzwecken dienstbar ist, ist allbekannt. Von insgesamt 50 Millionen Pferdekräften, die 1888 für die Kulturwelt berechnet bzw. geschätzt worden sind, genießen nur 10 Millionen industrielle Verwendung, 32 Millionen gehörten Eisenbahnen, 8 Millionen Dampfschiffen an. Die Eisenbahnen speziell des vereinigten Königreichs verfügten 1840 über 200 000, 1880 über 3 200 000 Pferdekräfte, die Schiffe 1840 über 70 000, 1880 über 2 400 000 Pferdekräfte.

Mag es also noch so richtig sein, daß die Seidenindustrie und die Kammgarnfabrikation, die Druckerei und die Färberei und die Textilindustrie insgesamt an Arbeitern infolge Einführung der Maschine eingebüßt haben und wieder, daß vornehmlich auch die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter (infolge Einführung von Maschinen??) kleiner geworden ist, so sind die Vorgänge dahier doch weit entfernt davon, das Gesamtphänomen zu zeichnen. Und dieses sollte doch — meinen wir — der Betrachtung unterstellt werden, wenn es gilt, das „Bewegungsgesetz der Gesellschaft" zu enthüllen.

Wir sind bisher, weil Marx und Schippel sich auf sie beriefen, von

den Zensusziffern ausgegangen. Aber, vermögen uns diese überhaupt so viel über die Frage der industriellen Reservearmee zu sagen? Weisen sie uns denn die Zahl der Arbeitslosen nach? Werden nicht vielmehr die arbeitslosen Angehörigen eines Berufs, wenn sie nicht Paupers sind, im Zensus jenem Berufe beigezählt, in dem sie keine Beschäftigung mehr finden? Fragen dieser Art liegen nahe. Aber sie verschlagen uns nichts. Die Berufsstatistik belehrt uns trotz ihrer über das Gesetz der Entwicklung. Sie zeigt uns ganz genau, ob im Laufe der Zeiten Massen in den einzelnen Berufen oder Berufsgruppen überflüssig werden oder nicht. Wenn sie uns aber nichts über die Zahl derer sagt, die auf dem Wege oder infolge augenblicklicher Umstände außer Arbeit sind, so dürfen wir Schlüsse auch für diese nach Marx aus der Armenstatistik ziehen. Im Kapitel von der industriellen Reservearmee findet nämlich Marx die offizielle Armenstatistik, die er früher als Gradmesser des Elends verworfen hat, hierfür brauchbar. Man liest auf S. 662 des „Kapitals": „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung. Je größer endlich die Lazarusgeschichte der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation."

Wir wiederholen daher die Ziffern der englischen Armenstatistik. Arme gab es in England: 1855—59 4,7%, 1885—89 2,8% der Bevölkerung.

Auch hier also ist mit dem Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums — von 1840 auf 1880 (nach Giffens Berechnung) auf das Zweieinhalbfache — die industrielle Reservearmee, die „konsolidierte" Übervölkerung, eine „immer größere"? nein, immer kleiner geworden!

Nunmehr ist aber klar: wo immer man das Marxische Gesetz der industriellen Reservearmee mit den Tatsachen konfrontiert, erweist es sich als falsch. — Für den Kenner und parteilosen Beurteiler der ökonomischen Verhältnisse bedurfte es übrigens gar nicht des weitläufigen statistischen Apparates, um die Unmöglichkeit des „Gesetzes" inne zu werden. Er konnte sie sich viel rascher „induzieren". Man weiß, daß die Maschine in der Landwirtschaft ebensowenig bedeuten will, wie sie eine große Rolle in der Industrie spielt! Nach Marx hat daher die Industrie eine ungleich gewaltigere Arbeiterreserve, einen ungleich gewaltigeren Druck auf den Arbeitslohn. Wie reimt sich nun damit 1. die Tatsache, daß der Lohn der Industriearbeiter in England, und nicht in England

allein, sondern in Europa ungleich stärker als der der landwirtschaftlichen Arbeiter gestiegen ist! Doppelt und unter Umständen drei- bis vierfach stärker! Wie kommt es (vgl. auch hierfür das oben zur Geschichte des englischen Arbeiters Gesagte), daß 2. in Industriegegenden an sich jedem Arbeiter, dem industriellen wie dem landwirtschaftlichen, höherer Lohn gezahlt wird, als in rein landwirtschaftlichen? Wie kommt es 3., daß wir überall in Mittel- und Westeuropa einen Zug vom Land in die Stadt und nicht von der Stadt aufs Land sich in Bewegung setzen sehen und auch die Emigration sich aus vorzugsweise landwirtschaftlichen Bezirken rekrutiert? Wie kommt es endlich 4., daß in industriellen Bezirken die Zahl der Armen geringer ist als in landwirtschaftlichen? Wenn man die Zahl der Armen am 1. Januar 1891 in England nach Gebieten zusammenstellt, so erfährt man, daß der landwirtschaftliche Südwesten mit 41 Paupers auf 1000 der Bevölkerung zu oberst in der Reihe steht, der industrielle Nordwesten mit 18 am unteren Ende! Die Erklärung für alle diese Erscheinungen bleibt der Sozialismus und das Gesetz der industriellen Reservearmee uns schuldig.

Auf das Fundament dieses nichtigsten aller Gesetze hat aber Marx sein epochales System gebaut. Hier holt sich der marxistische Sozialismus seine Stärke, seine Zuversicht, es ist seine Burg, in der er sich verschanzt, sicher gegen jeden Angriff.

Im Vorstehenden wurde gezeigt, wie dem Sozialismus der Nachweis gelingt, daß das, was nach ihm ist (in Wirklichkeit, wie das vorige Kapitel darlegte, nicht ist), auch da sein müsse. Jedes weitere Wort über das „Gesetz der industriellen Reservearmee" scheint unter solchen Umständen überflüssig. Von uns aus haben wir zur Kritik des Gesetzes in der Tat weiter nichts zu tun. Dagegen möchten wir die Aufmerksamkeit auf den kritischen Feldzug lenken, den der Sozialismus selbst, allerdings unbewußt, gegen das Gesetz unternommen hat.

Wir erinnern da vorerst an den schon vorhin erwähnten Umstand, daß Marx zwei verschiedene „Bevölkerungs"-Gesetze der kapitalistischen Periode formuliert. Wo er ausspricht, „die absolute Größe der Familien stehe im umgekehrten Verhältnis zur Höhe des Arbeitslohnes", nennt er dies ausdrücklich ein Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft. Unter gleichem Titel spricht er von dem wachsenden Elend, der wachsenden industriellen Reservearmee. Er findet also im Tatbestande der modernen Gesellschaft zwei Gesetze wirksam. Harmonieren sie miteinander? Nein, im Gegenteil! Das eine wendet sich gegen das andere. Das hindert Marx aber nicht, das eine „Gesetz", nachdem es gegen Malthus den Dienst getan, neben dem zweiten stehen zu lassen. Er wie seine Anhänger weichen der

Auseinandersetzung, welches das richtige sei, aus und lassen schließlich das unserer Gesellschaft günstigere „Gesetz" einfach unter den Tisch fallen.

Weiter aber! Das Gesetz der „industriellen Reservearmee" ist so gut ein ehernes Lohngesetz wie das von Lassalle unter diesem Namen proklamierte. In unzähligen Wendungen sagt es uns Marx, wie die hinter dem arbeitenden Arbeiter andrängende Masse Arbeitsloser ihm den Atem benimmt, wie sie durch ihre selbstverständliche Bereitschaft, um jeden Hungerlohn, d. h. gegen Darreichung der Mittel zur vorläufigen Lebensfristung die Arbeit in die Hand zu nehmen, die Lohnnorm auf dieses Maß herabdrückt. „Wodurch unterscheidet sich also", fragt die Berliner Volkstribüne, eines der leitenden Blätter der Partei (8. November 1890) „Marx' Theorie von der Lassalles? — Dadurch, daß jener — auf Tatsachen, nicht auf Dogmen bauend — bei seiner Untersuchung die Existenz der ständigen industriellen Reservearmee nie aus dem Auge verliert." „Weil" — fährt unser Zeuge fort — „diese Reservearmee stets vorhanden, darum wird auch nicht einmal das Existenzminimum der Arbeiter garantiert." „Da die Besitzer der Arbeitskraft mit ihrem Angebot die Nachfrage stets übertreffen und übertreffen müssen, können die Preise ihrer Ware (Arbeitskraft) unglaublich gedrückt werden und dauernd tief unter den Wert herabgehen. Mit andern Worten: die Löhne reichen meist zur Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft nicht aus. Der Arbeiter stirbt eben vorzeitig, weil ihm die Erhaltungsmittel seiner Ware Arbeitskraft nicht hinreichend zugeführt werden. Das Existenzminimum ist ihm — auch in längeren Perioden — nicht garantiert." Und weiter: „Indem Marx die wirklichen Bewegungen des Arbeitsmarkts genau verfolgte, kam er zu einer Theorie, welche die Hoffnungslosigkeit der Arbeiterklassenlage mit noch viel schärferer Evidenz als Lassalles ehernes Lohngesetz hervortreten läßt." Marx selbst hat, um die unbedingte und hoffnungslose Abhängigkeit des Arbeitersklaven vom Kapitalisten zu kennzeichnen, das Bild des an den Felsen geschmiedeten Prometheus gebraucht. „Das Gesetz," sagt er (S. 664), „welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keule des Hephästos an den Felsen."

Wir wiederholen, oder genauer, lassen den Sozialismus wiederholen, daß das Marxische Lohngesetz noch einen viel härteren Tatbestand konstatiert als das Lassalles, indem es die Gesetzmäßigkeit des Arbeitslohnes nicht auf dem Stande des zum Ausspinnen des Lebensfadens unbedingt Notwendigen, sondern darunter, „unter dem Existenzminimum" bezeichnet. Denn, um der Gesellschaft die notwendigen Arbeiter zu schaffen

und bereit zu halten, bedürfe es nicht jener sich „ausspinnenden" Lebensfäden, es genügt, wenn sie nur nicht gar zu früh zerreißen. Auch der jüngste Kritiker des Lassalleschen Lohngesetzes, Bernstein, erklärt das Marxische Lohngesetz „schlimmer als ehern" (a. a. O. S. 534). Trotzdem kann er sich gegen die nachweisbare Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts nicht so weit vergehen, die Verbesserungs-„Fähigkeit" für die Lage des Arbeiters zu leugnen. Darüber aber, daß er hierdurch der Majestät des Gesetzes bedenklich nahetritt, sucht er uns, sucht er sich hinwegzutäuschen. Er beruft sich auf gelegentliche Äußerungen bei Marx, wo auch dieser zeitweilige Verbesserungen der Arbeiterlage zugibt. Er lenkt damit unsere Aufmerksamkeit neuerlich auf das Faktum, daß nicht Bernstein allein, sondern unter Umständen auch Marx sich in Widerspruch zu — Marx setzt.



Zusammenbruchstheorie und Kolonialpolitik

von

Eduard Bernstein

1898

In allen Ländern, wo die sozialistische Partei zu politischer Bedeutung gelangt ist, beobachten wir die gleiche Erscheinung, daß sich eine innere Wandlung in ihr vollzieht. Frühere Überschwenglichkeiten in Phrase und Argumentierung werden abgestreift, die Schwärmerei für Generalisierungen läßt nach, man spekuliert nicht mehr über die Verteilung des Bärenfells nach vollendetem allgemeinen Kladderadatsch, man beschäftigt sich überhaupt nicht allzuviel mit diesem interessanten Ereignis, sondern studiert die Einzelheiten der Probleme des Tages und sucht nach Hebeln und Ansatzpunkten, auf dem Boden dieser die Entwicklung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus vorwärts zu treiben.

Dieser Wandlungsprozeß ist nicht immer ein in jeder Hinsicht bewußter und gewollter und noch seltener ein einheitlicher. Überlieferungen aller Art, Verschiedenheiten der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung lassen ihn in den verschiedenen Ländern, Unterschiede im Temperament oder der Erkenntnis lassen ihn bei den verschiedenen Personen schneller oder langsamer, widerspruchsvoller oder folgerichtiger sich vollziehen. Aber der Grundzug ist überall derselbe, ob es sich um die deutsche oder die französische, die skandinavische oder die italienische Sozialdemokratie handelt.

Formell erscheint diese Wandlung als ein Abfall von der Reinheit des Prinzips. Es fehlt denn auch nirgends an Elementen, die sich ihr mit aller Leidenschaft widersetzen. So hatte die deutsche Sozialdemokratie Anfang der neunziger Jahre ihre „Jungen", die tatsächlich die Alten waren, insofern sie an den alten Phrasen und Schlagworten festhielten, die bisher in der Partei teils fast dogmatische Kraft, teils mindestens guten Kurs gehabt hatten. Soviel wird man denjenigen von ihnen, bei denen es sich um doktrinäre Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der damaligen Parteitaktik gehandelt hat, nachträglich zugestehen müssen. In der Parteiliteratur fand sich manches, das ihre Opposition rechtfertigte.

Die Voraussetzungen, auf die es bei der Bestimmung taktischer Fragen ankommt, sind zweierlei Natur. Zunächst handelt es sich da natürlich um die äußere Rückwirkung der rein tatsächlichen Verhältnisse: Die ökonomische Verfassung des betreffenden Landes, seine soziale Gliederung und seine politischen Zustände, die Natur- und die Machtverhältnisse seiner Parteien. Das zweite Moment ist intellektueller Natur: Der Höhegrad der *Erkenntnis* des Gesellschaftszustandes, die erlangte Stufe der *Einsicht* in die Natur und die Entwicklungsgesetze des Gesellschaftskörpers und seiner Elemente. Beide Faktoren verändern sich, und beider Änderungen wollen bei der Erörterung taktischer Fragen berücksichtigt sein. Das klingt wie ein Gemeinplatz und sollte einer sein, aber in der Wirklichkeit finden wir die Regel häufig ignoriert, und ganz besonders glauben diejenigen sie ignorieren zu können, die die volle Verwirklichung des Sozialismus von einem größeren allgemeinen Zusammenbruch erwarten, in einem solchen die fundamentale Vorbedingung für den endgültigen Sieg des Sozialismus erblicken.

Es ist kein Paradoxalsatz, sondern eine oft beobachtete Tatsache, daß der doktrinäre Revolutionarismus innerlich gerade so konservativ ist wie der Doktrinarismus der reaktionären Ultras. Beide sträuben sich gleich hartnäckig, Entwicklungen anzuerkennen, die ihrem „Prinzip" widersprechen. Falls die Tatsachen eine zu laute Sprache sprechen, als daß man sie rundweg bestreiten könnte, werden sie sie auf alle möglichen Zufälligkeiten zurückführen, nur nicht auf ihre wirklichen, sachgemäßen Ursachen. Ganz natürlich. Denn wo die Doktrin zur Marotte wird — und es gibt Donquixotes des Umsturzes, wie es solche der Legitimität gibt —, da darf ihr Bekenner nie zugeben, daß an ihren Voraussetzungen sich irgend etwas Wesentliches geändert hat. Er wird für Tatsachen, die ihm unbequem sind, Gründe aus allen möglichen Ecken zusammensuchen, aber er wird eines ängstlich vermeiden: ihre wirklichen Ursachen und Zusammenhänge sachgemäß zu untersuchen.

Auf dem Londoner internationalen Sozialistenkongreß von 1896 wurde in der Resolution über die wirtschaftlichen Aufgaben der folgende Satz angenommen:

> „Die ökonomische Entwicklung ist gegenwärtig schon so weit vorgeschritten, daß eine Krisis bald eintreten kann. Der Kongreß fordert daher die Arbeiter aller Länder auf, die Leitung der Produktion zu erlernen, um als klassenbewußte Arbeiter die Leitung der Produktion zum Wohle der Gesamtheit übernehmen zu können."

Es liegt klar auf der Hand, daß die „Krisis", von der da gesprochen wird, nicht als eine gewöhnliche Geschäftskrisis gedacht wird, wie deren

die moderne Gesellschaft schon öfter erlebt hat, sondern an die eigentliche, die große weltgeschichtliche Krisis, den Krach nicht soundso vieler kapitalistischer Unternehmungen, sondern der ganzen kapitalistischen Wirtschaft überhaupt. Es geht dies noch deutlicher aus dem englischen Wortlaut hervor, der wohl das Original des Satzes darbietet, während dem deutschen Text die Spuren der Übersetzung, und zwar in Eile vorgenommener Übersetzung, unverkennbar anhaften. In der englischen Fassung nun wird von „reißend schneller ökonomischer Entwicklung" gesprochen, die es zur „gebieterischen Notwendigkeit" für das Proletariat mache, als „klassenbewußte Staatsbürger" das Verwaltungswesen zu studieren*).

Der Satz ist, wie vieles andere, auf dem Kongreß im „Ramsch" mitangenommen worden, ohne daß sich über ihn eine Diskussion erhoben hätte. Aber man kann annehmen, daß er auch bei weniger hastiger Verhandlung durchgegangen wäre. Was er empfiehlt, ist wie Hafergrütze unter allen Umständen nützlich, und was er behauptet, steht mindestens prinzipiell mit der zurzeit in der Sozialdemorkatie vorherrschenden Auffassung vom Entwicklungsgang der modernen Gesellschaft im Einklang.

Nach dieser Auffassung wird früher oder später eine Geschäftskrisis von gewaltiger Stärke und Ausdehnung durch das Elend, das sie erzeugt, die Gemüter so leidenschaftlich gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem entflammen, die Volksmassen so eindringlich von der Unmöglichkeit überzeugen, unter der Herrschaft dieses Systems die gegebenen Produktivkräfte zum Wohle der Gesamtheit zu leiten, daß die gegen dieses System gerichtete Bewegung unwiderstehliche Kraft annimmt und unter ihrem Andrängen dieses selbst rettungslos zusammenbricht. Mit anderen Worten, die unvermeidlich große wirtschaftliche Krisis wird sich zu einer allumfassenden gesellschaftlichen Krisis ausweiten, deren Ergebnis die politische Herrschaft des Proletariats, als der dann einzig zielbewußt revolutionären Klasse, und eine unter der Herrschaft dieser Klasse sich vollziehende völlige Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne sein wird.

Der Gedankengang, der dieser Auffassung zugrunde liegt, ist bekannt. Er stützt sich auf die sich vor unseren Augen vollziehende fortschreitende Konzentration der Betriebe, die Zunahme der um Lohn arbeitenden

---

*) Hier der englische Text: „The economic and industrial development is going on with such rapidity that a crisis may occur within a comparatively short time. The congress, therefore, impresses upon the proletariat of all countries the imperative necessity for learning, as class-conscious citizens, how to administer the business of their respective countries for the common good."

Klassen, die zwischen diesen und den kapitalistischen Klassen und in den Reihen der letzteren herrschenden Gegensätze, die Zwangsgesetze der Konkurrenz und die Rückwirkung ökonomischer Verschiebungen auf die Gestaltung der politischen Parteien wie des ganzen öffentlichen Lebens überhaupt. Alles dies erfahrungsmäßig nachweisbare Tatsachen, aus denen sich die Folgerung, daß schließlich eine große wirtschaftliche Krisis den entscheidenden Umschlag herbeiführen werde, mit zwingender Notwendigkeit zu ergeben scheint. So hat sich denn in der Sozialdemokratie die Überzeugung eingebürgert, dieser Weg der Entwicklung sei unvermeidliches Naturgesetz, die große, allumfassende wirtschaftliche Krisis der unumgängliche Weg zur sozialistischen Gesellschaft. Obendrein erscheint er auch als der sicherste und kürzeste Weg, und einmal daran gewöhnt, die wirtschaftlichen Vorgänge und Feststellungen fast nur noch auf die für diese Auffassung sprechenden Tatsachen hin zu untersuchen und sich vorwiegend mit ihnen zu beschäftigen, kommt man dann auch bald zu der weiteren Ansicht, daß diese große erlösende Krisis, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse dazwischen kommen und der kapitalistischen Welt eine neue Galgenfrist gewähren, unmöglich in weiter Ferne sein könne.

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit der Aussicht auf diese große Krisis? Eine Reihe von Parteiblättern haben sich mit den Ergebnissen der preußischen Gewerbezählung von 1895 beschäftigt und sind da zu äußerst pessimistischen Folgerungen für die Lebensdauer der gegebenen Gesellschaft gelangt. Unzweifelhaft zeigen die Erhebungen eine sehr bedeutende Zunahme der großen Betriebe in Industrie und Handel, und wenn man diese allein, ohne jede weitgreifende Nutzanwendung ins Auge faßt, dann lassen sich auch Ausdrücke wie „reißend schnelle Verdichtung der Industrie" oder „unwiderstehliche Gewalt der Durchsetzung des Großbetriebs" sehr wohl rechtfertigen. Aber auf die dem sozialistischen Leser so naheliegende Frage nach der Bedeutung dieser Zunahme für die Entwicklung zum Sozialismus bezogen, sind Ausdrücke wie „reißend schnelle Verdichtung" sehr geeignet, Vorstellungen zu erwecken, die dem wirklichen Stande der Dinge nicht entsprechen. Es sei uns daher erlaubt, einen Augenblick bei den betreffenden Zahlen zu verweilen.

In der eigentlichen Industrie ist die Verdichtung der Betriebe am stärksten. Wir sehen da die von einzelnen Personen allein besorgten Betriebe gegen 1882 um 12 Prozent, die Kleinbetriebe (1 bis 5 Gehilfen) um 3/4 Prozent zurückgehen, die Mittelbetriebe dagegen um 60 Prozent und die Großbetriebe um 83 Prozent zunehmen. Diese Verhältniszahlen scheinen die kühnsten Folgerungen zu rechtfertigen. Ganz anders ist das Bild, das die einfachen Zahlen der Betriebe ergeben. Wir sehen da:

	1882		1895	
	Zahl der Betriebe	Prozent der Betriebe	Zahl der Betriebe	Prozent der Betriebe
Alleinbetriebe	755 176	61,8	674 042	57,5
Kleinbetriebe (1—5 Gehilfen) . . .	412 424	33,7	409 332	34,9
Mittelbetriebe (6—50 Gehilfen) . . .	49 010	4,0	78 627	6,7
Großbetriebe (51 und mehr Gehilfen) .	5 529	0,5	10 139	0,9
	1 222 139	100,0	1 172 140	100,0

Hier erscheint die Verschiebung geradezu unbedeutend. Zwerg- und Kleinbetriebe zusammen machen noch immer 90 Prozent aller industriellen Betriebe aus. Nun täuschen freilich auch diese Zahlen, und zwar nach der dem vorher gegebenen Bilde entgegengesetzten Seite hin. Sie lassen das Verhältnis der Großbetriebe zu den kleinen Betrieben als bedeutend geringer erscheinen, wie es in Wirklichkeit ist. Am nächsten der Wirklichkeit führt uns die Tabelle der in den verschiedenen Betriebsgruppen tätigen Personen. Diese zeigt folgende Entwicklung:

	1882	Prozent	1895	Prozent
Alleinbetriebe	755 176	22,3	674 042	14,78
Kleinbetriebe	1 031 141	30,4	1 078 396	23,66
Mittelbetriebe	641 594	18,9	1 070 427	23,48
Großbetriebe	962 382	28,4	1 734 884	38,06
	3 390 293	100,0	4 557 749	100,00

Der Anteil der Großbetriebe an der in der Industrie geleisteten Arbeit stellt sich somit als unvergleichlich beträchtlicher heraus, als wie ihn die Zahlen der bloßen Betriebe zeigten. Es ist indes zu bemerken, daß hier schon alle Betriebe mit über 50 Personen als Großbetriebe gerechnet wurden. Trennen wir die Betriebe von 51 bis 200 Personen von denen, die 201 Personen und darüber beschäftigen, so teilt sich die letzte Reihe in der obigen Tabelle wie folgt:

	1892	Prozent	1895	Prozent
Mäßige Großbetriebe (51 bis 200 Pers.) .	403 049	11,9	757 357	16,62
Sehr große Betriebe (201 Pers. u. mehr) .	559 333	16,5	977 527	21,44
	962 382	28,4	1 734 884	38,06

Verhältnis und Wachstum der sehr großen Betriebe erscheinen hier weniger bedeutend. Die in solchen beschäftigten Personen machten 1895 erst etwas über ein Fünftel der gesamten in der Industrie beschäftigten Personen aus, während Mittel- und mäßige Großbetriebe zusammen noch zwei Fünftel derselben in Anspruch nehmen. Und wenn wir uns betreffs der Zahlen für die kleineren Betriebe nähere Auskunft holen, so erfahren wir, daß gerade die größten von ihnen (Betriebe mit 3 bis 5 Personen) einen absoluten und relativen Zuwachs zeigen. Sie beschäftigen 1882 564 652, 1895 aber 665 607 Personen, ein Mehr von

17,88 Prozent. Es sind nur die ganz kleinen, die Zwergbetriebe (zwei Gehilfen und darunter), die teils absolut, teils relativ zurückgegangen sind.

Es zeigen also die größeren Kleinbetriebe und Mittelbetriebe noch wenig Neigung, von der Bildfläche zu verschwinden. Sie treten nur in ihrem Verhältnis zur Großindustrie schrittweise zurück bzw. werden schrittweise von ihr überflügelt. Mit „Riesenschritten", wenn man will. Und wenn man weitergeht und nach dem von Dr. L. Sinzheimer in seinem Buche über die Weiterbildung des fabrikmäßigen Großbetriebs gegebenen Beispiel einen Vergleich der auf die einzelnen Betriebsgruppen entfallenden Produktenmasse anstellt, so wird man für den Großbetrieb noch günstigere Zahlen erhalten, bis an 60 Prozent der Gesamtproduktion. Aber die Viertelmillion größerer Klein- und Mittelbetriebe mit ihren nahezu zwei Millionen Arbeitern bleiben darum doch eine Realität. Auch darf nicht übersehen werden, daß ein sehr namhafter Teil der Großbetriebe sich auf die Herstellung von Roh- und Halbfabrikaten beschränkt, das bloße Verhältnis der Produktionsmassen daher ebenfalls nur bedingte Bedeutung beanspruchen darf. Noch gehört (von der Maschinenproduktion abgesehen) die Masse der feineren Arbeiten den mittleren Betrieben an, und sie nehmen nicht ab, sondern zu. Dem reinen Zahlenverhältnis nach verschlingt die Großindustrie weit mehr die ganz kleinen, als die Mittelbetriebe, die vielmehr nach den vorstehenden Tabellen als schier unerschütterliche Phalanx erscheinen.

Allerdings ist diese Unerschütterlichkeit auch nur die äußere Seite und herrscht in Wirklichkeit in diesem Lager nichts weniger als Festigkeit. Da werden hier allerhand bisher dem Kleingewerbe eigene Betriebe von der Großindustrie aufgesaugt oder sonst ums Leben gebracht, und dort bilden sich auf Grund neuer Technik oder neuer Verhältnisse, wie die Großindustrie sie hervorbringt, neue Mittelbetriebe aus. Es herrscht beständige Bewegung, Absterben alter und Aufkommen neuer Geschäftszweige, sowie häufige Umwälzungen im Schoße der einzelnen Berufsgruppen. Aber so wichtig dies für die Physiologie des modernen Handwerks und Kleinfabrikantentums ist, so ist es doch für unsere Betrachtung nebensächlich. Es handelt sich hier nicht um die Individuen, sondern um die ganzen Abteilungen. Der Aggregatzustand der Moleküle hat hier Veränderungen erlitten, aber ihre Masse ist nicht verringert und ihre Auflösung noch in weitem Felde*).

Daß im Handel und Verkehr und in der Landwirtschaft das Verhältnis der Mittelbetriebe zu den Großbetrieben noch sehr viel stärker ist

---

*) Um kein Mißverständnis zu erwecken, sei hier jedoch darauf verwiesen, daß der moderne Mittelbetrieb in der Industrie oft in hohem Grade kapitalistischer Betrieb ist.

als in der Industrie, ist bekannt. Im Handel und Verkehr entfielen beschäftigte Personen auf

	1882	1895
Betriebe mit 2 und weniger Gehilfen .	411 509	467 656
„ „ 3 bis 5 Gehilfen	176 867	342 112
„ „ 6 „ 50 Gehilfen	157 328	303 078
„ „ 51 und mehr Gehilfen . .	25 619	62 056
	771 323	1 174 902

Und in der Landwirtschaft wurden gezählt

	Zahl 1882	Zahl 1895	Gebiet in Hektaren 1895
Parzellenbetriebe . .	3 061 831	3 235 169	1 807 870
Kleine Bauerngüter .	981 407	1 016 239	3 285 720
Mittlere Bauerngüter	926 605	998 701	9 720 935
Größere Bauerngüter	281 510	281 736	9 868 367
Große Betriebe . .	24 991	25 057	7 829 007

Verglichen mit den Zahlen von 1882 haben im Handel und Verkehr die Mittelbetriebe und die mittleren Kleinbetriebe den stärksten Zuwachs erfahren, und in der Landwirtschaft stellten sich, äußerlich betrachtet, die mittleren Bauerngüter gegenüber 1882 besser als irgendeine andere Betriebsklasse. Das von ihnen bedeckte Gebiet stieg von 9 158 398 auf 9 720 935 Hektar. Wie sich dieses Bild bei genauerer, in die Einzelheiten eindringender Untersuchung je nach Provinzen und Kreisen und der Natur der Betriebe verändert, kann hier unerörtert bleiben. Für unseren Zweck genügen die vorgeführten rohen Zahlen.

Sie zeigen uns, daß, welchem Zweige des Wirtschaftslebens wir uns auch zuwenden, wir nirgends auf wesentliche Veränderungen oder auch nur Verringerungen in der Zahl der Mittelbetriebe stoßen. Wie bedrängt auch die Lage mancher Inhaber von solchen sein mag, wie viel „Eintagsfliegen" sich insbesondere im Handel in jedem gegebenen Moment in den Reihen der verschiedenen Betriebsklassen befinden, für das Ganze bleibt ihr Absterben gleichgültig, das Gesamtbild erfährt dadurch keine Veränderung.

Und doch ist das stetig fortschreitende Anwachsen der Groß- und Riesenbetriebe keine Fabel. Die Tabellen für Industrie, Handel und Verkehr bestätigen es uns mit zwingender Beweiskraft — namentlich wenn wir berücksichtigen, daß im Handel Betriebe mit über 10 bis 15 Personen schon zu den Großbetrieben gerechnet werden müssen. Sie sagen uns bloß nicht, daß die Zunahme der Großbetriebe die Verminderung der mittleren Betriebe bedeute, sondern lassen vielmehr der Vorstellung Raum, als ob es sich da lediglich um ein Nebeneinander handelte und nicht um einen Kampf ums Dasein gegeneinander.

Sicherlich stände diese Vorstellung in sehr vielen Fällen mit der Wirklichkeit in Widerspruch. Die Geschichte vieler Gewerbe erzählt

uns von erbittertem Kampf ums Dasein der verschiedenen Betriebsarten gegeneinander und von fast absoluter Verdrängung, ja vollständiger Erdrückung der Kleinen und Mittleren durch die Großen. Soweit die einzelnen Geschäftszweige betrachtet werden, ist Zunahme von mittleren und Großbetrieben nebeneinander eine Ausnahme. Wenn das Gesamtbild von Industrie, Handel und Verkehr eine solche zeigt, so erklärt sich dies vielmehr erstens aus der stetig fortschreitenden Vermehrung der Gewerbsarten in der modernen Gesellschaft und zweitens aus der wachsenden Anpassungsfähigkeit und Beweglichkeit der heutigen gewerblichen Welt.

In unserer sozialistischen Literatur wird diesen so bedeutsamen Faktoren nur geringe Beachtung geschenkt. Gelegentlich einmal, etwa wenn es gilt, Zünftlern oder sonstigen Reaktionären entgegenzutreten, lassen wir uns herbei, einen Griff ins Arsenal des wirtschaftlichen Liberalismus zu tun und von der außerordentlichen Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit des Gewerbslebens unserer Tage zu erzählen. Im übrigen aber machen wir es bei der Charakteristik der wirtschaftlichen Entwicklungsgesetze ähnlich wie bei der Begründung des Lohngesetzes. Wir unterstellen eine Starrheit und Beengtheit der gewerblichen Beziehungen, die dem Zeitalter der Manufaktur oder dem Beginn der Maschinenära, wo die gewerbliche Welt die Eierschalen des überkommenen Wirtschaftszustandes noch nicht abgestreift hatte, entsprechen mögen, aber mit den charakteristischen Eigenheiten des modernen Geschäftslebens in klaffendem Widerspruch stehen. Wir argumentieren oft, als seien uns das moderne, so ausgebildete und ausgebreitete Kreditwesen, die mit jedem Tage sich steigernden Erweiterungen und Erleichterungen des Verkehrs böhmische Dörfer oder mindestens ganz nebensächliche Dinge, während sie doch so gut ökonomische Faktoren von grundlegender Bedeutung für das Gesellschaftsleben und die gesellschaftliche Entwicklung sind wie die Produktionstechnik, der wir mit Recht so viel Aufmerksamkeit schenken.

Im Kommunistischen Manifest und den in der gleichen Epoche entstandenen Schriften von Marx und Engels sind diese Faktoren durchaus nicht ignoriert, sondern im Gegenteil ausdrücklich hervorgehoben worden. Aber soviel dort hinsichtlich ihrer Wirkungen vorausgesagt ist, so ist es selbstverständlich, daß man um 1848 nicht alle Entwicklung voraussehen konnte. Eine den Anspruch auf den Namen wissenschaftlicher Sozialismus rechtfertigende Jubelschrift würde daher ebenso sehr sich mit der Untersuchung zu befassen haben, inwiefern die wirkliche Entwicklung der Dinge von den Annahmen des Manifests und der zu ihm gehörigen Literatur abgewichen ist, wie mit der Feststellung der durch sie bestätigten Vorhersagungen. Indes sind die Beispiele ernsthafter Versuche,

den wissenschaftlichen Sozialismus wissenschaftlich zu betätigen, noch sehr vereinzelt.

Marx und Engels selbst haben den tatsächlichen Vorgängen gegenüber nie der Doktrin zuliebe die Augen verschlossen, sondern ihnen stets die vollste Aufmerksamkeit gewidmet. So hat denn auch Friedrich Engels bei der Herausgabe des III. Bandes des Kapital keinen Anstand genommen, die früher von ihm und Marx vertretene Idee eines zehnjährigen Produktionszyklus als veraltet zu behandeln. Als die Faktoren, durch welche „die meisten alten Krisenherde und Gelegenheiten zur Krisenbildung beseitigt oder abgeschwächt“ seien, bezeichnet er „die kolossale Ausdehnung der Verkehrsmittel“ — ozeanische Dampfschiffe, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Suezkanal — und den Umstand, daß „dem überschüssigen europäischen Kapital in allen Weltteilen unendlich größere und mannigfaltigere Gebiete eröffnet sind“. Engels vermutet nun, daß der Zyklus vielleicht nur eine Ausdehnung hinsichtlich der Zeitdauer erfahren habe, und meint weiter, jedes der Elemente, das einer Wiederholung der alten Krisen entgegenstrebe, wie Kartelle, Schutzzölle, Trusts, berge „den Keim zu weit gewaltigeren, künftigen Krisen in sich“.

Gegen diese letztere Annahme scheint mir, wenigstens soweit Kartelle und Trusts in Betracht kommen, mancherlei zu sprechen. Es sind da so vielerlei Formen und Anpassungsmöglichkeiten vorhanden, daß wenigstens kein zwingender Grund vorliegt, diese Wirkung für die allein wahrscheinliche zu halten. Im übrigen wird es abzuwarten sein, ob wir, bei der steigenden Ausdehnung der Märkte, den schnellen Informationen über die Marktverhältnisse und der fortschreitenden Vermehrung der Produktionszweige, überhaupt in näherer Zeit allgemeine Krisen nach Art der früheren erleben, oder ob nicht an deren Stelle zunächst nur auf bestimmte Industriegruppen beschränkte internationale Krisen treten werden. Die Tatsache, daß neuerdings die große Stockung in der Textilindustrie die Masse der anderen Industrien fast unberührt gelassen hat, ist vielleicht an sich für diese Folgerung nicht beweiskräftig, da z. B. die gleichzeitige Prosperität der Metallindustrie zu einem erheblichen Teile den abnorm angespannten Anforderungen des Militarismus und Marinismus geschuldet ist; immerhin sei konstatiert, daß man auch in Industrien, auf welche diese nur wenig einwirken, von Rückwirkung der Textilkrisis verhältnismäßig wenig gemerkt hat. Der Kreis der Industrien und ihrer Märkte scheint heute zu groß, um an allen Punkten gleichzeitig und mit gleicher Schwere von Krisen getroffen werden zu können, es sei denn, daß ganz außergewöhnliche Ereignisse die Geschäftswelt aller Länder gleichmäßig in Schrecken jagen, überall gleicherweise den Kredit lähmen.

Ich sage nicht, daß dem so ist, sondern drücke nur eine Vermutung

aus. Vestigia terrent — ich habe vor dem Prophezeien in diesen Dingen einen Heidenrespekt. Aber die Elastizität des modernen Kreditwesens bei enorm anschwellendem Kapitalreichtum, der vervollkommnete Mechanismus des Verkehrs in allen seinen Zweigen — Post- und Telegraphendienst, Personen- und Güterverkehr, die Ausbildung der Handelsstatistik und des Nachrichtendienstes, die Ausbreitung der Organisationen der Industriellen, das sind Tatsachen, und es ist ganz undenkbar, daß sie nicht auf die Beziehung von Produktionstätigkeit und Marktlage von bedeutendem Einfluß sein sollten.

Es spricht somit eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir mit dem Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung für gewöhnlich überhaupt nicht mehr mit Geschäftskrisen der bisherigen Art zu tun und alle Spekulationen auf solche als die Einleiter der großen gesellschaftlichen Umwälzung über Bord zu werfen haben werden.

Das mögen diejenigen bedauern, die an alten Schlagworten hängen, welche sich früher einmal „bewährt" haben, die sozialistische Gedankenwelt verliert damit durchaus nichts an überzeugender Kraft. Denn genauer zugesehen, was sind denn alle die von uns aufgezählten Faktoren der Beseitigung oder Modifizierung der alten Krisen? Alles Dinge, die gleichzeitig Voraussetzungen und zum Teil sogar Ansätze der Vergesellschaftung von Produktion und Austausch darstellen. Daß ihre Ausbildung das Krisenwesen nicht unbeeinflußt lassen werde, ist durchaus im Einklang mit der sozialistischen Lehre. Wäre es anders, so würde dies gerade auf einen groben Fehler in derselben hinweisen.

Nehmen wir aber an, es verhalte sich mit den Krisen noch wie früher, hätte die Sozialdemokratie selbst dann wirklich Grund, das sehr baldige Eintreten des großen Zusammenbruchs herbeizuwünschen?

Man sehe sich die Zahlen an, die wir oben von Preußen, dem größten und einem der entwickeltsten Staaten Deutschlands gegeben haben. Es liegt auf der Hand, daß bei der aus ihnen sich ergebenden Zersplitterung der Betriebe in Industrie, Handel und Landwirtschaft die Sozialdemokratie — die einzige Partei, die angesichts der vollzogenen Parteientwicklung in Deutschland noch durch eine Erhebung der Massen ans Ruder gebracht werden könnte — vor eine unlösbare Aufgabe gestellt sein würde. Sie könnte den Kapitalismus nicht wegdekretieren, ja ihn nicht einmal entbehren, und sie könnte auf der anderen Seite ihm nicht diejenige Sicherheit gewährleisten, deren er bedarf, um seine Funktionen zu erfüllen. An diesem Widerspruch würde sie sich unrettbar aufreiben, und das Ende könnte nur eine kolossale Niederlage sein*). Wir stehen

*) Das Vorstehende modifiziert sich in dem Maße, als die Sozialdemokratie sich mit dem Gedanken vertraut machte, die ihr zufallende Macht gegebenenfalls mit bürger-

im Jubiläumsjahr der französischen Februarrevolution, und es wäre sehr zu wünschen, daß man über den Erinnerungen an die glorreichen Volkstage und die schändlichen Taten der Reaktion nicht die wirklichen Lehren jenes Jahres übersähe, die Vorgänge vom Jubel des 24. Februar bis zum Drama des 24. Juni ohne Dramatik betrachtete. Die Verlegenheit der provisorischen Regierung von 1848, groß wie sie waren, würden verschwinden gegenüber den Verlegenheiten, welche der Sozialdemokratie erwachsen würden, wenn eine verallgemeinerte Geschäftskrisis sie zu einer Zeit zu Herrschaft brächte, wo die Zusammensetzung der Gesellschaft noch eine ähnliche ist, wie sie in den obigen Tabellen sich kundgibt.

Es könnte nun erwidert werden, daß, wenn man von dem Zusammenbruch der gegenwärtigen Gesellschaft spricht, man dabei mehr im Auge habe als eine verallgemeinerte und gegen früher verstärkte Geschäftskrisis, nämlich einen totalen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems an seinen eigenen Widersprüchen. Aber diese Vorstellung ist durchaus nebelhaft und übersieht ganz die großen Unterschiede in der Natur und dem Entwicklungsgang der verschiedenen Industrien und ihre sehr verschiedene Fähigkeit, die Gestalt von öffentlichen Diensten anzunehmen. Ein annähernd gleichzeitiger völliger Zusammenbruch des gegenwärtigen Produktionssystems wird mit der fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft nicht wahrscheinlicher, sondern unwahrscheinlicher, weil dieselbe auf der einen Seite die Anpassungsfähigkeit, auf der anderen — bzw. zugleich damit — die Differenzierung der Industrie steigert. Es hilft auch nichts, sich darauf zu berufen, daß die mit einem solchen Zusammenbruch eintretende Volkserhebung voraussichtlich die Dinge mit Treibhausgeschwindigkeit zur höchsten Entwicklung bringen werde. Diese, aus der Geschichte der großen französischen Revolution abgeleitete Annahme beruht auf totaler Verkennung des großen Unterschieds zwischen feudalen und liberalen Einrichtungen, zwischen feudalistisch bewirtschaftetem Grundbesitz und moderner Industrie. Mit den meisten feudalistischen Rechten konnte man aufräumen, ohne mehr als einem verhältnismäßig kleinen Bruchteil der Bevölkerung Schaden zuzufügen, radikale Eingriffe ins bürgerliche Eigentumsrecht berühren einen unendlich weiteren Kreis von Interessen, die man nicht alle zur Emigration veranlassen kann. Feudale Landgüter konnte man zerschlagen und parzellenweise veräußern, modernen Fabriken gegenüber geht das nicht; je mehr davon nach dem Rezept der Kommune expropriiert würden, um so größer die Schwierigkeit, sie während einer Erhebung in Betrieb zu halten. Die rein äußerliche Zuspitzung der Verhältnisse würde durchaus nicht mit einer Beschleuni-

lich demokratischen Parteien zu teilen, und in entscheidenden Momenten entsprechend handelte.

gung des inneren Entwicklungsprozesses der Industrie zusammenfallen, sondern im Gegenteil auf diesen vielfach aufhaltend einwirken.

Man wird nun die Frage aufwerfen, ob mit dieser Darlegung die Verwirklichung des Sozialismus nicht auf den St. Nimmerleinstag — „bis zu den griechischen Kalenden", um mit Herrn Bax zu reden — verlegt oder auf viele, viele Generationen hinaus vertagt wird. Wenn man unter Verwirklichung des Sozialismus die Errichtung einer in allen Punkten streng kommunistisch geregelten Gesellschaft versteht, so trage ich allerdings kein Bedenken, zu erklären, daß mir dieselbe noch in ziemlich weiter Ferne zu liegen scheint. Dagegen ist es meine feste Überzeugung, daß schon die gegenwärtige Generation noch die Verwirklichung von sehr viel Sozialismus erleben wird, wenn nicht in der patentierten Form, so doch in der Sache. Die stetige Erweiterung des Umkreises der gesellschaftlichen Pflichten, d. h. der Pflichten und korrespondierenden Rechte der einzelnen gegen die Gesellschaft und der Verpflichtungen der Gesellschaft gegen die einzelnen, die Ausdehnung des Aufsichtsrechts der in der Nation oder im Staat organisierten Gesellschaft über das Wirtschaftsleben, die Ausbildung der demokratischen Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz und die Erweiterung der Aufgaben dieser Verbände — alles das heißt für mich Entwicklung zum Sozialismus oder, wenn man will, stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus. Die Übernahme von Wirtschaftsbetrieben aus der privaten in die öffentliche Leitung wird diese Entwicklung natürlich begleiten, aber sie wird nur allmählich vor sich gehen können. Und zwar nötigen triftige Zweckmäßigkeitsgründe hier zur Mäßigung. Zur Ausbildung und Sicherung guter demokratischer Betriebsführung — ein Problem, von dessen Schwierigkeit u. a. die innere Geschichte des Betriebsamts des Londoner Grafschaftsrats ein Beispiel ablegt — gehört vor allem Zeit. So etwas läßt sich nicht extemporieren. Es ist aber auch, sobald die Gemeinschaft von ihrem Rechte der Kontrolle der wirtschaftlichen Verhältnisse gehörigen Gebrauch macht, die faktische Überführung von wirtschaftlichen Unternehmungen in öffentlichen Betrieb nicht von der fundamentalen Bedeutung, wie man gewöhnlich glaubt. In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken.

Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter „Endziel des Sozialismus" versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. *Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles.* Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt,

wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.

Die Sozialdemokratie hat also danach den baldigen Zusammenbruch des bestehenden Wirtschaftssystems, wenn er als Produkt einer großen verheerenden Geschäftskrisis gedacht wird, weder zu gewärtigen noch zu wünschen. Was sie zu tun und noch auf lange Zeit hinaus zu tun hat, ist, die Arbeiterklasse politisch zu organisieren und zur Demokratie auszubilden und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten. Und was die Fragen der Kolonialpolitik und Eroberung neuer Märkte anbetrifft, so wird die Sozialdemokratie aus Gründen der Hochhaltung ihrer eigenen Prinzipien jedem Kolonialchauvinismus wie überhaupt jedem Chauvinismus entgegentreten, ohne sich zu dem entgegengesetzten Extrem hindrängen zu lassen, das jede Geltendmachung und Hochhaltung nationaler Rechte, jedes Nationalbewußtsein unterschiedslos als chauvinistisch verfemt. Sie wird die Vergewaltigung und betrügerische Ausraubung wilder oder barbarischer Völker bekämpfen, aber sie wird auf jeden Widerstand gegen ihre Einbeziehung in die Geltungssphäre zivilisatorischer Einrichtungen als zweckwidrig verzichten und ebenso von jeder grundsätzlichen Bekämpfung der Erweiterung der Märkte als utopistisch Abstand nehmen. Die Ausdehnung der Märkte und der internationalen Handelsbeziehungen ist einer der mächtigsten Hebel des gesellschaftlichen Fortschritts gewesen. Sie hat die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in außerordentlichem Grade gefördert und sich als ein Faktor der Steigerung des Reichtums der Nationen bewährt. An dieser Steigerung haben aber auch die Arbeiter von dem Augenblick an ein Interesse, wo Koalitionsrecht, wirksame Schutzgesetze und politisches Wahlrecht sie in den Stand setzen, sich steigenden Anteil an derselben zu sichern. Je reicher die Gesellschaft, um so leichter und sicherer die sozialistischen Verwirklichungen.

Bei alledem wird die Stellung der Sozialisten in den verschiedenen Ländern zur Kolonialpolitik eine sehr verschiedene sein müssen. Denn es kommt da sehr viel auf die Einrichtungen und die Zustände des Landes an, das solche Politik treiben will, auf die Natur der geplanten Kolonien und die Art, wie das betreffende Land kolonisiert und Kolonien verwaltet. Da in den meisten Ländern die Verwaltung der Kolonien ausschließlich Sache der privilegierten Klassen ist, so ist schon damit allein eine kritische Haltung für die Sozialdemokratie angezeigt. Aber die Vorstellung, daß man durch Bekämpfung aller und jeder Kolonialpolitik den Umsturz daheim beschleunigen könne, ist ganz und gar hinfällig, abgesehen davon, daß die Sache selbst utopistisch ist. Bevor man an so

etwas denkt, müßte man die Dampfschiffe und Eisenbahnen aus der Welt schaffen. Wie utopistisch der Gedanke ist, zeigt sich schon daraus, daß er am stärksten in der Kindheit der sozialistischen Bewegung die Gemüter erfüllte. Wenn wir die sozialistische Literatur der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts nachschlagen, so finden wir dort schon den Gedanken verfochten, man müsse der Kolonialpolitik entgegenwirken, weil sie den Sieg der Volkssache hinausschiebe. „Keinem einzigen jungen Menschen“, schreibt der Poor Man's Guardian vom 15. Februar 1831, „sollte man erlauben, außer Landes zu gehen, bevor er die Neugeburt dieses Landes erlebt hat“, und er donnert gegen die Kolonial- und Emigrationspolitik, die Leute in die „kanadischen Sümpfe“ und die „Wildnis von Neusüdwales“ verlockt. Wenn man das liest und sich dann vergegenwärtigt, was Kanada und Neusüdwales geworden sind, so wird man notwendigerweise zur Vorsicht gegenüber solchen Schlagworten getrieben. Für den Poor Man's Guardian gibt es ja viele Entschuldigungen. Erstens war die Bewegung eben noch jung, und dann stand man damals unmittelbar vor einer Umwälzung in England, die freilich anders ausfiel, als sie die tapferen Herausgeber dieses Blattes erstrebten. Wir aber sollten jetzt nach mehr als zwei Generationen über die naiven Vorstellungen der Anfänge der heutigen Sozialdemokratie hinaus sein. Wer sich heute um des an ihnen verübten Unrechts willen der Matabele annimmt, der folgt einem edlen Antriebe, den man nur achten kann, auch wenn man die Sache selbst für verloren ansieht. Wer aber die Sache der Matabele zu seiner eigenen macht, um dadurch die Ausbreitung der Zivilisation und die Erweiterung des Weltmarktes zu verhindern und den Eintritt des großen Zusammenbruchs zu beschleunigen, der begeht vor allem einen kolossalen Zeitfehler. Er schreibt 1898, wo er schreiben sollte 1831. Die Erfahrungen der siebzig Jahre, die dazwischen liegen, existieren nicht für ihn.

Schlußbemerkung des Herausgebers

Die beiden vorliegenden Bände geben entsprechend dem Grundgedanken der „Anthologie der Wissenschaften" in erster Linie Auszüge aus den Werken der Autoren, die für die Entwicklung der Gedankenwelt des Sozialismus und zwar insbesondere des proletarischen Sozialismus maßgebend geworden sind, in der Absicht, den Leser zu den Quellen selbst hinzuführen. Nur bei einigen Autoren ist der Ausweg gewählt worden, ihre Gedankengänge in der Darstellung anderer wiederzugeben. Die Rücksicht auf den Leserkreis hat dazu geführt, bei den fremdsprachigen Autoren Übersetzungen vorzulegen. Im einzelnen sei über die Auswahl der wiedergegebenen Abschnitte folgendes mitgeteilt:

Zum ersten Teil
Literatur

Platon. „Staat", übersetzt von Otto Apelt (Verlag von Felix Meinert in Leipzig, 1916), ist aus dem 5. Buch, Kapitel 7—12, wiedergegeben, in denen die Weiber- und Kindergemeinschaft bei den Wächtern der Stadt erörtert wird.

Thomas Morus. Aus der „Utopia" (zuerst Löwen 1516) in der Übersetzung von Hermann Kothe (Leipzig, Reklam) sind die beiden Stellen „Von den Künstlern und Handwerkern" und „Vom wechselseitigen Verkehr zwischen den Bürgern" abgedruckt.

Tomaso Campanella. Aus dem „Sonnenstaate" (Civitas Solis, zuerst 1625) sind einige den Aufbau des Sonnenstaates charakterisierende Stellen wiedergegeben.

Claude Henri Comte de Saint-Simon. Le nouveau Christianisme (1825) ist in der Übersetzung von F. Muckle auszugsweise (etwa der halbe Umfang) mitgeteilt.

Charles Fourier. Über das System Fouriers sind Angaben nach der Darstellung von Bernhard Becker, Carl Fourier, Braunschweig, 1874, gemacht.

Etienne Cabet. Abgedruckt ist das kommunistische Glaubensbekenntnis nach Stein, Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich, Leipzig, 1842.

Pierre Proudhon. Aus den im Jahre 1842 erschienenen Contredictions Economiques wird ein Abschnitt der Einleitung im Auszuge mitgeteilt.

Karl Rodbertus. Abgedruckt ist aus dem Werke: „Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände" (Neubrandenburg, 1842) das erste Kapitel mit kleinen Fortlassungen.

Karl Marx. Das „Kommunistische Manifest" (1847) ist mit den Vorreden von Marx und Engels vollständig abgedruckt. — Die kleine Schrift „Lohn-

arbeit und Kapital" ist mit der Einleitung von Friedrich Engels aus dem Jahre 1891 ebenfalls vollständig wiedergegeben. — Aus dem „Kapital" 1. Aufl. 1867) werden Auszüge aus Abschnitt 3, 4 und 7 des 1. Bandes zum Abdruck gebracht. — Aus dem „Kapital" werden Auszüge aus dem Abschnitt 3 („Die Produktion des absoluten Mehrwerts", und zwar Kapitel 5: „Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß", Kapitel 6: „Konstantes Kapital und veriables Kapital", und Kapitel 7: „Die Rate des Mehrwerts"), aus dem Abschnitt 4 („Die Produktion des relativen Mehrwerts", und zwar Kapitel 11: „Kooperation" und aus Kapitel 13: „Nächste Wirkungen des maschinenmäßigen Betriebes für den Arbeiter"), sowie Abschnitt 7 („Der Akkumulationsprozeß", und zwar Kapitel 21: „Einfache Reproduktion", sowie Teile von Kapitel 22: „Verwandlung von Mehrwert und Kapital", Kapitel 23: „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation", Kapitel 24: „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation") wiedergegeben.

Friedrich Engels. Aus der „Lage der arbeitenden Klassen Englands" (1. Aufl. 1845) ist das Kapitel über „Bergwerks-Proletariat" und das Kapitel „Die Stellung der Bourgeoisie zum Proletariat" abgedruckt. — Aus der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" (1882) sind verschiedene Auszüge wiedergegeben. — Aus dem Buche: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" (1884) sind Auszüge aus den Abschnitten „Barbarei und Zivilisation" abgedruckt. — Endlich ist noch ein Teil der Einleitung zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich" wiedergegeben.

J. G. Fichte. Aus dem „Geschlossenen Handelsstaat" (1800) ist das erste der drei Bücher, „Philosophie" überschriebene, mit kurzen Weglassungen vollständig zum Abdruck gelangt.

Wilhelm Weitling. Aus den „Garantien der Harmonie und Freiheit" (1842) in der Ausgabe von Franz Mehring sind Abschnitte aus der Einleitung, ferner die Kapitel „Von der Verwaltung", „Von den Wissenschaften" und „Von den Wahlen" abgedruckt.

Zum zweiten Teil

Ferdinand Lassalle. Das „Arbeiterprogramm", „Die Wissenschaft und die Arbeiter" und das „Offene Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig" (1862 1863) sind mit geringfügigen Fortlassungen vollständig abgedruckt.

Friedrich Albert Lange. Aus der „Arbeiterfrage" (1. Aufl. 1865) sind die Abschnitte über die „Lebenshaltung" und der „Weg zur Rettung" wiedergegeben.

August Bebel. Aus dem Buche „Die Frau und der Sozialismus" (1. Aufl. 1879) ist das Kapitel: „Die Sozialisierung der Gesellschaft" im Auszuge abgedruckt.

Georges Sorel. Aus der Sammlung: „Réflexions sur la violence",

Paris 1912, ist ein im Mai 1908 im „Matin“ erschienener Aufsatz „Apologie der Gewalt“ übersetzt.

Hubert Lagardelle. Aus dem Buche „Le Socialisme ouvrier“, Paris 1911, ist ein Teil des Abschnittes „Les Origines du Syndicalisme“ und aus einer Rede über „Die allgemeine Politik der sozialistischen Partei“ auf dem sozialistischen Kongreß in Toulouse im Oktober 1908 sind Auszüge übersetzt.

Bellamy. Aus „Looking backward“ (1887), Leipzig, Reklam, sind kurze Abschnitte wiedergegeben.

N. Lenin. Aus dem Werke „Staat und Revolution“ (1917) ist der Abschnitt über „Die Erfahrungen der Pariser Kommune 1871“ auszugsweise abgedruckt.

L. Nicolai Bucharin. Aus dem „Programm der Bolschewiki“ (deutsch von Adolf Hoffmann, 1919) wird das Kapitel über die „Macht der Räte oder eine bürgerliche Republik“ gebracht.

Programme

Die Programme sind im vollen Wortlaut abgedruckt.

Kritik

Adolph Wagner. Aus der „Grundlegung der allgemeinen oder theoretischen Volkswirtschaftslehre“ (Lehrbuch der politischen Ökonomie), 3. Aufl. 1892, ist der 3. Abschnitt des 5. Hauptabschnittes des 2. Kapitels der 1. Abteilung: „Beurteilung abweichender Standpunkte, besonders desjenigen des Kommunismus und Sozialismus namentlich in bezug auf das Verteilungsproblem“, sowie aus dem 2. Kapitel der 2. Abteilung ein Abschnitt von der „Kritik der Theorien für das Privateigentum“ wiedergegeben.

Julius Wolf. Aus dem Buche „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung“ (1892) ist das zweite Kapitel: „Die Theorie der sozialen Entwicklung“ zum Abdruck gelangt.

Albert Schäffle. Von den drei Briefen über die „Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ (1885) ist der zweite Brief „Zur wissenschaftlichen Kritik der Sozialdemokratie“ im Auszuge abgedruckt.

Eduard Bernstein. Aus der Sammlung „Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus“ (1899) wird der wesentlichste Teil des Aufsatzes „Zusammenbruchstheorie und Kolonialpolitik“ gebracht.

F. R.

